

Beteiligungsbericht

Stadt Brandenburg an der Havel

über das

Geschäftsjahr 2015

Herausgeber: Stadt Brandenburg an der Havel
Die Oberbürgermeisterin

Vorgelegt von: Oberbürgermeisterin Dr. Dietlind Tiemann

Redaktion: Fachgruppe Beteiligungen, Steuern und Abgaben

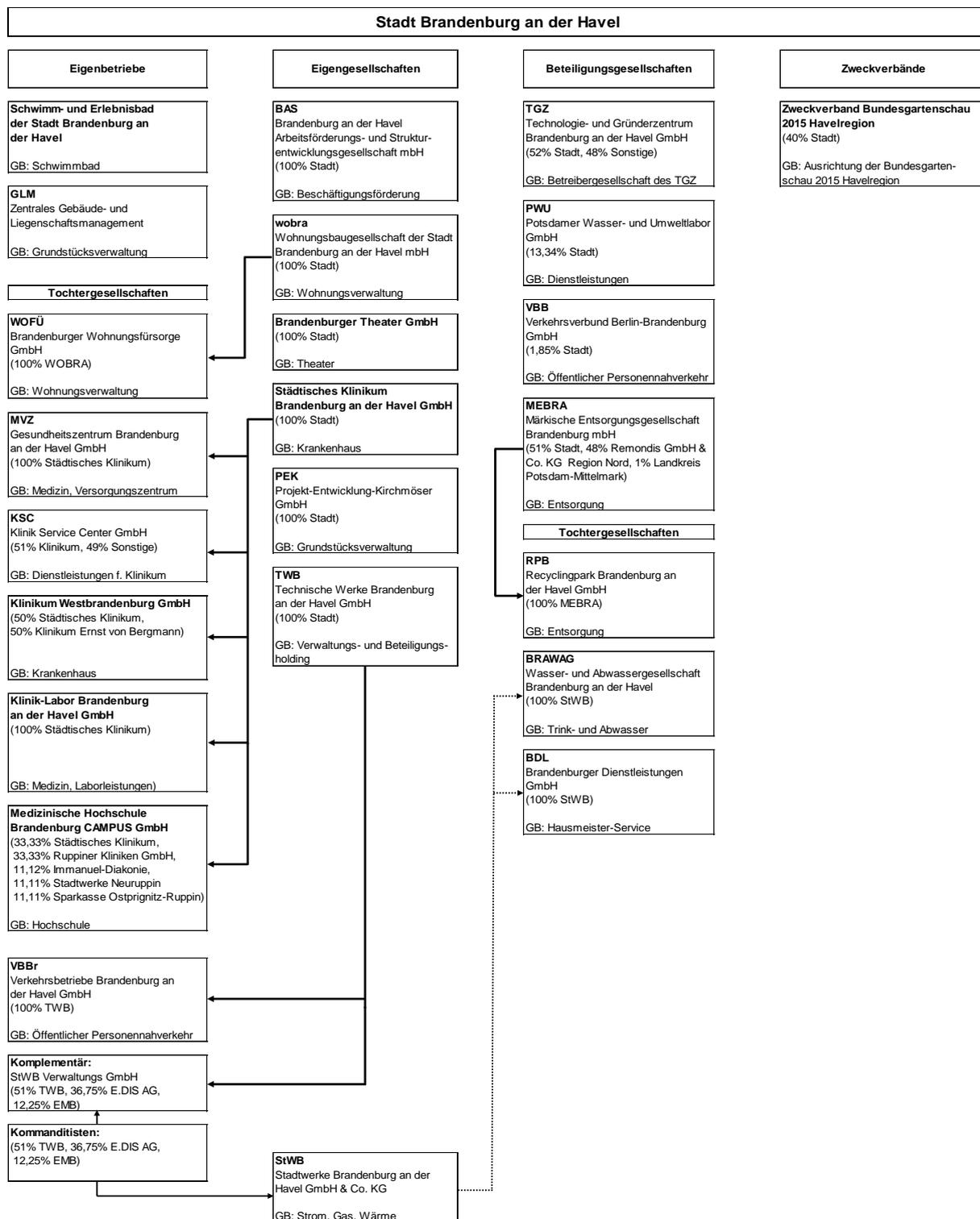
Redaktionsschluss: 31.12.2016

Inhaltsverzeichnis

I.	Graphische Darstellung der städtischen Unternehmen und Beteiligungen.....	3
I.1	Rechtliche Grundlagen.....	4
I.2	Wirtschaftlichkeit kommunaler Unternehmen.....	5
I.3	Verflechtung mit dem städtischen Haushalt.....	7
I.4	Übersicht über die Wirtschaftsprüfer der Eigenbetriebe sowie Eigen- und Beteiligungsgesellschaften.....	9
II.	Übersicht über die Beteiligungen der Stadt Brandenburg an der Havel nach Branchen.....	10
III.1	Eigenbetriebe.....	12
III.1.1	Schwimm- und Erlebnisbad der Stadt Brandenburg an der Havel.....	13
III.1.2	Zentrales Gebäude- und Liegenschaftsmanagement.....	21
III.2	Eigengesellschaften.....	28
III.2.1	wobra Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Brandenburg an der Havel mbH.....	29
III.2.1.1	Brandenburger Wohnungsfürsorge GmbH.....	39
III.2.2	Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH.....	46
III.2.2.1	KSC Klinik Service Center GmbH.....	56
III.2.2.2	Gesundheitszentrum Brandenburg an der Havel GmbH.....	63
III.2.2.3	Klinik-Labor Brandenburg an der Havel GmbH.....	72
III.2.2.4	Klinikum Westbrandenburg GmbH.....	77
III.2.2.5	Medizinische Hochschule Brandenburg CAMPUS GmbH.....	84
III.2.3	Brandenburger Theater GmbH.....	91
III.2.4	Technische Werke Brandenburg an der Havel GmbH (TWB).....	98
III.2.4.1	Verkehrsbetriebe Brandenburg an der Havel GmbH.....	108
III.2.4.2	Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH.....	120
III.2.4.2.1	BRAWAG GmbH Wasser- und Abwassergesellschaft Brandenburg an der Havel.....	132
III.2.4.2.2	BDL Brandenburger Dienstleistungen GmbH.....	140
III.2.5	BAS Brandenburg an der Havel Arbeitsförderungs- und Strukturentwicklungsgesellschaft mbH.....	148
III.2.6	PEK Projekt-Entwicklung-Kirchmöser GmbH.....	159
III.3	Beteiligungsgesellschaften.....	163
III.3.1	Technologie- und Gründerzentrum Brandenburg an der Havel GmbH.....	164
III.3.2	MEBRA Märkische Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH.....	172
III.3.2.1	Recyclingpark Brandenburg an der Havel GmbH.....	182

III.3.3	VBB Verkehrsbund Berlin-Brandenburg GmbH.....	189
III.3.4	HWG Havelländische Wasser GmbH.....	201
III.4	Zweckverbände.....	209
III.4.1	Zweckverband Bundesgartenschau 2015 Havelregion.....	210
IV.	Abkürzungsverzeichnis.....	I
V.	Erläuterungen.....	IV

I. Graphische Darstellung über die Eigenbetriebe, Eigen- und Beteiligungsgesellschaften und des Zweckverbandes der Stadt Brandenburg an der Havel



I.1. Rechtliche Grundlagen

Gemäß § 98 Nr. 3 BbgKVerf hat die Beteiligungsverwaltung der Stadt Brandenburg an der Havel einen Beteiligungsbericht vorzubereiten und jährlich fortzuschreiben.

Neben den Quartalsberichten stellt der Beteiligungsbericht ein weiteres Instrumentarium zur Steuerung und Kontrolle der städtischen Unternehmen und Eigenbetriebe dar. Er hat die Aufgabe, einen generellen Überblick über das Beteiligungsportfolio und den Beitrag der einzelnen Gesellschaften zum Leistungsspektrum der Stadt Brandenburg an der Havel zu geben, insbesondere über ihre Entwicklung in der jährlichen Fortschreibung.

Basierend auf den durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaften testierten Jahresabschlüsse der Unternehmen und Eigenbetriebe für das Geschäftsjahr 2015 werden ausgewählte Kennzahlen über die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage im Überblick dargestellt.

Die Kommunalverfassung des Landes Brandenburg, insbesondere § 92 BbgKVerf, ermöglicht der Gemeinde die Gründung von Unternehmen zur wirtschaftlichen Betätigung oder die Beteiligung an solchen Unternehmen. Die dazu notwendigen Voraussetzungen sind in § 91 und in § 92 BbgKVerf definiert:

- Bedient sich die Gemeinde zur Erfüllung ihrer Aufgaben eines Unternehmens in privater Rechtsform, müssen die vertraglichen Vereinbarungen (Gesellschaftsvertrag, Satzung) ausreichend die Aufgabenerfüllung sicherstellen.
- Die Haftung der Gemeinde muss auf einen bestimmten Betrag beschränkt sein.
- Ein angemessener Einfluss in Abhängigkeit von der Höhe der Beteiligung ist sicherzustellen.

Als wirtschaftliche Betätigung definiert § 91 Abs. 1 Satz 1 BbgKVerf das Herstellen, Anbieten oder Verteilen von Gütern, Dienstleistungen oder vergleichbaren Leistungen, die ihrer Art nach auch mit der Absicht der Gewinnerzielung erbracht werden könnten.

Voraussetzung für die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinde ist demnach, dass ein **öffentlicher Zweck** dies rechtfertigt und die Betätigung nach Art und Umfang in einem **angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit** der Gemeinde und zum voraussichtlichen Bedarf steht. Ein öffentlicher Zweck liegt immer dann vor, wenn Lieferungen und Leistungen eines Unternehmens im Aufgabenbereich der Stadt liegen und eine im öffentlichen Interesse gebotene Versorgung der Einwohner zum Ziel haben.

Rechtsformen der wirtschaftlichen Betätigung der Stadt Brandenburg an der Havel:

Die kommunalen Unternehmen unterliegen dem Prinzip der Wirtschaftlichkeit. Allerdings darf hier – im Gegensatz zu privaten Unternehmen – nicht die Gewinnerzielung Hauptzweck der Betätigung sein. Kommunale Unternehmen sind daher angehalten, das Vorsorgeziel mit möglichst geringem Aufwand zu verwirklichen.

Für die wirtschaftliche Betätigung können sich die Gemeinden privatrechtlicher und öffentlich rechtlicher Organisationsformen (§ 92 BbgKVerf) bedienen.

Eigenbetrieb

Der Eigenbetrieb stellt ein aus der Verwaltung ausgegliedertes Sondervermögen dar mit eigener Verfassung (Betriebssatzung) und eigenem Rechnungswesen (kaufmännisches Rechnungswesen), jedoch ohne eigene Rechtspersönlichkeit.

Der Eigenbetrieb verfügt einerseits über besondere Leitungs- und Kontrollorgane (Werkleitung und Werksausschuss), untersteht andererseits der Stadtverordnetenversammlung und der Oberbürgermeisterin als Verwaltungschefin. Die Gemeinde haftet für den Eigenbetrieb unmittelbar und unbeschränkt.

Eigengesellschaft

Eigengesellschaften sind Unternehmen der Gemeinde in der privaten Rechtsform einer GmbH oder AG (AG nicht in der Stadt Brandenburg an der Havel), deren Anteile in ihrer Gesamtheit einem Gesellschafter, hier der Stadt, gehören.

Beteiligungsgesellschaft

Beteiligungsgesellschaften sind Unternehmen der Gemeinde in der privaten Rechtsform einer GmbH oder Aktiengesellschaft (AG nicht in der Stadt Brandenburg an der Havel), an denen diese mit unterschiedlichen Geschäftsanteilen, jedoch unter 100% beteiligt ist.

Zweckverband

Gemeinden und Gemeindeverbände können sich zu Zweckverbänden zusammenschließen, um einzelne Aufgaben, zu deren Wahrnehmung sie berechtigt oder verpflichtet sind, gemeinsam zu erfüllen (Freiverband); für Pflichtaufgaben können sie auch zusammengeschlossen werden (Pflichtverband, § 4 Absatz 1 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit im Land Brandenburg – GKG).

Der Zweckverband ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Er verwaltet seine Angelegenheiten im Rahmen der Gesetze unter eigener Verantwortung (§ 5 Absatz 1 GKG).

Die Rechtsverhältnisse des Zweckverbandes werden im Rahmen des GKG durch eine Verbandssatzung geregelt (§ 7 GKG).

		31.12.2014	31.12.2015
1. Sondervermögen (Eigenbetriebe)	100%	2	2
<u>Veränderungen</u>			0
2. Verbundene Unternehmen	> 50%	8	8
<u>Veränderungen</u>			0
3. Beteiligungen	20% - 50%	2	2
<u>Veränderungen</u>			0
4. Indirekte Beteiligungen	Tochtergesellschaften, an denen die Stadt über die Muttergesellschaften mit unterschiedlichen Geschäftsanteilen beteiligt ist.	11	11
<u>Veränderungen</u>			0
5. Zweckverbände		1	1
<u>Veränderungen</u>			0

I.2. Wirtschaftlichkeit kommunaler Unternehmen

Der Umfang des Beteiligungsberichtes lässt die Vielzahl der Leistungen erkennen, die außerhalb der Verwaltungsstrukturen von den kommunalen Gesellschaften und Eigenbetrieben erfüllt werden.

Personennahverkehr, Energie- und Wasserversorgung, Abfallbeseitigung, Winterdienst, Stadtreinigung, Bereitstellung von bedarfsgerechtem Wohnraum, Gesundheitswesen, aber auch Kultur- und Bildungsleistungen sind nur einige wesentliche Bereiche, in denen die städtischen Gesellschaften die Verwaltung entlasten.

Statistische Angaben der kommunalen Unternehmen:

Entwicklung Beschäftigte			
	2013	2014	2015
Eigenbetrieb Schwimm- und Erlebnisbad	4	3	3
Eigenbetrieb Gebäude- und Liegenschaftsmanagement	82	80	80
Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Brandenburg an der Havel mbH	40	37	40
Brandenburger Wohnungsfürsorge GmbH	10	9	3
Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH	1.004	975	971
Klinik Service Center GmbH	406	394	370
Gesundheitszentrum Brandenburg an der Havel GmbH	124	130	156
Klinik-Labor Brandenburg an der Havel GmbH	18	18	20
Klinikum Westbrandenburg GmbH	0	195	193
Medizinische Hochschule Brandenburg CAMPUS GmbH	0	5	42
Brandenburger Theater GmbH	97	98	99
Technische Werke Brandenburg an der Havel GmbH	5	6	6
Verkehrsbetriebe Brandenburg an der Havel GmbH	144	143	147
Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH	133	134	135
BRAWAG GmbH Wasser- und Abwassergesellschaft Brandenburg an der Havel	40	40	44
Brandenburger Dienstleistungen GmbH	68	66	64
BAS Brandenburg an der Havel Arbeitsförderungs- und Strukturentwicklungsgesellschaft mbH (Stammpersonal)	9	6	6
Projekt-Entwicklung-Kirchmöser GmbH	0	0	0
Technologie- und Gründerzentrum Brandenburg an der Havel GmbH	7	6	4
Märkische Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH	77	63	62
Recyclingpark Brandenburg an der Havel GmbH	0	0	0
Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH	101	99	100
Havelländische Wasser GmbH	5	7	3
Zweckverband Bundesgartenschau 2015 Havelregion	29	38	38
Gesamt	2.399	2.549	2.583

Abb. 1 - Entwicklung Beschäftigte per 31.12. des Geschäftsjahres

Entwicklung Investitionen			
	2013	2014	2015
Eigenbetrieb Schwimm- und Erlebnisbad	134	395	25
Eigenbetrieb Gebäude- und Liegenschaftsmanagement	4.870	7.279	6.406
Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Brandenburg an der Havel mbH	7.742	6.347	560
Brandenburger Wohnungsfürsorge GmbH	3	6	0
Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH	4.983	2.089	1.738
Klinik Service Center GmbH	75	270	241
Gesundheitszentrum Brandenburg an der Havel GmbH	131	70	906
Klinik-Labor Brandenburg an der Havel GmbH	0	0	0
Klinikum Westbrandenburg GmbH	0	122	345
Brandenburger Theater GmbH	174	217	151
Technische Werke Brandenburg an der Havel GmbH	5	10	20
Verkehrsbetriebe Brandenburg an der Havel GmbH	3.993	3.868	1.585
Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH	11.124	10.485	4.933
BRAWAG GmbH Wasser- und Abwassergesellschaft Brandenburg an der Havel	3.546	7.138	2.417
Brandenburger Dienstleistungen GmbH	116	142	131
BAS Brandenburg an der Havel Arbeitsförderungs- und Strukturentwicklungsgesellschaft mbH	6	5	24
Projekt-Entwicklung-Kirchmöser GmbH	0	0	0
Technologie- und Gründerzentrum Brandenburg an der Havel GmbH	28	24	50
Märkische Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH	298	414	436
Recyclingpark Brandenburg an der Havel GmbH	184	136	182
Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH	216	50	247
Havelländische Wasser GmbH	94	263	1.026
Zweckverband Bundesgartenschau 2015 Havelregion	71	506	506
Gesamt	37.794	39.836	21.929

Abb. 2 - Investitionen (Angaben in T€)

I.3. Verflechtung mit dem städtischen Haushalt

Die Unternehmen haben einen öffentlichen Zweck zu erfüllen und müssen oftmals auch politischen Vorgaben Rechnung tragen. Somit ist ein kostendeckendes Wirtschaften oft nicht möglich und die Unternehmen sind auf Zuschüsse seitens der Stadt angewiesen. Die Bezuschussung erfolgt in der Regel als Ertrags- oder auch Investitionszuschüsse.

Abflüsse aus dem Haushalt

a) Ertragszuschüsse

Die Erfüllung von öffentlichen Aufgaben, die oft aus politischen oder rechtlichen Gründen nicht kostendeckend wahrgenommen werden können, begründet in der Regel die Zahlung von Zuschüssen. Der größte Bedarf an Zuschüssen besteht nach wie vor bei der Verkehrsbetriebe Brandenburg an der Havel GmbH (VBBBr), der Brandenburger Theater GmbH (BT) und dem Eigenbetrieb Schwimm- und Erlebnisbad.

b) Investitionszuschüsse

Neben der Fehlbetragsfinanzierung besteht seitens der Stadt auch die Möglichkeit kommunale Unternehmen bei fehlender wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit direkt bei der Realisierung größerer Bauvorhaben oder Investitionen durch finanzielle Zahlungen zu unterstützen.

Zuflüsse zum Haushalt

a) Gewinnanteile/Kapitalentnahmen aus verbundenen Unternehmen

Auf Beschluss der Gesellschafterversammlung können die durch Unternehmen erwirtschafteten Gewinne, an denen die Stadt beteiligt ist, in voller Höhe oder teilweise ausgeschüttet und dem Haushalt der Stadt Brandenburg an der Havel zugeführt werden. Weiterhin besteht für die Gesellschafterin die Möglichkeit der Kapitalentnahme.

b) Konzessionsabgaben

Konzessionsabgaben bilden eine der Haupteinnahmequellen der Stadt aus dem Stadtkonzern.

Auswirkungen auf den Haushalt der Stadt Brandenburg an der Havel:

Geldflüsse zwischen Unternehmensverbund und Stadt			
Zuschüsse der Stadt an die Gesellschaften in T€	2013	2014	2015
Technische Werke Brandenburg (Zahlungen für den ÖPNV)	5.476	6.217	6.132
Brandenburger Theater (Zuschuss Stadt)	3.421	3.531	3.531
Brandenburger Theater (BbgFAG-Mittel)	1.730	1.730	1.730
BAS Arbeitsförderung- und Strukturangepassungsgesellschaft	234	234	234
Technologie- und Gründerzentrum	135	135	135
Eigenbetrieb Marienbad (inkl. Investitionszuschuss und Kapitaleinlage)	1.082	865	1.015
Fähre Neuendorf (Zahlungen für den ÖPNV)	39	38	46
GLM (Zuschuss Liegenschaften und Forsten)	0	130	0
wobra (Altschuldendienst/Leistung BAVARIA)	900	900	900
Zweckverband BUGA (Umlage)	1.284	1.517	0
Abflüsse aus dem Haushalt insgesamt:	14.302	15.297	13.723
Zuwendungen Land in T€	2013	2014	2015
Zuwendungen Land für VBBr	2.399	2.932	3.200
Landesmittel Theater (direkte Zuweisung an Theater)	1.700	1.657	1.770
Zuschuss BbgFAG (Brandenburgisches Finanzausgleichsgesetz) an Theater	1.730	1.730	1.730
Zuwendungen Land gesamt	5.829	6.319	6.700
Rückflüsse von den Gesellschaften in T€	2013	2014	2015
Gewinnanteile/Kapitalentnahmen aus verbundenen Unternehmen	4.091	3.328	7.533
Konzessionsabgaben in T€			
StWB Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH	2.107	2.114	2.049
E.DIS	135	116	131
EMB	11	0	0
BRAWAG	716	712	701
Zuflüsse zum Haushalt insgesamt in T€	12.889	12.589	17.114
Differenz Zuflüsse/Abflüsse in T€	-1.413	-2.708	3.391

Unterdeckung/Überdeckung der Zu-/Abflüsse vom Haushalt in den Unternehmensverbund

Jahr	Differenz Zuflüsse/Abflüsse (T€)
2013	-1.413
2014	-2.708
2015	3.391

I.4. Übersicht über die Wirtschaftsprüfer kommunaler Unternehmen

	2011	2012	2013	2014	2015
Marienbad	ACCO Gmbh	ACCO Gmbh	WIKOM AG	WIKOM AG	WIKOM AG
GLM	Dr. Röhrich- Dr. Schillen OHG	Dr. Röhrich- Dr. Schillen OHG	Dr. Röhrich- Dr. Schillen OHG	WIKOM AG	WIKOM AG
wobra	ACCO Gmbh	ACCO Gmbh	ACCO Gmbh	ACCO Gmbh	ACCO Gmbh
Wofü	ACCO Gmbh	ACCO Gmbh	ACCO Gmbh	ACCO Gmbh	ACCO Gmbh
Klinikum	RöverBrönnner GmbH & Co. KG	RöverBrönnner GmbH & Co. KG	RöverBrönnner GmbH & Co. KG	Curacon Gmbh	Curacon Gmbh
KSC	RöverBrönnner GmbH & Co. KG	RöverBrönnner GmbH & Co. KG	RöverBrönnner GmbH & Co. KG	Curacon Gmbh	Curacon Gmbh
MVZ	RöverBrönnner GmbH & Co. KG	RöverBrönnner GmbH & Co. KG	RöverBrönnner GmbH & Co. KG	Curacon Gmbh	Curacon Gmbh
KLB			RöverBrönnner GmbH & Co. KG	Curacon Gmbh	Curacon Gmbh
Klinikum Westbrandenburg			BDO AG	BDO AG	BDO AG
MHB CAMPUS GmbH				BDO AG	BDO AG
Theater	Verfülsdonk & Partner GmbH	A. Reichert GmbH	A. Reichert GmbH	A. Reichert GmbH	Anochin Roters Kollegen GmbH & Co. KG
TWB	BPG Berlin	BPG Berlin	BPG Berlin	BPG Berlin	BPG Berlin
VBBr	BPG Berlin	BPG Berlin	BPG Berlin	BPG Berlin	BPG Berlin
StWB	Ernst & Young	Ernst & Young	Ernst & Young	Göken, Pollak & Partner	Göken, Pollak & Partner
BRAWAG	Ernst & Young	Ernst & Young	Ernst & Young	Göken, Pollak & Partner	Göken, Pollak & Partner
BDL	Ernst & Young	Ernst & Young	Ernst & Young	Göken, Pollak & Partner	Göken, Pollak & Partner
BAS	ACCO Gmbh	ACCO Gmbh	Martina Schmidt	Martina Schmidt	Martina Schmidt
PEK	Knauft & Feldhausen	Knauft & Feldhausen	Knauft & Feldhausen	Knauft & Feldhausen	Knauft & Feldhausen
TGZ	ACCO Gmbh	ACCO Gmbh	ACCO Gmbh	Knauft & Feldhausen	Knauft & Feldhausen
MEBRA	WIKOM AG	WIKOM AG	WIKOM AG	WIKOM AG	Göken, Pollak & Partner
RPB	WIKOM AG	WIKOM AG	WIKOM AG	WIKOM AG	Göken, Pollak & Partner
VBB	WIKOM AG	WIKOM AG	WIKOM AG	WIKOM AG	Rückert ENERWA GmbH
HWG	Goldstein Consulting GmbH	Göken, Pollak & Partner	Göken, Pollak & Partner	Göken, Pollak & Partner	Göken, Pollak & Partner

II. Übersicht über die Beteiligungen der Stadt Brandenburg an der Havel gemäß § 92 Abs. 2 Nr. 1 bis 4 BbgKVerf (nach Branchen) einschließlich ihrer mittelbaren Beteiligungen

Abfallwirtschaft

Name des Unternehmens	Abkürzung	Anteil Stadt am Stammkapital in %	Beteiligung Stadt direkt oder mittelbar über:	Anteilsverteilung des Stammkapitals in %	Städtischer Anteil am Stammkapital in Euro
Märkische Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH	MEBRA	51,00		51 % Stadt Brandenburg an der Havel 48 % REMONDIS Nord/Ost 1 % Landkreis Potsdam-Mittelmark	15.300,00
Recyclingpark Brandenburg an der Havel GmbH	RPB	51,00	MEBRA	100 % Märkische Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH	510.000,00

ÖPNV

Name des Unternehmens	Abkürzung	Anteil Stadt am Stammkapital in %	Beteiligung Stadt direkt oder mittelbar über:	Anteilsverteilung des Stammkapitals in %	Städtischer Anteil am Stammkapital in Euro
Verkehrsbetriebe Brandenburg an der Havel GmbH	VBB	100,00	TWB	100 % TWB	1.971.100,00
Verkehrsbund Berlin-Brandenburg GmbH	VBB	1,85		1,85 % Stadt Brandenburg an der Havel	6.000,00

Gesundheits- / Sozialeinrichtungen

Name des Unternehmens	Abkürzung	Anteil Stadt am Stammkapital in %	Beteiligung Stadt direkt oder mittelbar über:	Anteilsverteilung des Stammkapitals in %	Städtischer Anteil am Stammkapital in Euro
Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH	Klinik	100,00		100 % Stadt Brandenburg an der Havel	25.600,00
Gesundheitszentrum Brandenburg an der Havel GmbH	MVZ	100,00	Klinikum	100 % Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH	25.000,00
Klinikum Westbrandenburg GmbH	KWB	50,00	Klinikum	50 % Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH 50 % Klinikum Ernst von Bergmann gGmbH	12.500,00

Ver- und Entsorgung

Name des Unternehmens	Abkürzung	Anteil Stadt am Stammkapital in %	Beteiligung Stadt direkt oder mittelbar über:	Anteilsverteilung des Stammkapitals in %	Städtischer Anteil am Stammkapital in Euro
Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH & Co. KG	StWB	51,00	TWB	51,00 % TWB 36,75 % E.DIS AG 12,25 % EMB GmbH	4.182.000,00
BRAWAG GmbH Wasser- und Abwassergesellschaft Brandenburg an der Havel	BRAWAG	51,00	StWB	100 % StWB	3.389.865,14

Immobilienwirtschaft

Name des Unternehmens	Abkürzung	Anteil Stadt am Stammkapital in %	Beteiligung Stadt direkt oder mittelbar über:	Anteilsverteilung des Stammkapitals in %	Städtischer Anteil am Stammkapital in Euro
Zentrales Gebäude- und Liegenschaftsmanagement	GLM	100,00		Sondervermögen	50.000,00
Projekt-Entwicklung-Kirchmöser GmbH	PEK	100,00		100 % Stadt Brandenburg an der Havel	25.600,00
Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Brandenburg an der Havel mbH	wobra	100,00		100 % Stadt Brandenburg an der Havel	25.564.600,00
Brandenburger Wohnungsfürsorge GmbH	Wofü	100,00	wobra	100 % wobra	332.339,71

Dienstleistungen

Name des Unternehmens	Abkürzung	Anteil Stadt am Stammkapital in %	Beteiligung Stadt direkt oder mittelbar über:	Anteilsverteilung des Stammkapitals in %	Städtischer Anteil am Stammkapital in Euro
Klinik Service Center GmbH	KSC	51,00	Klinikum	51 % Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH 25 % P. Dussmann GmbH 14 % Gebäudereinigung Brandenburg GmbH 10 % Caritas	12.750,00
Klinik-Labor Brandenburg an der Havel GmbH	KLB	100,00	Klinikum	100 % Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH	25.000,00
Brandenburger Dienstleistungen GmbH	BDL	51,00	StWB	100 % StWB	434.600,00
Havelländische Wasser GmbH	HWG	13,34		13,34 % Stadt Brandenburg an der Havel	34.684,00

Arbeitsförderung

Name des Unternehmens	Abkürzung	Anteil Stadt am Stammkapital in %	Beteiligung Stadt direkt oder mittelbar über:	Anteilsverteilung des Stammkapitals in %	Städtischer Anteil am Stammkapital in Euro
Brandenburg an der Havel Arbeitsförderungs- und Strukturentwicklungsgesellschaft mbH	BAS	100,00		100 % Stadt Brandenburg an der Havel	25.565,00

Technologie und Infrastruktur

Kultur- und Freizeit

Name des Unternehmens	Abkürzung	Anteil Stadt am Stammkapital in %	Beteiligung Stadt direkt oder mittelbar über:	Anteilsverteilung des Stammkapitals in %	Städtischer Anteil am Stammkapital in Euro
Technologie- und Gründerzentrum Brandenburg an der Havel GmbH	TGZ	52,00		52 % Stadt Brandenburg an der Havel	6.587,17
Brandenburger Theater GmbH	BT	100,00		10 % Mittelbrandenburgische Sparkasse 100 % Stadt Brandenburg an der Havel	5.112,92 25.600,00
Schwimm- und Erlebnisbad der Stadt Brandenburg an der Havel	Marienbad	100,00		10 % RFT Brandenburg 9 % Fachhochschule Brandenburg 5 % Fa. Villmann	5.112,92 25.565,00 2.556,46
				3 % REMONDIS GmbH & Co. KG 3 % Atlas Info-Systeme 1 % Börner GmbH 1 % Ing.-Büro Friedrich 1 % Perkers GmbH 1 % HWG 1 % Lenz & Mundt Betonsanierung GmbH 1 % HIB 1 % Honeywell GmbH 1 % Gewerbeverein Brandenburg e.V.	1.533,88 1.533,88 511,29 511,29 511,29 511,29 511,29 511,29 511,29 511,29

Verwaltungs- und Beteiligungsholding

Name des Unternehmens	Abkürzung	Anteil Stadt am Stammkapital in %	Beteiligung Stadt direkt oder mittelbar über:	Anteilsverteilung des Stammkapitals in %	Städtischer Anteil am Stammkapital in Euro
Technische Werke Brandenburg an der Havel GmbH	TWB	100,00		100 % Stadt Brandenburg an der Havel	102.400,00

Bildung

Name des Unternehmens	Abkürzung	Anteil Stadt am Stammkapital in %	Beteiligung Stadt direkt oder mittelbar über:	Anteilsverteilung des Stammkapitals in %	Städtischer Anteil am Stammkapital in Euro
Medizinische Hochschule Brandenburg CAMPUS GmbH	MHB	33,33	Klinikum	33,33 % Städtisches Klinikum Brandenburg 33,33 % Ruppiner Kliniken GmbH 11,12 % Immanuel-Diakonie 11,11 % Stadtwerke Neuruppin 11,11 % Sparkasse Ostprignitz-Ruppin	33.330,00

III.1

Eigenbetriebe

- *Betriebsführer*

Die Betriebsführung wird durch die Gesellschaft für Management und Entwicklung von Freizeitsystemen mbH & Co. KG, Neuried (GMF) wahrgenommen.

- *Betriebsleiter*

Jens Grosser

- *Gemeinsamer Werksausschuss der Eigenbetriebe*

Originäre Aufgaben des gemeinsamen Werksausschusses sind neben den satzungsmäßig übertragenen Entscheidungsbefugnissen die Vorbereitung und Vorberatung der Stadtverordnetenversammlung zur Entscheidung vorzulegenden Angelegenheiten und die Überwachung der Werkleitung.

Im Berichtsjahr fanden neun Sitzungen des Werksausschusses statt.

Der gemeinsame Werksausschuss für die Eigenbetriebe setzte sich 2015 wie folgt zusammen:

Werksausschuss 2015	
Ausschussvorsitz	Herr Ernst Wegerer
Stellvertreter	Herr Matthias Pietschmann
weitere Mitglieder	Frau Doris Seeber Herr Norbert Langerwisch Herr Klaus Hoffmann

Gegenstand

Der Gegenstand des Eigenbetriebes ist die Betriebsführung des modernisierten und erweiterten Schwimm- und Erlebnisbades auf dem Marienberg. Der Eigenbetrieb kann alle seinen Betriebszweck fördernden und ihn wirtschaftlich berührenden Hilfs- und Nebengeschäfte betreiben.

Öffentlicher Zweck

Der öffentliche Zweck des Schwimm- und Erlebnisbades besteht in der Absicherung des Schul- und Vereinsschwimmens und des öffentlichen Badebetriebes mit dem Ziel, die Attraktivität Brandenburgs an der Havel für seine Besucher und die Lebensqualität der Bevölkerung zu erhöhen.

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebes

Kennzahl	2013	2014	2015
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	92%	93%	93%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	63%	61%	62%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	105%	102%	103%
Zinsaufwandquote	0%	0%	0%
Liquidität 3. Grades	226%	189%	167%
Cashflow	506 T€	229 T€	55 T€
Gesamtkapitalrentabilität			
Gesamtkapitalrentabilität	-2%	-4%	-4%
Umsatz	1.555 T€	1.530 T€	1.598 T€
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-187 T€	-456 T€	-419 T€
Personalaufwandsquote			
Personalaufwandsquote	11%	10%	8%
Anzahl der Mitarbeiter	4	3	3

(Begriffserläuterungen siehe Anhang IX)

Lagebericht des Eigenbetriebes

Der Freibadbetrieb wurde am 16.05.2015 aufgenommen. Das Jahr 2015 kann trotz geringfügig rückläufiger Besucherzahlen (Ist 2014 = 305.018, Ist 2015 = 302.248), die in einer zwei wöchigen Schließung während des Revisionszeitraumes als auch mit der Einführung des erhöhten Mehrwertsteuersatzes zur zweiten Jahreshälfte zu begründen sind, als erfolgreich gewertet werden.

Erhebliche Kosten musste der Eigenbetrieb für den allgemeinen Bauunterhalt sowie Instandsetzung von Maschinen und Anlagen aufwenden (z.B. Umrüstung der kompletten Wasseraufbereitung von Siemens 5 auf Siemens 7 Technik, Teilsanierung Baukörper und Dächer). Maßnahmen wie Begutachtung / Instandhaltung / Instandsetzen Pumpen Wasserattraktionen und Umwälzung, Reparaturen an Lüftungsanlagen / Kältetechnik, Behebung von Mängeln an Einbruch- u. Brandmeldeanlage sowie Reparatur Antriebstechnik Hallenverfahung 50-m-Becken wurden realisiert bzw. begonnen.

Um gerade Familien mit Kindern für das Marienbad zu begeistern, wurden durch den Betriebsführer in Abstimmung mit dem Betreiber durch Konzentration auf diese Zielgruppe auch im Wirtschaftsjahr 2015 wieder entsprechende Veranstaltungen (u.a. Halloween Gruseltime, Hits for Kids) durchgeführt. Gleichzeitig wurde der Marketingplan des Marienbades fortgeschrieben sowie die bewährten und bei den Gästen beliebten Veranstaltungen weitergeführt.

Die Umsatzerlöse des Bades lagen mit 1.598,1 T€ unter dem Planansatz von 1.613,8 T€. Die Planunterschreitung resultiert im Wesentlichen aus den nicht realisierten Umsätzen in den Kernbereichen Funbad und Sauna und daraus resultierend im Vergleich zum Planansatz verminderten Besucherzahlen.

Die 25-m-Halle wurde im Wirtschaftsjahr 2015 zu 55,36% durch den Bereich öffentliches Baden, zu 13,45% durch das Schulschwimmen und zu 31,19% durch das Vereinsschwimmen ausgelastet. Die Gesamtauslastung der 50-m-Halle verteilt sich auf die Bereiche öffentliches Baden 81,70%, Schulschwimmen 3,91% und Vereinsschwimmen 14,39%.

Insgesamt konnte im Wirtschaftsjahr 2015 über alle Bereiche an den Wochenenden (Samstage und Sonntage) in der Zeit von 15.00 Uhr bis 18.00 Uhr die höchste Auslastung des Schwimm- und Erlebnisbades verzeichnet werden.

Ertragslage

Der Kommunale Eigenbetrieb Schwimm- und Erlebnisbad der Stadt Brandenburg an der Havel ist als Einrichtung der kommunalen Infrastruktur nicht in der Lage, seine Aufwendungen vollständig zu erwirtschaften. Demgemäß sehen die Wirtschaftspläne des Eigenbetriebs einen jährlichen Ausgleich des finanziellen Fehlbedarfs durch Ertragszuschüsse der Stadt Brandenburg an der Havel vor (2015: 840,0 T€, 2014: 840,0 T€).

Die Umsatzerlöse erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr leicht um 4,4% (2015: 1.598,1 T€, 2014: 1.530,1 T€). Die geplanten Umsatzerlöse wurden jedoch um 15,7 T€ unterschritten. Der finanziellen Situation der Stadt Brandenburg an der Havel entsprechend kann dem Wertverzehr der Anlagen in Form der Abschreibungen (2015: 543,3 T€, 2014: 621,0 T€) nicht Rechnung getragen werden. Unter Gegenrechnung der entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer der geförderten Anlagen ertragswirksam aufzulösenden Sonderposten ergibt sich daraus ein jährlicher Fehlbetrag (2015: 419,4 T€, 2014: 455,6 T€), der planmäßig mit den allgemeinen Rücklagen verrechnet wird. Investitionen kann der Eigenbetrieb daher aus eigener Kraft nicht refinanzieren.

Die Besucherzahlen des Schwimm- und Erlebnisbades insgesamt haben sich gegenüber dem Vorjahr um 2.770 auf 302.248 vermindert. Davon ist der Bereich Sauna von einem Rückgang der Besucherzahlen um 3.422 auf 40.000 hauptsächlich betroffen.

Die betrieblichen Aufwendungen gesamt wurden mit einer Einsparung in allen Kostenpositionen, außer Aufwendungen für bezogene Leistungen, von insgesamt 193,8 T€ eingehalten. Maßgeblich hierfür waren die Unterschreitung der sonstigen betrieblichen Aufwendungen (96,7 T€), insbesondere der Personalkosten des Betriebsführers um 68,0 T€. Die geplanten Medienkosten wurden entsprechend der positiven Witterungsbedingungen um 90,3 T€ unterschritten.

Die Erhöhung der Aufwendungen für bezogene Leistungen resultiert aus der Wiederaufnahme des Angebotes an Massagen auf Fremdleistungsbasis. Im Zusammenhang mit den entsprechenden Erlösen (+14,5 T€) betrachtet, ist die Erhöhung der Aufwendungen insgesamt geringfügig.

Der Personalaufwand wurde im Wirtschaftsjahr 2015 gegenüber dem Plan um 13,0 T€ unterschritten. Eine Einzeldarstellung im Zusammenhang mit den personalbasierten Betriebsführungsaufwendungen stellt sich wie folgt dar:

städt. Mitarbeiter des Eigenbetriebes		Fremdpersonal GMF	
Anzahl Mitarbeiter	3	Anzahl Mitarbeiter	47
Festangestellte		Festangestellte	
Vollzeit	2	Vollzeit	17
abzüglich		Teilzeit	10
Dauerkrank	0	Pauschalteilzeit-	
befristete Erwerbs-		mitarbeiter (PTM)	20
unfähigkeitsrente	0		
Teilzeit	1		
Altersteilzeit			
(Freistellungsphase)	0		
Lehrling	0		
Löhne und Gehälter		Löhne und Gehälter	
Mitarbeiter Stadt	100.528,61	GMF	755.824,47
gesetzliche Sozialauf-		Beiträge zur Berufs-	
wendungen	22.461,34	genossenschaft	7.476,89
Abfindung aus Löhnen		sonstige Personal-	
und Gehältern	0,00	kosten	425,13
Rückstellung Altersteilzeit	0,00		
Steuer-Brutto (Summe)	122.989,95	Summe Personal-	763.726,49
Planansatz	136.000,00	kostenerstattung	763.726,49
Differenz	13.010,05	Planansatz	831.700,00
		nicht zur Verfügung	
		gestelltes städtisches	
		Personal	0
		Differenz	67.973,51
		Differenz (Minderkosten) gesamt	80.983,56

Zahlenmäßige Entwicklung der städtischen Mitarbeiter des Eigenbetriebes:

	Stand	Stand	Stand	Stand	Stand
	31.12.2014	31.03.2015	30.06.2015	30.09.2015	31.12.2015
Festangestellte					
Vollzeit	2	2	2	2	2
Teilzeit	1	1	1	1	1
Altersteilzeit (Freistellungsphase)	0	0	0	0	0
Lehrling	0	0	0	0	0
Gesamt	3	3	3	3	3

Die planmäßigen Abschreibungen sind um 77,7 T€ zum Vorjahr gesunken. Analog dazu sanken die zahlungsunwirksamen Erträge aus Auflösung der Sonderposten für Investitionszuschüsse um 16,4 T€ (2015: 210,2 T€, 2014: 226,6 T€).

Vermögens- und Finanzlage

Wesentliche Abweichungen zum Plan per 31.12.2015 ergaben sich nicht. Die Investitionen (25,1 T€) betrafen den Ersatz verschlissener Anlagenkomponenten mit dem Schwerpunkt der Wasseraufbereitung und der Betriebs- und Geschäftsausstattung. Der Barmittelbestand erhöhte sich im Vergleich zum Jahresbeginn um 15,0 T€ statt der geplanten Verminderung um 131,4 T€

Liquidität

Die Liquidität des Eigenbetriebs war im Wirtschaftsjahr gesichert. Kurzfristigen Zahlungsverpflichtungen in Höhe von 487,7 T€ stehen zum 31.12.2015 liquide Mittel von 623,8 T€ gegenüber. Somit traten keine Belastungen für die fristgerechte Finanzierung auf.

Unter Beachtung der geplanten Zahlungen für die Betriebskostenzuschüsse ist die Liquidität im Geschäftsjahr auch zukünftig gesichert.

Statistische Angaben:

	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Gesamtbesucher	348.393	317.917	320.287	317.676	311.638	305.018	302.248

Voraussichtliche Entwicklung des Eigenbetriebes

Mit dem Abschluss des 2. Bauabschnitts im Wirtschaftsjahr 2004 wurde der Aufbau des Schwimm- und Erlebnisbades in der Stadt Brandenburg an der Havel beendet. Weitere Investitionen, die zu einer nachhaltigen Erweiterung der Geschäftstätigkeit führen, wurden 2014 (Saunaerweiterung) zum Abschluss gebracht.

Die aktuellen Angebote, welche gut angenommen wurden, werden weiter ausgebaut, um die Einnahmesituation zu stabilisieren. Für das Jahr 2016 wurde mit einem Besucheraufkommen von 290.000 Personen geplant, wobei die Verweildauer durch sehr unterschiedliche

Zeitanteile (Stunden-, 2-Stunden- und Tageskarten) bestimmt wird. Zur Verbesserung der Einnahmesituation wird angestrebt, die Verweildauer auszubauen.

Gleichzeitig ist darauf zu achten, wie sich die Situation durch den Wegfall des verminderten Steuersatzes für Saunabesuche auswirken wird.

Der Wirtschaftsplan 2016, wurde mit einem geplanten Zuschuss in Höhe von 840 T€ zuzüglich einer Einlage der Stadt Brandenburg an der Havel in Höhe von 240,0 T€ für notwendige Instandsetzungen der Brand- und Einbruchmeldeanlage sowie der Fortführung notwendiger Dachinstandsetzungen aufgestellt. Eine Refinanzierung des Anlagenverschleißes aus Einnahmen des Eigenbetriebs kann weiterhin nicht erfolgen. Trotz geplanter Umsatzsteigerung muss mit einem Jahresfehlbetrag von 675,9 T€ gerechnet werden.

Mit dem Ablauf der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer diverser technischer Anlagegüter ohne Einordnung des entsprechenden Ersatzinvestitionsbedarfs sinken die Abschreibungen. Der Ablauf der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer konzentriert sich insbesondere in den hoch belasteten Bereichen der Wasseraufbereitung, Gastronomie und Sauna.

Der finanziellen Situation der Stadt Brandenburg an der Havel Rechnung tragend, wird in die mittelfristige Finanzplanung nur ein Ersatzinvestitionsbedarf von 25,0 T€ p.a. eingeordnet. Dem alterungsbedingten Anlageverschleiß soll durch gezielte, die Nutzungsdauer erhöhende Instandhaltungsmaßnahmen begegnet werden.

Zusammenfassend muss festgestellt werden, dass die nachhaltige Sicherung des Vermögens und der Bestand des Eigenbetriebs direkt von der Leistungsfähigkeit der Stadt Brandenburg an der Havel zur Erbringung der erforderlichen Betriebskostenzuschüsse und (im Bedarfsfall) der erforderlichen Mittel für Ersatzinvestitionen und größere Instandhaltungsmaßnahmen abhängig sind.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	150.000 €
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Keine
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Betriebskostenzuschuss in Höhe von 840.000 €, Investitionskostenzuschuss in Höhe von 25.000 €

Vermögens- und Finanzlage des Eigenbetriebes

(Angaben in T€)			
Bilanz	2013	2014	2015
<u>Aktivseite</u>			
A. Anlagevermögen	11.166	10.940	10.422
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0
II. Sachanlagen	11.166	10.940	10.422
B. Umlaufvermögen	945	791	812
I. Vorräte	20	18	13
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	158	164	175
III. Kassenbestand, Guthaben	767	609	624
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1	1	1
<u>Passivseite</u>			
A. Eigenkapital	7.666	7.210	6.941
I. Gezeichnetes Kapital	26	26	26
II. Rücklagen	8.190	7.640	7.790
III. Jahresfehlbetrag u. Verlustvortrag des Vorjahres	-550	-456	-875
B. Sonderposten mit Rücklagenanteil	4.029	3.992	3.807
C. Rückstellungen	47	111	42
D. Verbindlichkeiten	370	419	446
E. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	12.112	11.732	11.235

Ertragslage des Eigenbetriebes

(Angaben in T€)			
GuV	2013	2014	2015
1. Umsatzerlöse	1.555	1.530	1.598
2. Sonstige betriebliche Erträge	1.223	1.080	1.070
3. Materialaufwand	-962	-1.079	-1.009
4. Personalaufwand	-174	-155	-123
5. Abschreibungen	-693	-621	-543
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.114	-1.187	-1.389
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
8. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-164	-432	-396
9. außerordentliche Erträge	1	1	1
10. außerordentliche Aufwendungen	-1	-1	-1
11. Sonstige Steuern	-23	-24	-24
12. Jahresergebnis	-187	-456	-419

- *Werksausschuss*

Die Zusammensetzung des gemeinsamen Werksausschusses für die Eigenbetriebe im Jahre 2015 ist der Seite 14 zu entnehmen.

Gegenstand

Gegenstand des Eigenbetriebes ist es, die Gebäude und Liegenschaften der Stadt Brandenburg an der Havel nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen zentral zu bewirtschaften, hiermit verbundene infrastrukturelle Leistungen zu erbringen; Bauunterhaltung, Sanierung, Um- und Ausbau, Neubau sowie Rückbau durchzuführen und ein Liegenschaftsmanagement aufzubauen und zu entwickeln.

Die Überlassung von Räumen, Gebäuden und Liegenschaften erfolgt, soweit zweckmäßig, nach dem Mieter-/ Vermietermodell. Der Eigenbetrieb führt darüber hinaus im Auftrag die Verwaltung von Vermögen der Stadt Brandenburg an der Havel durch, das dem Eigenbetrieb als wirtschaftliches Eigentum übertragen wurde, wie z. B. von Gebäuden und Liegenschaften zum Zwecke des Denkmalschutzes. Hierzu gehört im Rahmen der Gesetze auch die Einrichtung und Unterhaltung von Neben- und Hilfsbetrieben, wenn diese wirtschaftlich mit dem Eigenbetrieb zusammenhängen und der optimalen Aufgabenerfüllung des Eigenbetriebes dienen.

Öffentlicher Zweck

Die strategischen Ziele des Eigenbetriebes sind vor allem die Optimierung der Bewirtschaftungskosten für die Immobilien der Stadt Brandenburg an der Havel.

Der Eigenbetrieb hat zu diesem Zweck die Aufgabe, alle infrastrukturellen Immobiliendienstleistungen zu erbringen und die Bauträgerfunktion für die Liegenschaften der Stadt zu übernehmen.

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebes

Kennzahl	vorl. 2013	vorl. 2014	vorl. 2015
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	96%	94%	94%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	68%	65%	65%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag [T€]	0	0	0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	92%	93%	93%
Zinsaufwandquote	4,3%	6,8%	3,7%
Liquidität 3. Grades	92%	96%	90%
Cashflow [T€]	1.747	1.166	2.061
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	0%	-1%	0%
Umsatz [T€]	17.428	10.439	17.991
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag [T€]	-1.813	-2.527	-1.845
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	22%	38%	22%
Anzahl der Mitarbeiter	82	80	80

Lagebericht des Eigenbetriebes

Die Werte des zum 01.01.2011 eingelegten Immobilienvermögens werden derzeit für die Zeiträume ab 2012 bis heute fortgeschrieben; die Vermögenswerte sind daher in diesem Bericht noch als vorläufig zu betrachten.

Für das abgelaufene Wirtschaftsjahr 2015 waren Erträge von 20.332,4 T€ und Aufwendungen von 23.218,8 T€, mithin ein Jahresergebnis von -2.886,4 T€ geplant. Es wird davon ausgegangen, dass der Jahresfehlbetrag nach bisher vorliegenden Daten nicht so hoch wie geplant – das Ergebnis also besser ausfallen wird. Voraussichtlich wird ein Jahresverlust von etwa -1.845,0 T€ erwartet. Durch Konkretisierung im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten (periodische Abgrenzungen, Entwicklung von Rückstellungen, Abstimmung und endgültiger Lauf der Anlagenbuchhaltung) kann sich dieses Ergebnis noch ändern – ist demnach ausdrücklich als ein **vorläufiges** zu betrachten.

Hervorzuheben für das Jahr 2015 sind die gegenüber dem Planansatz wesentlich höheren Erlöse aus Holzverkäufen des zum Eigenbetrieb gehörenden Forstbereiches (Plan: 270,0 T€; Ist: 468,0 T€). Mit dem Holzverkauf bewegt sich GLM jedoch auf dem "freien" Markt, wobei die Preissituation kurzfristig sehr starken Schwankungen unterliegt. Mit erhöhten Absatzmengen lässt sich dies nicht kompensieren, da auf Grund der nachhaltigen Waldbewirtschaftung über einen Zehn-Jahres-Zeitraum jährliche Obergrenzen bei den Hiebmengen bestehen. Darüber hinaus wurden im Immobilienbereich bei den Bewirtschaftungsaufwendungen Einsparungen erzielt. Organisationsbedingt konnten einzelne geplante Instandsetzungs- und Instandhaltungsmaßnahmen nicht oder nur teilweise realisiert werden und wurden daher im Folgejahr neu geplant.

Die geplanten Kapitaleinlagen der Stadt zur Refinanzierung langfristiger Verbindlichkeiten wurden mit 730,4 T€ geleistet; hingegen wurde der Zuschuss zum laufenden Betrieb des Forstbereiches in geplanter Höhe von 129,8 T€ aus dem Stadthaushalt auf Grund der temporär sehr guten Ertragslage nicht gewährt. Die geplante Kapitalentnahme der Stadt aus den finanziellen Überschüssen der Veräußerung nicht verwaltungsnotwendiger Immobilien (700,0 T€) konnte GLM im Jahr 2015 nicht leisten, was der kurzfristig angespannten Liquiditätslage zu Jahresende auf Grund ausstehender Investitionszuschüsse für zwei große Baumaßnahmen mit Städtebauförderung geschuldet war. Die Realisierung wird im Planjahr erfolgen.

Die Liquidität des Eigenbetriebes GLM war zu Beginn des Berichtszeitraumes auf Grund der weitgehend fristgerechten Zahlungen der Mieten und Nebenkostenvorauszahlungen gesichert. Auf Grund mehrerer in diesem Jahr zeitgleich laufender komplexer Hochbaumaßnahmen (Nicolai-Schule, Gotisches Haus, FAG-geförderte Maßnahmen in KITA) und der besonderen Modalitäten bei der Zuschussgewährung der mit Fördermitteln der Innenstadtssanierung finanzierten Projekte sind über längere Zeiträume erhöhte Liquiditätsabflüsse zu verzeichnen. Um die Zahlungsverpflichtungen ständig fristgerecht erfüllen zu können, ist GLM seit dem Vorjahr dazu übergegangen, die investiven Zuschüsse von der Stadt monatlich statt bisher vierteljährlich abzurufen. Damit einhergehend ist aber auch durch die Zuschussgeber (Struktureinheiten der Stadt) die fristgerechte Zahlung an GLM erforderlich.

Zum Jahresende ergab sich jedoch eine angespannte Liquiditätssituation auf Grund der Vorfinanzierung von Aufwendungen zur Herrichtung von Notunterkünften für Flüchtlinge und Asylbewerber sowie der bereits erwähnten – dem Abrechnungsprozedere der Investitionszuschüsse geschuldeten – längerfristigen Vorfinanzierung der Baumaßnahmen an der Johanniskirche und dem Gotischen Haus. Daher ist weiterhin eine permanente kurz- und mittelfristige Steuerung unabdingbar. Vorsorglich wird in diesem Zusammenhang auf die Einstandspflicht des Stadthaushaltes gemäß § 11 Abs. 7 der Eigenbetriebsverordnung hingewiesen.

Voraussichtliche Entwicklung des Eigenbetriebes

Auch in Zukunft wird die Bereitstellung von Immobilien für die allgemeinen und spezifischen Zwecke der Verwaltung mit von den Nutzern definierten Standards den Schwerpunkt der Tätigkeit des Eigenbetriebes GLM bilden. Zwecks besserer Planbarkeit im Stadthaushalt sowie zur Reduzierung des Verwaltungsaufwandes bei der Realisierung des Vermieter-Mieter-Modelles wurden für Objekte mit gleicher oder ähnlicher Nutzung Gruppen gebildet, denen einheitliche Mietpreise pro m² und Monat beigemessen wurden. Die Mietkalkulation erfolgt demnach über die gesamten Aufwendungen pro Objektgruppe, so dass alle städtischen Nutzer einen einheitlichen „Mietpreis“ pro m² Nutzfläche zahlen.

Ab dem Jahr 2017 wird in einem weiteren Schritt auch die Kalkulation der Betriebs- und Nebenkosten nach diesem Schema vorgenommen, was ebenfalls zu einheitlichen Preisen pro m² Nutzfläche und Objektgruppe führt. Die in der Tat unterschiedlichen Betriebs- und Bewirtschaftungskosten im Vergleich der einzelnen Objekte resultieren im Wesentlichen aus der baulichen Beschaffenheit und anderen objektbezogenen Besonderheiten, weniger im Verhalten der Nutzer. Darüber hinaus haben die Nutzer (Org.-Einheiten der Stadtverwaltung) auch keinen Einfluss darauf, in welchem Objekt sie untergebracht sind. In diesem Zusammenhang wurde zur Vereinfachung des Prozesses der Kostenzuordnung auch festgelegt, die Betriebs- und Nebenkosten als Pauschale, d. h. ohne den Nutzern gegenüber wirksame Spitzabrechnung nach Jahresfrist, zu berechnen. Dadurch wird einerseits ein immenser Buchhaltungsaufwand – sowohl auf Nutzer-, als auch auf GLM-Seite – eingespart; andererseits entsteht für GLM dadurch das Erfordernis einer akribischeren und vorausschauenderen Planung der Betriebskosten als bisher. Die Risiken unvorhergesehener Kostensteigerungen – sowohl durch Preisentwicklungen an den Beschaffungsmärkten, aber auch durch Anforderungen der Nutzer – bleiben dann auf Grund der fehlenden nachträglichen Abrechnungsmöglichkeit bei GLM.

Eine Einflussnahme auf den laufenden und nachhaltigen Geschäftserfolg kann der Eigenbetrieb GLM daher künftig lediglich im Bereich des Einkaufs, der internen Organisation und der externen Vermietung und Verpachtung erzielen.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Kapitaleinlage von 730.400,- € zur Refinanzierung der Verpflichtungen aus dem ÖPP-Schulprojekt
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Keine Entnahme finanzieller Überschüsse aus Grundstücksveräußerungen (aus vorl. Abrechnung 2015 wurden 700 T€ erst im Folgejahr abgeführt).
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Im Wirtschaftsjahr aus dem Haushalt der Stadt 313,3 T€ Zuschuss zu größeren Reparaturprojekten; 28,4 T€ Zuschuss zur Aufgabenerfüllung zum Vorverkaufsverzicht und nach § 28 BauGB sowie 4.247,9 T€ investive Zuschüsse für Bauinvestitionen an verwaltungsnotwendigen Immobilien. Der geplante Zuschuss für den Forstbetrieb (129,8 T€) wurde auf Grund von Mehrerlösen aus dem Holzverkauf nicht in Anspruch genommen.

Vermögens- und Finanzlage des Eigenbetriebes

(Angaben in T€)			
Bilanz	vorl. 2013	vorl. 2014	vorl. 2015
<u>Aktivseite</u>			
A. Anlagevermögen	289.693	291.384	292.506
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	166	138	108
II. Sachanlagen	289.527	291.246	292.398
B. Umlaufvermögen	12.431	19.661	19.519
I. Vorräte	7.966	14.911	15.032
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	3.842	3.395	4.222
III. Kassenbestand, Guthaben	623	1.355	264
C. Rechnungsabgrenzungsposten	40	65	63
<u>Passivseite</u>			
A. Eigenkapital	205.656	203.230	202.116
I. Gezeichnetes Kapital	50	50	50
II. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-1.813	-2.527	-1.845
III. Allgemeine Rücklage	209.000	209.101	209.832
IV. Gewinnvortrag des Vorjahres	-1.581	-3.394	-5.921
B. Sonderposten und Baukostenzuschüsse	60.325	66.371	69.371
C. Rückstellungen	1.421	1.582	1.543
D. Verbindlichkeiten	34.696	39.861	38.993
E. Rechnungsabgrenzungsposten	65	65	65
Bilanzsumme	302.163	311.110	312.087

Ertragslage des Eigenbetriebes

(Angaben in T€)			
GuV	vorl. 2013	vorl. 2014	vorl. 2015
1. Umsatzerlöse	17.428	10.439	17.991
2. Bestandsveränderungen an fertigen und unfertigen Leistungen	480	6.949	121
3. Sonstige betriebliche Erträge	1.548	1.696	1.984
4. Materialaufwand	-12.555	-12.733	-12.694
5. Personalaufwand	-3.856	-3.916	-4.025
6. Abschreibungen	-3.560	-3.693	-3.906
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-567	-568	-652
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	20	8	5
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-751	-711	-660
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-1.813	-2.527	-1.836
11. Sonstige Steuern	0	0	-9
12. Jahresergebnis	-1.813	-2.527	-1.845

III.2

Eigen- gesellschaften

III.2.1 wobra Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Brandenburg an der Havel mbH

Geschäftsbereich

Wohnungsverwaltung

Firmensitz

Hauptstr. 32
14776 Brandenburg an der Havel
Tel. : 03381/ 75 70
Fax: 03381/ 75 76 41

E-Mail: info@wobra.de
Internet: www.wobra.de

Gründung

Die wobra (Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Brandenburg an der Havel mbH) wurde auf Grund des Beschlusses der SVV vom 28.08.1991 mit Wirkung zum 19.12.1991 durch Umwandlung des VEB "Gebäudewirtschaft der Stadt Brandenburg an der Havel" als Eigenbetrieb der Stadt Brandenburg an der Havel gegründet.

Mit Inkrafttreten des Einigungsvertrages am 03.10.1990 ist das Vermögen einschließlich der zugehörigen Schulden des ehemaligen VEB Gebäudewirtschaft Brandenburg in das Eigentum der Kommune übergegangen. Mit der Umwandlung des Eigenbetriebes in eine GmbH sind das Vermögen und die Schulden im Rahmen der Gesamtrechtsnachfolge wiederum auf die GmbH übertragen worden.

Die Gesellschaft ist im Handelsregister beim Amtsgericht Potsdam unter der Nummer HRB 4729 P eingetragen.

Gezeichnetes Kapital/ Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital	25.564.600 €
Stadt Brandenburg an der Havel	100 %

Unterbeteiligungen

Die wobra ist zu 100% an der Brandenburger Wohnungsfürsorge GmbH beteiligt. Das Stammkapital der Brandenburger Wohnungsfürsorge GmbH beträgt 332.339,71 €

Aktueller Gesellschaftsvertrag

Der aktuelle Gesellschaftsvertrag datiert vom 11. März 1999.

Die Eintragung in das Handelsregister erfolgte am 18. Mai 1999.

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführung*

Klaus Deschner (bis 31.12.2015)

Stephan Falk (ab 01.07.2015)

- *Gesellschafterversammlung*

Die Vertretung der Stadt Brandenburg an der Havel in der Gesellschafterversammlung nimmt Oberbürgermeisterin Frau Dr. Dietlind Tiemann wahr.

Im Geschäftsjahr 2015 fanden vierzehn Gesellschafterversammlungen statt.

- *Aufsichtsrat*

Aufsichtsratsmitglieder 2015

Aufsichtsratsvorsitz	Frau Dr. Dietlind Tiemann (ab 26.01.2016) Herr Michael Brandt (bis 12.10.2015)
Stellvertreter	Herr Norbert Langerwisch
weitere Mitglieder	Herr Hans-Jürgen Arndt Frau Martina Marx (bis 22.10.2015) Herr Lutz Krakau Herr Georg Riethmüller Herr Frank Robby Wallis

Im Berichtsjahr fanden drei Aufsichtsratssitzungen statt.

Gegenstand

Gegenstand des Unternehmens ist gemäß § 2 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages vorrangig die Wohnungsversorgung für breite Schichten der Bevölkerung. Soweit durch einen öffentlichen Zweck gerechtfertigt und der Wohnungsversorgung dienlich, ist die Gesellschaft berechtigt, die Errichtung, Betreuung, Bewirtschaftung und Verwaltung von Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen (Eigenheime, Mietwohnungen, Eigentumswohnungen) sowie außerdem alle im Bereich des Städtebaus, der Wohnungswirtschaft und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben zu übernehmen, Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte zu erwerben, zu belasten und zu veräußern.

Öffentlicher Zweck

Die unter „Gegenstand des Unternehmens“ aufgeführten Unternehmensziele entsprechen der gesetzlich vorgeschriebenen öffentlichen Zweckbestimmung einer gesicherten Versorgung der Bevölkerung mit Wohnraum. Die Zweckbestimmung dieses wirtschaftlichen Unternehmens der Gemeinde begründet ihr Engagement.

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2013	2014	2015
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	87%	87%	87%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	21%	22%	22%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	101%	102%	100%
Zinsaufwandquote	14,3%	13,2%	12,2%
Liquidität 3. Grades	114%	116%	103%
Cashflow	5.683 T€	7.910 T€	11.349 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	3%	4%	3%
Umsatz	22.690 T€	22.913 T€	23.008 T€
Jahresüberschuss	1.408 T€	3.175 T€	1.123 T€
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	8%	8%	9%
Anzahl der Mitarbeiter	40	37	40

Lagebericht der Gesellschaft

Geschäftsverlauf

Die Gesellschaft weist einen Jahresüberschuss für das Geschäftsjahr 2015 von 1.123 T€ aus; gegenüber dem Erfolgsplan wurde ein um 700 T€ besseres Jahresergebnis ausgewiesen. Wesentliche Gründe hierfür sind insbesondere erhöhte und nicht geplante sonstige betriebliche Erträge aus der Endabrechnung für den Platz der Einheit und aus dem Buchgewinn für einen Anlagenabgang.

Im Geschäftsjahr 2015 wurden im eigenen Bestand behindertengerechte Anpassungen vorgenommen, Hausflure renoviert, Außenanlagen gestaltet und Müllplätze nach den Vorgaben des Entsorgers angepasst.

Ertragslage

In den Betriebsleistungen sind Umsatzerlöse in Höhe von 23.009 T€ (2014: 22.913 T€) enthalten. Im Geschäftsjahr 2015 wurden die Mieterlöse um 391 T€ gesteigert. Die Betriebskosten 2015 liegen unter anderem witterungsbedingt über den Vorjahreswerten. Zu Mehraufwendungen führten auch die, für die abgeschlossenen Sanierungsobjekte zusätzlich anfallenden Aufwendungen für Wärme und Aufzüge. Die sonstigen betrieblichen Erträge betreffen insbesondere die zusätzlichen Erträge aus Kostenerstattungen für die Herrichtung von Wohnungen für Asylbewerber.

Der Betriebsaufwand (21.862 T€; 2014: 20.460 T€) betrifft größtenteils Aufwendungen aus der Hausbewirtschaftung. Der Anstieg des Betriebsaufwandes lässt sich insbesondere auf zusätzliche Kosten im Zusammenhang mit der Fertigstellung der Sanierungsmaßnahmen am Bahnhof und in der Innenstadt zurückzuführen, insbesondere erhöhten sich die Betriebskosten im Bereich der Heizkosten für zusätzliche zentrale Wärmeversorgung und die Abschreibungen. Für erhöhte Verluste aus nicht wirtschaftlich vermieteten Wohnungen war die Anpassung der Drohverlustrückstellung erforderlich. Eine Rückstellungsbildung für Ausgleichszahlungen an Mitarbeiter im Zusammenhang mit der Öffnungsklausel führte ursächlich zu erhöhtem Personalaufwand einem im Vergleich zum Geschäftsjahr 2014.

Das Ergebnis wird nachhaltig durch den hohen Zinsaufwand beeinflusst. Unter Berücksichtigung des Finanzergebnisses von -2.506 T€ (2014: -2.518 T€) ergibt sich ein positives Betriebsergebnis von 611 T€ (2014: 1.034 T€). Im Vorjahresvergleich hat sich dieses um 423 T€ verschlechtert, was insbesondere in erhöhten drohenden Verlusten im Wesentlichen aus Vermietungen im unsanierten Bestand begründet ist.

Im Beteiligungsergebnis saldiert mit der Neubewertung der Beteiligung wurde im Geschäftsjahr 2014 die Gewinnausschüttung von der 100%igen Tochtergesellschaft Wohnungsfürsorge GmbH mit der erforderlichen Teilwertabschreibung auf das Finanzanlagenvermögen saldiert. Im Geschäftsjahr 2015 erfolgte keine Gewinnausschüttung, eine Neubewertung der Beteiligung ist nicht erforderlich.

Das gestiegene neutrale und periodenfremde Ergebnis ist im Wesentlichen in einmaligen Effekten, wie um 122 T€ höhere Buchgewinne aus Anlagenverkäufen und in der Endabrechnung für den Platz der Einheit in Höhe von 208 T€, begründet.

Die Erhöhung der planmäßigen Abschreibungen ist in den Aktivierungen der Neubau- und Sanierungsmaßnahmen am Hauptbahnhof und in der Innenstadt begründet.

Finanzlage

Im 5-Jahres-Vergleich stellt sich die Eigenkapitalentwicklung wie folgt dar:

Eigenkapital	2011	2012	2013	2014	2015
- nominal in Mio. €	+31,7	+31,6	+32,1	+34,8	+32,8
- quotat in %	+20,3	+20,4	+20,9	+22,4	+21,8

Die Summe der Verbindlichkeiten reduzierte sich gegenüber dem Vorjahr um 3.412 T€, was im Wesentlichen auf die planmäßigen Tilgungen (4.010 T€) und Sondertilgungen (12 T€) von Krediten, saldiert mit den Valutierungen von Darlehen für die Neubau- und Sanierungsmaßnahmen mit 220 T€ zurückzuführen ist.

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und anderen Kreditgebern sowie Ausleihungen von der Wofü GmbH (101.030 T€, 2014: 104.833 T€) betreffen:

	2014	2015
	in T€	in T€
Modernisierungs- und Instandhaltungskredite	51.569	49.757
Altschuldenkredite	19.190	18.192
<i>davon neue Altschulden T€ 7.656, Vorjahr T€ 7.275</i>		
Neubaukredite	28.705	27.749
Aufwendungsdarlehen	4.547	4.531
Wendebauten	740	719
Zinsen	82	82

Die überdurchschnittliche Erhöhung des Eigenkapitals seit 2004 von 8,3 Mio. € auf 32,8 Mio. € in 2015 und die positiven Jahresergebnisse seit 2004 sowie die vorliegende positive mittelfristige Finanzplanung, verbesserte das Standing der wobra gegenüber den kreditgebenden Banken hinsichtlich Bonität und Rating enorm.

Vermögenslage

Am 31. Dezember 2015 zählten zum Bestand der wobra 3.808 eigenen Wohnungen (2014: 3.818), 31 Eigentumswohnungen (2014: 31), 119 Gewerbeeinheiten (2014: 120) sowie 1.210 Garagen bzw. Stellplätze (2014: 1.141). Des Weiteren verwaltete die wobra 1.440 Wohnungen und eine Gewerbeeinheit aus dem Bavaria-Bestand. Die Veränderungen des eigenen Bestandes gegenüber dem Vorjahr ergaben sich aus dem Verkauf von Wohnungen.

Die verwalteten 1.440 BAVARIA-Wohnungen wurden 1998 saniert; sie verteilen sich in den Wohngebieten der Stadt Brandenburg an der Havel wie nachfolgend dargestellt:

Wohngebiet	Anzahl der Wohnungen gesamt	Leerstand der Wohnungen gesamt in %	
		2014	2015
Hohenstücken	799	26,5	25,3
Görden	371	9,4	7,8
Nord	270	5,6	11,1
Summe	1.440	18,2	18,1

Die eigenen Wohnungsbestände der wobra verteilen sich auf die Innenstadt und die angrenzenden Wohngebiete sowie auf den Görden, auf Nord und auf Hohenstücken.

Der modernisierte Bestand wird am Wohnungsmarkt unverändert stark nachgefragt, was mit der Fertigstellung der Vollsaniierungsmaßnahmen in der Innenstadt und am Ring nachhaltig bestätigt wird. Die erzielbaren Wohnungsmieten erlauben - nach unserer Einschätzung auch in der Zukunft - eine kostendeckende Bewirtschaftung. In 2015 waren die neu sanierten Wohnungen der Innenstadt, Ring und am Bahnhof nahezu voll vermietet. Die Leerstandsquote in den seit 2007 neu sanierten Wohn- und Geschäftsräumen liegt fluktuationsbedingt bei 2%.

Wohngebiet	Anzahl der Wohnungen gesamt	davon sanierte Wohnungen	davon Verwertung (Abriss und Verkäufe)	Leerstand der Wohnungen gesamt in %
Innenstadt	608	580	7	5,1
Ring	599	405	0	14,7
Hohenstücken	829	489	340	32,9
Nord	825	825	0	15,9
Görden	766	766	0	6,8
Walzwerksiedlung	181	181	0	13,3
Summe	3.808	3.246	347	15,7
davon Kernbestand	3.461	3.246	0	

Die zum Kernbestand der wobra zählenden 3.461 eigenen Wohnungen sind größtenteils saniert, 114 Wohnungen sind teilsaniert und 101 Wohnungen sind noch unsaniert.

Der Leerstand beschränkte sich 2015 - abgesehen von vorübergehenden Leerständen bei Wohnungswechsel oder Baumaßnahmen - vor allem auf die noch nicht modernisierten Wohnungen. In diesem Bestand ist zurzeit keine kostendeckende Vermietung möglich. Allerdings ist die Leerstandsquote im Wohngebiet Hohenstücken auch im sanierten Bereich bei nahezu 20%, im unsanierten Bereich sogar über 50%.

Der Leerstand der wobra (eigener Wohnungsbestand) per 31.12.2015 in Höhe von 15,73% untergliedert sich wie folgt:

Objekte	Anzahl von Wohnungen		
	<u>Gesamt</u>	<u>Leerstand</u>	<u>Leerstandsquote</u>
sanierte Wohnungen	3.246	327	10,07 %
teilsanierte Wohnungen	114	32	28,07 %
unsanierte Wohnungen	101	51	50,50 %
Wohnungen Kernbestand	3.461	410	11,85 %
Verwertung	347	189	54,47 %
Summe eigene Wohnungen	3.808	599	15,73 %

Im Geschäftsjahr 2015 verminderte sich das Bilanzvolumen um 4.928 T€ auf 150.301 T€. Das Anlagenvermögen, welches von Wohn- und Gewerbebauten mit Grundstücken geprägt ist, macht 87,4% des Vermögens der wobra aus.

Die Veränderung des Eigenkapitals im Vergleich zum Vorjahr betrifft ausschließlich den Jahresüberschuss 2015 saldiert mit der Gewinnausschüttung 2014.

Im langfristigen Fremdkapital sind die Bankdarlehen, Darlehen anderer Kreditgeber und die Kauttionen der Mieter mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr berücksichtigt.

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Mit Fertigstellung der Neubau- und Vollsanierungsmaßnahmen in der Innenstadt, Bahnhofsvorstadt und am Ring und den daraus resultierenden zusätzlichen Mieteinnahmen, können Umsatzaufwände aufgrund von Leerstandserhöhungen, die auf die negativen Auswirkungen der demografischen Entwicklungen in den Stadtteilen Nord und Hohenstücken zurückzuführen sind, ausgeglichen werden. Für das Geschäftsjahr 2016 wird ein Jahresergebnis von 506 T€ erwartet.

Für den bewussten Umgang mit ihren Risiken hat die wobra ein umfassendes Risikomanagementsystem eingeführt, das im Jahr 2015 weiter ausgebaut wurde. Es stellt eine systematische Steuerung und Überwachung der wesentlichen Risiken sicher, um rechtzeitig geeignete Maßnahmen vorbereiten und bedrohlichen Entwicklungen entgegenwirken zu können.

Die Leerstandsquote hat sich gegenüber dem Vorjahr leicht erhöht. Diese Erhöhung ist vor allem auf den steigenden Leerstand der schwer zu vermietenden teil- bzw. unsanierten Wohnungen zurückzuführen.

Die realisierten Rückbaumaßnahmen sind wesentlicher Grund für die erfolgreiche Verbesserung der Leerstandsquote von mehr als 30% in 2004 auf ca. 16% zum Jahresende

2015. Eine weitere Senkung der leerstehenden Wohnungsbestände wurde durch den Verkauf von unrentablen Objekten und die bedarfsorientierte Sanierung des Kernbestandes erzielt.

Die Einwohnerzahl der Stadt Brandenburg an der Havel ist im Jahr 2015 gegenüber 2014 leicht gestiegen. Mit geeigneten Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen werden die Wohnungsbestände energiesparend ausgerichtet und im erforderlichen Maße der Entwicklung der Altersstruktur der Bevölkerung angepasst.

Die wobra als städtisches Wohnungsunternehmen der Stadt Brandenburg an der Havel hat entsprechend dem Gesellschaftszweck neben der Gewinnrealisierung auch auf die Versorgung aller Bevölkerungsschichten mit Wohnungen zu achten. Hierzu ist ein Angebot preisgünstiger und zugleich attraktiver Mietobjekte erforderlich, was mit der Nutzung von Fördermitteln und dem Sparkurs sowohl im Investitionsbereich als auch im operativen Geschäft umgesetzt wurde.

Die Gesellschafterin Stadt Brandenburg an der Havel zahlte in 2015 900 T€ zur Reduzierung der Forderungen aus Bavaria-Verlusten. Die Gesellschaft geht davon aus, dass mit der vertraglich geregelten Übernahme der Bavaria-Verluste durch die Gesellschafterin ein positives mindestens jedoch ausgeglichenes Ergebnis erzielt wird. Allerdings ist mit der gekürzten Zahlung von 900 T€ jährlich eine Belastung bei den liquiden Mitteln zu verzeichnen.

Mit dem Wegfall der Verwaltung des ehemaligen Portfolios der Wofü GmbH hat sich die Ertragslage der Tochtergesellschaft Wofü reduziert. Die verbleibenden Fremdverwaltungen werden ab dem Geschäftsjahr 2016 durch die wobra mittels eines Dienstleistungsvertrages fortgeführt.

Das Ergebnis der Sanierungsmaßnahmen in der Innenstadt, am Ring und in der Bahnhofsvorstadt sowie der Neubau am Bahnhof mit insgesamt 735 Wohnungen zeigt bei einem Vermietungsstand per 31.12.2015 von 98,5%, dass diese Maßnahmen richtig waren. Die wobra wird das Angebot an Wohnraum kontinuierlich und vor allem zielgruppenspezifisch, beispielsweise für Senioren, weiterentwickeln und dabei das Stadtbild verschönern.

Im Geschäftsjahr 2016 wird die wobra ein neues Unternehmenskonzept erarbeiten. Grundlage dieses Konzeptes werden unter anderem eine Markt- und Standortanalyse und eine Portfolioanalyse bilden. Die Ergebnisse hieraus werden in die weitere Unternehmensplanung hinsichtlich einer optimalen Ausrichtung der Bestände einfließen.

Weiterhin wird eine Untersuchung zur Optimierung der innerbetrieblichen Prozesse der wobra durchgeführt.

In der Umsetzung der im neuen Unternehmenskonzept angedachten Vorgehensweisen sieht die wobra die Chance sich zukünftig optimal auszurichten und ein vom Wohnungsmarkt nachgefragtes Angebot langfristig bedienen zu können.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und -entnahmen (die nicht b. entsprechen)	wobra/Stadt Brandenburg an der Havel: Die Erhöhung der Kapitalrücklage in 2011 um 1,00 € resultiert aus Einbringung des Empfangsgebäudes des Hauptbahnhofes und der zugehörigen Funktionsflächen als Sacheinlage von der Stadt Brandenburg an der Havel in das Gesellschaftsvermögen der wobra zum Zwecke der Sanierung und anschließenden Bewirtschaftung. In 2015 ergaben sich keine Änderungen der Kapitalrücklagen.
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Der Jahresüberschuss 2015 in Höhe von 1.122.533,90 € wurde in voller Höhe an die Gesellschafterin Stadt Brandenburg an der Havel ausgeschüttet. Eine Auszahlung erfolgte nicht. Der Betrag wurde gegen die sog. BAVARIA-Forderung der wobra gegenüber der Stadt Brandenburg an der Havel verrechnet.
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Vertrag über die gesamtschuldnerische Haftung für wohnungswirtschaftliche Altschulden mit der Stadt Brandenburg an der Havel.
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	<p>Zwischen der wobra und der Stadt Brandenburg an der Havel besteht neben der Vereinbarung eines abstrakten Schuldanerkenntnis über die Übernahme der Bewirtschaftungsverluste aus "BAVARIA" eine Vereinbarung über die Übernahme des Kapaldienstes für die Altschulden. Die Weiterberechnung der BAVARIA-Verluste an die Stadt wirkte sich forderungserhöhend und gleichzeitig ertragerhöhend auf die Vermögens- und Ertragslage der wobra aus.</p> <p>Im Geschäftsjahr 2015 zahlte die Stadt an wobra 900.000,00 € zum Ausgleich der BAVARIA-Forderungen.</p> <p>Dienstleistungsvereinbarungen bestehen zwischen der Stadt und wobra zu marktüblichen Konditionen.</p>

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2013	2014	2015
<u>Aktivseite</u>			
A. Anlagevermögen	133.579	135.151	131.416
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	148	115	89
II. Sachanlagen	131.724	133.909	130.200
III. Finanzanlagen	1.707	1.127	1.127
B. Umlaufvermögen	19.785	19.998	18.812
I. Zum Verkauf bestimmte Grundstücke und Vorräte	7.029	6.679	7.007
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	5.595	5.370	2.558
III. Kassenbestand, Guthaben	7.160	7.949	9.246
C. Rechnungsabgrenzungsposten	105	80	73
<u>Passivseite</u>			
A. Eigenkapital	32.077	34.824	32.772
I. Gezeichnetes Kapital	25.565	25.565	25.565
II. Kapitalrücklage	2.112	2.112	2.112
III. Gewinnrücklagen	0	0	0
IV. Gewinn-/Verlustvortrag	2.992	3.973	3.973
V. Jahresüberschuss	1.408	3.175	1.123
B. SoPo Investitionszuschüsse	634	613	551
C. Rückstellungen	2.579	2.535	3.256
D. Verbindlichkeiten	116.149	115.294	111.883
E. Rechnungsabgrenzungsposten	2.030	1.963	1.840
Bilanzsumme	153.469	155.229	150.301

Ertragslage der Gesellschaft

GuV	(Angaben in T€)		
	2013	2014	2015
1. Umsatzerlöse	22.690	22.913	23.008
2. Bestandsänderung	-31	-351	329
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0
4. Sonstige betriebliche Erträge	3.221	5.415	2.480
5. Aufwand für bezogene Lieferungen und Leistungen	-13.676	-13.141	-14.070
6. Personalaufwand	-1.807	-1.721	-2.032
7. Abschreibungen	-4.024	-7.332	-4.191
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.524	-1.483	-1.281
9. Erträge aus Beteiligung	0	2.200	0
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	430	497	295
11. Abschreibungen auf Finanzanlagen	0	-580	0
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-3.241	-3.015	-2.801
12. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	2.038	3.403	1.738
13. Außerordentliche Erträge	0	0	0
14. Außerordentliches Ergebnis	0	0	0
15. Steuern vom Einkommen und Ertrag	-111	293	-97
16. Sonstige Steuern	-518	-521	-518
17. Jahresergebnis	1.408	3.175	1.123

III.2.1.1 Brandenburger Wohnungsfürsorge GmbH

Geschäftsbereich

Wohnungsverwaltung

Firmensitz

Hauptstr. 32
14776 Brandenburg an der Havel
Tel.: 03381/ 72 97 0
Fax: 03381/ 72 97 22

E-mail: wohnen@wofue.de
Internet: www.wofue.de

Gründung

Mit notarieller Beurkundung vom 03. März 1937 wurde die Brandenburger Wohnungsfürsorge GmbH (Wofü) von der Stadt Brandenburg an der Havel und zwei gemeinnützigen Wohnvereinen gegründet.

Im Jahr 1950 gingen die städtischen Anteile am Stammkapital ins volkseigene Vermögen der DDR über. Gemäß Rückübertragungsantrag der Stadt Brandenburg an der Havel vom 06.05.1993 wurden die Kapitalanteile mit Bescheid vom 24.06.1993 wieder auf die Stadt Brandenburg an der Havel übertragen.

Mit Wirkung vom 30.12.2005 wurden die Geschäftsanteile der Technische Werke Brandenburg an der Havel GmbH an der Brandenburger Wohnungsfürsorge GmbH mit einem Nennwert von 600 TDM auf die Stadt Brandenburg an der Havel übertragen und von dieser zeitgleich als Einlage in die Kapitalrücklage der Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Brandenburg an der Havel mbH (wobra) eingebracht. Die Wohnungsgenossenschaft „Einheit“ hat ihren Geschäftsanteil an der Wofü in Höhe von 7,7% am 04.12.2007 mit Wirkung zum 31.12.2007 gekündigt. Mit notariellem Vertrag vom 16.06.2008 wurde der Geschäftsanteil der Wohnungsgenossenschaft „Einheit“ auf die wobra übertragen. Aufgrund des Gesellschafterbeschlusses Nr. 08 / 2008 der wobra vom 24.06.2008 hat die Gesellschafterversammlung der Wofü der Anteilsrückgabe der Wohnungsgenossenschaft „Einheit“ vom 04.12.2007 mit Wirkung zum 31.12.2007 zugestimmt. Damit wurde die wobra rückwirkend zum 31.12.2007 Alleingesellschafterin des Unternehmens.

Die Gesellschaft ist im Handelsregister des Amtsgerichtes Potsdam unter der Nummer HRB 4074 P eingetragen.

Gezeichnetes Kapital/ Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital 332.339,72 €

Die Stammeinlagen verteilen sich auf die Gesellschafter wie folgt:

wobra 100%

Aktueller Gesellschaftsvertrag

Der aktuelle Gesellschaftsvertrag wurde von der SVV mit Beschluss Nr. 555/98 bestätigt, durch die Gesellschafterversammlung am 11.03.1999 beschlossen und am 16.03.1999 unter der Nummer 0583 für 1999/b-KH notariell beurkundet.

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführung*

Klaus Deschner (bis 31.12.2015)

Stephan Falk (ab 01.07.2015)

- *Gesellschafterversammlung*

Im Jahr 2015 fanden drei Gesellschafterversammlungen statt.

Mitglieder der Gesellschafterversammlung 2015
--

wobra Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Brandenburg an der Havel mbH:

vertreten durch Herrn Klaus Deschner (bis 31.12.2015), Herrn Stephan Falk (ab 01.07.2015); Geschäftsführer

Gemäß Gesellschaftsvertrag der Wofü hat die Gesellschaft keinen Aufsichtsrat und keinen Beirat. Diese Aufgaben werden von der Gesellschafterversammlung wahrgenommen.

Gegenstand

Nach dem Gesellschaftsvertrag ist Gegenstand des Unternehmens vorrangig die Wohnungsversorgung für breite Schichten der Bevölkerung. Soweit durch einen öffentlichen Zweck gerechtfertigt und der Wohnungsversorgung dienlich, ist die Gesellschaft berechtigt, die Errichtung, Betreuung, Bewirtschaftung und Verwaltung von Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen (Eigenheime, Mietwohnungen und Eigentumswohnungen) sowie außerdem alle im Bereich des Städtebaus, der Wohnungswirtschaft und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben zu übernehmen, Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte zu erwerben, zu belasten und zu veräußern. Sie kann Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden, Gewerbebauten, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Einrichtungen auf eigene oder fremde Rechnung erstellen, bewirtschaften, erwerben, veräußern oder bereitstellen. Der Erwerb oder die Gründung von Unternehmen sowie die Beteiligung an Unternehmen sind nicht Gegenstand des Unternehmens.

Öffentlicher Zweck

Nach § 2 Abs. 2 BbgKVerf gehört zu den Aufgaben der örtlichen Gemeinschaft auch die Verbesserung der Wohnungen der Einwohner durch den sozialen Wohnungsbau, die Förderung des privaten und genossenschaftlichen Bauens sowie eine sozial gerechte Verteilung der Wohnungen. Daher erfüllt die Brandenburger Wohnungsfürsorge GmbH einen öffentlichen Zweck im Sinne des § 91 Abs. 2 Nr. 1 BbgKVerf.

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2013	2014	2015
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	55%	66%	70%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	90%	85%	92%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0 T€	0 T€	0 T€
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	163%	129%	130%
Zinsaufwandquote	0,0%	0,0%	0,4%
Liquidität 3. Grades	3013%	601%	3817%
Cashflow	118 T€	-10 T€	-63,8
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	0%	0%	1%
Umsatz	469 T€	479 T€	157 T€
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	203 T€	203 T€	8 T€
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	74%	74%	53%
Anzahl der Mitarbeiter	10	9	3

Lagebericht der Gesellschaft

Die Wofü hat ihren gesamten Wohnungsbestand zum 01.09.2007 verkauft. Ab diesem Zeitpunkt wurde die Wofü von einem Wohnungsunternehmen zu einem Fremdverwalter. Die Verwalterverträge waren Bestandteil des Kaufvertrages und hatten eine Laufzeit von fünf Jahren mit einer Option für die Wofü von weiteren fünf Jahren, diese Option wurde geltend gemacht und durch den Auftraggeber bestätigt. Die hieraus generierten Erlöse bildeten die Grundlage der wirtschaftlichen Tätigkeit der Wofü.

Im September 2014 wurden diese Bestände durch eine Institutszwangsverwalterin im Auftrag der finanzierenden Bank beschlagnahmt und unterlagen einer Zwangsverwaltung. Im Oktober 2014 zog die Wofü aus ihren Geschäftsräumen in der Schubertstr. 15 aus. Die Verwalterverträge wurden im ersten Quartal 2015 beendet. Danach ist das wesentliche Betätigungsfeld der Gesellschaft die Verwaltung von Beständen für Dritte im Geschäftsjahr 2015 gewesen.

In der Wofü waren im Geschäftsjahr 2015 drei Mitarbeiter (davon eine Mitarbeiterin in der Freistellungsphase der Altersteilzeit) beschäftigt, von denen eine Mitarbeiterin die Fremdverwaltung für Dritte im gesamten Stadtgebiet fortführte und ein Mitarbeiter ab dem Geschäftsjahr 2015 Dienstleistungen für die Muttergesellschaft wobra erbrachte.

Die Gesellschaft verwaltete bis zur Beendigung der Verwalterverträge als Hauptgeschäftsfeld den ehemaligen Immobilienbestand der Gesellschaft.

Im Geschäftsjahr 2015 verwaltete die Wofü zum 31.12.2015 310 Wohneinheiten (2014: 310), 86 Stellplätze (2014: 86) und 12 Pachtverhältnisse (2014: 18).

Weiterhin übernimmt die Wofü auf Basis eines Dienstleistungsvertrages Hausmeister- und Verwaltungsleistungen für die wobra.

Vermögenslage

Finanzanlagen

Im Geschäftsjahr weist die Gesellschaft 1 Mio. € für das an die Gesellschafterin ausgereichte Darlehen aus.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

In den 56,2 T€ der Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen sind unter anderem 26,6 T€ Forderungen aus Kapitalertrag- und Gewerbesteuern sowie 23,6 T€ Forderungen gegen die Gesellschafterin enthalten.

Eigenkapital

Der Anteil des Eigenkapitals an der Bilanzsumme beträgt 91,7% (1.337,9 T€).

Die Entwicklung des Eigenkapitals stellt sich wie folgt dar:

	2014	2015
Eigenkapital	T€	T€
nominal	1.329,9	1.337,9
Quote	84,50%	91,70%

Rückstellungen

Die Höhe der sonstigen Rückstellungen ist maßgeblich beeinflusst durch die Berücksichtigung von Herausgabeansprüchen nicht eingeforderter Kautionen aus der Abwicklung der Verwalterverträge sowie Beratungsaufwendungen bezüglich der durch den Eigentümer der Verwaltungsobjekte ausgesprochenen Aufkündigung der Verträge.

Finanzlage

Die Finanzlage zum 31.12.2015 ist ausgeglichen. Die Zahlungsfähigkeit war im Geschäftsjahr zu jeder Zeit gegeben und auch künftig wird die Wofü ihren Zahlungsverpflichtungen nachkommen. Skonto wurde, sofern mit den Vertragspartnern vereinbart, stets gezogen. Die nicht benötigten Mittel werden risikoarm bei unterschiedlichen Kreditinstituten angelegt.

Zum 31.12.2015 wird ein Bestand an flüssigen Mitteln von 372,0 T€ (2014: 435,8 T€) ausgewiesen.

Ertragslage

Umsatzerlöse aus der Hausbewirtschaftung betreffen nur das in der Wofü verbliebene Grundstück.

Aus der Betreuungstätigkeit realisierte die Gesellschaft Erlöse in Höhe von 106,7 T€. Darin enthalten sind Verwaltergebühren für den ehemaligen Bestand der Wofü in Höhe von 50,3 T€, welche aufgrund der Insolvenz des Eigentümers der Bestände zu 100% einzelwertberichtigt wurden. Die anteilige Erfassung der Verwaltergebühren resultiert aus der Kündigung des Vertrages durch den Eigentümer Anfang 2015 und dem im Wege der Auslegung ermittelten Beendigungszeitpunkt des Verwaltervertrages.

Aus dem Dienstleistungsvertrag mit der wobra über Hausmeister- und Verwaltungstätigkeiten konnte die Gesellschaft 49,8 T€ erwirtschaften.

Der Rückgang zum Vorjahr in Höhe von 322,3 T€ resultiert aus der Beendigung der Verwalterverträge über den ehemaligen Immobilienbestand der Gesellschaft.

Die sonstigen betrieblichen Erträgen in Höhe von 8,1 T€ sind weitestgehend periodenfremd.

Im Geschäftsjahr 2015 konnte die Gesellschaft 38,5 T€ Zinserträge verbuchen. Darin sind 37,0 T€ Zinsen für das Darlehen an die Gesellschafterin wobra enthalten.

Die sonstigen betrieblichen Erträge wurden im Wirtschaftsplan 2015 nur mit 1,0 T€ angesetzt. Die Planüberschreitung resultiert aus den ungeplanten Erträgen aus vergangenen Jahren.

Personalaufwendungen

Der Personalaufwand ist im Vergleich zum Vorjahr um 271,2 T€ gesunken. Ursächlich für den Rückgang der Personalaufwendungen ist der Personalübergang von Mitarbeitern in die wobra.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die Position sonstige betriebliche Aufwendungen (104,9 T€) enthält unter anderem die Mieten und Unterhaltsaufwendungen für die Büroräume in der Walther-Ausländer-Str. 4, Wartungsaufwendungen für die Betriebs- und Geschäftsausstattung, Versicherungen, Aufwendungen für die Jahresabschlussprüfung und Steuerberatung, Aufwendungen für den laufenden Geschäftsverkehr und für Managementleistungen der wobra. Weiterhin sind in dieser Position die Einzelwertberichtigungen für die Verwaltergebühren für die Monate Januar und Februar 2015 in Höhe von 50,3 T€ enthalten.

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Für das Geschäftsjahr 2016 plant die Geschäftsführung einen Jahresüberschuss in Höhe von 31,7 T€. Die Umsatzerlöse für Fremdverwaltungen für Dritte für das Jahr 2016 werden in Höhe von 56,5 T€ erwartet. Aufwendungen für das Personal werden aufgrund der Ausgliederung der verbliebenen zwei Mitarbeiter zur wobra nicht anfallen. Die wobra wird über einen Dienstleistungsvertrag die anfallenden Kosten für die Fremdverwaltung an die Wofü weiterberechnen. Gemäß dem Wirtschaftsplan 2016 wird am Ende des Geschäftsjahres 2016 ein Bestand an flüssigen Mitteln von 438,5 T€ erwartet.

Chancen zur weiteren positiven Entwicklung der Wofü bestehen im Abschluss von weiteren Verträgen für Hausverwaltungen für Dritte.

Ab dem Geschäftsjahr 2016 verfügt die Wofü über ein überschaubares Geschäftsfeld. Die hieraus möglicherweise resultierenden Risiken werden, im Rahmen einer Quartalsabrechnung durch die Gesellschafterin wobra überwacht. Die mit der Verwaltertätigkeit anfallenden Arbeitsprozesse sind in die Organisationsstruktur der wobra integriert und unterliegen damit dem Risikomanagement der wobra. Das wesentliche Risiko für die Gesellschaft besteht im weiteren Wegfall von Verwaltungsobjekten für Dritte.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen können sich aus den Insolvenzverfahren der Eigentümer der verwalteten Bestände ergeben.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Keine
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Dienstleistungsverträge zwischen der wobra und Wofü werden zu marktüblichen Konditionen erbracht.

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2013	2014	2015
<u>Aktivseite</u>			
A. Anlagevermögen	2.036	1.033	1.026
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	2	7	5
II. Sachanlagen	34	26	21
III. Finanzanlagen	2.000	1.000	1.000
B. Umlaufvermögen	1.680	540	428
I. Vorräte	0	0	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	31	104	56
III. Kassenbestand, Guthaben	1.649	436	372
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1	1	1
D. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	0	0	4
<u>Passivseite</u>			
A. Eigenkapital	3.327	1.330	1.338
I. Gezeichnetes Kapital	332	332	332
II. Gewinnrücklagen	0	0	0
III. Gewinnvortrag	2.792	795	998
IV. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	203	203	8
B. Rückstellungen	334	154	110
C. Verbindlichkeiten	56	90	11
Bilanzsumme	3.717	1.574	1.459

Ertragslage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
GuV	2013	2014	2015
1. Umsatzerlöse aus der Hausbewirtschaftung	0	0	0
2. Umsatzerlöse aus Betreuungstätigkeit	451	479	107
3. Umsatzerlöse aus anderen Lieferungen und Leistungen	17	0	50
4. Bestandsänderung	0	0	0
5. Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0
6. Sonstige betriebliche Erträge	110	512	8
7. Aufwendungen für Hausbewirtschaftungen	0	0	0
8. Aufwendungen für andere Lieferungen und Leistungen	0	0	0
9. Personalaufwand	-347	-354	-83
10. Abschreibungen	-9	-6	-7
11. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-112	-532	-105
12. Erträge aus Beteiligungen	0	0	0
13. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	115	105	39
14. Abschreibungen auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	0	0
15. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-2	0	-1
16. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	223	203	8
17. Außerordentliche Erträge	0	0	0
18. Außerordentlicher Aufwand	0	0	0
19. Steuern vom Einkommen und Ertrag	-20	0	0
20. Sonstige Steuern	-1	0	0
21. Jahresergebnis	203	203	8

III.2.2 Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH

Geschäftsbereich

Krankenhaus

Firmensitz

Hochstraße 29

14770 Brandenburg an der Havel

Tel.: 03381/ 41 20 00

Fax: 03381/ 30 10 76

e-mail: skb@klinikum-brandenburg.de

Internet: www.klinikum-brandenburg.de

Gründung

Die Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH wurde mit Gesellschaftsvertrag vom 19. Dezember 1996 (notarielle Urkunde des Notars Karl-Heinz Buhmann, Brandenburg an der Havel, UR-Nr. 2796/96) gegründet und am 27. Mai 1997 ins Handelsregister des Amtsgerichts Potsdam unter HRB 10291 eingetragen.

Bis zum 31.12.1996 wurde das Klinikum als Eigenbetrieb geführt. Die GmbH hat den Eigenbetrieb zum 01.01.1997 gemäß Betriebsübernahmevertrag übernommen.

Gezeichnetes Kapital/ Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital 25.600 €

Stadt Brandenburg an der Havel 100%

Unterbeteiligungen

Zur Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH gehören vier Tochtergesellschaften und Beteiligungen an der Medizinischen Hochschule CAMPUS GmbH und der AGKAMED Holding GmbH. Die Beteiligung AGKAMED ist Ergebnis einer organisatorischen Umstrukturierung der Einkaufsgemeinschaft AGKAMED (Arbeitsgemeinschaft Kardiologie und medizinischer Sachbedarf), der das Klinikum bereits als Mitglied seit 1997 angehört:

Beteiligungen	
Name:	KSC Klinik Service Center GmbH
Sitz:	Brandenburg an der Havel
Stammkapital:	€ 25.000
Anteil:	€ 12.750 (51%)
Name:	Gesundheitszentrum Brandenburg an der Havel GmbH
Sitz:	Brandenburg an der Havel
Stammkapital:	€ 25.000
Anteil:	€ 25.000 (100%)
Name:	Klinik-Labor Brandenburg an der Havel GmbH
Sitz:	Brandenburg an der Havel
Stammkapital:	€ 25.000
Anteil:	€ 25.000 (100%)
Name:	Klinikum Westbrandenburg GmbH
Sitz:	Potsdam
Stammkapital:	€ 25.000
Anteil:	€ 12.500 (50%)
Name:	Medizinische Hochschule CAMPUS GmbH
Sitz:	Neuruppin
Stammkapital:	€ 100.000
Anteil:	€ 33.330 (33,33%)
Name:	AGKAMED Holding GmbH
Sitz:	Essen
Stammkapital:	€ 75.000
Anteil:	€ 500 (1%)

Aktueller Gesellschaftsvertrag

Der Gesellschaftsvertrag in der derzeit gültigen Fassung datiert vom 01. Dezember 2005.

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführung*

Gabriele Wolter

- *Gesellschafterversammlung*

Seit dem 17.12.2003 nimmt die Vertretung Frau Oberbürgermeisterin Dr. Dietlind Tiemann wahr.

Die Gesellschafterversammlung hat im Geschäftsjahr 2015 vier Mal getagt.

- *Aufsichtsrat*

Der Aufsichtsrat kam in 2015 zu vier Sitzungen zusammen.

Aufsichtsratsmitglieder 2015

Aufsichtsratsvorsitz	Frau Dr. Dietlind Tiemann
-----------------------------	---------------------------

Stellvertreterin	Frau Dr. Lieselotte Martius
-------------------------	-----------------------------

weitere Mitglieder	Herr Jean Schaffer
---------------------------	--------------------

	Herr Dr. Christian Sieg'l
--	---------------------------

	Frau Elke Kroll
--	-----------------

	Frau Marita Lickert
--	---------------------

	Herr Oliver Kuhlmeier
--	-----------------------

	Herr Andreas Kutsche
--	----------------------

	Herr Dr.-Ing. Andreas Herzog
--	------------------------------

Gegenstand

Gegenstand des Unternehmens ist nach der Übernahme und Fortführung des in Trägerschaft der kreisfreien Stadt Brandenburg an der Havel befindlichen Städtischen Klinikums Brandenburg an der Havel der Betrieb von Krankenhäusern und sonstigen Nebeneinrichtungen.

Die Gesellschaft ist berechtigt, sich im Ausnahmefall an anderen Gesellschaften gleichen, ähnlichen oder verwandten Gegenstands zu beteiligen und solche Gesellschaften zu übernehmen, wenn sie den Gesellschaftszweck nachhaltig fördern und zu der Erfüllung von Aufgaben der örtlichen Gemeinschaft beitragen.

Öffentlicher Zweck

Die Gesellschaft verfolgt gem. § 3 des Gesellschaftsvertrages ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke.

Die Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH ist eine privatrechtliche Einrichtung und wird nach wirtschaftlichen Grundsätzen als gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung geführt.

Die Sicherstellung der Krankenhausversorgung ist öffentliche Aufgabe des Landes, der Landkreise und der kreisfreien Städte. Nach dem Landeskrankenhausplan gibt es im Land Brandenburg fünf Versorgungsgebiete, wobei das Städtische Klinikum Brandenburg dem Versorgungsgebiet Potsdam zugeordnet ist.

Gemäß LKGBbg (Krankenhausgesetz des Landes Brandenburg) erfüllen die kreisfreien Städte ihre Aufgabe als Aufgabe der Selbstverwaltung, indem sie eigene Krankenhäuser

errichten und betreiben, soweit Krankenhäuser nicht von freien, gemeinnützigen, privaten oder anderen Trägern errichtet und betrieben werden.

Zweck des Unternehmens ist es, auf der Basis des jeweils geltenden Krankenhausplans ein hochqualifiziertes medizinisches und pflegerisches Leistungsangebot zu gewährleisten, um eine optimale Krankenhausversorgung der Bevölkerung in Fortführung des gegenwärtig hohen Standards zu sichern.

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2013	2014	2015
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	76,7%	75,5%	74,3%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	22,2%	23,0%	24,5%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	110%	101%	114%
Zinsaufwandquote	0,92%	0,92%	0,77%
Liquidität 3. Grades	100%	96%	113%
Cashflow	7.659 T€	7.355 T€	8.166,00
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	0,63%	0,60%	1,17%
Umsatz	85.647 T€	84.037 T€	87.014 T€
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	345 T€	277 T€	1.320 T€
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	56%	57%	56%
Anzahl der Mitarbeiter	1.004	975	971

Lagebericht der Gesellschaft

Rechtliche und wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH hat mit 437 Planbetten gemäß der Aufnahme in die Fortschreibung des dritten Landeskrankenhausplans vom 20. Dezember 2013 die Aufgabe eines Krankenhauses der Schwerpunktversorgung für die Stadt Brandenburg an der Havel und Umgebung.

Die Städtisches Klinikum GmbH selbst ist ein kommunales Krankenhaus, dessen alleinige Gesellschafterin die Stadt Brandenburg an der Havel ist. Die Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH bildet mit der Klinik Service Center GmbH, der Gesundheitszentrum Brandenburg an der Havel GmbH und der Klinik-Labor Brandenburg an der Havel GmbH eine Unternehmensgruppe.

Gemeinsam mit dem Klinikum Ernst von Bergmann GmbH wurde die Klinikum Westbrandenburg GmbH als jeweils 50%ige Tochtergesellschaft gegründet. Ziel ist der gemeinsame Betrieb der beiden Kinderkliniken in eigener Rechtsform.

Die Städtisches Klinikum GmbH hat 33,3% der Anteile an der Medizinischen Hochschule Brandenburg Campus GmbH (MHB) mit einem Stammkapital von insgesamt 100 T€ und einer Kapitalrücklage von insgesamt 1,0 Mio. € übernommen. Zweck der Gesellschaft ist der Betrieb der Medizinischen Hochschule Brandenburg „Theodor Fontane“. Vom Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur wurde am 8. Juli 2014 der Zulassungsbescheid für die Medizinische Hochschule erlassen. Die Gründung der MHB wurde am 28. Oktober vollzogen. Die Aufnahme des Studiums ist im April 2015 in den Bereichen Humanmedizin und Psychologie erfolgt.

Der Landesbasisfallwert 2015 für das Land Brandenburg betrug 3.190,81 € (2014: 3.117,36 €). Damit betrug die tatsächliche Steigerung je Bewertungsrelation 2,4 Prozent im Land Brandenburg.

Geschäftsverlauf 2015

Die Geschäftsentwicklung der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH war im Geschäftsjahr 2015 durch eine Zunahme im Schweregrad geprägt, sodass ein leichter Fallzahlenanstieg von 0,3% zu einem deutlichen Anstieg bei den Bewertungsrelationen von 3,8% führte. Insgesamt wird der Geschäftsverlauf verhalten positiv eingeschätzt.

Die Fallzahl aus stationärer Behandlung nach der klassischen Mitternachtsstatistik ist hierbei sogar auf 22.912 (2014: 22.948) gesunken. Die Verweildauer war mit 5,94 Tagen (2014: 5,91 Tage) stabil.

Nach der DRG-Statistik betrugen die effektiven Bewertungsrelationen (mit Integrierter Versorgung und mit Überliegern) 24.504 (2014: 23.539) und die DRG-Fallzahl 22.808 (2014: 22.748). Der Schweregrad CMI veränderte sich von 1,035 auf 1,074.

Die Leistungen aus dem ambulanten Operieren waren stabil. Hier lagen die Fälle im Jahr 2015 bei 5.349 (2014: 5.340).

Über einen Entwurf der Budgetvereinbarung für das Jahr 2015 wurde am 27. Januar 2016 verhandelt. Die endgültige Budgetvereinbarung 2015 ist noch nicht unterzeichnet. In der Summe geht der aktuelle Entwurf von 24.093,751 Bewertungsrelationen (inkl. Überlieger) aus.

Personalsituation

Im Vergleich zum Vorjahr stieg die Anzahl der Vollkräfte im Jahresdurchschnitt auf 731,0 (2014: 725,1).

Im Wirtschaftsjahr 2015 wurden insgesamt 98 Auszubildende (2014: 105) beschäftigt. Dies entspricht einem Anteil von rund 10,9 Prozent an der Gesamtzahl der Mitarbeiter.

Der Tarifvertrag für den nichtärztlichen Dienst wurde am 8. April 2015 vereinbart und sieht folgende Eckpunkte vor:

- Erhöhung des Tabellenentgeltes zum 01.07.2015 um 5,0%, mindestens kalendermonatlich um 90,00 € sowie eine weitere Erhöhung um 2,4% zum 01.07.2016
- Zahlung einer Erholungsbeihilfe von 125,00 € im Juni 2015 und im Juni 2016 je Vollkraft
- Streichung der bisherigen Übernahme des Arbeitnehmerbeitrages an die Zusatzversorgungskasse durch den Arbeitgeber
- Laufzeit bis zum 31. Dezember 2016.

Für den ärztlichen Dienst konnte am 14. November 2013 eine Tarifvereinbarung mit einer Laufzeit bis zum 28. Februar 2016 vereinbart werden. Der Tarifvertrag gilt für sieben kommunale Krankenhäuser des Landes Brandenburg. Die Entgelttabellen beim ärztlichen Dienst stiegen hierbei im Berichtsjahr zum 1. Juli 2015 mit 2,0%.

Die Personalaufwendungen zum 31. Dezember 2015 weisen 48.811,6 T€ aus. Dies sind 1.400,9 T€ bzw. 3,0% mehr als im Vorjahr.

Investitionen

Im Jahr 2015 wurde ein Investitionsvolumen von insgesamt 1.738 T€ (2014: 2.089 T€) realisiert.

Ertragslage

Die Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH hat im Geschäftsjahr 2015 einen Jahresüberschuss von 1.319,7 T€ (2014: 276,8 T€) erwirtschaftet. Damit liegt das Ergebnis über dem Wirtschaftsplan (T€ 160). Positiv wirkten sich insbesondere Leistungssteigerungen (CM-Punkte) aus. Das Jahresergebnis der Gesellschaft war mit 443 T€ durch neutrale Effekte (2014: 213 T€) positiv beeinflusst. Es wird zudem durch das negative Finanzergebnis von -608,9 T€ (2014: -426,9 T€) beeinträchtigt. Das Betriebsergebnis (ohne Finanzergebnis) konnte um 938 T€ auf 1.249 T€ verbessert werden.

Vermögenslage und Finanzlage

Die Eigenkapitalquote (bereinigt um Ausgleichsposten) liegt leicht ansteigend bei 15,5% (2014: 14,3%). Unter Einbeziehung der Sonderposten ergibt sich eine Eigenkapitalquote II (bereinigt um Ausgleichsposten) in Höhe von 74,8% (2014: 73,9%).

Im Bereich des Anlagevermögens konnten 2015 Investitionen von 1.738 T€ realisiert werden. Nach Abzug der planmäßigen Abschreibungen sowie der Abgänge hat sich das Anlagevermögen um 5.892 T€ reduziert.

Die Rückstellungen haben sich gegenüber dem Vorjahr um 696,5 T€ verringert. Sie betragen 3.043,4 T€ (2014: 3.739,9 T€). Anpassungen gab es in allen Rückstellungspositionen. Eine Rückstellung für Forderungen der Firma Synlab von 555,3 T€ musste im Rahmen einer Rechtsstreitigkeit ausgezahlt werden.

Die Guthaben bei Kreditinstituten und Kassenbestände betragen zum Bilanzstichtag 2.090,5 T€ (2014: 919,2 T€).

Die Absolute Liquidität 3. Grades (Kurzfristige Vermögenswerte abzüglich kurzfristiges Fremdkapital) beläuft sich am Bilanzstichtag auf +2.299 T€ (2014: -832 T€). Durch Umschuldung sowie durch die positive Entwicklung der Ertragslage konnte diese Kennzahl gegenüber dem Vorjahresstichtag deutlich verbessert werden. Der Liquiditätsbedarf der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH beträgt monatlich im Durchschnitt 7.500 T€ mit Spitzen in den Monaten Januar und November (Weihnachtsgeld etc.). Damit muss die Liquidität weiterhin als vergleichsweise knapp eingeschätzt werden und gilt mit Blick auf die anstehenden Investitionen unverändert als Herausforderung.

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Für das Wirtschaftsjahr 2016 wird bei Umsatzerlösen von 88,3 Mio. € ein Jahresüberschuss von 200,0 T€ geplant.

Die Planungen für 2017 bis 2020 sehen bei einem moderaten Anstieg der Umsatzerlöse jeweils einen Jahresüberschuss von 200,0 T€ bis 300,0 T€ vor.

Prognostizierte Budgetsteigerungen mit einhergehenden Kosteneinsparungen im Personal- und Sachbereich werden voraussichtlich zu einer stabilen Entwicklung führen.

Bei den Erlösen aus Krankenhausleistungen wurde in der Planung von 24.100 effektiven Bewertungsrelationen (einschließlich Überlieger) ausgegangen. Diese Annahme entspricht somit dem Entwurf der in Verhandlung befindlichen Budgetvereinbarung 2015.

Der Landesbasisfallwert für Brandenburg liegt nach Genehmigung des Ministeriums für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz bei 3.278,19 € für das Jahr 2016. Dies entspricht einem Anstieg von 2,7%. Neben dem Landesbasisfallwert kann im Jahr 2016 weiterhin der Versorgungszuschlag von 0,8 Prozent auf die abzurechnenden Bewertungsrelationen abgerechnet werden.

Unter Berücksichtigung der vor- und nachstationären Leistungen sowie dem Budget der Kassen für die Ausbildung werden die Erlöse aus allgemeiner Krankenhausleistung mit 84.329,9 T€ geplant.

Bei den weiteren Erlösen wurde von einer grundsätzlich gleichen Entwicklung wie in den Vorjahren ausgegangen. Die Erträge für Leistungen an Dritte, insbesondere den Apothekenlieferungen, wurden auf Vorjahresniveau geplant.

Die Aufwandsplanung berücksichtigt eine Steigerung der Personalkosten aufgrund der tariflichen Vereinbarungen für das Jahr 2016 für den nichtärztlichen Dienst. Für den ärztlichen Dienst wurde eine Tarifsteigerung von ganzjährig 3,0% angesetzt.

Bei dem Ansatz für Energiekosten wurde der durchschnittliche Verbrauch aus den letzten Jahren für die bestehenden Häuser zugrunde gelegt. In der Planung wurde auch die gesetzliche Umlage berücksichtigt. In der Summe wird mit einem Energieaufwand von 2.958,0 T€ für das Jahr 2016 geplant.

Der Aufwand für den Wirtschaftsbedarf konnte seit Jahren durch Anpassungen beim Bezug stabil gehalten werden. Hier wurde keine Steigerung angesetzt.

Beim Zinsaufwand wurden die Belastungen durch die Finanzierungen der beiden Neubauten sowie der Großgeräte und Ausstattung Krankenhausneubau entsprechend der bestehenden Kreditvereinbarungen berücksichtigt.

Bestandsgefährdende Risiken oder Risiken größeren Ausmaßes sind gegenwärtig für die Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH nicht absehbar. Trotz der fundierten positiven Zukunftsplanung sind negative Entwicklungen jedoch nicht auszuschließen, aus denen unter Umständen entwicklungsbeeinträchtigende Risiken entstehen können.

Allgemeine Risiken durch die Gesundheitspolitik ergeben sich ebenfalls für die Gesellschaft. Durch den allgemeinen Kostendruck ist bei den Krankenkassen mit einer weiterhin steigenden Anzahl von MDK-Prüfungen zu rechnen, welche die Erlöse der Gesellschaft mindern können. Auch die Gesetzgebung ist erfahrungsgemäß nicht stabil und nicht immer kurz- und mittelfristig planbar.

Die Übernahme von Facharztpraxen und Hausarztpraxen auch im weiteren Umfeld von Brandenburg an der Havel werden zu einer Erhöhung der Einweisungen führen. Hier sind mit der Bettenzahl Grenzen erreicht, die ein weiteres Wachstum nur durch zusätzliche Betten, oder das Ausgliedern von ambulantem Potential möglich macht. Diese Entwicklung ist dringend zu beobachten und mit Maßnahmen zu untersetzen.

Die nach wie vor zu geringe Investitionsförderung durch das Land stellt ein weiteres Problem für die Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH dar. Die jährlichen Investitionen entsprechen bei Weitem nicht der regelmäßigen Höhe der Abschreibungen, sodass auch zukünftig im Bereich der Investitionen Eigenmittel eingesetzt werden müssen, die zunächst erwirtschaftet werden müssen. Inzwischen sind ca. 44% aller Geräte älter als 10 Jahre.

Der Trend des Fachkräftemangels lässt sich auch für die Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH für die Zukunft nicht ausschließen. Um diesem entgegenzuwirken hat die Medizinische Schule wieder mit der Ausbildung Kinderkrankenpflege begonnen und es wird ein Stipendienmodell für die Ausbildung MTA/L und MTA/R geprüft. Die Beteiligung an der Medizinischen Hochschule Brandenburg Campus GmbH sowie die aktive Mitgestaltung der privaten Hochschule durch einen Standort am Klinikum Brandenburg soll zur künftigen Ärztegewinnung beitragen.

Der Unternehmensverbund mit langfristigen Verträgen mit der KSC Klinik Service GmbH, der Gesundheitszentrum Brandenburg an der Havel GmbH und der Klinik-Labor Brandenburg an der Havel GmbH bietet der Gesellschaft ebenfalls Steuerungsmöglichkeiten und somit Chancen. Hervorzuheben ist hierbei die anzustrebende Verzahnung mit dem umfassenden Angebot der Medizinischen Versorgungszentren der Tochtergesellschaft Gesundheitszentrum Brandenburg an der Havel GmbH. Sowohl Vernetzung als auch Angebot sollen hier in 2016 weiter ausgebaut werden.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Keine
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Bürgschaft als Gesellschafter der MHB in Höhe von 1,5 Mio. € für einen Liquiditätskredit.
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Keine

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2013	2014	2015
<u>Aktivseite</u>			
A. Anlagevermögen	137.386	131.430	125.538
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	1.811	1.490	1.473
II. Sachanlagen	134.531	128.674	122.864
III. Finanzanlagen	1.044	1.265	1.200
B. Umlaufvermögen	19.797	19.580	20.265
I. Vorräte	3.174	3.325	3.433
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	13.721	15.336	14.741
III. Kassenbestand, Guthaben	2.902	919	2.090
C. Ausgleichsposten nach dem KHG	16.794	17.661	18.010
D. Rechnungsabgrenzungsposten	5.222	5.312	5.170
<u>Passivseite</u>			
A. Eigenkapital	39.757	40.034	41.354
I. Stammkapital (Festgesetztes Kapital)	26	26	26
II. Kapitalrücklage	30.045	30.045	30.045
III. Gewinn-/Verlustvortrag	9.341	9.687	9.963
IV. Jahresfehlbetrag/-überschuss	345	277	1.320
B. Sonderposten zur Finanzierung des AV	96.738	93.097	89.577
C. Rückstellungen	3.307	3.740	3.043
D. Verbindlichkeiten	39.382	37.111	34.991
E. Rechnungsabgrenzungsposten	15	0	18
Bilanzsumme	179.199	173.983	168.983

Ertragslage der Gesellschaft

GuV	(Angaben in T€)		
	2013	2014	2015
1. Umsatzerlöse	85.647	84.037	87.014
2. Sonstige betriebliche Erträge	9.642	10.870	12.533
3. Personalaufwand	-48.087	-47.411	-48.812
4. Materialaufwand	-33.718	-32.924	-34.601
5.-7. Erträge (Zuwendungen, Ausgleichs- und SoPo)	7.526	7.421	8.235
8.-10. Aufwendungen (KHG, Ausgleichs- und SoPo)	-2.118	-2.136	-2.512
11. Abschreibungen	-7.314	-7.246	-7.278
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-10.680	-11.719	-12.426
13. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	354	340	54
14. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-782	-767	-663
15. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	471	467	1.545
16. Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0
17. Steuern vom Einkommen und Ertrag	-126	-190	-225
18. Jahresergebnis	345	277	1.320

III.2.2.1 KSC Klinik Service Center GmbH

Geschäftsbereich

Dienstleistungen im Gesundheitswesen

Firmensitz

Hochstraße 29
14770 Brandenburg an der Havel

Tel.: 03381/ 41 27 00

Fax: 03381/ 41 27 09

Gründung

Mit Gesellschaftsvertrag vom 31. August 1999 wurde die KSC Klinik Service Center GmbH (KSC), Brandenburg an der Havel, auf der Grundlage eines SVV-Beschlusses vom 21.07.1999 gegründet. Die Handelsregistereintragung beim Amtsgericht Potsdam erfolgte am 8. Juni 2000 unter der Nummer HRB 13766 P.

Gezeichnetes Kapital / Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital 25.000 €

Die KSC Klinik Service Center GmbH mit Sitz in Brandenburg an der Havel ist ein in Mehrheitsbesitz stehendes Tochterunternehmen der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH. Die Gesellschaftsanteile verteilen sich wie folgt:

Beteiligungsverhältnisse	€	%
Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH	12.750	51%
Dussmann Beteiligungsgesellschaft mbH	6.250	25%
Gebäudereinigung Brandenburg GmbH	3.500	14%
Caritas Krankenhaus Berlin e. V.	2.500	10%

Unterbeteiligungen

Die Gesellschaft hält keine eigenen Beteiligungen.

Aktueller Gesellschaftsvertrag

Der aktuelle Gesellschaftsvertrag datiert vom 8. Juli 2002. Die Gesellschaft wurde unter der Registriernummer HR-B 13766 in das Handelsregister des Amtsgerichtes Potsdam eingetragen.

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführung*

Gabriele Wolter

Die Geschäftsführung erfolgt ehrenamtlich.

- *Gesellschafterversammlung*

Die Vertretung in der Gesellschafterversammlung wird durch die Geschäftsführung der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH wahrgenommen.

Im Berichtsjahr haben zwei Gesellschafterversammlungen stattgefunden.

- *Aufsichtsrat*

Die Gesellschaft hat keinen Aufsichtsrat. Nach § 9 des Gesellschaftsvertrages kann die Gesellschafterversammlung die Einführung eines Aufsichtsrats beschließen, ansonsten werden dessen Aufgaben durch die Gesellschafterversammlung wahrgenommen.

Gegenstand

Gegenstand der KSC ist die Bewirtschaftung von Krankenhäusern, Seniorenheimen und anderen sozialen Einrichtungen durch die Herstellung und Lieferung von Verpflegung, den Betrieb von gastronomischen Einrichtungen und die Erbringung von sonstigen Dienstleistungen. Hierzu zählen insbesondere der Bereich der Speisenversorgung, das Gebäudemanagement sowie die Installation, Wartung und Instandhaltung von Elektro- und Fernmeldeanlagen und Klima- und Heizungstechnik, der Reinigungsdienst, das Betreiben von Archivräumen, das Erbringen von Schreibleistungen sowie dazugehörige Dienstleistungen. Die Gesellschaft übernimmt alle Arten von Tätigkeiten, welche zur Versorgung der in den sozialen Einrichtungen untergebrachten Personen sowie ihrer Mitarbeiter mit Dienstleistungen und Waren geeignet sind. Die Gesellschaft kann außerdem alle im Bereich der Versorgung sozialer Einrichtungen mit Dienstleistungen und Waren anfallenden Aufgaben übernehmen, Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte erwerben, belasten und veräußern. Sie kann Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden, Gewerbebauten, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Einrichtungen auf eigene oder fremde Rechnung erstellen, bewirtschaften, erwerben, veräußern oder bereitstellen.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Unternehmensgegenstand unmittelbar oder mittelbar gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben und pachten und ferner Interessengemeinschaften eingehen, soweit der Stadt eine angemessene Einflussnahme ermöglicht wird, der Unternehmensgegenstand durch den öffentlichen Zweck gerechtfertigt ist und die Betätigung des Unternehmens nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit und zum Bedarf der Stadt steht.

Öffentlicher Zweck

Die KSC ist als Organgesellschaft der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH Dienstleister für den Organträger in den Bereichen Catering, Gebäudereinigung und Wirtschaftsdienste, Technik und Verwaltung. Die Wirtschaftsdienste umfassen den Hol- und Bringdienst, den Patiententransport und den Fuhrpark.

Die unter dem Abschnitt „Gegenstand“ aufgeführten Unternehmensziele dienen der öffentlichen Zweckbestimmung.

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2013	2014	2015
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	13,4%	19,2%	31,3%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	14,5%	13,4%	16,5%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	108%	70%	105%
Zinsaufwandquote	0,07%	0,09%	0,07%
Liquidität 3. Grades	100,6%	100,7%	102,6%
Cashflow	90,0 T€	110,1 T€	137,0 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	1,40%	1,82%	0,29%
Umsatz	13.720 T€	13.294 T€	13.046 T€
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	18 T€	32 T€	-3 T€
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	70,3%	69,9%	70,6%
Anzahl der Mitarbeiter	406	394	370

Lagebericht der Gesellschaft

Rechtliche und wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die KSC Klinik Service Center GmbH (KSC GmbH) ist ein in Mehrheitsbesitz stehendes Tochterunternehmen der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH und ist für den Organträger in den Bereichen Catering, Gebäudereinigung, Wirtschaftsdienste, Zentralsterilisation, Technik und Verwaltung tätig.

Für diese Tätigkeitsbereiche ist in der Branchenentwicklung das Vorhandensein einer großen Anzahl potentieller Leistungserbringer, ein hart umkämpfter Markt bei großer Konkurrenz und hohem Preisdruck charakteristisch.

Die KSC GmbH erbringt den größten Teil ihrer Leistungen gegenüber der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH.

Geschäftsverlauf 2015

Die Geschäftsentwicklung der KSC GmbH verlief im Geschäftsjahr 2015 insgesamt stabil. Zum 31.12.2015 wird ein Jahresergebnis von -3,2 T€ ausgewiesen. Damit liegt das Jahresergebnis etwas unter dem geplanten Jahresüberschuss von 20 T€. Hierfür sind insbesondere nicht geplante periodenfremde Aufwendungen (35 T€) sowie die Neubewertung und veränderte Bilanzierung bei Personalrückstellungen maßgeblich. Unter Herausrechnung dieser Aspekte hat sich das periodisierte Betriebsergebnis verbessert.

Die Umsatzerlöse sanken gegenüber dem Vorjahr um 247,8 T€ auf 13.046,2 T€. Ursächlich hierfür war die Reduzierung des Umsatzes für technische Leistungen auf Grund weniger realisierter Projekte für die Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH um 267,3 T€ und die auf das gesamte Jahr 2015 betrachtete abschließende Reduzierung beim Wirtschaftsdienst durch die im Vorjahr vorgenommene Überleitung von Mitarbeitern auf die Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH.

Der seit Ende 2012 in Anspruch genommene Kontokorrentrahmen in Höhe von 500 T€ wurde Ende Oktober 2015 bedient.

Investitionen

Aufgrund der spezifischen Geschäftstätigkeit der KSC GmbH ist der Investitionsbedarf vergleichsweise gering. Die in 2015 vorgenommenen Investitionen betragen 240,8 T€ und betrafen die Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie mit 197,0 T€ eine Fertigstellung des Fahrstuhls, welcher im Vorjahr als Anlage im Bau begonnen wurde. Im Rahmen einer Mittelbewilligung vom 14. Mai 2014 wurde der KSC von der Stadt Brandenburg an der Havel eine Förderung von 350 T€ für den Bau eines behindertengerechten Zugangs zum Marienberg zugesagt. Nach Planung und Ausschreibung wurde mit dem Bau im Herbst 2014 begonnen. Zum Stand 31.12.2015 wurde die vollständige Förderung abgerufen.

Personal- und Sozialbereich

Die Zahl der jahresdurchschnittlich eingesetzten Vollkräfte sank von 314,4 Vollkräften in 2014 auf 308,1 Vollkräfte in 2015. Die Arbeitnehmerzahl (ohne Azubi) am 31.12.2015 betrug 370 (2014: 394).

Im Jahr 2015 wurden 14 Auszubildende (8 Technik und 6 Verwaltungsdienst) beschäftigt.

Die KSC GmbH ist nicht tarifgebunden.

Ertragslage

Für das Geschäftsjahr 2015 wird ein Jahresfehlbetrag nach Steuern von -3,2 T€ ausgewiesen.

Vermögens- und Finanzlage

Die Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft kann im Geschäftsjahr 2015 als stabil bezeichnet werden. Das Eigenkapital reduzierte sich um 3,2 T€ auf 318,5 T€. Die Liquidität und insbesondere die Barliquidität bleiben weiterhin sehr knapp bemessen.

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Ausblick auf das Geschäftsjahr 2016

Prämissen der Erlösplanung

Die Innenumsätze wurden auf Basis von einer stabilen Leistungsplanung des Städtischen Klinikums Brandenburg GmbH geplant. Die Pauschalen zur innerbetrieblichen Leistungsverrechnung wurden fortgeschrieben und wie folgt angepasst:

- Der Innenumsatz Technik berücksichtigt insbesondere die Anpassung an den Instandhaltungsplan 2016 im Auftrage des Klinikums Brandenburg für die Instandhaltung, den bestehenden Wartungsverträgen, die Instandsetzung und für geplante Sanierungsmaßnahmen. Dieser Plan enthält insbesondere sicherheitsrelevante Maßnahmen im Bereich Brandschutz und Stromversorgung.
- In der Reinigung wurde der Tarifvertrag der Gebäudereinigung für 2016 berücksichtigt.

Die bestehenden Verträge wurden fortgeschrieben. Variable Erlösbestandteile wurden vorsichtig bewertet.

Insgesamt werden die Umsatzerlöse mit 13.545,0 T€ geplant. Im Wirtschaftsplan 2016 wurden die Umsatzerlöse für die Jahre 2017 bis 2020 mit 13.868,7 T€ fortgeschrieben.

Prämissen der Aufwandsplanung

Die Aufwandsplanung der KSC wird weiterhin sehr stark vom Ansatz für Personalkosten geprägt. Der Personalaufwand berücksichtigt 381 Beschäftigte mit einem Vollkräfteanteil von 313,25.

Bei der Planung der Sachkosten und der sonstigen betrieblichen Aufwendungen wurde von einem grundsätzlich konstanten Kostenniveau ausgegangen. Anpassungen ergaben sich bei den Eigenleistungen und den bezogenen Leistungen der Abteilung Technik im Zuge der Umsetzung des Instandhaltungsplans der Abteilung Technik.

Für die Wirtschaftsjahre 2017 bis 2020 wird ein jeweiliger Jahresüberschuss von 25,0 T€ prognostiziert. Für das laufende Geschäftsjahr 2016 wird entsprechend dem Wirtschaftsplan ein Jahresüberschuss von 30,0 T€ erwartet.

Strategien zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit des Unternehmens

Primärziel ist weiterhin der Ausbau bestehender und die Akquisition neuer Geschäftsfelder durch die Leitungsebenen aller Bereiche.

Es werden weiterhin monatlich Plan-Ist-Analysen zur Kontrolle und Überwachung der Einzelergebnisse erstellt.

Risiken und Chancen der zukünftigen Entwicklung

Die wesentlichen Chancen und Risiken resultieren aus dem Organschaftsverhältnis mit der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH, für die der weit überwiegende Teil der Lieferungen und Leistungen erbracht wird. Dieser Anteil steigt im Wirtschaftsplan 2016 von 85,7% auf 86,2%.

Zum einen steht mit der Städtisches Klinikum GmbH ein sicherer und stabiler Leistungsabnehmer zur Verfügung, der auch in seiner Gesellschafterstellung an einer erfolgreichen Entwicklung der KSC GmbH interessiert ist. Damit ist grundsätzlich eine stabile Auftragslage gegeben.

Andererseits besteht eine hohe Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Entwicklung der Städtisches Klinikum GmbH. Nicht auszuschließende rückläufige Fallzahlen sowie rückläufige finanzielle Mittel für Investitionen und Instandhaltungen haben direkten Einfluss auf die Auftragsvergabe und somit auf die Erlösentwicklung der KSC GmbH. Der allgemeine Kostendruck im Gesundheitswesen zwingt auch die Städtisches Klinikum GmbH, die Leistungen der KSC GmbH möglichst preisgünstig einzukaufen.

Eine weitere Chance besteht für die KSC GmbH auch darin, das Leistungsangebot für Dritte auszuweiten. Allerdings ist es aufgrund der Vielzahl der Anbieter in dieser Branche und deren Kosten- und Preisstrukturen außerordentlich schwierig, neue Marktanteile zu erschließen.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Keine
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Keine

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2013	2014	2015
<u>Aktivseite</u>			
A. Anlagevermögen	268	459	604
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	4	7	4
II. Sachanlagen	263	453	599
B. Umlaufvermögen	1.723	1.922	1.312
I. Vorräte	25	43	43
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.618	1.803	1.216
III. Kassenbestand, Guthaben	80	76	53
C. Rechnungsabgrenzungsposten	11	12	14
<u>Passivseite</u>			
A. Eigenkapital	290	322	318
I. Stammkapital (Festgesetztes Kapital)	25	25	25
II. Gewinn-/Verlustvortrag	247	265	297
III. Jahresfehlbetrag/-überschuss	18	32	-3
B. Zuwendungen der öffentlichen Hand	0	163	332
C. Rückstellungen	40	26	71
D. Verbindlichkeiten	1.666	1.879	1.206
E. Rechnungsabgrenzungsposten	5	4	3
Bilanzsumme	2.002	2.393	1.930

Ertragslage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
GuV	2013	2014	2015
1. Umsatzerlöse	13.720	13.294	13.046
2. Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	39
3. Sonstige betriebliche Erträge	54	79	60
4. Personalaufwand	-9.644	-9.248	-9.215
5. Materialaufwand	-3.526	-3.481	-3.306
6. Abschreibungen	-72	-78	-96
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-494	-508	-519
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-10	-12	-8
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	29	48	1
11. Steuern vom Einkommen und Ertrag	-8	-13	-1
12. Sonstige Steuern	-3	-3	-3
13. Jahresergebnis	18	32	-3

III.2.2.2 Gesundheitszentrum Brandenburg an der Havel GmbH

Geschäftsbereich

Medizinisches Versorgungszentrum

Firmensitz

Hochstr. 29
14770 Brandenburg an der Havel

Gründung

Mit Gesellschaftsvertrag vom 10. Dezember 2001 hat die Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH die Klinikbereich (KB) - Praxis für Innere Medizin GmbH, Brandenburg an der Havel, gegründet.

Die Handelsregistereintragung beim Amtsgericht Potsdam erfolgte am 30. April 2002 unter der Nummer HRB 15884 P.

Mit Gesellschafterbeschluss vom 8. Februar 2005 erfolgte die Umfirmierung der KB - Praxis für Innere Medizin GmbH in die Gesundheitszentrum Brandenburg an der Havel GmbH (MVZ). Die Eintragung der Umfirmierung in das Handelsregister wurde am 25. Februar 2005 vorgenommen.

Gezeichnetes Kapital / Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital	25.000 €
Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH	100%

Unterbeteiligungen

Die Gesellschaft ist an keiner anderen Gesellschaft beteiligt.

Gesellschaftsvertrag

Der Gesellschaftsvertrag in der derzeit gültigen Fassung datiert vom 18. Dezember 2007.

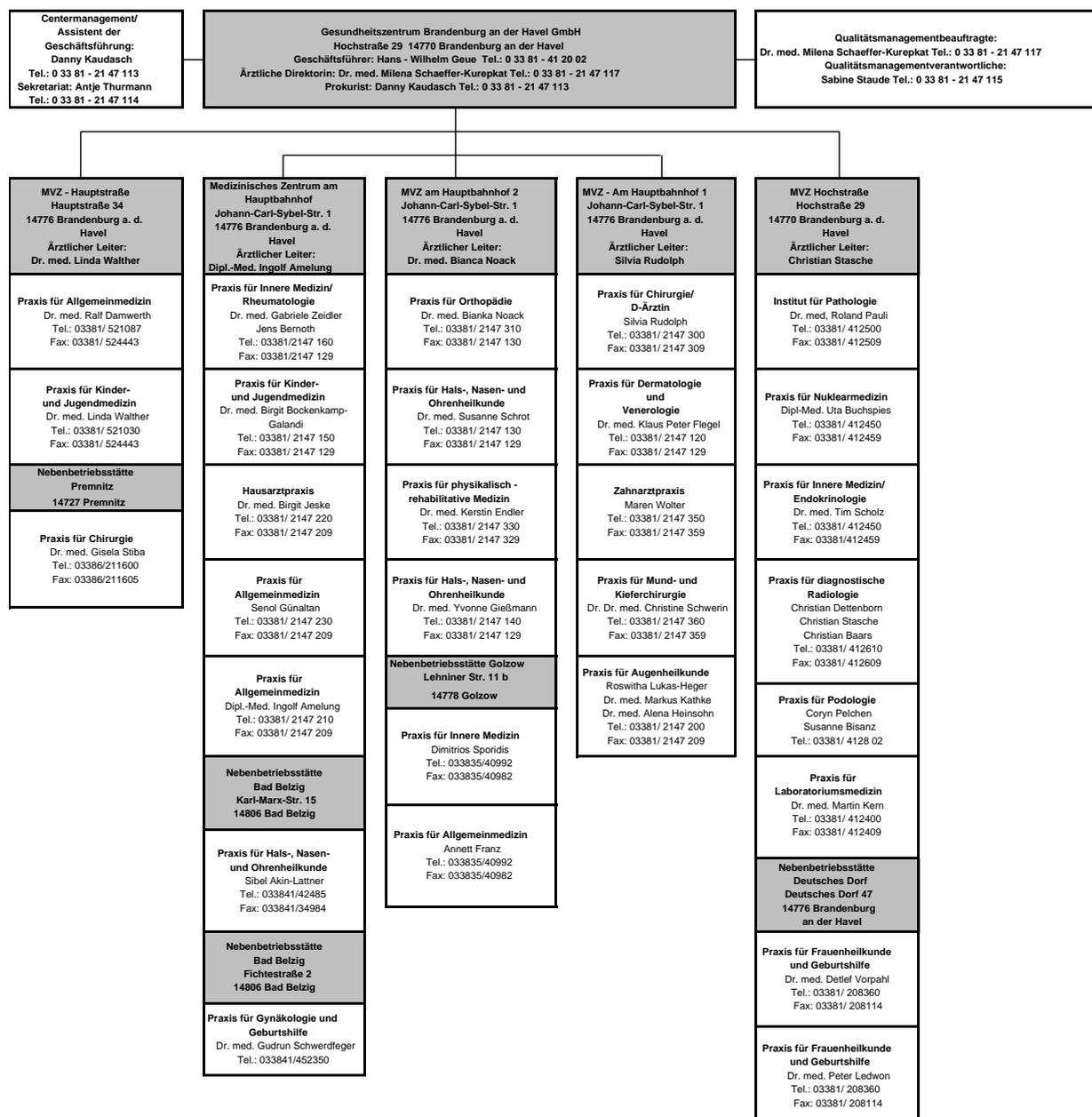
Durch den Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 18. Dezember 2007 und Eintragung in das Handelsregister vom 28. Dezember 2007 ist der Gesellschaftsvertrag, insbesondere § 2 Abs.1 (Gegenstand des Unternehmens) und § 3 (Gemeinnützigkeit und Mildtätigkeit), neu gefasst worden.

Organe der Gesellschaft

- **Geschäftsführung**

Hans-Wilhelm Geue

Die Geschäftsführung erfolgt ehrenamtlich. Die Geschäftsführung wird von der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH gestellt.



- **Gesellschafterversammlung**

Die Vertretung des Gesellschafters in der Gesellschafterversammlung erfolgt durch die Geschäftsführung der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH.

Im Berichtsjahr haben zwei Gesellschafterversammlungen stattgefunden.

Gegenstand

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb medizinischer Versorgungszentren im Sinne des § 95 Sozialgesetzbuch (SGB V), insbesondere im Rahmen der vertragsärztlichen und privatärztlichen Versorgung und der sonstigen ärztlichen Tätigkeiten sowie weiterhin die Fortführung der bestehenden ambulanten Praxis gemäß § 311 Abs. 2 SGB V.

Die Gesellschaft darf ferner alle sonstigen Geschäfte betreiben, die der Erreichung und Förderung ihres Hauptzwecks dienlich sind.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Unternehmensgegenstand unmittelbar oder mittelbar gefördert werden kann.

Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben und pachten und ferner Interessengemeinschaften eingehen, soweit der Stadt eine angemessene Einflussnahme ermöglicht wird, der Unternehmensgegenstand durch den öffentlichen Zweck gerechtfertigt ist und die Betätigung des Unternehmens nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit und zum Bedarf der Stadt steht.

Öffentlicher Zweck

Zu den Selbstverwaltungsaufgaben der Gemeinde gehört nach § 2 Abs. 2 BbgKVerf u. a. die gesundheitliche Betreuung und damit auch die ambulante Versorgung ihrer Einwohner. Damit erfüllt die Gesundheitszentrum Brandenburg an der Havel GmbH einen öffentlichen Zweck im Sinne des § 91 Abs. 2 Nr. 1 BbgKVerf.

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2013	2014	2015
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	44,7%	42,6%	49,5%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	5,1%	11,1%	9,0%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	31%	80%	42%
Zinsaufwandquote	0,64%	0,53%	0,47%
Liquidität 3. Grades	74,1%	87,0%	76,6%
Cashflow	192,1 T€	341,8 T€	215,1 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	3,78%	7,41%	1,37%
Umsatz	8.956 T€	9.545 T€	10.375 T€
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	72 T€	205 T€	10 T€
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	60,5%	57,4%	58,9%
Anzahl der Mitarbeiter	124	130	156

Lagebericht der Gesellschaft**Rechtliche und wirtschaftliche Rahmenbedingungen**

Die Gesundheitszentrum Brandenburg an der Havel GmbH ist ein Tochterunternehmen der alleinigen Gesellschafterin Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH und in den Bereichen der ambulanten ärztlichen Versorgung tätig.

Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft in 2015 beinhaltete im Wesentlichen den Betrieb Medizinischer Versorgungszentren im Sinne des § 95 Sozialgesetzbuch V sowie die Fortführung der bestehenden ambulanten Einrichtung gemäß § 311 Abs. 2 SGB V.

Es besteht ein Auftrag der Gesellschafterin zur Sicherstellung der ärztlichen Versorgung in der Stadt Brandenburg an der Havel.

Geschäftsverlauf 2015

Ertragslage

Das Geschäftsjahr 2015 war geprägt von der Betriebsaufnahme der fünf neuen Praxen in den Nebenbetriebsstätten. Hier musste der Praxisbetrieb reorganisiert werden und es waren erhebliche Investitionen in die Praxisausstattung erforderlich. Die Nebenbetriebsstätte in Golzow wurde an das „MVZ am Hauptbahnhof 2“ angehängt, die zwei Nebenbetriebsstätten in Bad Belzig gehören zum „MZ am Hauptbahnhof“ und die Nebenbetriebsstätte in Premnitz wurde dem „MVZ Hauptstr.“ zugeordnet.

Die Praxen verzeichnen einen kontinuierlichen Patientenzulauf die Fallzahlen steigen weiter an. In 2015 wurden in der Gesundheitszentrum Brandenburg an der Havel GmbH (ohne Labor und Pathologie) 93.382 Patienten (was einer durchschnittlichen Fallzahl pro Quartal von 23.345 entspricht) von MVZ-Ärzten behandelt. Dies ist eine Steigerung um 6.150 Patienten gegenüber dem Vorjahr. Für das Geschäftsjahr 2015 wurde ein Jahresüberschuss von 10,1 (Vorjahr: T€ 204,6) ausgewiesen. Damit wurde das im Wirtschaftsplan avisierte Ergebnis von T€ 100 deutlich nicht erreicht. Das Ergebnis wird durch im Wirtschaftsplan nicht berücksichtigte Abschreibungen belastet.

Entwicklung der Fallzahlen 2011 – 2015

	2011	2012	2013	2014	2015
Fallzahlen	50.854	80.502	88.876	87.232	93.382

Entwicklung der Umsatzerlöse

Die Geschäftsentwicklung der Gesundheitszentrum Brandenburg GmbH verlief im Geschäftsjahr 2015 insgesamt zufriedenstellend.

Der Gesamtumsatz entwickelte sich unterteilt nach Betriebsstätten wie folgt:

	2015 T€	2014 T€	Veränderung %
MVZ - am Hauptbahnhof 2	1.242,5	981,4	+ 26,60
MZ am Hauptbahnhof	1.066,4	947,6	+ 12,53
MVZ - am Hauptbahnhof 1	919,2	953,6	- 3,61
MVZ Hochstraße	6.516,6	6.172,4	+ 5,57
MVZ Hauptstraße	546,3	449,5	+ 21,53
Allgemein	84,2	40,5	+107,90
Gesamt	10.375,2	9.545,0	+ 8,69

Insgesamt stieg somit der Umsatz gegenüber dem Vorjahr um 830,2 T€ bzw. 8,69%. Der Anteil der Umsätze mit der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH beträgt 10,6% (2014: 10,3%). Die Umsätze mit der Kassenärztlichen Vereinigung, dass sind rund 60,5% des Gesamtumsatzes, wurden gesteigert und lagen im Berichtsjahr um 576,2 T€ über dem Vorjahresniveau. Hier haben im Laufe des Jahres 2015 die Nebenbetriebsstätten in Golzow, Bad Belzig und Premnitz den Betrieb aufgenommen und somit zu der Erhöhung der Umsätze geführt. Weitere Umsatzsteigerungen konnten über steigende Leistungen des Labors generiert werden. Lediglich im MVZ - am Hauptbahnhof 1 waren die Umsätze auch in diesem Jahr leicht rückläufig. Hier konnte aber die für die Chirurgin vorliegende H-Arzt Zulassung zum 01. 10. 2015 in eine D-Arzt Zulassung (Durchgangsarzt) umgewandelt werden, so dass hier künftig wieder mit steigenden Fallzahlen gerechnet werden kann.

Kostensituation

Personalaufwand

Der gestiegene Personalaufwand ergibt sich aus den unterjährigen Personalveränderungen, insbesondere durch die Übernahme der Praxen in den Nebenbetriebsstätten. Außerdem wurden in der Praxis für Allgemeinmedizin und in der Praxis für Kinder- und Jugendmedizin zwei Ausbildungsassistenten beschäftigt, deren Gehalt nur teilweise von der Kassenärztlichen Vereinigung refinanziert wird. Weitere Personalstrukturveränderungen hat es im Jahre 2015 in den Bestandspraxen kaum gegeben.

	2015 T€	2014 T€	Veränderung %
Löhne und Gehälter	5.252,1	4.709,8	+ 11,51
Sozialabgaben	861,9	769,4	+ 12,00
Gesamt	6.114,0	5.479,2	+ 11,58

Materialaufwand

Der Aufwand für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und bezogene Waren liegt mit 1.873,8 T€ noch einmal deutlich über dem Vorjahreswert von 1.713,8 T€. Ursächlich hierfür sind in erster Linie steigende Laborleistungen sowohl im Labor, als auch der steigende Laborbedarf in der Pathologie. Im Materialaufwand ist der für fünf Jahre geschlossene Leistungsvertrag mit der Firma Roche über die Erbringung von Serviceleistungen und die Belieferung des Labors mit Reagenzien und anderen Materialien (Laufzeit bis 31.12. 2017) enthalten. Die Aufwendungen für bezogene Leistungen liegen mit 988,0 T€ um 38,9 T€ über den Vorjahreswerten.

Übrige Aufwendungen

Die Abschreibungen in 2015 liegen mit 228,9 T€ um 64,9 T€ über den Planansätzen im Wirtschaftsplan 2015. Hauptursache hierfür ist die erstmalige anteilige Abschreibung der Praxiswerte von den zulassungsbeschränkten Praxen, die bisher ohne Abschreibung als Vermögensposten in der Bilanz geführt worden sind. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen liegen um 72,1 T€ über den geplanten Werten in Höhe von 1.389,4 T€. Der Posten sonstige betriebliche Aufwendungen enthält im Wesentlichen die Mietstrukturen, inklusive Betriebskos-

ten für die Räumlichkeiten im Gesundheitszentrum am Hauptbahnhof, den Mieten für die neuen Nebenbetriebsstätten sowie die Laborausstattung.

Vermögens- und Finanzlage

Die Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft kann im Geschäftsjahr 2015 als noch stabil bezeichnet werden. Durch den Jahresüberschuss des Berichtsjahres konnte das Eigenkapital nur geringfügig um 10 T€ gestärkt werden. Die Eigenkapitalquote ist bei steigender Bilanzsumme von 11,1% auf 9,0% gesunken.

Liquidität

Die Liquidität ist, bedingt durch die getätigten umfangreichen Investitionen, sehr angespannt. Sie ist stark abhängig von den Zahlungsterminen der Kassenärztlichen Vereinigung. Die Honorarbescheide und rund 25% des Honorars werden erst fünf Monate nach Quartalsende erstellt und ausbezahlt. Die laufenden Kosten sind vorzufinanzieren. Hier bestehen Vereinbarungen mit dem Gesellschafter und der Hausbank. Die Liquidität ist über Kontokorrentverträge zwischen der Gesundheitszentrum Brandenburg an der Havel GmbH, der Brandenburger Bank, der Deutschen Kreditbank AG (DKB) und der Gesellschafterin mit einer Gesamthöhe von 670 T€ abgesichert.

Investitionen

Mit der Investitionssumme von 905,8 T€ (2014: 70 T€) in 2015 wurden im Wesentlichen die Kaufpreise für die Praxisübernahmen, sowie Investitionen in die Betriebs- und Geschäftsausstattung finanziert.

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Entwicklung der Geschäftsfelder

Die Gesundheitszentrum GmbH erbringt weiterhin den größten Teil ihrer Leistungen für GKV-versicherte (Gesetzlich Krankenversicherte) ambulante Patienten.

Die Planung der Erlöse für das Wirtschaftsjahr 2016 erfolgte unter Berücksichtigung der Fortschreibung der jetzigen Struktur mit den drei Standorten Hauptbahnhof, Hauptstraße und Hochstraße sowie den aktuellen und zukünftigen Nebenbetriebsstätten.

Für das MVZ Hochstr. und das MVZ Hauptstr. sind bei der Kassenärztlichen Vereinigung Zweigpraxen beantragt worden, um die neuen Praxen in Brandenburg an der Havel und Rathenow in den Verbund zu integrieren.

Somit wird für 2016 mit weiter steigenden Umsätzen gerechnet.

Prämissen der Erlösplanung

Die Planung der Erlöse für das Wirtschaftsjahr 2016 erfolgte unter Berücksichtigung der oben dargestellten Veränderungen.

Insgesamt wird mit Umsatzerlösen von 11.681,3 T€ geplant, wobei allein der Laborbetrieb im MVZ Hochstr. weiterhin den größten Einzelumsatz generieren soll.

Prämissen der Aufwandsplanung

Die Aufwandsplanung der Gesundheitszentrum Brandenburg an der Havel GmbH wird mit 60,2% sehr stark vom Ansatz für Personalkosten beeinflusst. Die Personalkosten werden inklusive der neuen Praxen mit 7.151,7 T€ angesetzt. Ansonsten wurden bei der Aufwandsplanung die gleichen Prämissen wie bei der Erlösplanung berücksichtigt.

Bei der Planung der Sachkosten wurde mit gleichem Kostenniveau wie 2015 geplant, zuzüglich der Kostenschätzung für die Übernahme der neuen Praxen.

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Für die Zukunft wird eine kontinuierliche Entwicklung der Gesellschaft angestrebt und erwartet. Ein erster Schritt hierzu war die Konzentration von drei MVZ an einem Standort im Neubau am Hauptbahnhof. Durch Vorhaltung vieler medizinischer Fachbereiche auch in den Nebenbetriebsstätten kann eine umfängliche Versorgung der Patienten angeboten werden. Hier sind noch weitere Einsparpotentiale durch klar strukturierte Praxisabläufe umzusetzen.

Um diese Vorgaben umzusetzen und natürlich aufgrund des deutlichen Wachstums wurde zum 01.02.2016 eine hauptamtliche ärztliche Leiterin der Gesundheitszentrum Brandenburg an der Havel GmbH verpflichtet. Ihre Aufgabe wird die Steuerung der Arztpraxen und die Kontaktpflege mit der Kassenärztlichen Vereinigung sein.

Für die weitere Zukunft wird es darauf ankommen, frei werdende Arztstellen wieder zeitnah und adäquat besetzen zu können. Hier steht die Gesellschaft im Wettbewerb mit anderen Leistungserbringern im Gesundheitsmarkt. Nützlich ist hier natürlich die direkte Beziehung zur Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH.

Das Einweisungsmanagement für die Patienten wird weiter optimiert. Doppeluntersuchungen können so vermieden werden.

Es wird sehr darauf ankommen, die neu zu schaffenden Nebenbetriebsstätten in den Betriebsablauf zu integrieren und die Patienten auch von dort in Richtung des Unternehmensverbunds zu lenken.

Die drei MVZ-Standorte sollen 2016 weiter vorangebracht werden. Es stehen als größere Investitionen der Ausbau sowie die Ausstattung der Nebenbetriebsstätten an.

Die GZB GmbH bleibt auch weiterhin stark abhängig von ihrer Gesellschafterin, die die Praxiskäufe langfristig finanziert hat. Die Rückführung der Verschuldung sowie die Stärkung der Liquidität kann nur bei nachhaltig positiven Betriebsergebnissen gelingen.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Keine
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Keine

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2013	2014	2015
<u>Aktivseite</u>			
A. Anlagevermögen	1.532	1.464	2.141
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	1.252	1.222	1.741
II. Sachanlagen	279	242	401
III. Finanzanlagen	0	0	0
B. Umlaufvermögen	1.895	1.967	2.180
I. Vorräte	145	177	151
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.750	1.790	2.024
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Kassenbestand, Guthaben	0	0	4
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1	6	6
<u>Passivseite</u>			
A. Eigenkapital	176	381	391
I. Stammkapital	25	25	25
II. Gewinn-/Verlustvortrag	79	151	356
III. Jahresfehlbetrag/-überschuss	72	205	10
B. Sonderposten mit Rücklagenanteil	4	4	3
C. Rückstellungen	88	59	36
D. Verbindlichkeiten	3.159	2.994	3.897
E. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	3.427	3.438	4.328

Ertragslage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
GuV	2013	2014	2015
1. Umsatzerlöse	8.956	9.545	10.375
2. Sonstige betriebliche Erträge	273	326	357
3. Personalaufwand	-5.421	-5.479	-6.114
4. Materialaufwand	-2.366	-2.663	-2.862
5. Abschreibungen	-120	-137	-229
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.193	-1.334	-1.462
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-57	-50	-49
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	73	208	17
10. Außerordentliche Erträge	0	0	0
11. Steuern vom Einkommen und Ertrag	-1	-3	-7
12. Sonstige Steuern	0	0	0
12. Jahresergebnis	72	205	10

III.2.2.3 Klinik-Labor Brandenburg an der Havel GmbH

Geschäftsbereich

Labordiagnostischer Betrieb

Firmensitz

Hochstr. 15
14770 Brandenburg an der Havel

Gründung

Mit Gesellschaftsvertrag vom 14. November 2012 hat die Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH die Klinik-Labor GmbH, Brandenburg an der Havel, gegründet.

Die Handelsregistereintragung beim Amtsgericht Potsdam erfolgte am 13. Juni 2013 unter der Nummer HRB 25916 P.

Gezeichnetes Kapital / Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital	25.000 €
Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH	100%

Unterbeteiligungen

Die Gesellschaft ist an keiner anderen Gesellschaft beteiligt.

Gesellschaftsvertrag

Der Gesellschaftsvertrag in der derzeit gültigen Fassung datiert vom 14. November 2012.

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführung*

Gabriele Wolter

Dr. Thomas Wurche

Die Geschäftsführung erfolgt ehrenamtlich. Die Geschäftsführer werden von der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH gestellt.

- *Gesellschafterversammlung*

Die Vertretung des Gesellschafters in der Gesellschafterversammlung erfolgt durch die Geschäftsführung der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH.

Im Berichtsjahr haben drei Gesellschafterversammlungen stattgefunden.

Gegenstand

Gegenstand des Unternehmens ist gemäß § 2 des Gesellschaftsvertrages der Betrieb eines medizinischen Labors und sonstiger Nebeneinrichtungen.

Öffentlicher Zweck

Zu den Selbstverwaltungsaufgaben der Gemeinde gehört nach § 2 Abs. 2 BbgKVerf u.a. die gesundheitliche Betreuung und damit auch die ambulante Versorgung ihrer Einwohner.

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2013	2014	2015
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	0,0%	0,0%	0,0%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	66,0%	47,7%	56,8%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)			
Anlagendeckung II	entfällt	entfällt	entfällt
Zinsaufwandquote	0,00%	0,00%	0,00%
Liquidität 3. Grades	293,7%	190,9%	231,5%
Cashflow	44,5 T€	50,4 T€	42 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	42,60%	20,15%	0,00%
Umsatz	1.550 T€	1.612 T€	1.942 T€
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	45 T€	50 T€	44 T€
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	38,6%	39,1%	38,2%
Anzahl der Mitarbeiter	18	18	20

Lagebericht der Gesellschaft

Rechtliche und wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die Klinik-Labor Brandenburg an der Havel GmbH (KLB GmbH) ist ein Tochterunternehmen der alleinigen Gesellschafterin Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH. Die Gesellschaft Klinik-Labor Brandenburg an der Havel GmbH ist ausschließlich für die labordiagnostische Versorgung des Städtischen Klinikums Brandenburg GmbH zuständig. In der Umsetzung wird die Laborausstattung des Gesundheitszentrum Brandenburg an der Havel GmbH genutzt und hierfür ein Nutzungsentgelt bezahlt.

Geschäftsverlauf 2015

Das Labor wird seit dem Geschäftsjahr 2013 in Zusammenarbeit der KLB GmbH und dem Gesundheitszentrum Brandenburg an der Havel GmbH betrieben. Das Labor umfasst hierbei Leistungen im Bereich der Präanalytik, Klinische Chemie, Immunologie, Hämatologie, Urindiagnostik sowie den Bereich der Point-of-Care-Diagnostik. Ergänzend erfolgen auch die mikrobiologischen Leistungen für das Klinikum Brandenburg.

Seit Mitte 2015 hat das Labor eine Großhandelserlaubnis für Blutprodukte. Die Lieferungen erfolgen neben dem Klinikum Brandenburg an die Asklepios Fachklinik Brandenburg und an die Havellandkliniken.

Die Ärztliche Leistung erfolgt ebenfalls über eine Anstellung im Gesundheitszentrum Brandenburg an der Havel GmbH. Diese Form ist notwendig, damit diese Ärzte auch eine kassenärztliche Zulassung erhalten können.

Ertragslage

Die Geschäftsentwicklung der KLB GmbH verlief im Geschäftsjahr 2015 wie geplant positiv und konnte hinsichtlich des Jahresergebnisses an das vergangene Jahr nahezu anknüpfen.

Personalaufwand

Die Arbeitnehmerzahl (Köpfe) im Jahr 2015 belief sich auf durchschnittlich 19,3 (2014: 17,8). Der damit verbundene Personalaufwand betrug 742,4 T€.

Struktur der Personalaufwendungen:

	2015 T€	2014 T€
Löhne und Gehälter	621,3	521,4
Sozialabgaben	121,1	109,3
Gesamt	742,4	630,7

Materialaufwand

Der Materialaufwand belief sich auf 852,9 T€ und umfasst im Wesentlichen Aufwendungen (717,2 T€) für Ressourcenverbräuche, die vom Gesundheitszentrum Brandenburg an der Havel GmbH gemäß Vereinbarung über die gemeinsame Nutzung der Labors berechnet wurden sowie Aufwendungen in Höhe von 105,8 T€ für die Beschaffung von Blutprodukten.

Vermögens- und Finanzlage

Die Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft entwickelte sich im Ergebnis der letzten beiden Jahre insgesamt analog der Ertragslage. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die Gesellschaft nur mit einem Startkapital von 25 T€ ausgestattet wurde. Das Eigenkapital konnte durch die Jahresüberschüsse 2013 bis 2015 auf 163 T€ verbessert werden.

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Einzigster Auftraggeber der Klinik-Labor Brandenburg an der Havel GmbH ist die Muttergesellschaft Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH.

Die Umsatzerlöse wurden für 2016 auf Basis des Vorjahres geplant, sodass ein Budget von 1.555 T€ für die Labordiagnostik und 200 T€ für die Unterstützung bei der Qualitätssicherung von POCT-Analysen (Point-of-Care-Testing; patientennahe Labordiagnostik) und der Bereitstellung von Blutgasanalyse- und Blutzuckermessgeräten auf den Stationen des Klinikums vorgesehen ist.

Im Ergebnis der Wirtschaftsplanung wird für 2016 mit einem Jahresüberschuss von 50 T€ gerechnet.

Die wesentlichen Chancen und Risiken resultieren aus dem Organschaftsverhältnis mit der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH.

Zum einen steht mit der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH ein sicherer und stabiler Leistungsabnehmer zur Verfügung, der auch in seiner Gesellschafterstellung an einer erfolgreichen Entwicklung der KLB GmbH interessiert ist. Damit ist grundsätzlich eine stabile Auftragslage gegeben.

Andererseits besteht eine hohe Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Entwicklung der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH. Nicht auszuschließende rückläufige Fallzahlen sowie rückläufige finanzielle Mittel für Investitionen und Instandhaltungen haben direkten Einfluss auf die Auftragsvergabe und somit auf die Erlösentwicklung der KLB GmbH. Der allgemeine Kostendruck im Gesundheitswesen zwingt auch die Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH, die Leistungen der KLB GmbH möglichst preisgünstig einzukaufen.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Keine
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Keine

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2013	2014	2015
<u>Aktivseite</u>			
A. Anlagevermögen	0	0	0
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0
II. Sachanlagen	0	0	0
III. Finanzanlagen	0	0	0
B. Umlaufvermögen	105	250	287
I. Vorräte	0	0	26
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	72	242	232
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Kassenbestand, Guthaben	32	8	30
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
<u>Passivseite</u>			
A. Eigenkapital	69	119	163
I. Stammkapital	25	25	25
II. Gewinn-/Verlustvortrag	-1	44	94
III. Jahresfehlbetrag/-überschuss	45	50	44
IV. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
B. Sonderposten mit Rücklagenanteil	0	0	0
C. Rückstellungen	26	19	6
D. Verbindlichkeiten	10	112	118
E. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	105	250	287

Ertragslage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
GuV	2013	2014	2015
1. Umsatzerlöse	1.550	1.612	1.942
2. Sonstige betriebliche Erträge	1	18	11
3. Personalaufwand	-599	-631	-742
4. Materialaufwand	-838	-616	-853
5. Abschreibungen	0	0	0
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-53	-312	-296
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	63	72	63
10. Außerordentliche Erträge	0	0	0
11. Steuern vom Einkommen und Ertrag	-18	-21	-19
12. Sonstige Steuern	0	0	0
13. Jahresergebnis	45	50	44

III.2.2.4 Klinikum Westbrandenburg GmbH

Geschäftsbereich

Krankenhaus (Kinder- und Jugendklinik)

Firmensitz

Charlottenstraße 72
14467 Potsdam

Gründung

Die Gesellschaft wurde mit Gesellschaftsvertrag vom 14. Dezember 2012 gegründet.

Gesellschafter sind die Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH und das Klinikum Ernst von Bergmann gemeinnützige GmbH Potsdam mit den jeweiligen Geschäftsanteilen von 50%.

Die Gesellschaft ist beim Amtsgericht Potsdam unter der Nummer HRB 25968 P eingetragen.

Gezeichnetes Kapital / Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital	25.000 €	
Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH		50%
Klinikum Ernst von Bergmann gemeinnützige GmbH, Potsdam		50%

Unterbeteiligungen

Die Gesellschaft ist an keiner anderen Gesellschaft beteiligt.

Gesellschaftsvertrag

Der Gesellschaftsvertrag in der derzeit gültigen Fassung datiert vom 14. Dezember 2012.

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführung*

Gabriele Wolter

Steffen Grebner

Die Geschäftsführer werden von der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH und der Klinikum Ernst von Bergmann gGmbH (KEvB) gestellt.

- *Gesellschafterversammlung*

Die Vertretung des Gesellschafters in der Gesellschafterversammlung erfolgt durch die Geschäftsführung der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH.

Im Berichtsjahr haben drei Gesellschafterversammlungen stattgefunden.

Gegenstand

Gegenstand des Unternehmens ist gemäß § 2 des Gesellschaftsvertrages der Betrieb der Klinikum Westbrandenburg GmbH und sonstiger Nebeneinrichtungen. In der Klinikum Westbrandenburg GmbH sind die Kinder- und Jugendkliniken der Klinikum Ernst von Bergmann gGmbH und der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH vereinigt. Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke.

Öffentlicher Zweck

Zu den Selbstverwaltungsaufgaben der Gemeinde gehört nach § 2 Abs. 2 BbgKVerf u. a. die gesundheitliche Betreuung ihrer Einwohner.

Der satzungsmäßige Zweck der Gesellschaft ist die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens und der öffentlichen Gesundheitspflege durch Feststellung, Heilung, Linderung oder Verhütung einer Verschlimmerung von Krankheiten, Leiden oder Körperschäden durch ärztliche und pflegerische Hilfeleistungen, die Geburtshilfe sowie die Sicherung einer stabilen Gesundheitsversorgung im pädiatrischen Bereich der Gemeinden Landeshauptstadt Potsdam, Brandenburg an der Havel und im gemeinsamen Versorgungsgebiet Havelland-Fläming.

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2013	2014	2015
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	0,0%	2,2%	5,7%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	0,0%	0,6%	4,5%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)			
Anlagendeckung II	0%	28%	164%
Zinsaufwandquote	0,00%	0,00%	0,01%
Liquidität 3. Grades	0,0%	0,0%	104,0%
Cashflow	0 T€	20,0 T€	320,3 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	0,00%	0,27%	4,05%
Umsatz	0 T€	14.900 T€	15.744 T€
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	-6 T€	14 T€	281 T€
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	0,0%	60,8%	64,3%
Anzahl der Mitarbeiter	0	195	193

Lagebericht der Gesellschaft

Das Klinikum Westbrandenburg gehört zu den großen Kinder- und Jugendkliniken in Deutschland. Als Perinatalzentrum Level I ist das Klinikum besonders spezialisiert auf die Betreuung und Behandlung von Frühgeborenen und kranken Neugeborenen.

Die Gesellschaft betreibt Fachabteilungen in der Kinder- und Jugendmedizin mit 57 Betten am Standort Potsdam und mit 33 Betten am Standort Brandenburg an der Havel. Die Betriebsaufnahme ist zum 1. Januar 2014 erfolgt.

Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2015 wurde ein Jahresüberschuss in Höhe von 281 T€ erzielt. Dieser Jahresüberschuss resultiert aus der weiteren Profilschärfung in der Neonatologie am Standort Potsdam sowie einem deutlichem Plus an Überliegerfällen von 2015 nach 2016 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Gerade letztgenannter Aspekt ist in dieser Auswirkung ein einmalig positiver Effekt. Das Ergebnis entspricht den Erwartungen der Geschäftsleitung. Die Prognose lag bei 262 T€

Die im Geschäftsjahr 2015 erzielte Gesamtleistung in Höhe von 15.884 T€ resultiert zu 82,5% aus den stationären Krankenhausleistungen. Die ambulanten Leistungen des Krankenhauses stellen 13,4% der Gesamtleistung dar.

Gemäß Leistungsstatistiken wurden 2015 21.263 (2014: 23.142) vollstationäre Berechnungs- und Belegungstage bzw. 4.654 (2014: 4.411) vollstationäre Fälle und 664 (2014: 622) teilstationäre Berechnungs- und Belegungstag geleistet. Die stationäre Verweildauer betrug durchschnittlich 4,35 Tage (2014: 4,24). Die DRG Bewertungsrelation für Jahreslieger betrug zum Jahresende 3.802,116 Punkte (2014: 3.862,041). Die Personalaufwendungen belaufen sich im Jahr 2015 auf insgesamt 9.892 T€, davon entfallen 8.203 T€ auf Löhne und Gehälter und 1.689 T€ auf soziale Abgaben, davon 248 T€ auf Aufwendungen für Altersversorgung (ZVK). Die Personalaufwandsquote gibt den Anteil des Personalaufwands an der Gesamtleistung an und erreichte 2015 in der Klinikum Westbrandenburg GmbH das Niveau von 62,3% (2014: 60,1%).

In den Materialaufwendungen von insgesamt 4.116 T€ sind Aufwendungen für den medizinischen Bedarf in Höhe von 1.038 T€ enthalten. Die Materialaufwandsquote erreicht im Geschäftsjahr 25,9% (2014: 28,4%).

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen von insgesamt 1.583 T€ resultieren im Wesentlichen aus der Zuführung zur pauschalierten Einzelwertberichtigung (224 T€), dem Verwaltungsaufwand (409 T€), Aufwendungen für Mieten und Pachten (465 T€) sowie Aufwendungen für Schüler-Ausbildung und Fort- und Weiterbildung (181 T€). Instandhaltungsaufwendungen sind im Geschäftsjahr 2015 in Höhe von 141 T€ (2014: 105 T€) angefallen.

Im Geschäftsjahr 2015 weist die Klinikum Westbrandenburg GmbH Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen in Höhe von 516 T€ (2014: 363 T€) aus.

Vermögens- und Finanzlage

Die Vermögensstruktur wird durch das Umlaufvermögen, zu 55,6% durch Forderungen aus Lieferungen und Leistungen dominiert.

Die Investitionen des Geschäftsjahres 2015 von insgesamt 345 T€ (2014: 122 T€) in Einrichtungen und Ausstattungen, davon 312 T€ für den medizinischen Bereich wurden in Höhe von 270 T€ aus den Förder- und Drittmitteln finanziert.

In den Forderungen an Gesellschafter (832 T€) sind in Höhe von 553 T€ Leistungsabrechnungen der KWB für die medizinische Versorgung der Patienten der KEvB enthalten.

Guthaben bei Kreditinstituten (1.277 T€) enthalten zweckgebundene Mittel in Höhe von rd. 670 T€.

Die Eigenkapitalquote beträgt zum Stichtag 4,7% (2014: 0,6%). Der Jahresüberschuss aus dem Vorjahr wurde auf neue Rechnung vorgetragen.

Die sonstigen Rückstellungen (897 T€) betreffen überwiegend die Personalrückstellungen (457 T€) für noch nicht genommenen Urlaub, variable Bezüge und Schichtzulagen und Dienstplansalden sowie die MDK-Rückstellung (236 T€) sowie sonstige Rückstellungen für ausstehende Rechnungen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern und verbundenen Unternehmen in Höhe von 3.143 T€ und 316 T€ resultieren aus dem Lieferungs- und Leistungsverkehr und bestimmen inkl. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen zu 55,1% die Kapitalstruktur.

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Ziel der gemeinsamen Klinikum Westbrandenburg GmbH als Tochtergesellschaft der Klinikum Ernst von Bergmann und der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH ist die Herausbildung eines Systemverständnisses der neuen Krankenhausstruktur zur Sicherstellung einer qualitativ hochwertigen medizinischen Versorgung kranker Kinder und Jugendlicher im Flächenland Brandenburg. Des Weiteren erfolgen die Nutzung von Synergien in der medizinischen und pflegerischen Ausbildung sowie eine Qualitätssicherung durch gemeinsame, standortübergreifende Fort- und Weiterbildungen im pflegerischen und ärztlichen Bereich. Dem zunehmenden Fachkräftebedarf im pflegerischen Bereich wird durch eine Erhöhung der Ausbildungskapazitäten für die Gesundheits- und Kinderkrankenpflege in 2016 begegnet.

Der Wirtschaftsplan 2016 wurde auf der Grundlage der aktuellen Gesetzgebung im Gesundheitswesen erstellt.

Die Planung der Umsatzerlöse geht von einem Wachstum entsprechend der erwarteten Entwicklung im Gesundheitssektor aus. Für die Planung wurde eine Leistungssteigerung angesetzt und als Grundlage ein Landesbasisfallwert von 3.200,00 € im Planungsjahr 2016. Für die Folgejahre wurde eine Steigerung der Leistungen von durchschnittlich 1,7% zugrunde gelegt. Die weiteren Erlöse wurden ab 2017 pauschal um 2% gesteigert. Die geplanten Umsatzerlöse für das Jahr 2016 betragen 14.232 T€.

Der im Planungszeitraum angesetzten absoluten und relativen Erhöhungen des Personalaufwands wird mit striktem Kostencontrolling der Material- und sonstigen betrieblichen Aufwendungen begegnet sowie mit einer Fallzahlsteigerung, welche einen positiven Erlöseffekt zur Folge hat.

Die Materialaufwendungen sind entsprechend der Analysen der beiden Standorte angesetzt. Für die Inanspruchnahme der Mutterunternehmen für Lieferungen und Leistungen sind entsprechende Verrechnungspreise gebildet worden, die gemäß den vertraglichen Vereinbarungen abgerechnet werden. Des Weiteren werden durch das Sachkostencontrolling die Entwicklung der Kosten überwacht und rechtzeitig Gegenmaßnahmen eingeleitet.

Für das Geschäftsjahr 2016 wurde ein Jahresüberschuss in Höhe von 27 T€ prognostiziert. In

den Folgejahren wird der Jahresüberschuss ebenfalls mit leicht positiven Ergebnissen geplant.

Für die Liquiditätsslage ist eine erfolgreiche Budgetverhandlung mit den Kostenträgern eine wichtige Grundlage. Anfang des Jahres 2015 wurde ein Budget für das Kalenderjahr 2014 vereinbart.

Die Klinikum Westbrandenburg GmbH überwacht vorhandene Risiken durch Einbindung ins Risikomanagementsystem des Konzerns Klinikum Ernst von Bergmann gGmbH sowie des Konzerns Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH und das interne Berichtswesen.

Mittelfristige Ziele für die KWB sind die Etablierung neuer Leistungsbereiche der Kinder- und Jugendmedizin an den Standorten Potsdam und Brandenburg an der Havel.

Um die personelle und fachliche Einhaltung der Vorgaben des gemeinsamen Bundesausschusses für Neonatologiestandorte sicherzustellen und dem allgemeinen Fachkräftebedarf zu entsprechen, wurde von der Geschäftsführung der KWB einvernehmlich beschlossen, sowohl am Standort Potsdam wie auch am Standort Brandenburg an der Havel jeweils eine Ausbildungsklasse mit 20 Gesundheits- und Kinderkrankenpflege-Schülern zu etablieren. Demgegenüber steht eine Refinanzierung durch den Ausbildungs-Zuschlag im Rahmen der DRG-Vergütung durch die Kostenträger.

Seit dem 1. Januar 2016 wurde standortübergreifend eine kardiologisch-pädiatrische Versorgung aufgebaut.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Keine
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Keine

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2013	2014	2015
<u>Aktivseite</u>			
A. Anlagevermögen	0	116	396
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0	5	11
II. Sachanlagen	0	110	385
III. Finanzanlagen	0	0	0
B. Umlaufvermögen	24	5.104	6.563
I. Vorräte	0	174	538
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	0	4.666	4.748
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Kassenbestand, Guthaben	24	264	1.277
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	2	0
<u>Passivseite</u>			
A. Eigenkapital	19	32	313
I. Stammkapital	25	25	25
II. Gewinn-/Verlustvortrag	0	-6	7
III. Jahresfehlbetrag/-überschuss	-6	14	281
IV. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
B. Sonderposten mit Rücklagenanteil	0	94	336
C. Rückstellungen	4	431	898
D. Verbindlichkeiten	1	4.664	5.413
E. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	24	5.222	6.959

Ertragslage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
GuV	2013	2014	2015
1. Umsatzerlöse	0	14.900	15.744
2. Sonstige betriebliche Erträge	0	2	139
3. Personalaufwand	0	-8.960	-9.892
4. Materialaufwand	0	-4.231	-4.116
5.-6. Erträge (Zuwendungen, Ausgleichs- und SoPo)	0	367	544
7.-8. Aufwendungen (KHG, Ausgleichs- und SoPo)	0	-363	-516
9. Abschreibungen	0	-6	-39
10. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-7	-1.696	-1.583
11. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	1	1
12. Sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	-1
13. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-6	14	281
14. Außerordentliche Erträge	0	0	0
15. Steuern vom Einkommen und Ertrag	0	0	0
16. Sonstige Steuern	0	0	0
17. Jahresergebnis	-6	14	281

III.2.2.5 Medizinische Hochschule Brandenburg CAMPUS GmbH

Geschäftsbereich

Medizinische Hochschule

Firmensitz

Fehrbelliner Straße 38
16816 Neuruppin

Tel.: 03391 – 39 14110

Fax: 03391 – 39 14109

E-Mail: dekanat@mhb-fontane.de

Internet: www.mhb-fontane.de

Gründung

Die Gesellschaft wurde mit Gesellschaftsvertrag vom 15. Dezember 2014 gegründet.

Gesellschafter sind die Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH, Ruppiner Kliniken GmbH, Immanuel Diakonie GmbH, Stadtwerke Neuruppin GmbH und die Sparkasse Ostprignitz-Ruppin.

Die Gesellschaft ist beim Amtsgericht Potsdam unter der Nummer HRB 7829 NP eingetragen.

Gezeichnetes Kapital / Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital	100.000 €
Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH	33,33%
Ruppiner Kliniken GmbH	33,33%
Immanuel Diakonie GmbH	11,12%
Stadtwerke Neuruppin GmbH	11,11%
Sparkasse Ostprignitz-Ruppin	11,11%

Unterbeteiligungen

Die Gesellschaft ist an keiner anderen Gesellschaft beteiligt.

Gesellschaftsvertrag

Der Gesellschaftsvertrag in der derzeit gültigen Fassung datiert vom 15. Dezember 2014.

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführung*

Prof. Dr. Dieter Nürnberg

Dr. Gunnar Pietzner

- *Gesellschafterversammlung*

Die Vertretung der Gesellschafterin Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH in der Gesellschafterversammlung erfolgt durch die Geschäftsführerin der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH.

- *Aufsichtsrat*

Aufsichtsratsmitglieder 2015	
Aufsichtsratsvorsitz	Herr Ralf Reinhardt (Landrat des Landkreises Ostprignitz-Ruppin)
Stellvertreter	Herr Prof. Dr. Joachim Schindler (Immanuel Diakonie GmbH)
weitere Mitglieder	Frau Dr. Dietlind Tiermann (Oberbürgermeisterin der Stadt Brandenburg an der Havel)
	Frau Dr. Margrit Spielmann (Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH)
	Herr Olaf String (Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH)
	Herr Jens-Peter Golde (Bürgermeister der Fontanestadt Neuruppin)
	Herr Ronny Kretschmer (Ruppiner Kliniken GmbH)
	Herr Manfred Richter (Stadtwerke Neuruppin GmbH)
	Herr Ralf Osterberg (Sparkasse Ostprignitz-Ruppin)

Gegenstand

Ziel des Unternehmens ist die Gewinnung von Medizinern zur Sicherung der öffentlichen Gesundheitsversorgung. Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke.

Öffentlicher Zweck

Zu den Selbstverwaltungsaufgaben der Gemeinde gehört nach § 2 Abs. 2 BbgKVerf u. a. die gesundheitliche Betreuung ihrer Einwohner.

Die satzungsmäßige Zwecke der Gesellschaft sind a) die Förderung von Wissenschaft und Forschung, b) die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens und der Gesundheitspflege, c) die Förderung der Erziehung, Volks- und Berufsbildung einschließlich der Studentenhilfe. Daneben kann die Gesellschaft auch die ideelle und finanzielle Förderung anderer steuerbegünstigter Körperschaften, von Körperschaften des öffentlichen Rechts oder auch von ausländischen Körperschaften zur Förderung von Wissenschaft und Forschung vornehmen.

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2013	2014	2015
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	0,0%	0,0%	7,1%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	0,0%	0,0%	1,8%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	0%	0%	291%
Zinsaufwandquote	0,00%	0,00%	0,19%
Liquidität 3. Grades	0,0%	0,0%	206,1%
Cashflow	0 T€	0 T€	-868,4
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	0,00%	0,00%	-67,17%
Umsatz	0 T€	20 T€	1.412 T€
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	0 T€	-184 T€	-889 T€
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	0,0%	0,0%	90,9%
Anzahl der Mitarbeiter	0	5	42

Lagebericht der Gesellschaft

Im Geschäftsjahr 2014 wurde die Gesellschaft neu ausgerichtet. Das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg hat mit Bescheid vom 8. Juli 2014 die Medizinische Hochschule Brandenburg „Theodor Fontane“ (MHB) als nicht staatliche Hochschule anerkannt. Die Betreuung der MHB ist fortan die Kernaufgabe der Gesellschaft. Die Anerkennung ist bis zum 30. September 2021 befristet und durch das Land Brandenburg mit Auflagen verbunden.

Im Wesentlichen sind dies Auflagen zu finanziellen Sicherheiten, zur Qualifikationssicherung, zu den Berichtspflichten, zum Promotions- und Habilitationsrecht, zur Ausstattung und zum Forschungsumfang.

Die Gründung der Hochschule erfolgte am 28. Oktober 2014. Mit der Gründung ist der Aufbau des Brandenburger Modellstudiengangs Medizin, des Bachelorstudiengangs Psychologie sowie des Masterstudiengangs Klinische Psychologie und Psychotherapie verbunden. Gemeinsam verfolgen die Gesellschafter das Ziel, die Studiengänge an den Standorten Neuruppin und Brandenburg an der Havel zu etablieren und eine praxisorientierte und wissenschaftliche Hochschulausbildung sowie eine zukunftsorientierte Forschung mit den Schwerpunkten Versorgungsforschung und der Medizin des Alterns zu entwickeln und die Vernetzung der ambulanten und stationären Medizin zu fördern.

Das Geschäftsjahr 2014 zeichnete sich insbesondere durch die Planung, Vorbereitung, Organisation und Schaffung von Rahmenbedingungen für den Studienbetrieb aus. So wurden auch erste Kooperationsverträge abgeschlossen, in denen sich die kooperierenden Partner gegenüber der Gesellschaft zur Übernahme von Darlehen für Studierende im Bereich Medizin sowie zur Unterstützung in Forschung und Lehre verpflichtet haben.

Nachdem im Geschäftsjahr 2014 die Rahmenbedingungen für die Aufnahme des Studienbetriebes geschaffen worden waren, begann im April 2015 der Studien- bzw. Lehrbetrieb der MHB. Es wurden 48 Studierende für den Medizinstudiengang immatrikuliert und 24 Studienverträge für den Bachelorstudiengang Psychologie abgeschlossen.

Für den Medizinstudiengang konnten insgesamt 29 Darlehensplätze durch kooperierende Krankenhäuser an Studierende vergeben werden. Der Studienbetrieb verlief im Medizinstudiengang im Geschäftsjahr 2015 planmäßig. Der die MHB-Studierenden der Medizin mit Studierenden anderer Universitäten vergleichende Progress Test Medizin ergab ein durchweg positives Abschneiden der MHB-Studierenden.

In 2015 wurden 19 (in 2014: 16) Berufungsverfahren eröffnet und 13 Professoren berufen (vollständig abgeschlossene Berufungsverfahren). Darüber hinaus wurden im Laufe des Jahres 22 Mitarbeiter eingestellt, davon 14 wissenschaftliche Mitarbeiter.

Insgesamt stellt sich die Wettbewerbssituation in der Psychologie deutlich anders dar, als in der Medizin. Während für den Medizinstudiengang für das Sommersemester 2016 über 600 Bewerbungen eingegangen sind, waren für den Psychologiestudiengang nur rund 30 Bewerbungen für das Wintersemester 2015 zu verzeichnen. In der Psychologie wirkt sich der Wettbewerb mit anderen privaten Hochschulen in Berlin und Brandenburg auf die Bewerberzahlen aus. In der Medizin ist die MHB in Berlin und Brandenburg konkurrenzlos.

Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der Geschäftsjahre 2014 und 2015 ist nicht vergleichbar. Im Geschäftsjahr 2015 wurde der Studienbetrieb aufgenommen, während das Vorjahr durch die Gründungsphase der Medizinischen Hochschule und deren Anlaufkosten geprägt war.

Die Aufnahme des Studienbetriebes im April spiegelt sich in der Entwicklung der Umsatzerlöse und der Kosten des Geschäftsjahres wider. Neben den Studiengebühren (991 T€) und vereinnahmten Bewerbungsgebühren (143 T€) beinhalten die Umsatzerlöse erhaltene Zuwendungen und Zuschüsse.

Zur Absicherung der Lehrverpflichtung hat die MHB im Geschäftsjahr 2015 in einem erheblichen Umfang auf externe Dozenten zurückgreifen müssen, deren Honorarkosten in den Aufwendungen für bezogene Leistungen ausgewiesen sind. Daneben wirken sich des Weiteren Erstausrüstungskosten für den Lehrbetrieb im Materialaufwand aus. Im Rahmen des seit Oktober des Vorjahres laufenden Personalaufbaus für den Hochschulbetrieb hat sich die Mitarbeiterzahl der Gesellschaft stichtagsbezogen von 5 auf 42 Mitarbeiter erhöht. Die Erhöhung des Personalaufwandes von 105 T€ auf 1.284 T€ trägt dieser Entwicklung Rechnung.

Die Gesellschaft arbeitet weiter an der Etablierung der Hochschule. Gegenüber dem Vorjahr wurde das Budget für die Kosten für Werbemaßnahmen und die Öffentlichkeitsarbeit noch aufgestockt (133 T€, 2014: 100 T€). Der Raumbedarf des Geschäftsjahres schlägt sich in den Mietaufwendungen nieder, die von 32 T€ auf 153 T€ gestiegen sind. Die höheren Verwaltungsaufwendungen sowie Beratungs- und Personalbeschaffungskosten sind weitere Verursacher des Anstieges der sonstigen betrieblichen Aufwendungen.

Durch einen langsameren Personalaufbau hat die Gesellschaft im Geschäftsjahr einen Jahresfehlbetrag von 889 T€ erwirtschaftet und blieb damit erheblich unter dem geplanten Verlust von 1.499 T€, der gemäß dem von der Gesellschafterversammlung vom 27. Februar 2015 genehmigten Wirtschaftsplan 2015 erwartet worden war. Das vorhandene Eigenkapital reichte insgesamt zum 31. Dezember 2015 zur Verlustdeckung aus; die Eigenkapitalquote beträgt nach 86,2% im Vorjahr allerdings nur noch 1,8%.

Die Liquidität der Gesellschaft war in 2015 insgesamt gesichert und die zur Verfügung stehenden Mittel reichten jederzeit aus, um die kurzfristigen Verbindlichkeiten zu erfüllen. Die Gesellschaft verfügte zum Stichtag über Finanzmittel in Höhe von 949 T€, die zinstragend angelegt worden sind. Zur Sicherung des zukünftigen Liquiditätsbedarfes besteht eine Kreditlinie über 4,5 Mio. €.

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Ziel und Gründungsanspruch der MHB ist es, eine den Anforderungen an den späteren Beruf Rechnung tragende moderne und praxisnahe sowie freiheitliche und ganzheitliche Ausbildung zu etablieren. Derzeit ist die Anerkennung der Hochschule bis zum 30. September 2021 befristet, so dass latent das Risiko besteht, dass die Zulassung nicht verlängert wird, wodurch der Gesellschaft die Geschäftsgrundlage entzogen wäre.

Mit der Anerkennung der Hochschule wurde die Gesellschaft des Weiteren verpflichtet, Vorsorgemaßnahmen für den Fall des Scheiterns der Hochschule zu treffen, da den Studierenden auch bei Einstellung des Studienbetriebes der Abschluss des Studiums ermöglicht werden muss. Das Worst-Case-Szenario ergibt den höchsten Kapitalbedarf im Falle der Aberkennung der staatlichen Anerkennung im Sommersemester 2016. Dieser Kapitalbedarf läge in diesem Falle bei 5,5 Mio. €.

Der Fokus der Gesellschaft besteht derzeit im Aufbau und Ausbau der Hochschule. Als privat finanzierte Einrichtung steht und fällt die Entwicklung der Hochschule mit der Bewerberlage und der Anzahl der Studierenden. Aufgrund der ausgezeichneten Bewerberlage in 2014 und 2015 für die Humanmedizin ist davon auszugehen, dass auch zukünftig eine hohe Anzahl an Interessenten für dieses Studium an der Hochschule vorhanden ist und mittelfristig eine Ausweitung des Modellstudienganges nicht ausgeschlossen ist. Des Weiteren verringern auch die bereits abgeschlossenen Kooperationsvereinbarungen und Darlehenszusagen das Ausfallrisiko von Studiengebühren.

Das Risiko ist im Studiengang Psychologie höher einzuschätzen, da hier die Bewerberlage bei ausgeprägter Konkurrenz in der Region Berlin/Brandenburg eine deutlich andere ist, was durch die eingegangenen Bewerbungen untermauert wurde. Die Durchführung des Studienganges mit den ursprünglich avisierten Studierendenzahlen wird erst längerfristig möglich sein.

Der Ausbau von Kooperationen sowohl mit den Gesellschaftern als auch externen lokalen und regionalen Partnern bietet der Hochschule die Chancen, sich weiter zu vernetzen und zu verankern. Die Ausbildung von medizinischen und psychologischen Fachkräften an der Hochschule trägt insbesondere zur persönlichen Bindung an den jeweiligen Standorten bei und unterstützt somit die Gesellschafter und Kooperationspartner bei der Fachkräftebindung.

Die Einnahmesituation wird auch in den kommenden Jahren nicht ausreichen, um die Kosten zu decken. Während dieser, einige Jahre andauernden, Aufbauphase wird die Gesellschaft geplant Verluste erwirtschaften. Für 2016 geht die Geschäftsführung von einem negativen Ergebnis in Höhe von rd. 1,8 Mio. € aus.

Gemäß der aktuellen Wirtschaftsplanung wird die Gesellschaft bis zum Jahr 2018 Verluste erwirtschaften. Ab 2019 plant die Gesellschaft Jahresüberschüsse und einen nachhaltig positiven Cashflow aus der operativen Geschäftstätigkeit.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und -entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Keine
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Keine

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2013	2014	2015
<u>Aktivseite</u>			
A. Anlagevermögen	0	4	94
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	22
II. Sachanlagen	0	4	73
III. Finanzanlagen	0	0	0
B. Umlaufvermögen	0	1.055	1.204
I. Vorräte	0	0	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	0	396	255
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Kassenbestand, Guthaben	0	659	949
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	22
<u>Passivseite</u>			
A. Eigenkapital	0	913	24
I. Stammkapital	0	100	100
II. Kapitalrücklage		1.000	1.000
III. Gewinn-/Verlustvortrag	0	-3	-187
IV. Jahresfehlbetrag/-überschuss	0	-184	-889
B. Sonderposten mit Rücklagenanteil	0	0	0
C. Rückstellungen	0	47	126
D. Verbindlichkeiten	0	51	834
E. Rechnungsabgrenzungsposten	0	48	336
Bilanzsumme	0	1.059	1.320

Ertragslage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
GuV	2013	2014	2015
1. Umsatzerlöse	0	20	1.412
2. Sonstige betriebliche Erträge	0	132	10
3. Personalaufwand	0	-105	-1.284
4. Materialaufwand	0	-10	-204
5. Abschreibungen	0	-4	-21
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	0	-216	-801
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	2
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	-3	-3
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	0	-184	-889
10. Außerordentliche Erträge	0	0	0
11. Steuern vom Einkommen und Ertrag	0	0	0
12. Sonstige Steuern	0	0	0
12. Jahresergebnis	0	-184	-889

III.2.3 Brandenburger Theater GmbH

Geschäftsbereich

Theater

Firmensitz

Grabenstraße 14

14776 Brandenburg an der Havel

Tel.: 03381/ 51 11 0

Fax: 03381/ 51 11 60

E-Mail: sekretariat@brandenburgertheater.de

Internet: www.brandenburgertheater.de

Gründung

Die Gesellschaft mit gemeinnützigem Charakter wurde am 19.12.1995 gegründet und mit Wirkung zum 01.01.1996 unter dem Namen Brandenburger Theater GmbH (BT) ins Handelsregister eingetragen.

Gezeichnetes Kapital / Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital 25.600 €

Stadt Brandenburg an der Havel 100 %

Unterbeteiligungen

Die Gesellschaft ist an keinem weiteren Unternehmen beteiligt.

Gesellschaftsvertrag

Der aktuelle Gesellschaftsvertrag datiert vom 16.06.1999.

Die Gesellschaft wurde unter der Registriernummer HRB 9850 in das Handelsregister des Amtsgerichtes Potsdam eingetragen.

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführung*

Jörg Heyne

- *Gesellschafterversammlung*

Im Geschäftsjahr 2015 fanden zehn Gesellschafterversammlungen statt.

Vertreter des Gesellschafters in der Gesellschafterversammlung ist seit dem 17. Dezember 2003 Frau Oberbürgermeisterin Dr. Dietlind Tiemann.

- *Aufsichtsrat*

Der Aufsichtsrat besteht gemäß § 9 Gesellschaftsvertrag aus sieben Mitgliedern und tagte im Jahr 2015 siebenmal gemeinsam mit der Geschäftsführung.

Der Aufsichtsrat setzte sich im Berichtsjahr aus folgenden Mitgliedern zusammen:

Aufsichtsratsmitglieder 2015	
Aufsichtsratsvorsitz	Herr Dr. Wolfgang Erlebach
Stellvertreterin	Frau Birgit Patz
weitere Mitglieder	Frau Dr. Birgit Didczuneit-Sandhop
	Herr Florian Schmidt
	Herr Udo Geiseler
	Herr Klaus Hoffmann
	Herr Tim Freudenberg

Gegenstand

Das Brandenburger Theater soll als selbständiger Betrieb Konzerte, Schauspiel- und Musiktheater aufführen und ähnliche kulturelle Veranstaltungen anbieten, um damit das kulturelle Leben am Sitz der Gesellschaft sowie in der Region zu erweitern.

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des § 51 ff. der Abgabenordnung. Die Gesellschaft ist selbstlos tätig; sie verfolgt nicht in erster Linie eigene wirtschaftliche Zwecke.

Für die Stadt Brandenburg an der Havel handelt es sich jedoch lediglich um eine freiwillige Aufgabe im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung. Die Kommunalverfassung des Landes Brandenburg spricht in § 2 Abs. 2 von der Aufgabe der „Entwicklung des kulturellen Lebens“ in der Gemeinde.

Öffentlicher Zweck

Da die Gemeinde gemäß § 2 Abs. 2 BbgKVerf ihren Einwohnern die Teilnahme am kulturellen Leben ermöglichen soll, erfüllt die Brandenburger Theater GmbH einen öffentlichen Zweck im Sinne des § 91 Abs. 2 Nr. 1 BbgKVerf.

Statistische Angaben

Spielstätten des Brandenburger Theaters	
Großes Haus	419 Plätze
Studiobühne	288 Plätze
Probenbühne	60 Plätze
Puppenbühne	72 Plätze
Foyer Großes Haus	bis zu 68 Plätze
Foyer Kleines Haus	bis zu 51 Plätze

	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Besucher im eigenen Haus (ohne Vermietungen)	55.681	56.613	59.237	53.123	53.449	51.201	56.863
Besucher im eigenen Haus (inkl. Vermietungen)	74.937	79.808	78.367	71.168	64.515	60.075	66.188
Besucher Gastspiele	19.239	15.569	18.715	16.615	19.821	18.251	19.813
Besucher Gesamt	94.176	95.377	97.082	87.783	84.336	78.326	86.001

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2013	2014	2015
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	26%	33%	28%
Eigenkapitalquote	42%	52%	45%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	107%	79%	114%
Zinsaufwandquote	2,2%	1,2%	0,0%
Liquidität 3. Grades	167%	290%	252%
Cashflow	124 T€	102 T€	316 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	-4%	-19%	21%
Umsatz	897 T€	825 T€	874 T€
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	-95 T€	-129 T€	105 T€
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	588%	616%	558%
Anzahl der Mitarbeiter	97	98	99

Lagebericht der Gesellschaft

Die Programmangebote konnten 2015 in Struktur, Qualität und Quantität gehalten werden.

Es wurden 53 Konzerte gespielt (Sonderkonzerte: 18/Sinfoniekonzerte: 21/Kinderkonzerte: 9/Kammerkonzerte: 5) und 15 Gastkonzerte. Es wurden selbst- und koproduzierte sowie eingekaufte Veranstaltungen in den Sparten Musiktheater, Schauspiel, Kinder- und Jugendtheater, Literarische Lesungen, Puppenspiel, Kabarett, Ausstellungen sowie künstlerische Workshops und sonstige Veranstaltungen durchgeführt.

Der Auslastungsgrad der Veranstaltungen betrug 79,9%.

Die Kunsthalle Brennabor mit drei veranstalteten Ausstellungen und 4.377 Besuchern ist überregional beachtet. Im Rahmen der finanziellen und betriebsbedingten Lage wurde die Kunsthalle an die Stadt Brandenburg an der Havel zurückgeführt.

Die Zusammenarbeit zwischen dem Brandenburger Theater (BT) und dem Theater der Altmark Stendal (TdA) konnte in 2015 vollständig im geplanten Umfang durchgeführt werden. Die stetig wachsende Qualität und Popularität des BT-Jugendtheaters erreichte in 2015 einen weiteren Höhepunkt mit der Inszenierung „Grete Minde“.

Die vor über 10 Jahren begründete Tradition, Inszenierungen für Kinder und Jugendliche zu erarbeiten, die von unserem Orchester und befreundeten Puppenspielern, Schauspielern und Sängern getragen werden, wurde auch 2015 fortgesetzt.

Die vor ca. 11 Jahren etablierten Lesereihen sind fortgeführt und erweitert worden, die Publikumsnachfrage ist in 2015 weiter gewachsen.

Die theater- und musikpädagogischen Arbeiten in Schulen und für/mit Schüler(n) und Lehrer(n) im BT wurden wesentlich verstärkt. Veranstaltungseinführungen, Vorträge und Workshops fanden eine große Resonanz und steigende Nachfrage. Einmal mehr darf die Konzeption und Durchführung der „Brandenburger Schultheatertage“ hervorgehoben werden, die bereits seit einigen Jahren größte Leistungsschau von schulischen Theatergruppen im Land ist.

Die Unterstützung privater Kulturveranstalter (wesentlich: Event-Theater und Belmondo) ist intensiviert worden und führte zu Kooperationen in den Bereichen Operngala, Lesungen und Schauspiel.

Ertragslage

Mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 105 T€ wurde das gemäß dem Wirtschaftsplan für 2015 geplante ausgeglichene Jahresergebnis von 0 T€ übertroffen.

Die Umsätze lagen in 2015 leicht über dem Wirtschaftsplan. Das ist insbesondere auf eine Erhöhung der Einnahmen im Ticketverkauf zurückzuführen. Allerdings muss festgestellt werden, dass die Einnahmen aus externen Gastspielen geringfügig unter dem Plan lagen.

Der Personalaufwand stellt mit insgesamt 5.359 T€ (2014: 5.531 T€) weiterhin die größte Kostenposition der Gesellschaft dar. Von den im Berichtsjahr insgesamt zur Aufrechterhaltung des Spielbetriebs gewährten Zuschüssen in Höhe von 6.885 T€ wurden damit allein 78% (2014: 82 %) für den Personalaufwand benötigt.

Die gesamtbetrieblichen Erträge waren leicht überplanmäßig. Dafür war im Wesentlichen eine leichte Erhöhung der Zuschüsse des Landes Brandenburg um 113 T€ verantwortlich.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen lagen ebenfalls über dem Planansatz. Entgegen der Planung konnten hier keine weiteren Einsparungen vorgenommen werden.

Finanzlage

Die Liquiditätssituation ist insgesamt sehr stark abhängig von der fristgerechten Zahlung der Zuschussraten. Die Zuschüsse erreichten das Haus im Geschäftsjahr planmäßig, sodass die Liquidität zu jeder Zeit gesichert war.

Für im Geschäftsjahr notwendige Investitionen wurde seitens der Stadt Brandenburg an der Havel ein Investitionskostenzuschuss in Höhe von 146 T€ gewährt, der in voller Höhe in Anspruch genommen wurde.

Wie im Vorjahr bestehen keine Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme erhöhte sich um 5,7% auf 1.623 T€ (2014: 1.536 T€), wobei das Anlagevermögen mit 452 T€ zu 27,9% und die liquiden Mittel mit 1.074 T€ zu 66,1% maßgeblich die Aktivseite der Bilanz bestimmen.

In Folge des positiven Jahresergebnisses erhöhte sich die Eigenkapitalquote unter Einbeziehung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen auf 56% (2014: 52,5%).

Die Verbindlichkeiten, die anteilmäßig 28,3% der Bilanzsumme ausmachen, erhöhten sich auf 461 T€ (2014: 347 T€). Hierfür ursächlich waren zum Einen erhöhte erhaltene Anzahlungen aus dem Kartenvorverkauf in Folge des neu eingeführten Ticketsystems mit ausgeweiteten Vorverkaufszeiträumen sowie zum Anderen notwendige Abgrenzungen im Zusammenhang mit der jahresübergreifenden Konzertreise nach China.

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Die Lage des Brandenburger Theaters stellt sich unterschiedlich dar. Die größten Risiken für das Theater bestehen im finanziellen Bereich. Kommt es zu nicht fristgemäß ausgereichten Auszahlungen der Zuschüsse, gerät das Unternehmen in eine finanzielle Schieflage. Unter Umständen kann dies existenzbedrohend sein.

Ein ebenso großes Risiko wird mit der Implementierung neuer Veranstaltungsformen eingegangen. Der nicht überschaubare wirtschaftliche Erfolg kann dazu führen, dass bei mehreren wenig erfolgreichen Produktionen das Einnahmensoll nicht erreicht und damit eine nicht zufriedenstellende Einnahmensituation erreicht wird. Größtes Risiko im Haus stellen jedoch die sich erweiternden Personalkosten dar. Hierbei ist insbesondere mit Blick auf die Haustarife im künstlerischen Bereich ein erhebliches Risiko verbunden.

Positiv im finanziellen Sinn wird sich die Kündigung des Betreibervertrages der Kunsthalle Brennabor auswirken. Hier ist mit einer Verbesserung durch die ausbleibende Geschäftstätigkeit in diesem Bereich in Höhe von 75.000 € zu rechnen. Zudem ist mit externen Risiken dahingehend zu rechnen, dass durch eine Verschärfung der gesetzlichen Vorschriften, welche sich in Konkretisierungen der Versammlungs- und Veranstaltungsstätte-Verordnungen niederschlagen, eine höhere finanzielle Belastung im Sicherheitsbereich sowie in den Wartungszyklen niederschlagen werden. Hierzu werden größere finanzielle Aufwendungen in Zukunft nötig sein. Ebenso werden Betriebserlaubnisse stärker als bisher

an die sicherheitsrelevanten Vorschriften geknüpft werden. Weiterhin ist davon auszugehen, dass sämtliche Dienstleistungen und die Lieferungen und Leistungen - bedingt durch externe Einflüsse (Erhöhung der Preise für Energie und Einführung Mindestlohn) steigen werden. Diese Risiken sind vom Theater nicht beeinflussbar.

Stabilisiert hat sich die inhaltliche Situation im Brandenburger Theater. Durch die erfolgte Besetzung der Stelle der künstlerischen Leiterin hat sich inhaltlich eine neue tragfähige Veranstaltungsstruktur herausgebildet. Insbesondere das Einbeziehen gesellschaftlicher Gruppen wie Jugendliche, Behinderte und Flüchtlinge haben zu einer Stabilisierung des Spielplanes sowie zu dessen Vielfalt beigetragen. Ebenso hat sich die Qualität des Orchesters durch die Verpflichtung von Professor Peter Gülke als neuen Interims-Chefdirigenten erheblich verbessert. Das Image des Brandenburger Theaters, insbesondere des Orchesters, konnte durch diese Verpflichtung erheblich gesteigert werden.

Problematisch wirkt sich auf das Brandenburger Theater die derzeitige Finanzstruktur aus. Es ist nicht damit zu rechnen, dass es im Bereich der Förderungen durch Stadt und Land zu Erhöhungen kommt. Aus diesem Grund wurden vereinzelt die Karteneintrittspreise dem Markt angepasst. Dies wiederum hatte zur Folge, dass es zu keiner Steigerung der Ticketverkäufe kam.

Die langfristigen Risiken resultieren aus inhaltlich- und organisatorisch-strukturellen Problemen, Gesetzesänderungen sowie negativen Änderungen in der Wirtschaftsstruktur. Diese Risiken sind nicht berechenbar, können beim Eintritt jedoch einen hohen Schaden verursachen.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Keine
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Zuschuss Stadt i.H.v. 3.385.400 € Investitionszuschuss i.H.v. 146.000 €

Städtische Zuschüsse / Landeszuschüsse

	2010	2011	2012	2013	2014	2015
	€	€	€	€	€	€
Zuschuss Stadt Brandenburg an der Havel	3.595.400	3.595.400	3.325.400	3.275.400	3.385.400	3.385.400
Zuschuss Land Brandenburg	1.590.000	1.700.000	1.700.000	1.700.000	1.656.750	1.770.000
Zuschuss BbgFAG (Brandenburgisches Finanzausgleichsgesetz)	1.475.000	1.400.000	1.730.000	1.730.000	1.730.000	1.730.000
Sonderzuschuss Stadt Brandenburg an der Havel (Brennabor-Galerie)	50.000	50.000	50.000	0	0	0
Sonstige projektabhängige Zuschüsse	86.000	86.000	1.625	146.000	146.000	146.000
Gesamt	6.796.400	6.831.400	6.807.025	6.851.400	6.918.150	7.031.400

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2013	2014	2015
<u>Aktivseite</u>			
A. Anlagevermögen	501	514	451
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	45	97	50
II. Sachanlagen	456	417	402
B. Umlaufvermögen	1.388	1.004	1.163
I. Vorräte	3	4	9
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	73	217	80
III. Kassenbestand, Guthaben	1.312	783	1.074
C. Rechnungsabgrenzungsposten	12	10	9
D. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensrechnung	14	8	0
<u>Passivseite</u>			
A. Eigenkapital	537	408	513
I. Gezeichnetes Kapital	26	26	26
II. Kapitalrücklage	1	1	1
III. Gewinnvortrag	606	510	381
IV. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-95	-129	105
B. SoPo Investitionszuschüsse	370	398	396
C. Rückstellungen	539	282	215
D. Verbindlichkeiten	294	347	461
E. Rechnungsabgrenzungsposten	176	101	39
Bilanzsumme	1.915	1.536	1.623

Ertragslage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
GuV	2013	2014	2015
1. Umsatzerlöse	897	825	874
2. Erträge aus Zuschüssen	6.806	6.890	7.033
3. Sonstige betriebliche Erträge	113	72	87
4. Inszenierungsaufwand	-1.635	-1.391	-1.466
5. Personalaufwand	-5.278	-5.531	-5.359
6. Abschreibungen	-174	-203	-213
7. Sonstige betriebl. Aufwendungen	-812	-782	-846
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	5	3	1
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-16	-11	-4
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-93	-127	107
11. Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0
11. Sonstige Steuern	-2	-2	-2
12. Jahresergebnis	-95	-129	105

III.2.4 Technische Werke Brandenburg an der Havel GmbH

Geschäftsbereich

Verwaltungs- und Beteiligungsholding

Firmensitz

Hauptstr. 32
14776 Brandenburg
Tel.: 03381/ 62 97 0
Fax: 03381/ 62 97 23

E-mail: gf@twb-brb.de

Gründung

Die TWB (Technische Werke Brandenburg GmbH) wurde am 06.07.1991 von der Stadt Brandenburg an der Havel gegründet.

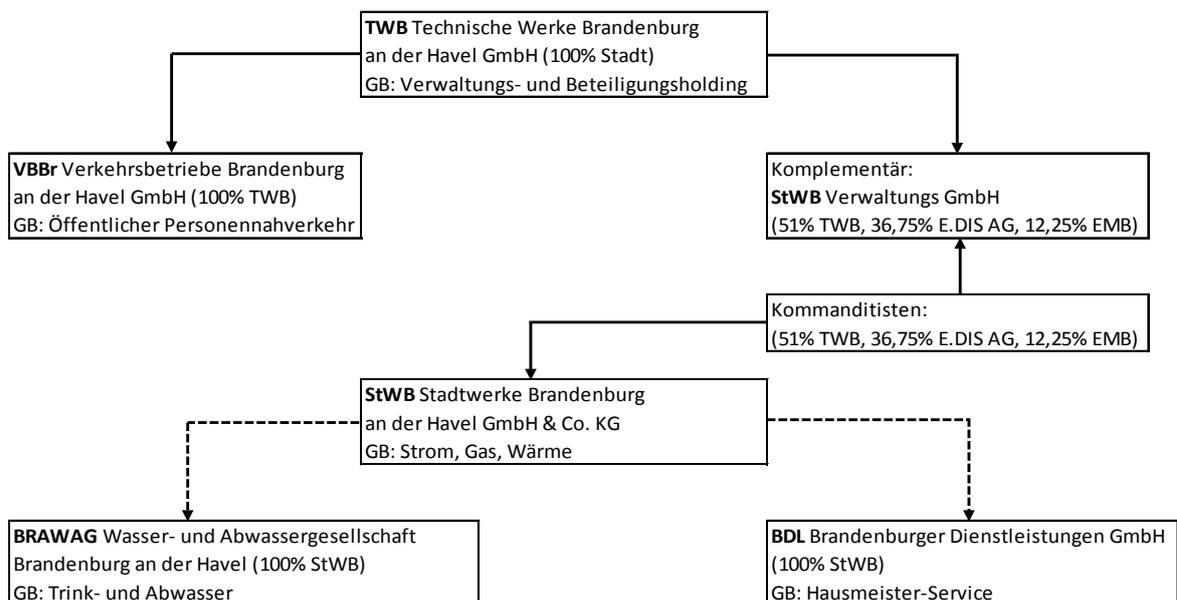
Gezeichnetes Kapital/ Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital 102.400 €

Stadt Brandenburg an der Havel 100 %

Unterbeteiligungen

Die TWB ist Holding Gesellschafterin mit unterschiedlichen Geschäftsanteilen von zwei juristisch selbstständigen Tochterunternehmen. Mittelbar ist die TWB an zwei weiteren Gesellschaften über die StWB beteiligt.



Verbundene Unternehmen (Stand 31.12.2015)					
<u>Name und Sitz</u>	<u>Stammkapital/Festkapital der jeweiligen Gesellschaft in T€</u>	<u>Anteil am Stammkapital/ Kommanditeinlage in T€</u>	<u>Kapitalanteil in %</u>	<u>Gegenstand</u>	
a.) Unmittelbare Beteiligungen					
Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH & Co. KG (StWB)	8.200,0	4.182,0	51,0	Planung, Errichtung, Erwerb und Betrieb von Anlagen, die der Versorgung mit Elektrizität, Gas und Wärme sowie Wasser und Abwasser dienen.	
Komplementär: StWB Verwaltungs GmbH	30,0	15,3	51,0	Die Gesellschaft ist als persönlich haftender Gesellschafter (pHG) einzelvertretungsberechtigter Komplementär ohne Beteiligung an Vermögen, Ergebnis und Kapital der StWB GmbH & Co. KG.	
Verkehrsbetriebe Brandenburg an der Havel GmbH (VBB)	1.971,0	1.971,0	100,0	Planung, Bau und Vorhaltung von Verkehrsanlagen, Betrieb von Straßenbahnen, Omnibussen, Fahrgastschiffen, Fähren und anderen der Personenbeförderung dienenden Fahrzeugen	
b.) Mittelbare Beteiligungen					
BRAWAG GmbH Wasser- und Abwassergesellschaft Brandenburg an der Havel	6.647,0	3.390,0	51,0	Planung, Finanzierung, Bau und Betrieb von Einrichtungen der Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und Klärschlamm Entsorgung	
Brandenburger Dienstleistungen GmbH (BDL)	434,6	221,6	51,0	Hausmeisterdienste, Garten- und Landschaftspflege, technische und Reinigungsdienstleistungen, Werk- und Dienstleistungen bezüglich Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und Klärschlamm Entsorgung	

Die StWB erstellt einen Teilkonzernabschluss, in dem die BRAWAG GmbH und die BDL GmbH eingebunden werden.

Gesellschaftsvertrag

Der Gesellschaftsvertrag in der derzeit gültigen Fassung datiert vom 28.10.1999.

Die Eintragung ins Handelsregister des Amtsgerichtes Potsdam ist unter der Registernummer HRB 2807 P am 01. Dezember 1999 erfolgt.

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführung*

Klaus Deschner (bis 31.12.2015)

Steffen Scheller

- *Gesellschafterversammlung*

Vertreter der Gesellschafterin in der Gesellschafterversammlung ist seit dem 17.12.2003 die Oberbürgermeisterin Frau Dr. Dietlind Tiemann.

Im Berichtsjahr fanden 20 Gesellschafterversammlungen statt.

- *Aufsichtsrat*

Der Aufsichtsrat der TWB besteht aus neun Mitgliedern. Die Oberbürgermeisterin ist kraft ihres Amtes Mitglied des Aufsichtsrates.

Aufsichtsratsmitglieder 2015	
Aufsichtsratsvorsitz	Frau Dr. Dietlind Tiemann
Stellvertreter	Herr René Kretzschmar
weitere Mitglieder	Herr Walter Paaschen Frau Anett Willer Herr Gerhard Zepf Frau Elke Conrad Herr Tobias Dietrich Frau Marlis Eichhorn Herr Klaus Windeck

Im Geschäftsjahr 2015 fanden vier Aufsichtsratssitzungen statt.

Gegenstand

- Erwerb und die Verwaltung von Beteiligungen an Unternehmen, insbesondere an Unternehmen der kommunalen Wirtschaft der Stadt Brandenburg an der Havel
- Förderung dieser Unternehmen und sonstiger kommunaler Einrichtungen auch wirtschaftlicher Natur, insbesondere durch Beratung und Erbringung von Dienstleistungen
- Abschluss von Beherrschungs- und Ergebnisabführungsverträgen mit Tochtergesellschaften
- Erwerb, die Verwaltung, die Bewirtschaftung und die Veräußerung von bebauten und unbebauten Grundstücken

Diese Tätigkeiten kann die Gesellschaft nur insoweit ausüben, als sie durch einen öffentlichen Zweck gerechtfertigt sind und in Verbindung zur Aufgabe der Beteiligungsverwaltung stehen. Darüber hinaus ist die Gesellschaft berechtigt, alle Geschäfte einzugehen, die der Förderung und Wirtschaftlichkeit des Unternehmensgegenstandes dienen. Bedient sich die Gesellschaft zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen, beteiligt sich oder errichtet, erwirbt oder pachtet solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe, muss der Stadt Brandenburg an der Havel eine angemessene Einflussnahme ermöglicht werden.

Die TWB GmbH dient in ihrer Holdingfunktion als Aufsichts- und Verwaltungsorgan und stellt das Bindeglied zwischen den Tochtergesellschaften und der Stadt Brandenburg an der Havel dar. Wesentlicher Zweck der TWB ist die Beteiligung an den städtischen Unternehmen, die Herstellung eines steuerlichen Querverbundes und die Nutzung von Synergieeffekten, insbesondere auf den Gebieten der Finanzierung und des Controllings.

Die TWB als reine Verwaltungs- und Finanzholding hat die Aufgabe der wirtschaftlichen Verwaltung und Steuerung ihrer Tochterunternehmen, die insbesondere Versorgungs- und Dienstleistungsunternehmen sind.

Öffentlicher Zweck

Der öffentliche Zweck der TWB ergibt sich aufgrund der Holdingstruktur aus den öffentlichen Zwecken der Tochtergesellschaften. Diese werden jeweils in diesem Beteiligungsbericht ausführlich aufgezeigt. Zudem wird mit dem Konstrukt der TWB der Grundsatz der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit beachtet sowie Synergieeffekte genutzt.

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2013	2014	2015
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	77%	76%	77%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	100%	100%	99%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0 €	0 €	0 €
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	129%	131%	129%
Zinsaufwandquote	0%	0%	0%
Liquidität 3. Grades	5643%	6619%	3918%
Cashflow	2.166 T€	2.446 T€	2.087 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	7%	8%	7%
Umsatz	185 T€	166 T€	240 T€
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	2.162 T€	2.444 T€	2.083 T€
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	197%	237%	167%
Anzahl der Mitarbeiter	5	6	6

Lagebericht der Gesellschaft

Ziel des städtischen Konzerns TWB ist die Sicherung einer hohen Effizienz der Dienstleistungserbringung der TWB in TWB-Tochtergesellschaften und in anderen städtischen Unternehmen sowie die Gewährleistung einer koordinierenden, flexiblen Beteiligungssteuerung mit den zentralen Elementen Controlling, Interne Revision und Vertragsmanagement im Auftrag der Stadt. Zur Optimierung des TWB-Konzerns erfolgte rückwirkend zum 1. Januar 2015 die Begründung eines steuerlichen Querverbundes in der Stadt Brandenburg an der Havel, um die positiven Einkünfte der Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH (StWB) und der BRAWAG GmbH Wasser- und Abwassergesellschaft Brandenburg an der Havel (BRAWAG) mit den Verlustvorträgen der TWB verrechnen zu können. Um dies zu erreichen, wurde die StWB in eine GmbH & Co. KG (StWB KG) umgewandelt und ein Ergebnisabführungsvertrag zwischen der StWB und der BRAWAG sowie zwischen der TWB und der Verkehrsbetriebe Brandenburg an der Havel GmbH (VBB) geschlossen.

Darstellung der Lage der Gesellschaft

Das Geschäftsjahr 2015 war geprägt von der Begründung eines steuerlichen Querverbundes in der Stadt Brandenburg an der Havel und deren Umsetzung.

Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2015 wurde ein Jahresüberschuss von 2.083 T€ (2014: Jahresüberschuss 2.444 T€) realisiert. Die Aufwendungen aus der Verlustübernahme für die Durchführung des ÖPNV in der Stadt Brandenburg an der Havel von 4.479 T€ (2014: 4.456 T€) wurden von der Stadt Brandenburg an der Havel mit 4.352 T€ (2014: 4.456 T€) übernommen.

In der nachfolgenden Darstellung wurden die Zahlungen der Stadt Brandenburg an der Havel als Zuwendungen für ÖPNV und Fähre vom Betriebsergebnis umgegliedert in eine separate Zeile, um den Vergleich zu Vorjahren darzustellen.

Die Entwicklung der Ertragslage stellt sich im Mehrjahresvergleich wie folgt dar:

	2011 T€	2012 T€	2013 T€	2014 T€	2015 T€
Betriebsergebnis ohne Zuwendungen für ÖPNV	-463	-494	-486	-458	-445
Finanzergebnis	-1.985	-1.982	-1.592	-1.555	-1.926
<i>davon Verlustübernahme ÖPNV</i>	<i>4.382</i>	<i>4.380</i>	<i>4.497</i>	<i>4.456</i>	<i>4.479</i>
Neutrales Ergebnis	2	1	1	1	147
Jahresfehlbetrag vor Zuwendungen ÖPNV und Fähre	2.466	2.475	2.077	2.012	2.224
Zuwendungen ÖPNV und Fähre	4.382	4.380	4.239	4.456	4.352

Ertragsteuern					45
Jahresüberschuss	1.936	1.905	2.162	2.444	2.083

Vermögen- und Finanzlage

Im Geschäftsjahr 2015 reduzierte sich die Bilanzsumme um 618 T€, was insbesondere aus Steuererstattungen für Vorjahre saldiert mit der Veränderung der Finanzmittel begründet ist.

Im Eigenkapital führte im Geschäftsjahr der Jahresüberschuss (2.083 T€) saldiert mit der Gewinnausschüttung an die Gesellschafterin Stadt Brandenburg an der Havel (2.754 T€) zur Reduzierung um 671 T€.

Mit einer den Aufgaben einer Beteiligungsholding entsprechenden Eigenkapitalquote von 99,5% (2014: 99,7%) ist die Finanzierung des langfristig gebundenen Vermögens gesichert.

Primäre Einnahmequelle der TWB ist das Ausschüttungspotenzial der StWB Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH & Co. KG, das jedoch nach gegenwärtigem Stand die Aufwendungen für die Durchführung des ÖPNV in der Stadt Brandenburg an der Havel nicht nachhaltig decken kann.

Im Geschäftsjahr 2015 wurden die Aufwendungen der TWB für die Durchführung des ÖPNV in der Stadt Brandenburg an der Havel nahezu vollständig ausgeglichen. Die Gewinnausschüttung an die Gesellschafterin Stadt Brandenburg an der Havel über 2.754 T€ wurde im Geschäftsjahr aus der Gewinnausschüttung 2014 der StWB in Höhe von 2.550 T€ und Steuererstattungen finanziert.

Der Finanzmittelbestand erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 1.141 T€ oder 37% von 3.068 T€ auf 4.209 T€. Die Liquidität der Gesellschaft war im Geschäftsjahr gesichert.

Die aktuelle Vermögens-, Finanz- und Ertragslage zeigt, dass die TWB derzeit gut aufgestellt ist. Mit der Gewinnausschüttung der StWB kann die Gewinnausschüttung an die Gesellschafterin Stadt Brandenburg an der Havel bedient werden. Zum Verlustausgleich der VBB sind weiterhin Zuwendungen der Stadt Brandenburg an der Havel entsprechend dem Verkehrsvertrag notwendig.

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Entwicklung der verbundenen Unternehmen

Die Bevölkerungsentwicklung in der Stadt Brandenburg an der Havel ist seit 2009 in der Stabilisierungsphase. Auch ohne Flüchtlingseffekte waren Wanderungsgewinne zu verzeichnen.

Den hieraus erwachsenden Risiken wird im Rahmen des Konzernverbundes der TWB mit kontinuierlicher konzeptioneller Arbeit zur Erhöhung der Effektivität begegnet.

Teilkonzern Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH & Co. KG

Das Risikomanagement der StWB stellt durch ein internes Überwachungssystem sicher, dass bestehende Risiken rechtzeitig erfasst, analysiert und bewertet und ggf. entsprechende Gegenmaßnahmen eingeleitet werden können.

Zum kontinuierlichen Prozess der Risikokommunikation gehört eine ständige Aktualisierung von bestehenden oder hinzu kommenden Risiken, im Bedarfsfall eine Risikominimierung sowie eine permanente bereichs- und hierarchieübergreifende Risikokommunikation. Die Auswertung der Risiken erfolgt in einem Risikoprofil, das auch die Eintrittswahrscheinlichkeit berücksichtigt.

Vorrangig werden die Auslastung der Erzeugungsanlagen sowie die Absatz-, Beschaffungs- und die regulierten Märkte überwacht.

Forderungsausfallrisiken werden durch ein konsequentes Forderungsmanagement kontinuierlich minimiert.

Die Gesamteinschätzung weist derzeit keine bestandsgefährdenden Risiken auf.

Weiterhin ist mit einem verschärften Wettbewerb bei Strom und Gas sowie einem Trend zur weiteren Regulierung des energiewirtschaftlichen Umfelds mit deutlichen Auswirkungen auf die künftigen Unternehmensergebnissen zu rechnen.

Der Trinkwasserpreis bleibt in 2016 konstant. Insgesamt ist von leicht sinkenden Umsatzerlösen auszugehen.

Aus der Nachkalkulation Schmutz- und Niederschlagswasser für 2014 ergibt sich eine Unterdeckung, die in 2016 gebührenwirksam ausgeglichen wird. Die Schmutzwassermengengebühr und in diesem Zusammenhang die Aufleitgebühr betragen 3,20 €/m³. Durch die Unterdeckung aus dem Jahr 2014 ergaben sich ein Anstieg in der Niederschlagswassergebühr sowie der Grundwassereinleitgebühr zum 1. Januar 2016.

Das geplante Investitionsvolumen der BRAWAG für das Jahr 2016 beträgt 3,0 Mio. €. Davon sollen 2,2 Mio. € in die Erneuerung, den Neubau und Ausbau von Trink- und Abwasserleitungen fließen. Weitere Investitionsmaßnahmen sind für das Wasserwerk Mahlenzien sowie für die Kläranlage Briest geplant. Außerdem werden 0,4 Mio. € in die Betriebs- und Geschäftsausstattung investiert.

Durch die Erfahrungen der BDL bei der in 2015 vermehrten Erbringung weiterführender allgemeiner Dienstleistungen im Bereich Freiflächenpflege und –gestaltung wird für 2016 ein spezieller Fokus auf die Akquisition von derartigen Zusatzaufträgen gelegt.

Aufgrund der Kooperation mit kommunal geprägten Entsorgungsunternehmen wird die BDL in 2016 zusätzlich Kehrleistungen mittels Kleinkehrmaschine deutlich ausbauen und einen neuen Auftrag zur Pflege des gesamten kommunalen Straßenbegleitgrünes mit erheblicher Umsatzsteigerung übernehmen.

Für das Jahr 2016 sind Investitionen in Höhe von 342 T€ für den Bereich Gebäudedienstleistungen und Umfeldpflege geplant, davon 172 T€ für zwei Kehrmaschinen.

Verkehrsbetriebe Brandenburg an der Havel GmbH

Die VBB erhielt aufgabenbedingt auch im Jahr 2015 Zuwendungen zum ÖPNV, die sie von der Aufgabenträgerin, der Stadt Brandenburg an der Havel, über ihre Gesellschafterin TWB bekam.

Als kritisches Risiko nennt die Geschäftsführung der VBB hauptsächlich die Absicherung der langfristigen Finanzierung des ÖPNV zum einem aus den Haushaltsmitteln der Stadt Brandenburg an der Havel und zum anderen aus Bund und Land auch für notwendige Investitionsmaßnahmen. Hier wird das Ergebnis aus dem Streit auf Bundesebene zu den Regionalisierungsmitteln eine entscheidende Rolle spielen. Weiterhin schätzt die Geschäftsführung der VBB die Entwicklung der Dieselpreispreise und die staatlichen Umlagen und Abgaben für Strom sowie dem als relativ großes Risiko beim Kostenmanagement ein.

Dem Risiko aus dem Einnahmeaufteilungsvertrag zwischen den Verkehrsunternehmen des Verkehrsverbundes Berlin-Brandenburg wurde durch Rückstellungen Rechnung getragen.

Mit Steuererstattungen konnten Zahlungen für Gewinnausschüttung im Geschäftsjahr und in den Vorjahren vollzogenen Kapitalentnahmen mehr als ausgeglichen werden und führten zur Erhöhung des Liquiditätsbestandes der TWB.

Zur Sicherung der VBB ist der Ausgleich des in der Wirtschaftsplanung 2016 mittelfristig definierten Zuschussbedarfes durch die Stadt Brandenburg an der Havel, wie in der Verkehrsvereinbarung geregelt, erforderlich.

Auch wird sich der demographische Wandel in den kommenden Jahren die Beschäftigungssituation und den wirtschaftlichen Erfolg der Unternehmen erheblich beeinflussen. Die Zahl der älteren Beschäftigten und das Durchschnittsalter der Belegschaft steigen deutlich an. Qualifikation, betriebliches Gesundheitsmanagement, eigene Ausbildung und frühzeitige Personaldisposition müssen beachtet werden.

Zum 1.1.2016 hat die StWB die Gaspreise erneut konstant gehalten und für ein bzw. zwei Jahre Festpreise angeboten. Auch die Strompreise bleiben 2016 konstant, obwohl die gesetzlichen Umlagen für EEG und KWKG stiegen. Trotz des Anstiegs konnte den Kunden auch für 2016 erneut ein Festpreisprodukt angeboten werden. Die gute Abschlussquote der „Fixverträge“ der Vorjahre konnte auch in 2016 erreicht werden und spiegelt eine hohe Kundenbindung wider.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Gewinnausschüttung 2015 in Höhe von 2.754 T€
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	<p>1. Vertragsbeziehungen bestehen neben Gesellschaften des TWB-Konzerns mit unmittelbaren städtischen Betrieben: Dienstleistungsverträge mit der PEK, der TGZ sowie dem Eigenbetrieb Schwimm- und Erlebnisbad der Stadt Brandenburg an der Havel über die Durchführung der Buchführung und die Erarbeitung des Jahresabschlusses, der Quartals- und Wirtschaftspläne; Verkehrsvereinbarungen zwischen der Stadt Brandenburg an der Havel, der VBBR sowie der TWB zu erteilten Linienkonzessionen in der Stadt Brandenburg an der Havel.</p> <p>2. Dienst- und Leistungsbeziehungen bestanden zwischen der TWB und wobra (Hausmeistervertrag, Mietvertrag, Managementleistungen bis zum 31.12.2015, Bilanzbuchhaltung) sowie mit der StWB über die Interne Revision.</p>

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2013	2014	2015
<u>Aktivseite</u>			
A. Anlagevermögen	23.389	23.395	23.411
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	1	1	1
II. Sachanlagen	23	30	30
III. Finanzanlagen	23.365	23.365	23.380
B. Umlaufvermögen	5.263	6.619	5.995
I. Vorräte	0	0	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	2.050	3.550	1.787
III. Kassenbestand, Guthaben	3.214	3.068	4.209
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1.716	849	839
<u>Passivseite</u>			
A. Eigenkapital	30.275	30.763	30.092
I. Gezeichnetes Kapital	102	102	102
II. Kapitalrücklage	27.449	27.449	27.449
III. Gewinnvortrag	561	768	458
IV. Jahresüberschuss	2.162	2.444	2.083
B. Rückstellungen	73	71	95
C. Verbindlichkeiten	20	29	58
Bilanzsumme	30.368	30.863	30.245

Ertragslage der Gesellschaft

GuV	(Angaben in T€)		
	2013	2014	2015
1. Umsatzerlöse	185	166	240
2. Bestandsänderungen	0	0	0
3. Sonstige betriebliche Erträge	4.244	4.461	4.357
4. Materialaufwand	0	0	-24
5. Personalaufwand	-363	-396	-401
6. Abschreibungen	-3	-2	-4
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-307	-231	-261
8. Erträge aus Beteiligungen	2.856	2.856	2.550
9. Erträge aus Ausleihungen	0	0	0
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	48	45	149
11. Aufwendungen aus Verlustübernahme	-4.497	-4.456	-4.479
12. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
13. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	2.162	2.444	2.128
14. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	-46
15. Sonstige Steuern	0	0	0
16. Jahresergebnis	2.162	2.444	2.083

III.2.4.1 Verkehrsbetriebe Brandenburg an der Havel GmbH

Geschäftsbereich

Öffentlicher Personennahverkehr

Firmensitz

Upstallstr. 18
14772 Brandenburg an der Havel
Tel.: 03381/53 41 00
Fax: 03381/53 41 01
E-mail: info@vbbr.de
Internet: www.vbbr.de

Gründung

Die Verkehrsbetriebe Brandenburg an der Havel GmbH (VBBr) ist durch Umwandlung des in Eigenregie übernommenen VEB Verkehrsbetriebe Brandenburg entstanden. Die Gesellschaft wurde am 24.06.1991 gegründet. Die Gesellschaft ist im Handelsregister des Amtsgerichtes Potsdam unter HRB 1685 P eingetragen.

Gezeichnetes Kapital/ Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital	1.971.100 €
TWB GmbH	100 %

Unterbeteiligungen

Die Gesellschaft hat keine Tochterunternehmen und ist an keinem Unternehmen beteiligt.

Gesellschaftsvertrag

Es gilt der Gesellschaftsvertrag vom 10. November 1999. Der Gesellschaftsvertrag wurde am 08.02.2000 in das Handelsregister eingetragen.

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführung*

Werner Jumpertz (bis 31.12.2015)

Jörg Vogler (ab 01.10.2015)

- *Gesellschafterversammlung*

Die Vertretung in der Gesellschafterversammlung wird durch die Geschäftsführung der TWB wahrgenommen.

Im Berichtsjahr fanden sieben Gesellschafterversammlungen statt.

- *Beirat*

Der Beirat setzt sich im Berichtsjahr wie folgt zusammen:

Beiratsmitglieder 2015	
Beiratsvorsitz	Herr Michael Kilian
weitere Mitglieder	Frau Anett Willer Herr Andreas Martin

Im Geschäftsjahr 2015 fanden keine Beiratssitzungen statt.

In der Stadtverordnetenversammlung vom 16.12.2015 wurde beschlossen, die bisherigen Mitglieder und Stellvertreter im Beirat der VBBr abzurufen und neu zu besetzen. Der Beirat wurde zu Informations- und Beratungszwecken der VBBr eingerichtet. Das Informationsbedürfnis wurde durch Gremiovorlagen und Informationen im Aufsichtsrat der TWB GmbH bereits abgedeckt. Als neuer Schwerpunkt des Beirates der VBBr wird nunmehr vorgeschlagen den Beirat zukünftig als Fahrgastforum auszurichten und Fahrgäste sowie interessierte Bürgerinnen und Bürger der Stadt Brandenburg an der Havel zu berufen. Die entsprechenden Gesellschafterbeschlüsse werden in 2016 gefasst.

Gegenstand

Gegenstand des Unternehmens ist laut § 2 des Gesellschaftsvertrages:

- Planung, Bau und Vorhaltung von Verkehrsanlagen, der Betrieb von Straßenbahnen, Omnibussen, Fähren und anderen der Personenbeförderung dienenden Fahrzeugen zur bedarfsgerechten Versorgung der Bevölkerung mit ÖPNV-Leistungen zu sozialverträglichen Preisen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten im Rahmen und nach Maßgabe des Nahverkehrsplanes der Stadt Brandenburg an der Havel
- Betrieb artverwandter und branchenüblicher Nebengeschäfte sowie aller sonstigen Geschäfte, die der Erreichung und Förderung des Hauptzwecks dienlich sind
- Durchführung aller Maßnahmen und Geschäfte, durch die der Unternehmensgegenstand unmittelbar oder mittelbar gefördert werden kann
- Beteiligung, die Errichtung, der Erwerb oder die Pacht anderer Unternehmen sowie die Eingehung von Interessengemeinschaften zur Erfüllung ihrer Aufgaben, soweit der Stadt eine angemessene Einflussnahme ermöglicht wird, der Unternehmensgegenstand durch den öffentlichen Zweck gerechtfertigt ist und die Betätigung des

Unternehmens nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit und dem Bedarf der Stadt steht

Die Aufrechterhaltung der Personenbeförderung hat Vorrang vor wirtschaftlichen Gesichtspunkten, soweit dies mit der Haushaltslage der Gesellschafterin in Einklang zu bringen ist. Ein vorrangiges Ziel, Gewinn zu erzielen, liegt nicht vor.

Öffentlicher Zweck

Gemäß § 2 Abs. 1 ÖPNV-Gesetz (Gesetz über den Öffentlichen Personennahverkehr im Land Brandenburg) stellt die Sicherstellung einer ausreichenden Bedienung der Bevölkerung mit Verkehrsleistungen im öffentlichen Personennahverkehr eine Aufgabe der Daseinsvorsorge dar. Diese obliegt gemäß § 3 Abs. 3 ÖPNV-Gesetz den Landkreisen und kreisfreien Städten. Hierzu ist je nach Bedarf ein Liniennetz aufzubauen, dass in einer bestimmten Taktdichte befahren wird. Der Begriff "ausreichend" ist insoweit unbestimmt und wird erst durch die vorhandene Nachfrage ausgefüllt. Die Stadt Brandenburg an der Havel bedient sich zur Erfüllung dieser Aufgabe der Verkehrsbetriebe Brandenburg an der Havel GmbH.

Dafür werden derzeit vier Straßenbahnlinien, neun Tagesbuslinien und drei Nachtbuslinien betrieben sowie Sonderformen des Linienverkehrs (Schülerfahrten, Marktfahrten und Theaterfahrten) durchgeführt. Der Betrieb der Fähre „Neuendorf“ wird über einen Dienstleistungsvertrag sichergestellt.

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2013	2014	2015
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	87%	85%	88%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	17%	17%	19%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	645 T€	0	0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	100%	101%	100%
Zinsaufwandquote	4%	4%	3%
Liquidität 3. Grades	101%	107%	91%
Cashflow	1.458 T€	1.791 T€	580 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	0	2%	0%
Umsatz	4.699 T€	5.490 T€	5.705 T€
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	-645 T€	448 T€	0 T€
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	120%	106%	104%
Anzahl der Mitarbeiter	144	143	147

Lagebericht der Gesellschaft

Die VBBr ist der umfassende Mobilitätsdienstleister im öffentlichen Personennahverkehr in der Stadt Brandenburg an der Havel mit Straßenbahn und Bus und wichtiger Partner der Stadt Brandenburg an der Havel als Aufgabenträger zur Absicherung der Grundmobilität im Rahmen der Daseinsvorsorge und bietet so eine Alternative zum wachsenden Individualverkehr aus umweltpolitischen Gesichtspunkten.

Um diesen Anforderungen zu genügen, bedarf es einer rechtlichen und finanziellen Sicherstellung, die mit dem Abschluss der Verkehrsvereinbarung zwischen der Stadt Brandenburg an der Havel, der VBBr und der TWB am 02. Dezember 2009 begründet wurde. Mit Wirkung vom 30.09.2015 wurde die Verkehrsvereinbarung für den Zeitraum 01.06.2016 – 31.05.2025 fortgeschrieben. Auf dieser Grundlage wurden die zugehörigen Linienkonzessionen (Einrichtung und Betrieb des Linienverkehrs mit Kraftfahrzeugen gemäß §42 i.V.m. §9 Abs. 1 Nr. 3 PBefG) vom Landesamt für Bauen und Verkehr am 14. Januar 2016 positiv beschieden.

Geschäftsgrundlage bildet ebenfalls der Straßenbenutzungsvertrag mit der Stadt Brandenburg an der Havel über die unentgeltliche Straßenbenutzung vom 01. März 1996 sowie der Änderungen und Ergänzungen vom 22. November 2011. Die Verträge haben eine Laufzeit bis 29. Februar 2036.

2015 wurde ein Ergebnisabführungsvertrag zwischen der TWB und der VBBr abgeschlossen.

Das Verkehrsangebot auf den 4 Straßenbahnlinien und den 12 Omnibuslinien wurde durch die VBBr mit 1.896 T Fahrplankilometern (2014: 1.906 TFkm) qualitätsgerecht und zuverlässig erbracht. Es wurden 2015 7.920 Tausend Fahrgäste (2014: 8.067 Tausend Fahrgäste) befördert. Die Berechnung erfolgt anhand der Verkaufsstatistik. Durch den Wechsel von der Tageskarte zu den Einzelfahrausweisen ist ein statistischer Rückgang bei den beförderten Personen von 300 Tausend zu verzeichnen. Dazu kommt die nicht Inanspruchnahme durch den Streik (Mai 2015) mit ca. 100 Tausend Personen.

Der Gesamtpünktlichkeitsgrad (unter Einfluss aller Faktoren, auch Fremdverschuldung, wie z.B. Behinderung durch Falschparker und Unfälle) betrug 2015 95,99% (2014: 94,53%).

Ertragslage

Das Jahresergebnis ist auf Grund des abgeschlossenen Ergebnisabführungsvertrages ausgeglichen. Für 2015 ist ein Ertrag aus Verlustübernahme in Höhe von 23.010,48 € zu verzeichnen. Die Auswirkungen des 11 Tage andauernden Streiks konnten trotz erhöhter Einnahmen im II. Halbjahr nicht vollständig aufgefangen werden. Gegenüber der Planung erfolgte eine Erhöhung der Subventionen um 13.544,00 €, so das ein Verlust in Höhe von 23.010,48 € als Ertrag nach Verlustübernahme verbucht wurde.

Die Abrechnung der zusätzlichen Aufwendungen für die Bundesgartenschau - BUGA 2015 erfolgte gegenüber dem Gesellschafter in Höhe von 104,5 T€. Der geplante Zuschusses von 103,8 T€ wurde ausgezahlt.

Das deutlich abweichende Jahresergebnis 2014 spiegelte die Schwierigkeiten mit dem Umgang der Bildung von Rückstellungen für zukünftige Einnahmeaufteilungen wieder. 2014 erfolgte eine geringere Rückstellung (-699 T€ gegenüber Vorjahr) und die Auflösung von Rückstellungen für die Einnahmeaufteilung (511 T€).

Die **Umsatzerlöse** liegen unter Berücksichtigung der gebildeten Rückstellung (+61 T€ gegenüber Plan) mit 47,4 T€ über dem Plan und mit 215,8 T€ über dem Ist 2014.

Geplant waren Rückstellungen in Höhe von 500 T€ für zukünftige Einnahmeaufteilungen. Demgegenüber stehen 561 T€, orientiert an den höheren Beförderungsentgelten.

Bei den Umsatzerlösen wurden die Planwerte bei den Beförderungsentgelten Verbund erreicht (+40,9 T€), obwohl im I. Halbjahr Mindererlöse durch den Streik im Öffentlichen Personennahverkehr im Land Brandenburg (Erlöse Bartarif) und bei der Deutschen Bahn (Erlöse im Regionalverkehr) zu verzeichnen waren.

Im Regionaltarif führten Erlössteigerungen im II. Halbjahr zur Planüberschreitung (+55,2 T€), die eine erhöhte Rückstellung für die Einnahmeaufteilung zur Folge hatte.

Im Bartarif Brandenburg AB, BC, ABC sind Mindererlöse (-110 T€) gegenüber dem Plan zu verzeichnen. Gegenüber dem Ist 2014 ergeben sich nur Mehrerlöse in Höhe von 10,5 T€

Die Zeitkarten Jedermann im Tarifgebiet Brandenburg AB, BC, ABC wurden mit 85,8 T€ zum Plan und mit 100,2 T€ zum Vorjahr überschritten. Den größten Anteil daran hat das Mobilitätsticket Brandenburg (+69,2 T€), zum einen wurden 895 Stück mehr verkauft und zum anderen erfolgt der Ausgleich der Mindereinnahmen durch das Land Brandenburg für 2015 wieder zu 100% (2014 nur zu 80%).

Nicht nur bei der VBB, sondern auch bei den kreisfreien Städten Cottbus und Frankfurt/Oder, bleibt jedoch die Einnahmeentwicklung (insbesondere nach Tarifmaßnahmen) hinter den Erwartungen zurück. In reinen Tarifierhöhungen wird keine zukünftige Lösung für gewünschte Einnahmesteigerungen gesehen. Daher wurde für die drei kreisfreien Städte in Zusammenarbeit mit dem Verkehrsverbund eine Tarifanalyse in Auftrag gegeben, um Möglichkeiten einer strukturellen bzw. produktbezogenen Tarifänderung aufzuzeigen. Ergebnisse werden bis Ende März 2016 vorliegen und sollen die Basis für Tarifmaßnahmen 2017 und folgende Jahre bilden.

	Plan 2015 T€	Ist 2015 T€	Ist 2014 T€	2015/2014 Differenz T€
Umsatzerlöse	5.658,0	5.705,4	5.489,6	215,8
Brandenburg AB, BC, ABC	3.439,9	3.408,5	3.290,4	118,1
darunter Bartarif Brandenburg	1.893,0	1.783,2	1.772,7	10,5
darunter Zeitkartentarif Jedermann	1.020,9	1.106,7	1.006,5	100,2
Lokaltarif	42,0	59,1	53,6	5,5
Regionaltarif	1.240,6	1.295,8	1.178,2	117,6
Semesterticket	83,3	80,7	81,7	-1,0
Berlin/Potsdam/Cottbus/Frankfurt	6,2	8,8	6,0	2,8
Beförderungsentgelte VBB	4.812,0	4.852,9	4.609,9	243,0
Sonstiger Linienverkehr	110,0	123,2	113,0	10,2
Beförderungsentgelte Linienverkehr	4.922,0	4.976,1	4.722,9	253,2
Linienverkehr Vorjahr (EA)	9,4	102,9	66,4	36,5
Gelegenheitsverkehr	6,0	6,0	3,4	2,6

Erhöhtes Beförderungsentgelt	37,0	40,0	42,7	-2,7
Ausgleichszahlung Schülerverkehr	696,0	688,9	696,0	-7,1
Ausgleich für unentgeltliche Beförderung schwerbehinderter Menschen nach §150 SGB IX	379,2	356,5	348,8	7,7
Sonstige Umsätze (u.a. Fahrplan, Reklame)	108,4	96,1	92,1	4,0
Rückstellungen für Einnahmeaufteilung	-500,0	-561,1	-482,7	-78,4

Die Reduzierung des Materialaufwandes von -241 T€ zum Plan und -214 T€ zum Vorjahr ist hauptsächlich auf Einsparungen beim Fahrstrom (-29 T€ gegenüber Plan) und beim Dieselmotorkraftstoff (-130 T€ gegenüber Plan) sowie dem geringeren Verkauf von Dieselmotorkraftstoff (-119 T€) zurückzuführen. Der Aufwand für bezogene Leistungen wird gegenüber der Planung mit 72,7 T€ überschritten. Die zusätzlichen Anmietkosten für Busse, die durch den Streik entstanden sind, tragen in Höhe von 130,7 T€ den Hauptanteil.

Dagegen entfielen geplante Aufwendungen von 46,4 T€ für Leistungen des Linientaxis. Der Vertrag wurde 2015 gekündigt.

		Plan 2015	Ist 2015	Ist 2014
Fahrstrom	in T€	358	329	425
	in TKWh	2.760	2.657	2.558
	in ct/KWh	12,97	12,40	16,62
Dieselmotorkraftstoff	in T€	568	438	510
	in ct/Liter	112	89	104

Durch die neu verhandelten Monatstabellenentgelte ergab sich für 2015 eine Erhöhung von ca. 144,5 T€ im Personalaufwand (Plan Erhöhung 2% ca. 103 T€).

Die Überschreitung von 34,8 T€ im Personalaufwand erfolgte durch die Zahlung einer Abfindung (gerichtlicher Vergleich für krankheitsbedingte Kündigung) und der Neubesetzung der Geschäftsführerstelle ab 01. Oktober 2015.

Der Kostendeckungsgrad bezogen auf die Umsatzerlöse beträgt 54% (2014: 53%). Der Gesamtkostendeckungsgrad liegt bei 58% (2014: 62%; ohne Auflösung von Rückstellungen 55%).

Vermögens- und Finanzlage

Bei der Bilanzsumme ist eine Abnahme von 2.416 T€ gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen. Ursache hierfür ist die geringere Investitionstätigkeit gegenüber den Vorjahren (Investitionen 1.585 T€ / Abschreibungen -2.405 T€, Investitionszuschüsse 688 T€ / Abschreibung Sonderposten -1.355 T€) und die Abnahme der flüssigen Mittel einhergehend auch mit der Reduzierung der Verbindlichkeiten für Lieferungen und Leistungen um 255 T€ und den Rückstellungen für Einnahmeaufteilung (-333 T€). Die eingestellte Forderung an den Aufgabenträger auf Grundlage des Zuwendungsbescheides des Landesamtes für Bauen und Verkehr 2014 (neuen Finanzierungsverordnung für Straßenbahnbetriebe ab 2014) in Höhe von 622 T€ diente der entsprechenden Tilgung des aufgenommenen Straßenbahnkredites.

Die Verbindlichkeit 2014 (740 T€) gegenüber dem Gesellschafter aus nicht verbrauchten Investitionszuschüssen wurde u.a. durch Rückzahlung auf 298 T€ im Geschäftsjahr 2015 reduziert.

Das Nettoumlaufvermögen (Umlaufvermögen minus kurzfristige Fremdmittel) hat sich um -627 T€ verringert, hauptsächlich durch die Reduzierung der Forderung (622 T€) gegenüber dem Aufgabenträger und der Tilgung langfristiger Kredite.

Die Eigenkapitalquote beträgt 18,5% (2014: 17,1%) und unter Berücksichtigung des Sonderpostens 74,5% (2014: 70,8%).

Die Zahlungsfähigkeit war während des Geschäftsjahres stets gesichert.

Die VBBr hat 2015 einen Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit in Höhe von 580 T€ (2014: 1.223 T€) erwirtschaftet. Aus der Investitionstätigkeit ergab sich ein Cashflow von -1.561 T€ (2014: -3.834 T€) bzw. aus der Finanzierungstätigkeit von -255 T€ (2014: 3.273 T€). Der Bestand der liquiden Mittel hat sich um -1.236 T€ auf 1.748 T€ verringert.

Notwendige Investitionen wurden im Geschäftsjahr 2015 durchgeführt. Die Modernisierung von zehn Straßenbahnen hat mit zwei Fahrzeugen erfolgreich begonnen. In 2016 und 2017 soll diese Maßnahme mit ca. 1.050 T€ abgeschlossen sein. Die kontinuierliche Ersatzbeschaffung der Omnibusse wird fortgeführt. Da die Zuschüsse vom Aufgabenträger für den Geschäftsbetrieb seit neun Jahren konstant sind, muss viel Wert auf ein effizientes Kostenmanagement und Controlling gelegt werden, was das Ergebnis auch in 2015 widerspiegelt (Planerfüllung).

Monatlich wird die Erlös- wie auch Kostenentwicklung abgestuft zum Plan und zum Vorjahr analysiert. Dabei werden auch die vorgegebenen Werte aus der Benchmarkanalyse-Kostensätze „gut geführt“ – mit den monatlich ermittelten Werten abgeglichen.

Die Liquidität wird anhand eines Jahresplanes monatlich überwacht.

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Der Gesellschafter der VBBr hatte in seiner Sitzung am 25. November 2015 dem Wirtschaftsplan 2016 zugestimmt. Der Fahrplan mit Gültigkeit vom 14. Dezember 2014 bildet hauptsächlich die Grundlage für das Verkehrsangebot 2016, da die Deutsche Bahn nach

jetzigen Erkenntnissen keine Änderungen im Fahrplan vornimmt. Alle Linien fahren, wie im Verkehrsvertrag beschrieben.

Der mit der BUGA 2015 eingeführte Halbstundentakt der Linie 12 (Anton-Saefkow-Allee – Quenzbrücke) an Sonn- und Feiertagen wurde nach Beendigung der Bundesgartenschau am 12. Oktober 2015 beibehalten. Somit ist zu jeder Zeit der Anschluss zur Linie 6 in Richtung Hauptbahnhof bzw. Hohenstücken Nord gegeben. Diese Anpassung wurde in der Zeit der BUGA von den Brandenburgern mit mehr Fahrgästen honoriert.

2016 und 2017 werden wieder zahlreiche Straßenbaumaßnahmen vom Land und von der Stadt Brandenburg an der Havel durchgeführt, die teilweise zu Verkehrsbehinderungen führen werden.

Im Planjahr 2016 werden für den Bartarif AB/BC/ABC Mehrerlöse in Höhe von 140 T€ gegenüber der Hochrechnung 2015 kalkuliert, basierend aus den für den Verkehrsverbund geplanten Preiserhöhungen für den Einzelfahrausweis AB von 1,50 € auf 1,60 € und für die Tageskarte AB von 3,10 € auf 3,30 €. Im Zeitkartentarif BRB AB wurde keine Tarifierhöhung eingeplant.

In den kreisfreien Städten Brandenburg an der Havel, Frankfurt/Oder und Cottbus bleibt die Einnahmeentwicklung bei den Beförderungsentgelten hinter den Erwartungen zurück. Um die jetzige und zukünftige Tarifergiebigkeit zu analysieren und Chancen und Risiken möglicher tariflicher Maßnahmen für die kreisfreien Städte ableiten zu können, wurde ein gemeinsames Projekt zur Analyse durch einen externen Dienstleister mit dem VBB initiiert. Die Ergebnisse werden spätestens bis Ende März 2016 vorliegen, um die Tarifmaßnahmen zum 01. Januar 2017 für neu gewonnene Erkenntnisse zu nutzen. Daher wurden die für 2016 ermittelten Beförderungsentgelte erstmal im Mittelfristplan jährlich beibehalten.

Für das Planjahr 2016 beträgt der Lieferpreis für Fahrstrom 5,10 ct/kWh bei einem Gesamtpreis von 12,61 ct/kWh (bestehender Vertrag bis 2016 = 340 T€). Ab 2017 sind geschätzte niedrigere Werte für den Lieferpreis in Ansatz gebracht (4,30 bis 4,60 ct/kWh im Jahr 2020), die sich am aktuellen Marktwert orientieren. Die Reduzierung der EEG-Umlage auf 20% wurde für die Planjahre 2016 – 2020 berücksichtigt. Als Verbrauch wurden 2.700 T kWh für die Jahre 2016 – 2020 in Ansatz gebracht.

Der Dieselmotorkraftstoff wurde mit 0,98 €/Liter für 2016 geplant (496 T€). Der durchschnittliche Einkaufspreis lag zum Planungszeitraum Juni 2015 bei 0,92 €/Liter. Um den Verbrauch des Dieselmotorkraftstoffes so gering wie möglich zu halten, werden die bisherigen regelmäßigen Schulungen des Fahrpersonals mit Verbrauchsmessgeräten intensiviert.

Für das Instandhaltungsmaterial und die bezogenen Leistungen für die Straßenbahnwerkstatt werden jährlich 2016 – 2020 400 T€ als festes Budget für eine vorbeugende planmäßige Instandhaltung zur Verfügung gestellt.

Die VBB hat für 2016 Investitionen im Gesamtumfang von 2.104 T€ geplant.

Die Omnibusersatzbeschaffung wird mit drei Standardomnibussen in Höhe von 840 T€ 2016 fortgesetzt. (Investzuschuss Aufgabenträger: 151 T€ und Kreditaufnahme 689 T€).

Für die Folgejahre sind geplant: 2017 - 930 T€ (2 Standardomnibusse, 1 Gelenkornibus), 2018 - 1.205 T€ (3 Standardomnibusse, 1 Gelenkornibus), 2019 - 860 T€ (3 Standardomnibusse) und 2020 – 670 T€ (1 Standardomnibus, 1 Gelenkornibus). Das Alter der auszusondernden Omnibusse liegt zwischen 13 und 14 Jahren.

Bei der Straßenbahn werden 593 T€ in den Streckenabschnitt Waldcafé bis Anton-Saefkow-Allee für die Erneuerung der Fahrleitungsanlage und Fahrsignalanlage investiert.

Das Programm zur Modernisierung der Straßenbahnen vom Typ KTNF6 wird mit vier Fahrzeugen und einem Investitionsvolumen von 526 T€ 2016 fortgeführt. 2017 wird es mit 529 T€ und vier Fahrzeugen abgeschlossen. Die Finanzierung erfolgt gemäß §1 Abs.4 ÖPNVFV (5,0 Mio € für Straßenbahnbetriebe; VBB erhält 2016 620 T€).

Mittelfristig sind jährlich 1.080 T€ Investitionszuschüsse gemäß ÖPNV-Gesetz und der ÖPNV-Finanzierungsverordnung über den Aufgabenträger eingeplant.

Zur Erfüllung der Erfordernisse, die sich im Wesentlichen aus den Neuregelungen des AktG sowie des HGB durch das Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich ergeben haben, hat die VBB ein Risikofrüherkennungssystem eingerichtet, was jährlich überarbeitet wird.

Zielsetzung des Risikomanagements ist es, zukünftige risikobehaftete Entwicklungen frühestmöglich zu identifizieren, zu analysieren, zu bewerten und fortlaufend zu überwachen, um die langfristige Anpassung des Unternehmens an sich stetig verändernde Umweltbedingungen und die nachhaltige Existenzsicherung des Unternehmens sicherzustellen.

Als Konzernrisiko (lt. Konzernrichtlinie) wurde bei der Risikoinventur die Einnahmeverteilung im Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg festgestellt.

Ein kritisches Risiko für die VBB ist hauptsächlich die Absicherung der langfristigen Finanzierung des ÖPNV zum einen aus den Haushaltsmitteln der Stadt Brandenburg an der Havel und zum anderen aus Bund und Land auch für notwendige Investitionsmaßnahmen.

In 2016/2017 finden umfangreiche Straßenbaumaßnahmen statt, deren Auswirkungen in Absprache mit den Planungsbüros und den Bauherren möglichst gering für die Fahrgäste ausfallen sollten. Da die Upstallstraße während der Baumaßnahmen überwiegend als Umleitungsstrecke ausgeschildert wird, ist eine Ampelanlage zur Ausfahrt der Omnibusse auf die Upstallstraße mit Vorrangschaltung dringend erforderlich.

Ein relativ großes Risiko beim Kostenmanagement stellt auch weiterhin die Entwicklung des Dieselpreis und der staatlichen Umlagen und Abgaben beim Strom dar.

Zum 01. Januar 2017 sind die Entgelttarifverträge zum Spartentarifvertrag TV-N BRB neu zu verhandeln.

Eine Arbeitsgruppe unter der Leitung des Verkehrsverbundes Berlin-Brandenburg beschäftigt sich mit der Weiterentwicklung der Semesterstickets. Die zzt. generierten Einnahmen entsprechen nicht mehr der über viele Jahre gestiegenen Nachfrage und damit der Inanspruchnahme des ÖPNV. Hier muss dringend eine auskömmliche Tarifanpassung erfolgen.

Mit dem demographischen Wandel wird sich die Dienstleistungsqualität den Änderungen in der Altersstruktur der Bevölkerung anpassen müssen (mobilitätsgerechte Fahrzeuge und Haltestellenanlagen), was einen erheblichen Einsatz von Investitionsmittel erfordert.

Auch wird sich der demographische Wandel in den kommenden Jahren die Beschäftigungssituation und den wirtschaftlichen Erfolg der Unternehmen erheblich beeinflussen. Die Zahl der älteren Beschäftigten und das Durchschnittsalter der Belegschaft steigen deutlich an. Qualifikation, Betriebliches Gesundheitsmanagement, eigene Ausbildung und rechtzeitiges Personaldisposition müssen beachtet werden.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Keine
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	konsumtiver Zuschuss der Stadt 2015: 4.410.344 € (ohne Ausbildungsverkehr und Fähre Neuendorf) Zuschuss der Stadt Fähre 2015: 45.732 € Investitionszuschuss der Stadt 2015: 1.136.458 €

Städtische Zuschüsse / Landeszuschüsse 2015:

Zuschüsse	Gesamtsumme	Hiervon Landeszuweisung	Hiervon städtischer Eigenanteil
Zuschuss konsumtiv	3.996.544	1.375.007	2.621.537
Zuschuss Fähre	45.732	0	45.732
Ausgewiesener Subventionsbedarf	4.042.276	1.375.007	2.667.269
Investitionszuschuss	1.136.458	1.136.458	0
Zuweisung für den Ausbildungsverkehr	688.926	688.926	0
Gesamtsumme	5.867.660	3.200.391	2.667.269

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2013	2014	2015
<u>Aktivseite</u>			
A. Anlagevermögen	23.856	25.414	24.588
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	58	174	187
II. Sachanlagen	23.796	25.237	24.398
III. Finanzanlagen	3	3	3
B. Umlaufvermögen	3.489	4.734	3.144
I. Vorräte	455	532	532
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	712	1.219	864
III. Kassenbestand	2.322	2.983	1.748
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1	0	0
<u>Passivseite</u>			
A. Eigenkapital	4.696	5.144	5.144
I. Gezeichnetes Kapital	1.971	1.971	1.971
II. Gewinnrücklagen	3.370	3.370	3.370
III. Verlustvortrag	0	-645	-197
IV. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-645	448	0
B. SoPo für Investitionszuschüsse	15.411	16.195	15.528
C. Rückstellungen	2.511	1.894	1.523
D. Verbindlichkeiten	4.488	6.671	5.276
E. Rechnungsabgrenzungsposten	240	244	261
Bilanzsumme	27.346	30.148	27.732

Ertragslage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
GuV	2013	2014	2015
1. Umsatzerlöse	4.699	5.490	5.705
2. Sonstige betriebliche Erträge	5.033	5.391	4.771
3. Materialaufwand	-2.594	-2.405	-2.190
4. Personalaufwand	-5.643	-5.814	-5.955
5. Abschreibungen	-2.162	-2.310	-2.405
6. Zuführungen zum SoPo für Investitionszuschüsse	1.165	1.319	1.355
7. Sonstige betriebl. Aufwendungen	-1.011	-1.037	-1.151
8. Erträge aus Beteiligungen	0	0	0
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	54	18	14
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-177	-192	-158
11. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-635	460	-13
12. Erträge aus Verlustübernahme	0	0	23
13. Außerordentlicher Aufwand	0	0	0
14. Sonstige Steuern	-9	-12	-10
15. Jahresergebnis	-645	448	0

III.2.4.2 Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH & Co. KG

Geschäftsbereich

Energieversorgung

Firmensitz

Upstallstr. 25
14772 Brandenburg an der Havel
Tel.: 03381/75 20
Fax: 03381/75 23 18
E-mail: info@stwb.de
Internet: www.stwb.de

Gründung

Die Gründung der Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH (StWB) erfolgte am 27.01.1995 auf der Grundlage eines Konsortialvertrages mit gleichem Datum zwischen dem kommunalen Partner und den privaten Energieversorgungsunternehmen (EVU).

Hintergrund war eine schrittweise Rückübertragung des Vermögens der örtlichen Strom- und Gasversorgung auf die Kommunen gegen die Rückgabe der von den Kommunen gehaltenen Kapitalanteile an dem privaten EVU entsprechend dem diesbezüglichen Vergleich vor dem Bundesverfassungsgericht (Stromvergleich).

Mit der Einbringung des Strom- und Fernwärmevermögens und der Einbringung der Energieversorgung Stadt Brandenburg/Havel GmbH (EBH) und der damit verbundenen Kapitalerhöhung zum 01.04.1996 wurde Ende 1996 die Gründungsphase abgeschlossen.

Der in den Vorjahren geplante steuerliche Querverbund in der Stadt Brandenburg an der Havel wurde durch die Umwandlung der Stadtwerke GmbH in eine Personengesellschaft, die StWB Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH & Co. KG in 2015 vollzogen.

Die Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH wurde steuerlich rückwirkend zum 01. Januar 2015 am 24. August 2015 formwechselnd gemäß §§ 190 ff. 226, 228 ff. UmwG in eine Kommanditgesellschaft, die StWB Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH & Co. KG umgewandelt. Die Gesellschaft ist beim Amtsgericht Potsdam unter HR A 6290 P eingetragen.

Gezeichnetes Kapital/ Beteiligungsverhältnisse

Durch den Formwechsel der Gesellschaft wurden aus den Geschäftsanteilen an der Gesellschaft in Form einer GmbH, Anteile an der Kommanditgesellschaft.

Festkapital 8.200.000,00 €

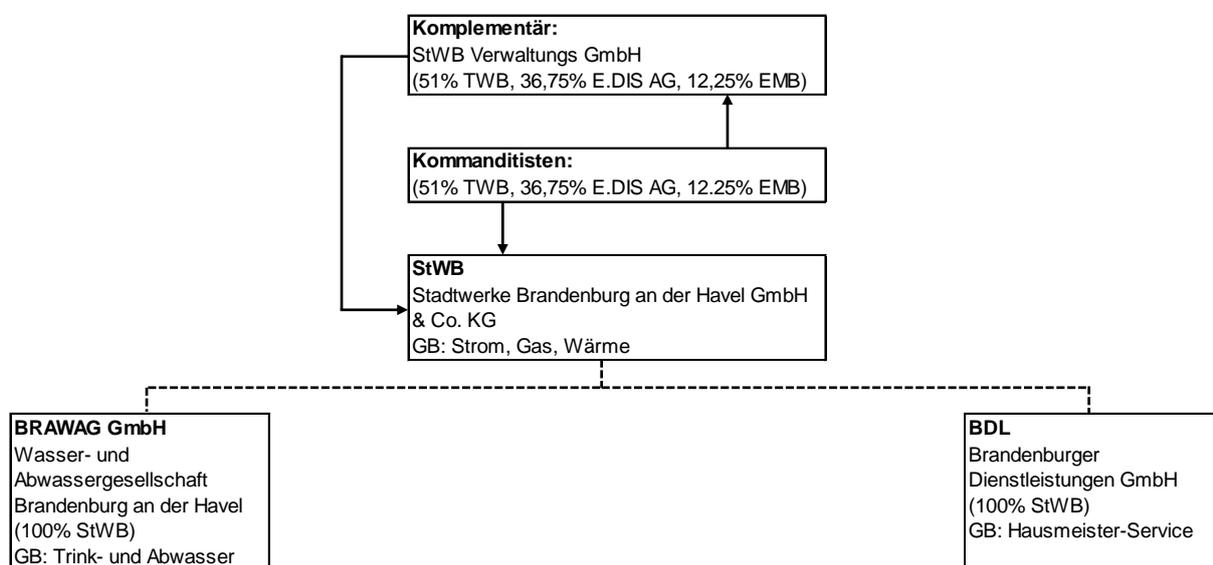
Anteilsverhältnisse:

Anteilsverhältnisse	%	T€
Kommanditisten		
Technische Werke Brandenburg an der Havel GmbH (TWB)	51,00%	4.182,0
E.DIS AG Fürstenwalde	36,75%	3.013,5
EMB Beteiligungsgesellschaft mbH Potsdam	12,25%	1.004,5
	100,00%	8.200,0
Komplementärin		
StWB Verwaltungs GmbH	0,0%	0,0

Die StWB Verwaltungs GmbH ist als persönlich haftender Gesellschafter einzelvertretungs-berechtigter Komplementär ohne Beteiligung an Vermögen, Ergebnis und Kapital der KG.

Unterbeteiligungen

BRAWAG GmbH Wasser- und Abwassergesellschaft Brandenburg an der Havel	100%
BDL Brandenburger Dienstleistungen GmbH	100%



Gesellschaftsvertrag

Der aktuelle Gesellschaftsvertrag datiert vom 24.08.2015.

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführung (Komplementärin als Geschäftsführungs- und Vertretungsorgan)*

Uwe Müller (Kaufmännischer Geschäftsführer)

Benno Felsch (Technischer Geschäftsführer bis 30.06.2015)

Gunter Haase (Technischer Geschäftsführer ab 11.09.2015)

Die Geschäftsführung der Gesellschaft wird ab dem 24.08.2015 mit Formwechsel gemäß § 12 des Gesellschaftsvertrages durch die Komplementärin StWB Verwaltungs GmbH ausgeübt.

- *Gesellschafterversammlung*

Die Stimmrechte in der Gesellschafterversammlung verteilen sich entsprechend der Anteile am Festkapital.

Im Geschäftsjahr fanden zwei Gesellschafterversammlungen statt.

- *Aufsichtsrat*

Die Gesellschaft hat einen aus neun Mitgliedern bestehenden Aufsichtsrat. Im Jahr 2015 fanden drei Aufsichtsratssitzungen statt.

Aufsichtsratsmitglieder 2015

Aufsichtsratsvorsitz	Herr Steffen Scheller
Stellvertreter	Herr Bernd Dubberstein
weitere Mitglieder	Herr Thomas Krüger
	Herr Ulrich Floß (bis 30.06.2015)
	Herr Stephan Gothe
	Herr Dr. Jens Horn (ab 01.07.2015)
	Herr Michael Kilian
	Herr Dirk Stieger
	Herr Matthias Pietschmann
	Herr Dr. Andreas Reichel

Gegenstand

Gegenstand des Unternehmens ist die Planung, die Errichtung, der Erwerb und der Betrieb von Anlagen, die der Versorgung mit Elektrizität, Gas, Wärme, der Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und der Klärschlamm Entsorgung dienen sowie die Vornahme aller damit in Zusammenhang stehenden Geschäfte. Das Unternehmen ist zu allen Maßnahmen berechtigt, die mittelbar oder unmittelbar diesen Zwecken dienen.

Versorgungsgebiet:

Brandenburg an der Havel mit Ausnahme der Stadtteile Götting, Gollwitz, Mahlenzien, Klein Kreuz, Schmerzke und Wust

Öffentlicher Zweck

Bei Aufgaben, die den in § 2 Abs. 2 BbgKVerf bezeichneten Betätigungsfeldern zuzurechnen sind (beispielsweise die Energieversorgung einschließlich der Energieproduktion), ist von einer Rechtfertigung durch einen öffentlichen Zweck auszugehen (vgl. Rundschreiben zu den Regelungen der Kommunalverfassung über die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen (§§ 91 – 100 BbgKVerf) vom 13.11.2013).

Die Unternehmensziele dienen der öffentlichen Zweckbestimmung der Grundversorgung der Bevölkerung mit Leistungen im Rahmen der kommunalen Daseinsvorsorge und begründen das Engagement der Gemeinde.

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2013	2014	2015
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	81%	85%	78%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	21%	43%	48%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	50%	74%	92%
Zinsaufwandquote	1,8%	1,9%	1,3%
Liquidität 3. Grades	36%	45%	100%
Cashflow	13.598 T€	22.572 T€	22.356 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	8%	29%	12%
Umsatz	81.964 T€	80.170 T€	81.817 T€
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	6.976 T€	31.270 T€	12.414 T€
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	10%	12%	11%
Anzahl der Mitarbeiter	133	134	135

Lagebericht der Gesellschaft

Grundlagen des Unternehmens

Die Gesellschaft wurde am 27. Januar 1995 als Städtische Werke Brandenburg an der Havel GmbH gegründet. Auf Initiative der TWB wurde rückwirkend zum 1. Januar 2015 ein steuerlicher Querverbund begründet. Um dies zu erreichen, wurde die Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH in eine Personengesellschaft – die StWB Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH & Co. KG (im Folgenden StWB) – umgewandelt und ein Ergebnisabführungsvertrag zwischen der StWB und der BRAWAG GmbH geschlossen. Komplementärgesellschaft ist die StWB Verwaltungs GmbH.

Geschäftsmodell

Die StWB verstehen sich als lokaler Energiedienstleister für die Stadt Brandenburg an der Havel. Das Unternehmen fungiert als Energielieferant in den Sparten Strom, Gas und Wärme für Haushalts-, Gewerbe- und Industriekunden. Zur Wahrnehmung des Versorgungsauftrages betreibt StWB ein Strom-, Gas- und Wärmenetz. Die Wärmeerzeugung erfolgt in einem Heizkraftwerk bzw. in mehreren, im Stadtgebiet verteilten Blockheizkraftwerken. Darüber hinaus erbringt das Unternehmen energienahe Dienstleistungen.

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die Rahmenbedingungen für die Energiewirtschaft blieben auch im Jahr 2015 schwierig. Grundsätzlich sind die Anreize für nachhaltige Investitionen in Erzeugungsanlagen aufgrund der unsicheren und nicht vorhersehbaren Gesetzgebung nicht gegeben. Auch das zum 1. Januar 2016 in Kraft getretene neue KWKG (Kraft-Wärme Kopplungsgesetz) bzw. die geplanten Veränderungen im EEG stellen keine verlässliche Basis für zukunftsgerichtete Entscheidungen dar. Die Suche nach neuen Geschäftsmodellen prägt die Branche der Energieversorgung. Der weiterhin anhaltende Ausbau der erneuerbaren Energien sowie die noch aktiven Erzeugungseinheiten setzen den Strompreis massiv unter Druck. Globale Überkapazitäten, neue Transporttechnologien (LNG) sowie sinkende Nachfrage aufgrund eines weltwirtschaftlichen Wachstumsrückgangs führten zu einem Gas- und Ölpreisverfall.

Zum 1. Januar 2015 ist die EEG- Umlage leicht von 6,24 auf 6,17 ct/kWh gesunken, andere Umlagen (KWKG, § 19 StromNEV) sind gestiegen.

Bei Erdgas wurde eine Bilanzierungsumlage für nicht leistungsgemessene Abnahmestellen zum 1. Oktober 2015 in Höhe von 0,15 ct/kWh eingeführt. Ebenso haben insbesondere die Fernleitungsnetzbetreiber und damit auch die Verteilnetzbetreiber ihre Netzentgelte erhöht.

Der Wettbewerbsdruck durch andere Strom- und Gasanbieter in der Stadt bleibt unverändert hoch. Aufgrund der zunehmenden Preissensitivität der Kunden ist eine leicht höhere Wechselquote zu verzeichnen.

Das Jahr 2015 war nach dem Jahr 2014 das bisher zweitwärmste Jahr seit Beginn der Wetteraufzeichnungen. Auf Grund der erneut extrem milden Temperaturen ist der Absatz auch in 2015 in den Sparten Gas und Wärme deutlich unter denen eines Normjahres geblieben.

Geschäftsverlauf

Stromversorgung

Stromverkauf

Ein Preisanstieg aufgrund der Veränderung der staatlichen Umlagen bzw. vorgelagerten Netzkosten konnte durch die Verbesserung der Beschaffungskosten kompensiert und die Endpreise im Netzgebiet konstant gehalten werden. Den Kunden im Privat- und Gewerbe-kundensegment wurden erneut Festpreisprodukte offeriert. Die Kundenresonanz auf dieses Angebot ist auch im Geschäftsjahr 2015 nach wie vor hoch (57%).

Exterritoriale Kunden

Bei den Standardprodukten konnten Mengenzuwächse erreicht werden. Die Geschäftsbedingungen der Onlineportale ermöglichen keinen transparenten Vergleich, da ein Listing im Portal oftmals an eine Vertragspartnerschaft mit dem Portalbetreiber gekoppelt ist. Im Geschäftskundenbereich ist ein leichter Anstieg zu verzeichnen.

Strombeschaffung

Die strukturierte Strombeschaffung hat sich bewährt und wird entsprechend dem Aufsichtsratsbeschluss planmäßig für die Folgejahre fortgesetzt. Das Portfolio umfasst Standardprodukte und Fahrplanstrukturen. Es ist durch eine auf die aktuellen Marktbedingungen zugeschnittene Beschaffungsstrategie ausgeglichen und marktfähig.

Netznutzungsentgelte Strom

Die Netznutzungsentgelte Strom zum 01.01.2015 wurden unter Beachtung der Vorgaben der Behörde zur Ermittlung der Erlösobergrenze fristgerecht berechnet und im Internet veröffentlicht. Die erforderlichen Unterlagen wurden der Regulierungsbehörde zur Prüfung übergeben.

Gasversorgung

Gasverkauf

Die Möglichkeiten der strukturierten Gasbeschaffung wurden auch genutzt, um weitere Geschäftskunden außerhalb der Stadt Brandenburg an der Havel zu gewinnen. Durch die Ausweitung des Onlineangebotes auch für Erdgas konnten Erdgaskunden hinzugewonnen werden. Der Gasabsatz ist auf Grund der extrem milden Witterung auch in 2015 deutlich geringer als in den Vorjahren. Zum 01. Januar 2016 wurde den Kunden ein erneutes Festpreisangebot im Privat- und Gewerbe-segment angeboten. Die hohe Anzahl an unterzeichneten „Fixverträgen“ (68%) bestätigt die Akzeptanz dieses Vertragsmodells bei unseren Kunden.

Gasbeschaffung

Durch die strukturierte Gasbeschaffung konnten 2015 die Gaspreise trotz zusätzlicher Belastung des Endkundenpreises durch Bilanzierungsumlage und Anstieg vorgelagerter Netzkosten konstant gehalten werden. Die mit der strukturierten Gasbeschaffung einhergehenden Risiken haben sich als gut beherrschbar erwiesen.

Die Kooperation mit den Städtischen Betriebswerken Luckenwalde und den Stadtwerken Leipzig hat sich bewährt. Im Ergebnis konnten die Kosten der Ausgleichsenergie und Strukturierungsbeiträge in 2015 nochmals minimiert werden.

Netznutzungsentgelte Gas

Die Netznutzungsentgelte Gas zum 01. Januar 2015 wurden unter Beachtung der Vorgaben der Behörde zur Ermittlung der Erlösobergrenze fristgerecht berechnet und im Internet veröffentlicht. Die erforderlichen Unterlagen wurden der Regulierungsbehörde zur Prüfung übergeben.

Kostenprüfung Gas 2. Regulierungsperiode

Mit Datum vom 28. Januar 2014 wurden der StWB die endgültige Festlegung der kalenderjährlichen Erlösobergrenzen für die zweite Regulierungsperiode (2013 bis 2017) übermittelt. Insbesondere aufgrund der aus unserer Sicht unsachgemäßen Kürzung des sogenannten DDR-Altanlagevermögens (Anlagevermögen vor dem Jahr 1990) wurde beim Brandenburgischen Oberlandesgericht Beschwerde eingelegt. Der erste mündliche Verhandlungstermin wurde vom 04.08.2015 auf den 22.03.2016 verschoben.

Wärmeversorgung

StWB verfolgt konsequent das Ziel, den durch den Rückbau erfolgten Rückgang des Wärmeabsatzes durch den Neuanschluss nicht fernwärmeversorgter Gebäude auszugleichen. Im Geschäftsjahr 2015 wurden in der Karl-Marx-Straße und im Stadtteil Nord weitere Kunden an das Fernwärmenetz angeschlossen. Des Weiteren konnte mit einem Großkunden ein neuer, langfristiger Wärmeliefervertrag abgeschlossen werden. Alternativ zur indexgebundenen Preisgleitung des Arbeitspreises in der Fernwärme bietet StWB den Kunden einen zeitlich fixierten Festpreis an. Die Mehrzahl der Kunden entscheidet sich für die angebotenen Festpreise.

Regenerative Energiequellen

Der Zubau von EEG-Anlagen im Netz der StWB war im Jahr 2015 gering. Zum 31. Dezember 2015 waren 266 (2014: 253) Photovoltaikanlagen mit einer installierten Leistung von 33,5 MW (2014: 33,3 MW) am Netz der StWB angeschlossen. Die erzeugte Energiemenge für das Jahr 2015 aus diesen Anlagen mit 34,9 GWh ist im Vergleich zum Vorjahr (2014: 33,7 GWh) leicht gestiegen. Zudem wurden ca. 393 MWh (2014: 482 MWh) Energie aus Wasserkraftanlagen eingespeist. In 2015 speisten 16 (2014: 16) KWK-Anlagen in das Netz der StWB ca. 34,8 GWh Strom (2014: 26,6 GWh) ein.

Vermögens- und Finanzlage sowie Investitionen

Das Bruttoinvestitionsvolumen -ohne Berücksichtigung der erhaltenen Fördermittel und Ertragszuschüssen in Höhe von 0,7 Mio. € lag im Berichtsjahr deutlich unter dem Vorjahr (4,9 Mio. €, 2014: 10,5 Mio. €). Insbesondere durch außerplanmäßige Abschreibungen verringerte sich das Anlagevermögen gegenüber Vorjahr um 5,0 Mio. €. Die Anlagenintensität beträgt 78% (2014: 85%).

Das Eigenkapital ist auf ca. 55,0 Mio. € gestiegen (2014: 48,2 Mio. €). Diese positive Entwicklung basiert auf dem Jahresergebnis 2015.

Unter dem Umlaufvermögen (24,2 Mio. €, 2014: 16,3 Mio. €) erfolgt der Ausweis der Vorräte (Heizöl und Emissionen), Forderungen gegen verbundene Unternehmen, der sonstigen Vermögensgegenstände und der liquiden Mittel. Die Liquidität III. Grades beträgt 100% (2014: 45%).

Die Zinsaufwandsquote (1,3%) hat sich gegenüber dem Vorjahr (1,9%) verringert.

Der Cashflow in Höhe von 22.356 T€ (2014: 22.572 T€) ist nahezu unverändert geblieben.

Die Gesamtkapitalrentabilität ist mit 12% (2014: 29%) im Wesentlichen auf den geringeren Jahresüberschuss zurückzuführen.

Die Investitionsausgaben betrafen in 2015 Investitionen in die Leitungsnetze und die zugehörigen Anlagen in den Sparten Strom (1,6 Mio. €), Gas (0,7 Mio. €) und Wärme (1,8 Mio. €). Des Weiteren wurden ca. 0,5 Mio. € in die Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie 0,3 Mio. € in die Hard- und Software investiert.

Der Liquiditätsbestand betrug stichtagsbedingt zum 31. Dezember 2015 ca. 6,0 Mio. € (2014: 1,1 Mio. €).

Die Gesellschaft konnte im abgelaufenen Geschäftsjahr ihren finanziellen Verpflichtungen jederzeit nachkommen.

Ertragslage

Das operative Ergebnis beläuft sich auf 10,0 Mio. € und liegt damit um ca. 13,0 Mio. € unter dem Vorjahresergebnis. Im Wesentlichen resultiert dies aus der im Jahr 2014 vorgenommenen Auflösung von Rückstellungen sowie der Rücknahme außerplanmäßiger Abschreibungen. Im Gegensatz dazu sind die Umsatzerlöse (81,8 Mio. €, 2014: 80,1 Mio. €) leicht gestiegen.

Im Geschäftsbereich Strom-Vertrieb sind die Absatzmengen insgesamt um rd. 1,5 GWh auf 162 GWh leicht gestiegen. Dies resultiert vor allem aus dem Anstieg des Absatzes bei den exterritorialen Tarif- und Sondervertragskunden. Insgesamt sind die Umsatzerlöse aufgrund des rückläufigen Absatzes im Sonderkundenbereich im Netzgebiet der StWB um 0,4 Mio. € gesunken.

Im Rahmen der Kooperationsvereinbarung mit den Stadtwerken Oranienburg und den Städtischen Betriebswerken Luckenwalde wurden 7,2 GWh (2014: 10,1 GWh) Strom für die tägliche Glatstellung und Regelenergie geliefert.

Der Umsatz in der Stromeinspeisung liegt nahezu auf dem Vorjahresniveau (2014: 3,0 Mio. €).

Im Geschäftsbereich Gas-Vertrieb konnten die Absatzmengen im Sonder- und Tarifikundengeschäft um rd. 19 GWh gesteigert werden (277 GWh, 2014: 258 GWh). Insgesamt sind die Umsatzerlöse um 0,6 Mio. € auf 13,4 Mio. € gestiegen.

Im Geschäftsbereich Wärmeversorgung liegen die Absatzmengen über dem Vorjahr (164 GWh, 2014: 151 GWh). Die Umsatzerlöse sind demzufolge um 0,7 Mio. € auf 15,3 Mio. € gestiegen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge (8,4 Mio. €) sind gegenüber dem Vorjahr (22,8 Mio. €) um 14,4 Mio. € gesunken. Dies ist unter anderem auf die Auflösung von nicht mehr benötigten Verbindlichkeitsrückstellungen in Höhe von 12,3 Mio. € sowie der Rücknahme vorgenommener außerplanmäßiger Abschreibung auf das Heizkraftwerk (4,1 Mio. €) im Geschäftsjahr 2014 zurückzuführen.

Der Materialaufwand ist im Vergleich zum Vorjahr leicht gesunken (54,1 Mio. €, 2014: 54,5 Mio. €).

Die Abschreibungen liegen über dem Vorjahresniveau (9,8 Mio. €, 2014: 5,5 Mio. €) und sind zum größten Teil auf die außerplanmäßige Abschreibung der Wiemannwerft (3,4 Mio. €) zurückzuführen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind gegenüber 2014 gesunken (6,7 Mio. €, 2014: 9,8 Mio. €). Der Hauptgrund hierfür ist die Wiedereinstellung des Sonderpostens gem. § 4 FöGbG (Gesetz über Sonderabschreibungen und Abzugsbeträge im Fördergebiet - Fördergebietsgesetz) im Geschäftsjahr 2014 in Höhe von 2,1 Mio. €.

Der Jahresüberschuss in Höhe von 12,4 Mio. € liegt um rd. 19 Mio. € unter dem Ergebnis des letzten Jahres.

Die Finanzlage ist als gut, die Vermögens- und Ertragslage sind als sehr gut einzuschätzen. Die Eigenkapitalquote beträgt 48% (2014: 43%).

Aufgrund der mit den Hausbanken vereinbarten Kreditlinien können die geplanten Investitionen problemlos getätigt werden. Trotz des schwierigen Marktumfeldes wird StWB durch die Optimierung der internen Prozesse und Nutzung der sich am Markt ergebenden Chancen durch Diversifikation der Produktpalette aktiv daran arbeiten, seine Position als erfolgreicher und vor allem kundenorientierter Energiedienstleister weiter auszubauen.

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Der sich aus der lokalen Präsenz ergebende persönliche Kundenkontakt stellt einen wesentlichen Beitrag zum Erfolg des Unternehmens dar. Ein breites Produktportfolio ermöglicht es dem Unternehmen, die Energielieferung individuell auf die Bedürfnisse des Kunden auszurichten.

Trotz zunehmenden Wettbewerbs konnte StWB sich auf dem angestammten lokalen Markt gut behaupten. Das gelingt zum einen durch den Ausbau der Onlineaktivitäten und einer daraus resultierenden Effizienzsteigerung sowie eine Optimierung der Beschaffungskosten

durch den strukturierten Energieeinkauf. Die sich daraus ergebenden Kostenvorteile werden an die Kunden der StWB weitergegeben.

Das Unternehmen verfolgt eine Wachstumsstrategie, wobei sich die Aktivitäten im Haushaltskundenbereich auf den ostdeutschen Raum beschränken.

StWB setzt weiter auf den Ausbau sowie die Optimierung der Fernwärmeversorgung. Der zukünftigen Herausforderung einer regionalen, umwelt- und klimafreundlichen Versorgung der Kunden mit Strom, Gas und Wärme stellt sich das Unternehmen durch den Einsatz hocheffizienter Erzeugungs- und Verteileranlagen.

Als Netzbetreiber für das Strom- und Gasnetz der Stadt Brandenburg an der Havel sind die regulatorischen Rahmenbedingungen maßgeblich. StWB trifft hierbei die Entscheidung hinsichtlich Investitionen und Instandhaltung unter Beachtung der Gesichtspunkte Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit.

Das Risikomanagement der StWB stellt durch ein internes Überwachungssystem sicher, dass bestehende Risiken rechtzeitig erfasst, analysiert und bewertet und ggf. entsprechende Gegenmaßnahmen eingeleitet werden können.

Zum kontinuierlichen Prozess der Risikokommunikation gehört eine ständige Aktualisierung von bestehenden oder hinzukommenden Risiken, im Bedarfsfall eine Risikominimierung sowie eine permanente bereichs- und hierarchieübergreifende Risikokommunikation. Die Auswertung der Risiken erfolgt in einem Risikoprofil, das auch die Eintrittswahrscheinlichkeit berücksichtigt.

Vorrangig werden die Absatz-, Beschaffungs- und regulierten Märkte sowie die Auslastung des HKW überwacht.

Forderungsausfallrisiken werden durch ein konsequentes Forderungsmanagement kontinuierlich überwacht.

Zum 1. Januar 2016 haben die StWB die Gaspreise erneut konstant gehalten und für ein bzw. zwei Jahre Festpreise angeboten. Auch die Strompreise bleiben in 2016 konstant, obwohl die gesetzlichen Umlagen für EEG, KWKG, §19 StromNEV (außer für abschaltbare Lasten) in Summe um 0,60 ct/kWh gestiegen sind. Trotz des Anstiegs konnte den Kunden für 2016 erneut ein Festpreisprodukt angeboten werden. Die gute Abschlussquote der unterzeichneten „Fixverträge“ der Vorjahre konnte auch in 2016 erreicht werden und spiegelt die hohe Kundenbindungsbereitschaft an StWB wider.

Es ist weiter damit zu rechnen, dass der verschärfte Wettbewerb bei Strom und Gas sowie der Trend zur weiteren Regulierung des energiewirtschaftlichen Umfelds deutliche Auswirkungen auf die künftigen Unternehmensergebnisse haben werden.

Unter Berücksichtigung normaler Witterungsbedingungen werden für das nächste Geschäftsjahr leicht steigende Umsatzerlöse erwartet. Bei voraussichtlich niedrigeren sonstigen betrieblichen Erträgen plant die Geschäftsführung für die kommenden Jahre Ergebnisse, die leicht unter denen des Jahres 2015 liegen werden.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Erhöhung Gewinnvortrag um 30.762.907,47 € nicht ausgeschütteter Gewinn aus 2014 gemäß Gesellschafterbeschluss vom 10.06.2015.
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Vom Jahresüberschuss 2014 in Höhe von 31.270.038,39 € wurden 5.000.000,00 € gemäß Beschluss vom 10.06.2015 an die Gesellschafter ausgeschüttet.
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Keine

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2013	2014	2015
<u>Aktivseite</u>			
A. Anlagevermögen	85.761	94.835	89.819
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	620	727	889
II. Sachanlagen	52.182	61.149	55.970
III. Finanzanlagen	32.960	32.960	32.960
B. Umlaufvermögen	19.924	16.305	24.235
I. Vorräte	592	1.004	924
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	13.952	14.192	17.324
III. Kassenbestand, Guthaben	5.379	1.109	5.987
C. Rechnungsabgrenzungsposten	176	213	381
D. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensberechnung	59	94	125
<u>Passivseite</u>			
A. Eigenkapital	22.559	48.229	54.977
I. Gezeichnetes Kapital (ab 2015 Kommanditkapital)	8.181	8.181	8.200
II. Variables Kapital	0	0	-491
III. Kapitalrücklage	3.662	3.662	34.855
IV. Gewinnrücklagen	623	623	0
V. Gewinnvortrag	3.117	4.493	0
VI. Jahresüberschuss	6.976	31.270	12.414
B. SoPo mit Rücklagenanteil	2.307	3.762	3.162
C. SoPo für Investitionszulagen	1.294	2.427	1.560
D. Baukostenzuschüsse	9.094	8.779	8.244
E. Rückstellungen	30.551	8.013	8.013
F. Verbindlichkeiten	40.054	40.220	38.589
G. Rechnungsabgrenzungsposten	62	17	15
Bilanzsumme	105.920	111.447	114.560

Ertragslage der Gesellschaft

GuV	(Angaben in T€)		
	2013	2014	2015
1. Umsatzerlöse	81.964	80.170	81.817
2. Andere aktivierte Eigenleistungen	93	92	85
3. Sonstige betriebliche Erträge	12.500	22.753	8.421
4. Materialaufwand	-58.422	-54.491	-54.081
5. Personalaufwand	-8.434	-9.434	-9.235
6. Abschreibungen	-6.630	-5.483	-9.787
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-9.050	-9.832	-6.833
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	340	31	25
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-1.480	-1.492	-1.054
10. Erträge aus Beteiligungen	111	1.939	1.892
11. Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	0	0	4.344
11. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	10.993	24.254	15.595
12. Außerordentliche Erträge	0	10.422	0
13. Steuern vom Einkommen und Ertrag	-2.831	-2.510	-2.832
14. Sonstige Steuern	-1.187	-895	-349
15. Jahresergebnis	6.976	31.270	12.414

III.2.4.2.1 BRAWAG GmbH Wasser- und Abwassergesellschaft Brandenburg an der Havel

Geschäftsbereich

Trinkwasserversorgung und Abwasserbetrieb

Firmensitz

Upstallstr. 25
14772 Brandenburg an der Havel
Tel.: 03381/54 30
Fax: 03381/54 31 99
Internet: www.brawag.de

Gründung

Die BRAWAG (Wasser- und Abwassergesellschaft Brandenburg an der Havel) wurde auf der Grundlage des zwischen der Stadt Brandenburg an der Havel, der TWB (Technische Werke Brandenburg an der Havel GmbH), der Metallgesellschaft AG (MG) und der Westfälischen Ferngas AG (WFG) am 12.08.1993 geschlossenen Konsortialvertrages gegründet.

Die Metallgesellschaft hat mit Kauf- und Abtretungsverträgen vom 19.05.1998 ihren Geschäftsanteil an die TWB und an die Westfälische Ferngas AG mit Gewinnbezugsrecht ab 01.01.1998 veräußert.

Mit Kauf- und Abtretungsvertrag vom 08.10.2002 erwarben die Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH (StWB) die Anteile der TWB an der BRAWAG in Höhe von 67,55% und wurde somit zum Mehrheitsgesellschafter der BRAWAG.

Am 12.12.2005 haben die StWB den notariellen Kauf- und Abtretungsvertrag mit der RWE Energy AG über den Erwerb der Restbeteiligung von 32,45% an der BRAWAG unterzeichnet. Die BRAWAG ist nunmehr 100%-ige Tochter der StWB.

Die Stadt Brandenburg an der Havel hat die Trinkwasserversorgung auf die BRAWAG übertragen. Mit rechtlicher und wirtschaftlicher Wirkung wurde das der TWB zuvor von der Stadt Brandenburg an der Havel übertragene Trinkwasservermögen als Sacheinlage in die BRAWAG zum 01.07.1994 eingelegt.

Der Abwasserbetrieb wurde bereits am 24.06.1993 als eigenbetriebsähnliche Einrichtung gegründet. Bis zum Inkrafttreten der Eigenbetriebsverordnung des Landes Brandenburg als gesetzliche Grundlage für Eigenbetriebe am 27.03.1995 war der Abwasserbetrieb formalrechtlich wie ein als Eigenbetrieb geführter Regiebetrieb der Stadt anzusehen.

Der BRAWAG wurden die Aufgaben der Betriebsführung des städtischen Abwasserbetriebs mit wirtschaftlicher und rechtlicher Wirkung zum 01.07.1994 übertragen.

Mit Vertrag vom 24.08.1998 übertrug die Stadt Brandenburg an der Havel ihren Abwassereigenbetrieb im Wege der Ausgliederung nach den §§ 168, 123 ff. Umwandlungsgesetz

(UmwG) auf die BRAWAG mit Ausgliederungstichtag 01.01.1998. Das übertragene Vermögen ging mit Eintragung in das Handelsregister am 21.12.1998 mit dinglicher Wirkung auf den übernehmenden Rechtsträger BRAWAG über.

Gezeichnetes Kapital/ Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital 6.646.794,46 €

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt zum 31. Dezember 2006 TDM 13.000 (= 6.647 T€). Die Umstellung auf Euro steht bislang noch aus.

StWB GmbH & Co. KG 100%

Unterbeteiligungen

Die Gesellschaft hat keine Tochterunternehmen und ist an keinem Unternehmen wesentlich beteiligt.

Gesellschaftsvertrag

Der Gesellschaftsvertrag datiert vom 24. August 1998.

Die Gesellschaft ist beim Amtsgericht Potsdam unter der HRB-Nr. 67 22P eingetragen.

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführung*

Uwe Müller

- *Gesellschafterversammlung*

Die Vertretung des Gesellschafters in der Gesellschafterversammlung wird seit 08.10.2002 durch die Geschäftsführung der Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH (StWB) wahrgenommen.

Im Geschäftsjahr 2015 fanden zwei Gesellschafterversammlungen statt.

Gegenstand

Planung, Finanzierung, Bau und Betrieb von Einrichtungen der Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und Klärschlamm Entsorgung, fachliche Beratung in diesen Bereichen sowie die Übernahme aller Werk- oder Dienstleistungen für Unternehmen der Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und Klärschlamm Entsorgung.

Gegenstand ist insbesondere der Betrieb von derartigen Einrichtungen für Dritte auf Grund von Betreiber- und Dienstleistungsverträgen.

Die Gesellschaft ist ein Ver- und Entsorgungsunternehmen. Es beliefert seine Kunden mit Trinkwasser, das durch eigene Anlagen gefördert, erzeugt und transportiert wird. Des Weiteren betreibt sie auf Grundlage eines Betreibervertrages mit eigenen Anlagen die Abwasserbehandlung und Abwasserentsorgung für die Stadt Brandenburg an der Havel. Dafür erstat-

tet die Stadt Brandenburg an der Havel der BRAWAG den zur Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen vereinbarten Selbstkostenfestpreis.

Öffentlicher Zweck

Gemäß § 2 Abs. 1 der Kommunalverfassung des Land Brandenburg (BbgKVerf) erfüllt die Gemeinde alle Aufgaben der örtlichen Gemeinschaft in eigener Verantwortung. Hierzu gehört gemäß § 2 Abs. 2 BbgKVerf auch die Versorgung mit Wasser sowie die Abwasserbeseitigung und -behandlung. Diese Aufgaben werden konkretisiert durch § 59 und § 66 des Brandenburgischen Wassergesetzes. Weitere zu beachtende Grundlagen sind die Trinkwasserversorgungssatzung, die Grubensatzung, die Entwässerungssatzung und Abwassergebührensatzung der Stadt Brandenburg an der Havel. In diesem Zusammenhang bedient sich die Stadt Brandenburg an der Havel der BRAWAG.

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2013	2014	2015
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	98%	98%	97%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	45%	59%	57%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	60%	75%	78%
Zinsaufwandquote	4,2%	3,6%	3,4%
Liquidität 3. Grades	6%	9%	18%
Cashflow	6.329 T€	26.388 T€	8.759 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	4%	18%	6%
Umsatz	19.466 T€	19.803 T€	20.039 T€
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	2.570 T€	14.736 T€	0 T€
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	14%	13%	13%
Anzahl der Mitarbeiter	40	40	44

Lagebericht der Gesellschaft

Geschäftsverlauf

Positiv hervorzuheben ist, dass die Bevölkerungszahl in der Stadt Brandenburg an der Havel gegenüber dem Vorjahr um 1% gestiegen ist.

Zum 1. Januar 2015 erfolgte eine Anpassung des Trinkwasserpreismodells. Die Deckung der fixen Vorhaltekosten für die Anlagen zur Trinkwasserversorgung über verbrauchsunabhängige Grundpreise wurde erhöht. Ziel ist es, den Mengenpreis unabhängiger von Verbrauchsschwankungen stabil zu halten. In diesem Zusammenhang wurde der Trinkwasserpreis von 1,77 €/m³ brutto in 2014 auf 1,50 €/m³ brutto in 2015 abgesenkt. Zeitgleich hat die Stadt Brandenburg an der Havel ihre Gebührenstruktur angepasst.

Die verkaufte Trinkwassermenge ist im Vergleich zum Vorjahr um 2,2% gestiegen. Dies ist zum einen auf die leicht gestiegene Bevölkerungszahl und zum anderen aber auch auf die Bundesgartenschau 2015 Havelregion zurückzuführen.

Die auf die Kläranlage aufgeführten Mengen sind gegenüber dem Vorjahr um ca. 3,4% gesunken.

Die Anzahl der Schäden im Trinkwassernetz ist weiterhin rückläufig. Anzahl und Umfang der Schadensfälle im Anlagen- und Netzbereich der Abwasserentsorgung weisen bis auf die Störungen an den Abwasserpumpwerken, die im Wesentlichen auf Starkregenereignisse zurückzuführen sind, keine Besonderheiten auf.

Das an die Kunden gelieferten Trinkwasser entsprach ganzjährig den Vorgaben der Trinkwasserverordnung. Dies spiegelt die hohe Qualität der technischen Anlagen sowie den optimalen fachlichen Betrieb durch das Personal der BRAWAG wider.

Trinkwasser

Versorgungsmengen	Leitungsnetz	Trinkwasserhausanschlüsse
- durchschnittlich 10.500 m ³ täglich	- Hauptleitungen = 94,19 km - Versorgungsleitungen = 292,29 km - Hausanschlussleitungen = 137,3 km - die größten Leitungen haben einen Durchmesser von 800 mm	- 12.095 Stück im Versorgungsgebiet

Abwasser

Entsorgungsmengen	Leitungsnetz
- Trockenwetter: ca. 10.000 m ³ /d - Regenwetter: bis zu 33.000 m ³ /d	- Abwasserdruckleitungen: 79,5 km - Mischwassersammler: 54,9 km - Schmutzwassersammler: 171,6 km - Regenwassersammler: 113 km - begehbare Kanäle: 3,9 km - Anzahl Hausanschlüsse: 10.188 Stück

Steuerlicher Querverbund

Zur Optimierung des TWB-Konzerns erfolgte rückwirkend zum 1. Januar 2015 die Begründung eines steuerlichen Querverbundes in der Stadt Brandenburg an der Havel, um die positiven Einkünfte der Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH (StWB) und der BRAWAG GmbH Wasser- und Abwassergesellschaft Brandenburg an der Havel (BRAWAG) mit den Verlustvorträgen der TWB verrechnen zu können. Um dies zu erreichen, wurde die Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH in eine Personengesellschaft – die StWB Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH & Co. KG, Brandenburg an der Havel – umgewandelt und ein Ergebnisabführungsvertrag zwischen der StWB und der BRAWAG abgeschlossen. Daher fallen bei der BRAWAG keine Steuern vom Einkommen und Ertrag mehr an und das Ergebnis muss vollständig an die Muttergesellschaft abgeführt werden.

Ertragslage

Die Umsatzerlöse von insgesamt 20,0 Mio. € sind gegenüber dem Vorjahr um 1,2% gestiegen. Die Umsatzerlöse aus Trinkwasserverkauf (7,1 Mio. €) sind mengen- und preisbedingt um 4,5% gestiegen. Die Umsatzrendite beläuft sich auf 21,7% (2014: 20,9%).

Das Betreiberentgelt für den Betrieb der Abwasserentsorgungseinrichtungen ist gegenüber dem Vorjahr um 2,3% auf 12,1 Mio. € netto gestiegen.

Im Geschäftsjahr wurden weniger Hausanschlüsse hergestellt und abgerechnet (0,2 Mio. €, 2014: 0,4 Mio. €).

Die sonstigen betrieblichen Erträge (0,5 Mio. €, 2014: 4,2 Mio. €) sind im Wesentlichen durch geringere Auflösung von Rückstellungen gegenüber Vorjahr um 3,7 Mio. € gesunken.

Der Materialaufwand im Geschäftsjahr 2015 beträgt 5,0 Mio. € (2014: 5,4 Mio. €) und ist im Vergleich zum Vorjahr aufgrund der niedrigeren Aufwendungen für Strombezug und Fremdleistungen für die Weiterberechnungen gesunken.

Der Personalaufwand (2,6 Mio. €) liegt annähernd auf Vorjahresniveau.

Das Finanzergebnis beträgt -0,7 Mio. € und entspricht annähernd dem Vorjahr.

Durch den Ergebnisabführungsvertrag mit der StWB fallen bei der BRAWAG keine Steuern vom Einkommen und Ertrag an. Das Ergebnis in Höhe von 4,3 Mio. € wird vollständig an die Muttergesellschaft abgeführt. Der Jahresüberschuss beträgt damit 0,0 Mio. €

Vermögens- und Finanzlage sowie Investitionen

Das Vermögen der BRAWAG (Anlagenquote) setzt sich zu 96,8% (2014: 98,2%) aus dem Anlagevermögen zusammen. Es beinhaltet die Trink- und Abwassernetze, die Wassergewinnungs-, Wasseraufbereitungs- und Wasserspeicherungsanlagen, Pumpwerke und die Kläranlage Brandenburg-Briest.

Im Geschäftsjahr 2015 wurden insgesamt 2,4 Mio. € (2014: 7,1 Mio. €) investiert, davon 1,1 Mio. € (2014: 2,6 Mio. €) im Trinkwasserbereich, 1,2 Mio. € (2014: 4,4 Mio. €) im Abwasserbereich und 0,1 Mio. € (2014: 0,1 Mio. €) im Verwaltungsbereich. Schwerpunkte waren die Projekte Erneuerung Trinkwasserleitungen Magdeburger Landstraße und Stahlleitung Kirchmöser. Des Weiteren wurde die Erschließung des Grabower Weg abgeschlossen und

das Fernwirknetz erweitert. Darüber hinaus wurden ein Kalksilo und ein Notstromaggregat angeschafft. Die Modernisierung der Blockheizkraftwerke (BHKWs) auf der Kläranlage Briest wurde ebenfalls abgeschlossen. Die Anlagen wurden nach dem KWKG (Kraft-Wärme Kopplungsgesetz 2014) gefördert.

Das Eigenkapital in Höhe von 48,3 Mio. € (2014: 50,1 Mio. €) ist um 1,8 Mio. € gesunken. Dies ist auf die Ausschüttung in 2015 zurückzuführen.

Bei dem Fremdkapital sind die Verbindlichkeiten gegenüber dem Gesellschafter (4,4 Mio. €, 2014: 0,4 Mio. €) gestiegen. Dies ist im Wesentlichen auf den Ergebnisabführungsvertrag zwischen BRAWAG und StWB zurückzuführen. Die Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt Brandenburg an der Havel haben sich um 1,7 Mio. € im Vergleich zum Vorjahr erhöht. Der Ausgleich erfolgte im I. Quartal 2016. Die Bankverbindlichkeiten (20,6 Mio. €, 2014: 24,4 Mio. €) und die Lieferantenverbindlichkeiten (0,5 Mio. €, 2014: 1,7 Mio. €) sind gesunken. Der Neuaufnahme von Darlehen (4,0 Mio. €) stehen Tilgungen (7,8 Mio. €) bei den Kreditinstituten gegenüber.

Die Gesellschaft konnte ihren finanziellen Verpflichtungen im gesamten Geschäftsjahr jederzeit nachkommen. Der Liquiditätsbestand betrug zum Jahresende 2,0 Mio. € (2014: 0,3 Mio. €). Die Liquidität 3. Grades hat sich um 9% verbessert und beläuft sich auf 18%.

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Das geplante Investitionsvolumen der BRAWAG für das Jahr 2016 beträgt 3,0 Mio. €. Davon sollen 2,2 Mio. € in die Erneuerung, den Neu- und Ausbau von Trink- und Abwasserleitungen fließen. Weitere Investitionsmaßnahmen sind für das Wasserwerk Mahlenzien (0,1 Mio. €) sowie für die Kläranlage Briest (0,2 Mio. €) geplant. Außerdem werden 0,4 Mio. € in Betriebs- und Geschäftsausstattung investiert.

Die Finanzierung der geplanten Investitionen wird aus dem Cashflow der laufenden Geschäftstätigkeit und geplanter Darlehensneuaufnahmen erfolgen.

Der Trinkwasserpreis bleibt in 2016 konstant. Insgesamt gehen wir von leicht sinkenden Umsatzerlösen in 2016 gegenüber 2015 aus.

Aus der Nachkalkulation Schmutz- und Niederschlagswasser für 2014 ergibt sich eine Unterdeckung, die in 2016 gebührenwirksam ausgeglichen wird. Die Schmutzwassermengengebühr und in diesem Zusammenhang die Aufleitgebühr betragen 3,20 €/m³. Durch die Unterdeckung aus dem Jahr 2014 ergab sich ein Anstieg der Niederschlagsgebühr sowie der Grundwassereinleitgebühr zum 1. Januar 2016. Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit der BRAWAG wird 3,7 Mio. € betragen.

Die Zahlungsfähigkeit ist durch ständige Überwachung der Liquidität und der Fälligkeiten jederzeit sichergestellt.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Vom Jahresüberschuss 2014 i. H. v. 14.736.129,65 € wurden gemäß Gesellschafterbeschluss vom 06.05.2015 1.800.000,00 € ausgeschüttet, der Rest i. H. v. 12.936.129,65 € wurde in die Gewinnrücklage eingestellt.
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Keine
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Investitionszuschüsse wurden in 2015 für die Brunnensanierung und die Sanierung des Rohwassersammelbrunnens der Westfassung des Wasserwerkes Mahlenzien im Umfang von 570 T€ seitens der Stadt gewährt. Betreiberentgelt gemäß Betreibervertrag (vom 12.01.1999) in Höhe von 12.079.713,43 € für das Jahr 2015.

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2013	2014	2015
<u>Aktivseite</u>			
A. Anlagevermögen	80.368	83.813	81.815
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	331	279	175
II. Sachanlagen	80.037	83.534	81.640
B. Umlaufvermögen	1.405	1.271	2.627
I. Vorräte	0	0	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	830	929	658
III. Kassenbestand, Guthaben	575	342	1.969
C. Rechnungsabgrenzungsposten	374	246	80
<u>Passivseite</u>			
A. Eigenkapital	37.184	50.120	48.320
I. Gezeichnetes Kapital	6.647	6.647	6.647
II. Kapitalrücklage	20.533	20.533	20.533
III. Gewinnrücklagen	3.925	8.204	21.140
IV. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	3.509	0	0
V. Jahresfehlbetrag/-überschuss	2.570	14.736	0
B. Sonderposten	6.627	6.398	6.715
C. Rückstellungen	13.697	1.256	1.203
D. Verbindlichkeiten	24.568	27.486	28.217
E. Rechnungsabgrenzungsposten	72	70	67
Bilanzsumme	82.148	85.330	84.522

Ertragslage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
GuV	2013	2014	2015
1. Umsatzerlöse	19.466	19.803	20.039
2. Aktivierte Eigenleistungen	91	165	50
3. Sonstige betriebliche Erträge	731	4.173	508
4. Materialaufwand	-5.432	-5.387	-5.025
5. Personalaufwand	-2.765	-2.586	-2.601
6. Abschreibungen	-3.722	-3.694	-4.415
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-3.756	-3.930	-3.511
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	5	2	3
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-811	-714	-686
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	3.806	7.832	4.361
11. Außerordentliche Erträge	0	8.496	0
12. Steuern vom Einkommen und Ertrag	-1.220	-1.575	0
13. Sonstige Steuern	-16	-17	-17
14. Aufgrund eines Gewinnabführungsvertrages abgeführter Gewinn			-4.344
15. Jahresergebnis	2.570	14.736	0

III.2.4.2.2 BDL Brandenburger Dienstleistungen GmbH

Geschäftsbereich

Servicegesellschaft (z.B. Hausmeisterservice, Gebäudedienstleistungen usw.)

Firmensitz

Am Industriegelände 7
14772 Brandenburg an der Havel

Tel.: 03381/797 24 11

Fax: 03381/797 24 29

E-mail: info@bdl-brb.de

Internet: www.bdl-brb.de

Gründung

Der frühere VEB Dienstleistungsbetrieb wurde am 01.06.1990 in die Brandenburger Dienstleistungen GmbH (BDL) umgewandelt.

Die Gesellschaft ist beim Amtsgericht Potsdam im Handelsregister unter der HRB Nr. 365P seit dem 10. August 1990 eingetragen.

Gezeichnetes Kapital/ Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital 434.600,00 €

StWB GmbH & Co. KG 100%

Die Gesellschaft ist eine 100-prozentige Tochtergesellschaft der Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH & Co. KG (StWB); oberstes Mutterunternehmen sind die Technischen Werke Brandenburg an der Havel GmbH. Die BDL wird sowohl in den Teilkonzernabschluss der StWB GmbH & Co. KG als auch in den Konzernabschluss der Technische Werke Brandenburg GmbH, Brandenburg an der Havel, als Muttergesellschaft der StWB GmbH & Co. KG einbezogen.

Unterbeteiligungen

Die Gesellschaft ist an keinem weiteren Unternehmen beteiligt.

Gesellschaftsvertrag

Der aktuelle Gesellschaftsvertrag datiert vom 27. Januar 2004.

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführung*

Holger Ulbricht

- *Gesellschafterversammlung*

Die Vertretung des Gesellschafters in der Gesellschafterversammlung erfolgt durch die Geschäftsführung der StWB. Im Geschäftsjahr 2015 haben zwei Gesellschafterversammlungen stattgefunden. Gesonderte Ausschüsse bestehen nicht.

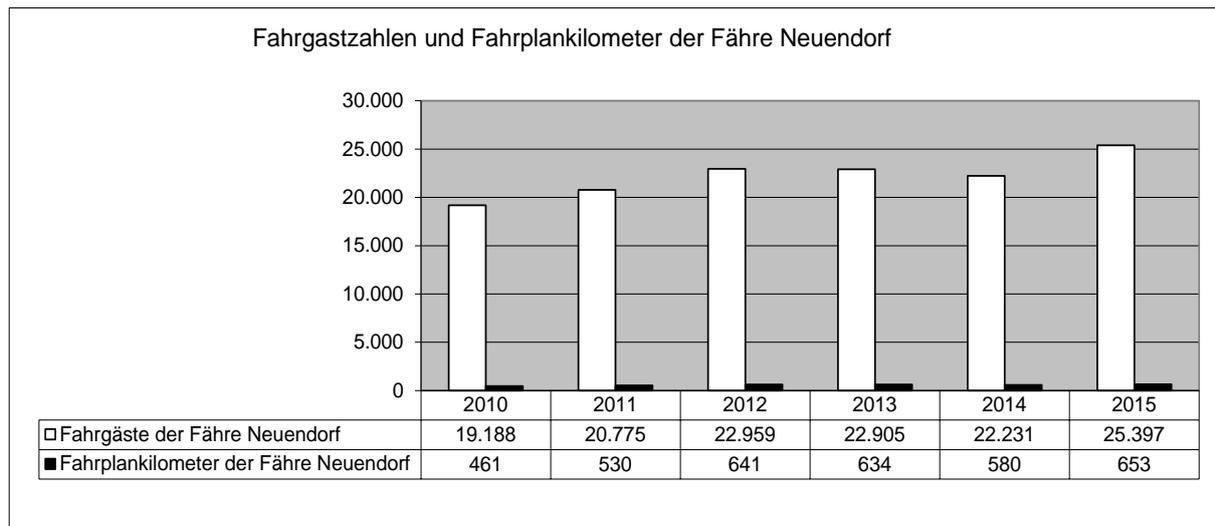
Gegenstand

- Übernahme von kaufmännischen und technischen Betriebsführungen
- Erbringung von kaufmännischen und technischen Dienstleistungen für Dritte
- Übernahme von Werk- und Dienstleistungen bezüglich von Anlagen der Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und Klärschlamm Entsorgung einschließlich deren Betrieb im eigenen Namen für Dritte
- Ausführung von Gebäudedienstleistungen und Hausbetreuungs-, Hausmeister- und Abrechnungsdienste
- Erbringung von EDV-Dienstleistungen sowie die Installation, Instandhaltung, Wartung derselben
- Betrieb und Wartung von Heizungs- und Sanitäranlagen im eigenen Namen für Dritte
- Betreiber der Fähre Neuendorf

Öffentlicher Zweck

Die BDL unterstützt als Service-Gesellschaft die StWB in der Erfüllung ihres öffentlichen Zwecks.

Statistische Angaben



Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2013	2014	2015
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	41%	39%	30%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	77%	81%	75%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	188%	208%	255%
Zinsaufwandquote	0,00%	0,01%	0,00%
Liquidität 3. Grades	255%	325%	283%
Cashflow	275 T€	322 T€	389 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	8%	10%	13%
Umsatz	3.016 T€	2.947 T€	2.988 T€
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	109 T€	147 T€	223 T€
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	67%	67%	66%
Anzahl der Mitarbeiter	68	66	64

Lagebericht der Gesellschaft

Im zurückliegenden Geschäftsjahr gliederte sich die Brandenburger Dienstleistungen GmbH in folgende Abteilungen:

- **Hausbetreuung und Gebäudemanagement** mit den Arbeitsbereichen Glas- und Gebäudereinigung, Treppenhausreinigung, Maschinelle Gehwegreinigung, Graffitiendienst
- **Freiflächenpflege und Landschaftsbau** mit den Arbeitsbereichen Freiflächenpflege und Winterdienst, Landschaftsbau und bautechnische Dienstleistungen, Sonstige allgemeine Dienstleistungen
- **Wasser- und Abwassertechnik** mit den Arbeitsbereichen Rohr- und Kanalreinigung und Wartung von Abwasserpumpwerken sowie in Kooperation mit Fachunternehmen - TV-Kanalbefahrung einschließlich digitaler Dokumentation
- **Technische Dienste** mit den Arbeitsbereichen Zählerwesen (Plantausch, Ablesung, Lager, Inkasso) der Medien Strom, Gas und Wasser, Hausanschlusskontrollen sowie Hauswartleistungen
- **Wärmemess- und Abrechnungsdienst** mit den Arbeitsbereichen Vermietung und Ablesung der Wohnungswasser- und Wärmezähler sowie Heizkostenverteiler und Erstellung der verbrauchsabhängigen Abrechnung
- Zusätzliche Verantwortungsbereiche:
 - Betrieb der Havelfähre Neuendorf,
 - Objektbezogene Dienstleistungen auf der Regattastrecke "Beetzsee".

Geschäftsverlauf

Die Brandenburger Dienstleistungen GmbH hat im Geschäftsjahr 2015 Umsatzerlöse leicht über dem Vorjahresniveau erwirtschaftet. Es hat sich im zurückliegenden Berichtszeitraum wiederholt bestätigt, dass die Ausrichtung der Brandenburger Dienstleistungen GmbH mit ihrem breiten Spektrum an Dienstleistungen sowie die im Unternehmen nachhaltig entwickelte Kundenorientierung erfolgversprechende Faktoren sind.

Im zurückliegenden Geschäftsjahr ist es gelungen, diverse Aufträge mit einer hohen Wahrnehmung in der Öffentlichkeit zu akquirieren bzw. fortzuführen und diese zur vollen Zufriedenheit der Kunden zu realisieren. Beispiele hierfür sind die Erbringung von objektbezogenen Dienstleistungen auf der Regattastrecke "Beetzsee", der Auftrag zur Bestreifung und Beseitigung von Farbschmierereien an Objekten der Stadt Brandenburg an der Havel, der Betrieb der touristisch wichtigen Havelfähre Neuendorf sowie nicht zuletzt in Kooperation mit dem kommunalen Entsorgungsbetrieb MEBRA mbH die komplexe Bewirtschaftung der zentralen Zuwegungen zur BUGA 2015.

Ertragslage

Der Jahresüberschuss beträgt im Geschäftsjahr 223 T€ (2014: 147 T€) und liegt mit 149 T€ über dem geplanten Jahresüberschuss von 74 T€. Dies ist in der erhöhten Betriebsleistung sowie dem geringeren Materialaufwand begründet.

Aus den Kerngeschäften der Gesellschaft wurden Umsatzerlöse mit 2.988 T€ erzielt. Sie lagen mit 41 T€ leicht über dem Vorjahreswert von 2.947 T€ und 108 T€ über dem geplanten Wert i. H. v. 2.880 T€. Die Umsatzrendite beläuft sich auf 7,5% (2014: 5,0%).

Der Materialaufwand in Höhe von 301 T€ liegt mit -79 T€ deutlich unter dem Planansatz für das Jahr 2015. Die größten Einsparungen gegenüber dem Vorjahr lagen hier beim Bezug von Treibstoffen (-16 T€ = -22%), bedingt durch Auftragsverluste beim Materialeinkauf im Bereich Abwassertechnik (-8 T€ = -41%), durch auslaufende Leasingverträge (-10 T€ = -25%), durch Lieferantenwechsel und Änderung der Einkaufsstrategie im Bereich Reinigung (-5 T€ = -24%) und generell im sonstigen Materialeinkauf (-10 T€ = -15%).

Die Personalaufwendungen betragen 1.977 T€ und unterschreiten trotz einer niedrigeren Umsatzplanung um -23 T€ den geplanten Wert. Grund dafür sind eine verbesserte Personalplanung, nicht sofort nachbesetzte frei gewordene Stellen sowie der vermehrte kostengünstigere Einsatz von Aushilfskräften bei Auftragspitzen.

Die Abschreibungen liegen mit 166 T€ im Bereich des Planniveaus von 175 T€.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen summieren sich zum einen wegen des im Ist höheren Umsatzes mit +19 T€ gegenüber dem Jahresplan auf 291 T€. Im Jahr 2015 war zudem ein erhöhter Bedarf an Beratungskosten (+10 T€ = +124% gegenüber 2014) erforderlich.

Vermögens- und Finanzlage

Im Geschäftsjahr 2015 erhöhte sich die Bilanzsumme um 347 T€ auf 1.766 T€, was insbesondere in der Erhöhung des Kassenbestandes (Bankguthaben) begründet ist.

Das Anlagevermögen per 31. Dezember 2015 verringert sich gegenüber dem Vorjahr von 556 T€ auf 521 T€ auf Grund der im Vergleich zu den Abschreibungen geringeren Investitionen. Investiert wurden im Wesentlichen mit 11 T€ in kaufmännische Software, mit 41 T€ in Fahrzeuge, mit 62 T€ in Mess- und Zählgeräte sowie mit 13 T€ in übrige Betriebs- und Geschäftsausstattung. Die Anlagenquote beläuft sich somit per 31.12.2015 auf 29,5% (2014: 39,1%).

Das Eigenkapital erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 173 T€ auf 1.326 T€. Dies ist dem gegenüber der Gewinnausschüttung im Geschäftsjahr 2015 höheren Jahresüberschuss 2015 begründet. Die Eigenkapitalquote beläuft sich auf 75,1% (2014: 81,3%).

Der Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit 131 T€ (2014: 142 T€) und Gewinnausschüttung (50 T€) konnte durch den Mittelzufluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit 650 T€ (2014: 323 T€) vollständig gedeckt werden. Die Liquidität betrug zum 31. Dezember 2015 831 T€ (2014: 363 T€).

Der Gesellschaft war es 2015 zu jeder Zeit möglich, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen. Außerbilanzielle Verpflichtungen bestanden wie im Vorjahr nicht.

Auf der Basis der aktuellen Vermögens-, Finanz- und Ertragslage kann zur wirtschaftlichen Lage die Einschätzung getroffen werden, dass die Brandenburger Dienstleistungen GmbH in ihrem Markt gut aufgestellt ist und somit gute Voraussetzungen dafür bestehen, dass die Gesellschaft ihre Vermögens-, Finanz- und Ertragsziele weiterhin erreichen kann. Die Brandenburger Dienstleistungen GmbH wird ihre Position als ein erfolgreicher und kundenorientierter

tierter Dienstleister im Konzern der StWB Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH & Co. KG entsprechend der vorliegenden Planungen weiter festigen.

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Für das kommende Geschäftsjahr wird das Risiko von signifikanten oder schwer wiegenden Rückgängen beim Umsatz unter Beibehaltung der bestehenden Kostenstruktur und damit eine Gefährdung hinsichtlich eines negativen Ergebnisses mit einer geringen bis sehr geringen Eintrittswahrscheinlichkeit eingestuft. Analog verhält es sich bzgl. einer nicht vorhersehbaren Änderung bzw. Erhöhung maßgeblicher Aufwandspositionen.

Bestandsgefährdende Risiken bestehen für das Geschäftsjahr 2016 nicht.

Als Ergebnis und durch die Erfahrungen der in 2015 vermehrten Erbringung weiterführender allgemeiner Dienstleistungen unter der Regie des Bereiches Freiflächenpflege wird für das kommende Geschäftsjahr ein spezieller Fokus auf die Akquisition derart gelagerter Zusatzaufträge gelegt.

Im Geschäftsjahr 2016 sollen die bestehenden vertraglichen Beziehungen mit Bestandskunden und die internen Arbeitsabläufe nach den strukturellen und personellen Veränderungen des Jahres 2013 weiter optimiert werden. Entwicklungsmöglichkeiten werden im Bereich der Freiflächenpflege durch die Übernahme neuer, zusätzlicher Aufträge (maschinelle Gehwegreinigung, Pflege des kommunalen Straßenbegleitgrünes), im Bereich des Wärmemess- und Abrechnungsdienstes sowie der Abteilung Technische Dienste mit dem Ausbau des Leistungsangebotes in Bezug auf Hausanschlusskontrollen, Zählerdienst und Jahresablesungen gesehen.

Die Erhöhung der bestehenden Preisstruktur konnte nur bei vereinzelten Bestandskunden auf Basis von veränderten Tarifabschlüssen von Flächentarifverträgen durchgesetzt werden. Daher wird es im Jahr 2016 wiederum verstärkt darauf ankommen, alle Kostenpositionen genauen Prüfungen zu unterziehen und selbst bei vermeintlich kleineren Ausgabebudgets eine Optimierung der Einkaufskonditionen vordergründig umzusetzen.

Insgesamt sind für das Geschäftsjahr 2016 Investitionen in Höhe von 170 T€ zuzüglich weiteren 172 T€ für zwei Kleinkehrmaschinen geplant, welche aus dem laufenden Finanzmittelbestand der Gesellschaft finanziert werden.

Für das kommende Geschäftsjahr wird weiterhin mit einem positiven Jahresergebnis sowie mit Umsatzerlösen über dem Niveau des Geschäftsjahres 2015 gerechnet.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Vom Jahresüberschuss 2015 (222.743,00 €) wurden 50.000 € an die Gesellschafter ausgeschüttet. Vom Jahresüberschuss 2015 (222.743,00 €) wurden 172.743,00 € in die Gewinnrücklagen eingestellt.
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Zwischen der BDL und der Stadt Brandenburg an der Havel bestehen vertraglich geregelte Leistungsbeziehungen zu marktüblichen Preisen.

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)

Bilanz	2013	2014	2015
<u>Aktivseite</u>			
A. Anlagevermögen	588	556	521
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	1	2	11
II. Sachanlagen	587	554	509
B. Umlaufvermögen	824	863	1.245
I. Vorräte	11	0	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	448	501	414
III. Kassenbestand, Guthaben	365	363	831
C. Rechnungsabgrenzungsposten	17	0	0
<u>Passivseite</u>			
A. Eigenkapital	1.106	1.153	1.326
I. Gezeichnetes Kapital	435	435	435
II. Gewinnrücklagen	520	530	627
III. Gewinnvortrag	42	42	42
IV. Jahresüberschuss	109	147	223
B. Rückstellungen	122	140	196
C. Verbindlichkeiten	201	126	243
Bilanzsumme	1.429	1.419	1.766

Ertragslage der Gesellschaft

GuV	(Angaben in T€)		
	2013	2014	2015
1. Umsatzerlöse	3.016	2.947	2.988
2. Bestand an unfertigen Leistungen	0	0	0
3. Sonstige betriebliche Erträge	84	71	73
4. Materialaufwand	-402	-349	-301
5. Personalaufwand	-2.021	-1.969	-1.977
6. Abschreibungen	-166	-173	-166
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-347	-317	-291
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	164	211	326
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-47	-55	-95
12. Sonstige Steuern	-8	-8	-8
13. Jahresergebnis	109	147	223

III.2.5 BAS Brandenburg an der Havel Arbeitsförderungs- und Strukturentwicklungsgesellschaft GmbH

Geschäftsbereich

Beschäftigungsförderung

Firmensitz

Neuendorfer Str. 89
14770 Brandenburg an der Havel
Tel.: 03381/2087 4080
Fax: 03381/2087 4085

E-mail: info@bas-brandenburg.de
Internet: www.bas-brandenburg.de

Gründung

Die BAS GmbH wurde am 24.01.1994 gegründet.

Die BAS wird im Handelsregister des Amtsgerichtes Potsdam seit dem Eintrag vom 27. Mai 1994 unter dem Aktenzeichen HRB 7186 P geführt.

Gezeichnetes Kapital/ Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital 25.564,59 €

Seit dem 17.05.2000 hält die Stadt Brandenburg an der Havel 100% der Anteile.

Unterbeteiligungen

Die Gesellschaft ist an keinem weiteren Unternehmen beteiligt.

Gesellschaftsvertrag

Der Gesellschaftsvertrag wurde zuletzt durch die Gesellschafterversammlung vom 27. Mai 1997 geändert.

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführung*
Margitta Scholz

- *Beirat*

Die Gesellschaft verfügt über keinen Aufsichtsrat, sondern über einen ehrenamtlichen Beirat.

Er ist beratend tätig und steht als Sachverständiger der Geschäftsführung und der Gesellschafterversammlung mit seinem Wissen und seiner Erfahrung zur Verfügung.

Im Geschäftsjahr 2015 fanden zwei Beiratssitzungen statt.

Der Beirat setzte sich im Geschäftsjahr 2015 wie folgt zusammen:

Beiratsmitglieder 2015	
Beiratsvorsitz	Frau Dr. Tiemann (Oberbürgermeisterin Stadt Brandenburg an der Havel)
weitere Mitglieder	Herr Lambeck/ Herr Heublein (Fachgruppe Wirtschaftsförderung und Arbeitsmarkt)
	Frau Schöbe (Fachbereichsleiterin Jugend, Soziales und Gesundheit)
	Frau Köppe (Gleichstellungsbeauftragte Brandenburg an der Havel)
	Frau Scholz (Geschäftsführerin BAS GmbH)
	Herr Meier (Industrie- und Handelskammer, Regionalcenter Brandenburg an der Havel)
	Herr Mischker (Handwerkerschaft Brandenburg/Belzig)
	Frau Prof. Dr.-Ing. Wieneke-Toutaoui (Fachhochschule Brandenburg an der Havel)
	Frau Beutel (Deutscher Gewerkschaftsbund)
	Herr Krüger (Stadtmarketing- und Tourismusgesellschaft mbH)
	Herr Karg (Arbeitsgemeinschaft Selbstständiger Unternehmer e. V.)
	Frau Bergner (ZAB Zukunftsagentur Brandenburg GmbH)
	Frau Taege (Jugendhilfeausschuss Brandenburg an der Havel)
	Herr Damos (LIGA der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege)

Gegenstand

Nach § 3 des Gesellschaftsvertrages ist der Gegenstand des gemeinnützigen Unternehmens die Hilfe für arbeitslose und von Arbeitslosigkeit bedrohte Frauen und Männer einschließlich Sozialhilfeempfänger mittels sozialpädagogischer Betreuung, Beratung, Orientierung, Qualifizierung, Beschäftigung mit dem Ziel der Einzelfallhilfe und der Förderung und Wiederherstellung der Eingliederungsfähigkeit des genannten Personenkreises in den Arbeitsmarkt. Der Zweck wird insbesondere verwirklicht durch:

- Sozialpädagogische und sozialarbeiterische Hilfestellung und Begleitung gegenüber einzelnen Personen
- Maßnahmen zur Wiederherstellung bzw. Förderung der Voraussetzungen zur Eingliederung in den Arbeitsmarkt
- Konzipierung und Durchführung von Maßnahmen, die auf Qualifizierung und Beschäftigung vorbereiten bzw. Qualifizierung und Beschäftigung vermitteln oder leisten
- Erprobung und Entwicklung neuer, zusätzlicher Arbeitsfelder, soweit sie die vorstehend genannten Ansätze des Konzeptes der Gesellschaft unterstützen bzw. als Voraussetzung hierfür erforderlich sind

Zur Unterstützung dieser Ziele bemüht sich die Gesellschaft um die Kooperation mit der Kommune, mit orts- und regionalansässigen Betrieben, mit Trägern der beruflichen Qualifizierung, mit dem Jobcenter, mit den Ministerien und anderen ebenfalls in diesen Tätigkeitsfeldern Aktiven.

Öffentlicher Zweck

Die Tätigkeit der BAS als Arbeitsförderungsgesellschaft ist darauf gerichtet, Personen, die durch Ausgrenzung am Arbeitsmarkt und ihrer daraus resultierenden sozialen Situation betroffen sind zu unterstützen und diesen Personenkreis für die Aufnahme einer Arbeit zu qualifizieren und zu integrieren. Mit der Erfüllung dieser Aufgabe wird der öffentliche Zweck der Gesellschaft im Rahmen der jeweiligen Projekte realisiert.

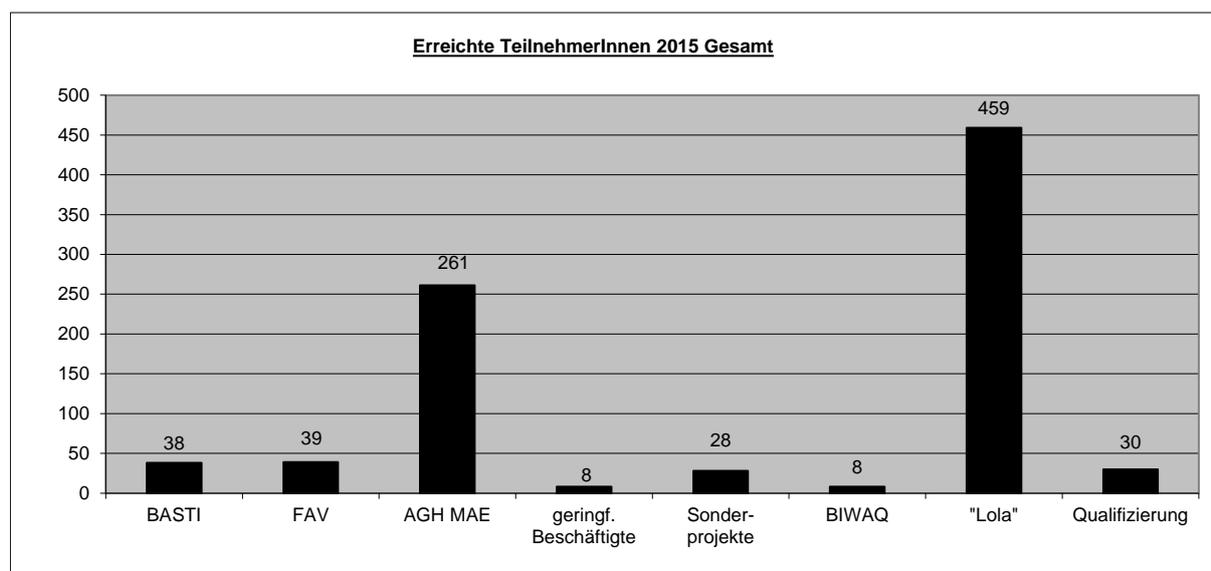
Die BAS leistet somit einen Beitrag zur:

- Förderung der Integration in den regulären Arbeitsmarkt
- Erhöhung der Kaufkraft
- Erhöhung des Steueraufkommens
- Sicherung von Arbeitsplätzen in Handwerk und Gewerbe
- Schaffung von Entlastungspotenzialen im kommunalen Haushalt
- Verbesserung des kommunalen Leistungsangebotes
- Stabilisierung und Integration von aus der Arbeitsgesellschaft Ausgegrenzten

Im Rahmen der gemeinnützigen Tätigkeit der BAS GmbH wurden im Berichtszeitraum 17 Einzelmaßnahmen durchgeführt. Diese Projekte wurden von 378 TeilnehmerInnen durchlaufen.

	2011	2012	2013	2014	2015
Erreichte TeilnehmerInnen	984	656	668	456	378

Die Summe ergibt sich aus dem Bestand der am 1. Januar bereits zugewiesenen TeilnehmerInnen und den im Verlauf des Jahres neu eingetretenen TeilnehmerInnen die in den verschiedenen Förderinstrumenten beschäftigt werden.



FAV: Förderung von Arbeitsverhältnissen

BASTI: Betreuen, Aktivieren, Strukturieren, Trainieren, Integrieren

BIWAQ: Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier

„Lola“: Projekt gegen Kinderarmut

AGH MAE: Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung

Erläuterungen:

Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung (MAE)

Für erwerbsfähige Hilfebedürftige (Langzeitarbeitslose), die keine Arbeit finden können, sollen Arbeitsgelegenheiten geschaffen werden, durch die die individuelle Beschäftigungsfähigkeit verbessert wird. Der Teilnehmer erhält für die geleisteten Stunden eine Mehraufwandsentschädigung. Die Arbeiten selbst begründen kein Arbeitsverhältnis im Sinne des Arbeitsrechts. Durch die Beschäftigung der TeilnehmerInnen in den unterschiedlichen Projekten werden Vermittlungshemmnisse ermittelt und an der Verringerung bzw. Beseitigung gearbeitet. In den Arbeitsgelegenheiten dürfen nur im öffentlichen Interesse liegende zusätzliche Tätigkeiten ausgeführt werden.

Förderung von Arbeitsverhältnissen (FAV) gemäß § 16 e SGB II

Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind langzeitarbeitslos und haben Vermittlungshemmnisse und Wettbewerbsnachteile. Dies können beispielsweise gesundheitliche Einschränkungen, ein fehlender Abschluss und/oder familienbedingte Unterbrechung der Berufstätigkeit sowie mangelnde Berufserfahrung sein. Die Möglichkeit der Förderung setzt den Bezug von Arbeitslosengeld II und die Zuweisung durch das Jobcenter voraus.

Die Förderhöhe und Förderdauer sind abhängig von der individuellen Leistungsfähigkeit der Arbeitnehmerin oder des Arbeitnehmers bezogen auf den konkret angebotenen Arbeitsplatz (Minderleistung). Die Förderung kann bis zu einer Höhe von 75 Prozent des regelmäßig gezahlten Arbeitsentgelts betragen und kann innerhalb von fünf Jahren als monatlicher Zuschuss für eine maximale Dauer von 24 Monaten geleistet werden. Berücksichtigungsfähig sind das zu zahlende Arbeitsentgelt (tariflicher Lohn bzw. das ortsübliche Gehalt) und der pauschalierte Anteil des Arbeitgebers am Gesamtsozialversicherungsbeitrag. Unberücksichtigt bleibt jedoch der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung.

Sonderprojekte

- „Quartiersmanagement und Koordinierung Bürgerhaus Hohenstücken“

Die BAS GmbH hat zusätzliche Aufgaben des Quartiersmanagements Hohenstücken übernommen. In der Betreuung des Anwohnertreffs im Bürgerhaus im Stadtteil Hohenstücken wurde eine weitere Chance gesehen, kleinteilige Angebote zur Berufsorientierung, Bewerbungshilfen oder soziale Beratungsangebote und kulturelle Angebote für Arbeitslose und Bürger zu etablieren bzw. fortzusetzen und diese wiederum auch für die Angebote der BAS GmbH für weitergehende Maßnahmen zu interessieren.

Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier (BIWAQ)

Ziel des ESF-Programms BIWAQ war die gezielte Verzahnung von städtebaulichen Investitionsmaßnahmen für benachteiligte Stadtquartiere aus dem Städtebauförderungsprogramm "Soziale Stadt" mit arbeitsmarktpolitischen Instrumenten zur Stabilisierung und ganzheitlichen Aufwertung von benachteiligten Quartieren. Dazu förderte das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) passgenaue arbeitsmarktpolitische Projekte, die insbesondere in den Programmgebieten des Städtebauförderungsprogramms "Soziale Stadt" die Qualifikation und berufliche Situation der

Bewohnerinnen und Bewohner vor Ort sowie die lokale Ökonomie verbessern. Gefördert wurden Projekte zur Integration von langzeitarbeitslosen Frauen und Männern in Arbeit, zur Integration von Jugendlichen in Ausbildung und Arbeit (inklusive der Verbesserung des Übergangs von der Schule in den Beruf) sowie zur Stärkung der lokalen Ökonomie. Neu im Rahmen der aktuellen 2. Förderrunde BIWAQ ist die Förderung von quartiersbezogener sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung im gemeinnützigen Bereich als eigenständiges Handlungsfeld "Quartiersarbeit". Mit Quartiersarbeit sollten Langzeitarbeitslosen, die bis jetzt nicht in den allgemeinen Arbeitsmarkt integriert werden konnten, eine neue Perspektive gegeben werden. Gleichzeitig sollte im Sinne eines integrierten Handelns Stadtentwicklungspolitik mit städtebaulichen Investitionen und Arbeitsmarktpolitik vor Ort besser verzahnt werden.

Projekt Integrationsbegleitung BASTI (Betreuen, Aktivieren, Strukturieren, Trainieren, Integrieren)

Gefördert werden in den Landkreisen und kreisfreien Städten des Landes Brandenburg Projekte mit dem Ziel, die Projektteilnehmenden schrittweise an Arbeit heranzuführen und in Erwerbstätigkeit oder Bildung zu integrieren sowie die soziale Teilhabe und das Zusammenleben in den teilnehmenden Familien zu stärken. Hierzu wird die Kombination einer intensiven Einzelberatung durch Integrationsbegleiter/innen (sozialpädagogische Begleitung) mit bedarfsorientierten Unterstützungsmodulen gefördert. Zuwendungsempfänger und damit antragsberechtigt sind juristische Personen des privaten und des öffentlichen Rechts sowie rechtsfähige Personengesellschaften.

In die Projekte können als Teilnehmende eintreten:

- Langzeitarbeitslose, die als arbeitsmarktfremd gelten und dem Rechtskreis des SGB II zugeordnet werden können*
- Personen aus Paar-Bedarfsgemeinschaften oder Alleinerziehenden- Bedarfsgemeinschaften mit mindestens einem unterhaltspflichtigen Kind unter 18 Jahren, in der kein Angehöriger der Bedarfsgemeinschaft einer Erwerbstätigkeit nachgeht*

Projekt „Lola“

Das Projekt ‚Lola‘ (benannt nach der Slawischen Göttin der Familie) ist ein Sonderprojekt welches vom Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie gefördert wird und unter der Initiative „Starke Familien – Starke Kinder“ läuft. Das Projekt konzentriert sich speziell auf von Kinderarmut betroffene Kinder, Jugendliche und Familien. Über eine intensive Zusammenarbeit mit besonderen Netzwerkpartnern (z.B. dem Verband alleinerziehender Mütter und Väter und der Gleichstellungsbeauftragten der Stadt Brandenburg an der Havel) wird die Zielgruppe sensibel angesprochen und akquiriert. Die Module des Projektes, welche zum Großteil im Slawendorf Brandenburg an der Havel umgesetzt werden, bilden vor allem in den Bereichen Bildung und Kultur sowie der sozialen Teilhabe ihren Schwerpunkt. Im Jahr 2015 (Fördermittelzeitraum Oktober bis Dezember):

SOLL: 110 Kinder und Jugendliche

IST: 459 Kinder und Jugendliche davon 59 Familien

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2013	2014	2015
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	15%	15%	16%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	4%	33%	36%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	42%	314%	330%
Zinsaufwandquote	0,18%	0,03%	0,46%
Liquidität 3. Grades	119%	227%	243%
Cashflow	54 T€	48 T€	28 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	-0,4%	-0,3%	0,0%
Umsatz	3.166 T€	2.338 T€	1.495 T€
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	-5 T€	-3 T€	0 T€
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	85%	85%	79%
Anzahl der Mitarbeiter (Stammpersonal)	9	6	6

Lagebericht der Gesellschaft

Mit der kommunalen Tochtergesellschaft BAS GmbH verfügt die Stadt Brandenburg an der Havel über ein Instrument einer aktiv gestaltenden und zielorientierten Arbeitsförderung. Auftrag der BAS als kommunales Unternehmen ist, Beschäftigungsförderung mit kommunaler Wertschöpfung und Personalentwicklungsarbeit zu verbinden und zu verzahnen. Die Arbeit der BAS GmbH konzentrierte sich kontinuierlich auf die Umsetzung der arbeitsmarktpolitischen Ziele der Stadt Brandenburg an der Havel.

Die Rahmenbedingungen werden weitestgehend durch die gesetzlichen Vorgaben nach dem SGB II und III, durch Vorschriften des ESF (Europäischen Sozialfonds), des Landes-

programmes „Arbeit für Brandenburg“ sowie durch Fördervoraussetzungen anderer Zuwendungsgeber determiniert.

Die BAS GmbH als kommunale und gemeinnützige GmbH erfüllt den öffentlichen sozialen Zweck auf die kommunale Daseinsvorsorge für Benachteiligte und ausgegrenzte Personengruppen ausgerichtet zu sein.

Mit der insgesamt positiven Entwicklung am Arbeitsmarkt im Jahr 2015 ist auch die Zahl der Langzeitarbeitslosen in Brandenburg an der Havel gesunken. Allerdings hat sich diese positive Entwicklung nicht deutlich fortgesetzt.

	Dezember 2013	Dezember 2014	Dezember 2015	Veränderung zum Dezember 2014
Arbeitslose Personen	4.618	4.732	4.336	-9,13%
Alg. II Empfänger	3.667	3.909	3.636	-7,5%
dar. Langzeitarbeitslose	2.107	2.182	2.106	-3,6%

Im Einsatz für Tätigkeiten der kommunalen und sozialen Daseinsvorsorge können Langzeitarbeitslose gesellschaftlich integriert werden und ihre Leistungen kommen dem regionalen Gemeinwohl zugute.

Gerade aber dafür sind vom Bund und Land in den letzten Jahren die Mittel für Beschäftigungsprogramme erheblich zurückgefahren, drastisch gekürzt oder ersatzlos gestrichen worden.

Die Erlöse aus Zuschüssen im ideellen Bereich der Gesellschaft haben sich fast um 46% verringert. Die Gesellschaft ist bemüht, neben den Zuschüssen verstärkt andere Einnahmen zu erwirtschaften. So konnten diese Umsatzerlöse um fast 18% erhöht werden.

Die Aufwandsseite wird mit zu 75% durch den Personalaufwand bestimmt. Die Personalaufwandsquote ist mit 79% geringfügig gesunken, jedoch damit branchenüblich hoch. Am Jahresende waren nur noch sechs Mitarbeiterinnen im Stammpersonal beschäftigt.

Durch die Stadt Brandenburg an der Havel wurde 2015 ein Betriebskostenzuschuss in Höhe von 234 T€ (2014: 234 T€) bereitgestellt.

Die Bilanzsumme der BAS GmbH hat sich von 1.012 T€ auf 922 T€ weiter verringert. Grund war im Wesentlichen die Verringerung des Anlagevermögens sowie der Bestände an liquiden Mitteln. Auf der Passivseite wirken sich hauptsächlich die verringerten Verbindlichkeiten gegenüber Zuwendungsgebern sowie der Sonderposten aus.

Die Vermögenslage der BAS GmbH ist zu 48,9% (2014: 71,7%) durch die liquiden Mittel gekennzeichnet. Der Bestand an liquiden Mitteln hat sich stichtagsbedingt gegenüber dem Vorjahr um 274 T€ verringert.

Die Anlagenintensität beträgt 15,6% (2014: 15,1%) und ist damit stabil und branchenüblich. Der Anlagendeckungsgrad in Höhe von 330% zeigt, dass das Anlagevermögen der

Gesellschaft durch langfristiges Kapital vollständig und daneben auch das Umlaufvermögen teilweise gedeckt ist.

Die Passiva enthalten überwiegend Eigenkapital, Verbindlichkeiten und Rückstellungen. Die Eigenkapitalquote der Gesellschaft beträgt inklusive Sonderposten 51% (2014: 48,3%).

Die Investitionen über insgesamt 24,2 T€ erstreckten sich im Geschäftsjahr 2015 vorwiegend auf den Ersatz eines Kleintransporters, Ersatz des Servers sowie Ersatzbeschaffungen im Bereich der Betriebs- und Geschäftsausstattung.

Die Finanzierungs- und Liquiditätskennzahlen gemäß § 61 Nr. 2 KomHKV zeigen, dass die Gesellschaft einen positiven Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit von 27,8 T€ zu verzeichnen hatte. Die Zahlungsfähigkeit im Berichtsjahr war jederzeit gegeben. Eine Aufnahme von Krediten war nicht erforderlich, was die niedrige Zinsaufwandsquote in Höhe von 0,46% zeigt. Zinsen sind nur im Zusammenhang mit der Aufzinsung der langfristigen Rückstellungen angefallen.

Die Liquiditätsgrade stellen sich folgendermaßen dar:

	2015 in %	2014 in %
Liquidität I		
flüssige Mittel/kurzfristige Mittel*100%	143,2%	198,1%
Liquidität II		
(flüssige Mittel+kurzfristige Forderungen)/kurzfristige Mittel*100%	242,9%	231,1%
Liquidität III		
Umlaufvermögen/kurzfristige Mittel*100%	243,5%	231,7%

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Erhebliche Veränderungen am Arbeitsmarkt hatten und haben auch Auswirkungen auf die Wirtschaftskraft der BAS GmbH. Im Spannungsfeld der BAS als Anbieter öffentlich geförderter Beschäftigung waren die Grundlagen der Arbeit der BAS den neuen Herausforderungen anzupassen und konsequent auszurichten.

Die Unternehmensziele der BAS GmbH orientieren sich an der Wahrnehmung der kommunalen und sozialen Daseinsfürsorge sowie den beschäftigungspolitischen Leitlinien der Stadt. Sie sind auf die selbstlose Unterstützung von Personen gerichtet, die durch die Ausgrenzung vom Arbeitsmarkt hilfebedürftig sind. Die Unterstützungsleistungen umfassen sozialpädagogische Betreuung, Beratung, Orientierung, Qualifizierung und Beschäftigung sowie die schnelle Wiedereingliederung von Arbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt. Die nachhaltige Verringerung von Arbeitslosigkeit, die Erschließung zusätzlicher Beschäftigungsmöglichkeiten zur Regionalentwicklung, die Flankierung des demografischen Wandels und die Herausforderungen der Flüchtlingskrise sind weitere flankierende Ziele.

Mit den verschiedensten Beschäftigungsmaßnahmen werden Beiträge zur kommunalen Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung in den Bereichen Ökologie/Umwelt und Tourismus sowie zur Stabilisierung und Unterstützung sozialer Dienstleistungen erbracht.

Zur Umsetzung dieser ergebnis- und produktorientierten Ausrichtung auf regional strukturwirksame gemeinwohlorientierte Ziele werden Langzeitarbeitslose im Rahmen von Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen eingesetzt. Im Rahmen der Projektarbeit wird auf eine beruflich qualifizierende und integrationsfördernde Personalentwicklung abgezielt.

Das größte und bestandsgefährdende Risiko für das Unternehmen wird in der hohen Abhängigkeit von politischen Entscheidungen und den damit in der Regel einhergehenden kurzfristigen Unwägbarkeiten der finanziellen Ausgestaltung gesehen. Letztendlich ist es auch bei bester und qualitätsgerechter Arbeit unternehmensseitig nicht beeinflussbar.

Die BAS GmbH wird ihre Kernkompetenz weiterhin auf drei Bereiche orientieren:

- Einbindung und Verzahnung öffentlich geförderter Beschäftigung in kommunale und soziale Infrastruktur sowie Gestaltung kommunaler Netzwerkarbeit
- Fördermittelmanagement bei regionalen Förder- und Beschäftigungsprogrammen
- „Sozialbetrieb“ zur Beschäftigung Langzeitarbeitsloser im Schwerpunkt „Saubere Stadt“

Diese Ausrichtung ermöglicht weiterhin ein flexibles Reagieren auf Marktentwicklungen oder Anforderungen der Kommune.

Für die personelle und materielle Basisfinanzierung stellt die Stadt weiterhin einen Betriebskostenzuschuss für die BAS bereit.

Die BAS wird auch weiterhin die Aufgaben des Quartiersmanagements Hohenstücken übernehmen. In der Betreuung des Anwohnertreffs im Bürgerhaus im Stadtteil Hohenstücken wird eine weitere Chance gesehen, kleinteilige Angebote zur Berufsorientierung, Bewerbungshilfen oder soziale Beratungsangebote und kulturelle Angebote für Arbeitslose und Bürger zu etablieren bzw. vorzuhalten und diese wiederum auch für die Angebote der BAS GmbH für weitergehende Maßnahmen zu interessieren.

Für die zukünftige Entwicklung der Gesellschaft wurde durch die BAS GmbH eine Machbarkeitsstudie für ein Inklusionsprojekt des Gartendenkmals Marienberg erstellt, um hier neue weitere gemeinnützige Geschäftsfelder zu eröffnen. Hierzu gehören insbesondere Geschäftsaktivitäten im Bereich Förderung des Naturschutzes und der Landschaftspflege gemäß § 52 Nr. 8 AO, die Förderung des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege gemäß § 52 Nr. 6 AO und Förderung der Kunst und Kultur gemäß § 52 Nr. 5 AO. Hierdurch werden sich auch entsprechende Veränderungen in der BAS ergeben, die den langfristigen Fortbestand des Unternehmens sicherstellen sollen.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Keine
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Betriebskostenzuschuss (BKZ) 234 T€, 31 T€ Zuschuss der Stadt für Arbeit für Brandenburg (eingesparte KdU), Jobcenter 248 T€ (ca. 50% der Gesamterlöse des Jobcenter), 83 T€ Sach- u. Personalkostenzuschüsse f. Projekte (Begleitservice u.a.), 108 T€ Quartiersmanagement und Koordinierung Bürgerhaus Hohenstücken, 135 T€ Dienstleistungen für die Stadt

KdU – Kosten der Unterkunft

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2013	2014	2015
<u>Aktivseite</u>			
A. Anlagevermögen	193	153	144
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	1	0	0
II. Sachanlagen	193	153	144
B. Umlaufvermögen	1.101	848	767
I. Vorräte	3	2	2
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	88	121	314
III. Schecks, Kassenbestand, Bankguthaben	1010	725	451
C. Rechnungsabgrenzungsposten	20	11	11
<u>Passivseite</u>			
A. Eigenkapital	53	336	336
I. Gezeichnetes Kapital	26	26	26
II. Kapitalrücklagen	3	286	286
III. Gewinnrücklagen	25	25	25
IV. Gewinn-/Verlustvortrag	0	0	0
B. SoPo aus Zuschüssen zum Anlagevermögen	193	153	131
C. Rückstellungen	244	235	207
D. Verbindlichkeiten	823	284	248
E. Rechnungsabgrenzungsposten	0	4	1
Bilanzsumme	1.314	1.012	922

Ertragslage der Gesellschaft

GuV	(Angaben in T€)		
	2013	2014	2015
1. Umsatzerlöse	3.166	2.338	1.495
2. Sonstige betriebliche Erträge	79	196	74
3. Materialaufwand	-1	0	0
4. Personalaufwand	-2.682	-1.987	-1.181
5. Abschreibungen	-54	-45	-33
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-508	-516	-360
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2	14	14
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-6	-1	-7
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-3	-2	2
10. Außerordentliche Erträge	0	0	0
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0
12. Sonstige Steuern	-2	-2	-2
13. Jahresergebnis	-5	-3	0

Gegenstand / Öffentlicher Zweck

Das Unternehmen war mit der Verwertung und Verwaltung von Grundstücken im Wohn- und Gewerbegebiet Brandenburg an der Havel - Kirchmöser und angrenzenden Flächen betraut, insbesondere die die Stadt Brandenburg an der Havel vom Bundeseisenbahnvermögen (BEV) erworben hat. Nach der Übertragung der Immobilienverwaltung an den Eigenbetrieb Zentrales Gebäude- und Liegenschaftsmanagement der Stadt Brandenburg an der Havel ist somit die Geschäftsgrundlage der Gesellschaft entfallen und die Gesellschaft seit 01.01.2011 ohne Personal – und nur durch den Geschäftsführer vertreten - vorläufig – bis zu einer anderen Entscheidung der Gesellschafterin – in geringem Umfang tätig.

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2013	2014	2015
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	0,49%	0,00%	0,00%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	42%	33%	53%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0 €	0 €	0 €
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	8513%	0%	0%
Zinsaufwandquote	0,00%	0,00%	0,00%
Liquidität 3. Grades	172%	149%	212%
Cashflow	-11 T€	-9 T€	8 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	-18%	-17%	17%
Umsatz	0 T€	0 T€	0
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	-11 T€	-9 T€	8 T€
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	0%	0%	0%
Anzahl der Mitarbeiter	0	0	0

Lagebericht der Gesellschaft

Die Gesellschaft war Dienstleister des 100% Eigentümers Stadt Brandenburg an der Havel im Ortsteil Kirchmöser und hatte im Rahmen des Verwaltervertrages bis im Jahre 2010 für die am 01.01.2003 vom Bundeseisenbahnvermögen (BEV) übernommenen Flächen (ca. 400 ha zzgl. ca. 10 ha ehemalige NVA-Flächen an der Uferstraße abzüglich zwischenzeitlicher Verkäufe) die Betreuung sowie die Verkehrssicherungspflicht wahrgenommen.

Die Verwaltung der noch nicht veräußerten und verwalteten Immobilienbestände der Stadt Brandenburg an der Havel, die Freiflächen, die Garten- und Pachtgrundstücke wurden zum Jahresende 2010 dem Zentralen Gebäude- und Liegenschaftsmanagement der Stadt Brandenburg an der Havel zugeordnet.

Die GmbH wird seit 01.01.2011 ohne Personal - und nur durch den Geschäftsführer vertreten - vorläufig - im geringen Umfang fortgeführt.

Seit dem Wegfall der Geschäftsgrundlage erzielt die Gesellschaft keine eigenen operativen Erträge mehr, jedoch fallen weiterhin betriebliche Aufwendungen an. Um eine Aufzehrung des Gesellschaftskapitals und des Finanzmittelfonds und damit eine mögliche Insolvenz zu vermeiden, sind Überlegungen auf Gesellschafterebene im Hinblick auf eine Anpassung der Geschäftsgrundlage notwendig.

Zur Wiederherstellung des Stammkapitals wurde im Jahr 2015 auf eine bestehende Forderung der Stadt Brandenburg an der Havel in Höhe von 17 T€ verzichtet und das gezeichnete Kapital in voller Höhe ausgewiesen.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Keine
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Mit Gesellschafterbeschluss Nr. 01/2015 verzichtete die Gesellschafterin Stadt Brandenburg an der Havel auf einen Teil der Forderungen gegenüber der PEK zur Deckung der laufenden Aufwendungen in Höhe von 17 T€.

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2013	2014	2015
<u>Aktivseite</u>			
A. Anlagevermögen	0	0	0
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0
II. Sachanlagen	0	0	0
B. Umlaufvermögen	62	52	48
I. Vorräte	0	0	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	3	1	1
III. Kassenbestand, Guthaben	59	51	47
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
<u>Passivseite</u>			
A. Eigenkapital	26	17	26
I. Gezeichnetes Kapital	26	26	26
II. Gewinnrücklagen	0	0	0
III. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	12	1	-8
IV. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-11	-9	8
B. Rückstellungen	4	4	4
C. Verbindlichkeiten	32	31	19
Bilanzsumme	62	52	48

Ertragslage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
GuV	2013	2014	2015
1. Umsatzerlöse	0	0	0
2. Bestand an unfertigen Leistungen	0	0	0
3. Sonstige betriebliche Erträge	4	0	17
4. Materialaufwand	0	0	0
5. Personalaufwand	0	0	0
6. Abschreibungen	0	0	0
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-15	-9	-9
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-11	-9	8
11. Sonstige Steuern	0	0	0
12. Jahresergebnis	-11	-9	8

III.3

Beteiligungsgesellschaften

III.3.1 Technologie- und Gründerzentrum Brandenburg an der Havel GmbH

Geschäftsbereich

Betreibergesellschaft des Technologie- und Gründerzentrums der Stadt Brandenburg an der Havel.

Firmensitz

Friedrich-Franz-Str. 19
14770 Brandenburg an der Havel

Telefon: 03381 - 38 10 01

Telefax: 03381 - 38 10 02

E-mail: info@tgz-brb.de

Internet: www.tgz-brb.de

Gründung

Die Technologie- und Gründerzentrum Brandenburg an der Havel GmbH (TGZ) wurde am 31.01.1995 gegründet. Sie ist Betreibergesellschaft des Technologie- und Gründerzentrums der Stadt Brandenburg an der Havel.

Die Eintragung in das Handelsregister erfolgte unter HRB 8845 P am 29.11.1995 beim Amtsgericht Potsdam.

Gezeichnetes Kapital/ Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital 51.129,19 €

Beteiligungsverhältnisse 2015		
	EUR	%
Stadt Brandenburg an der Havel	26.587,18	52
Mittelbrandenburgische Sparkasse Potsdam	5.112,92	10
RFT Kabel Brandenburg GmbH	5.112,92	10
Technische Hochschule Brandenburg	4.601,63	9
Manfred Villmann Industrietransportgesellschaft mbH	2.556,46	5
REMONDIS Entsorgungswirtschaft GmbH & Co. KG, Region Ost	1.533,88	3
ATLAS Informationssysteme GmbH	1.533,88	3
Börner Heizungs- und Sanitärtechnik GmbH	511,29	1
PERKERS SRS Maschinenvertrieb und Anlagenbau GmbH	511,29	1
HWG Havelländische Wasser GmbH	511,29	1
Lenz & Mundt Betonsanierung GmbH	511,29	1
HIB Hoch- und Ingenieurbau GmbH	511,29	1
Honeywell GmbH	511,29	1
Ingenieurbüro Friedrichs	511,29	1
Gewerbeverein Brandenburg e.V.	511,29	1

Unterbeteiligungen

Die Gesellschaft ist an keinem weiteren Unternehmen beteiligt.

Gesellschaftsvertrag

Der Gesellschaftsvertrages in der derzeit gültigen Fassung ist datiert vom 12.08.1997.

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführung*

Hans-Joachim Freund

Der Geschäftsführer ist ehrenamtlich tätig.

- *Gesellschafterversammlung*

Vertreter der Mehrheitsgesellschafterin Stadt Brandenburg an der Havel in der Gesellschafterversammlung ist Bürgermeister Herr Steffen Scheller.

Im Jahr 2015 fanden zwei Gesellschafterversammlungen statt.

- *Beirat*

Im Berichtszeitraum fanden zwei Beiratssitzungen statt.

Beiratsmitglieder 2015

Beiratsvorsitzender	Herr Rainer Schmidt (Heidelberger Druckmaschinen AG)
weitere Mitglieder	Frau Anne Slonina (Creditreform Brandenburg)
	Herr Peter Effenberger (ZAB Zukunftsagentur Brandenburg)
	Frau Kathrin Fredrich (IHK Potsdam, Regionalcenter Brandenburg an der Havel)
	Herr Ingo Borkenhagen (Mittelbrandenburgische Sparkasse in Potsdam)
	Frau Monika Obuch (Agentur für Arbeit Brandenburg)
	Herr Jirka Rau (IAT Rudolphi & Rau GmbH)
	Herr Michael Burg (Handwerkskammer Potsdam)
	Herr Jörg Kotlowski (BBV Baustahl- und Blechverarbeitungsgesellschaft Kirchmöser)
	Herr Jan Güldenpfennig (E.DIS AG)
	Frau Susanne Resech (ZF Friedrichshafen AG)
	Herr Thomas Schulik (Knauff & Schulik Steuerberatungsgesellschaft mbH)
	Frau Diana Rosenthal (Technische Hochschule Brandenburg an der Havel)
	Frau Katrin Kramm (netPR Strategisches City- & Immobilienmarketing)
	Frau Barbara Mangelsdorff (Betriebsberatung)

Gegenstand

Unternehmensgegenstand ist gemäß § 2 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages die Förderung der regionalen Wirtschaft durch die Unterstützung aller innovativen und technologieorientierten Unternehmen sowie Existenzgründer, insbesondere durch die Unterstützung des Technologietransfers auf dem Gebiet der Wissenschaft und Forschung.

Insbesondere sollen dabei Unternehmen Berücksichtigung finden, die auf dem Gebiet der Forschung sowie der Dienstleistungen u. a. schwerpunktmäßig Themen des Umweltschutzes oder der Informations- und Kommunikationstechnik (IuK) arbeiten.

Dazu vermietet oder verpachtet die Gesellschaft kostengünstig Geschäfts- und Gewerberäume, Büro- und Betriebseinrichtungen und anderes Anlagevermögen an zu errichtende oder bereits bestehende Unternehmen, um zunächst deren Ansiedlung zu erleichtern sowie erbringt und vermittelt kostengünstig Dienst-, Beratungs- und Bildungsleistungen.

Damit soll die Entwicklung der Wirtschaftsstruktur im Raum Brandenburg durch die Ansiedlung von technologieorientierten Unternehmen und die Unterstützung der bestehenden Betriebe durch diese Unternehmen gefördert werden.

Die Gesellschaft ist in diesem Sinne auch als Mittler zwischen Wirtschaft und Wissenschaft tätig und fördert durch Information, Beratung und Vermittlung von Kontakten den Technologietransfer.

Öffentlicher Zweck

Die unter dem Begriff „Gegenstand des Unternehmens“ aufgeführten Unternehmensziele dienen der öffentlichen Zweckbestimmung der Wirtschaftsförderung.

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2013	2014	2015
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	50%	56%	55%
Eigenkapitalquote (ohne SoPo)	10%	12%	11%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	25%	27%	26%
Zinsaufwandquote	0,0%	0,0%	0,0%
Liquidität 3. Grades	88%	80%	82%
Cashflow	15 T€	16 T€	18 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	0%	0%	0%
Umsatz	508 T€	478 T€	459 T€
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	0	0	0
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	39%	34%	36%
Anzahl der Mitarbeiter	7	6	4

Lagebericht der Gesellschaft

Die Technologie- und Gründerzentrum Brandenburg an der Havel GmbH (TGZ GmbH) leistete im Jahr 2015 durch die Ansiedlung von Firmen im Technologie- und Gründerzentrum Brandenburg an der Havel (TGZ) im Rahmen der Entwicklung zur Stärkung der regionalen Wirtschaftsstruktur im Entwicklungsraum Westbrandenburg wieder einen wesentlichen Beitrag. Das TGZ suchte aufgrund der räumlichen Nähe die Zusammenarbeit mit der Technischen Hochschule Brandenburg und der örtlichen Wirtschaftsförderung. Schwerpunkte sind u. a. die Vermietung an Existenzgründer für einen zeitlich beschränkten Zeitraum, die An-

wendung des Förderprogramms „Studenten im TGZ“ (StuTZ), sowie die Förderung von Ansiedlungen von bereits bestehenden Unternehmen.

Die TGZ GmbH ist seit 17 Jahren Mitglied im TGB e.V., arbeitet in der Dachorganisation der Technologie- und Gründerzentren im Land Brandenburg mit und gehört zu den 17 Technologie- und Gründerzentren, die mit ihrer Vereinsarbeit zusammen mit der Zukunftsagentur Brandenburg (ZAB) Existenzgründern und innovativen Unternehmen aktive Unterstützung geben.

Insgesamt sind per 31.12.2015 im TGZ 41 Firmen (2014: 43 Firmen) angesiedelt, davon sind 15 Firmen (2014: 19 Firmen) im technologieorientierten Bereich tätig. Im TGZ arbeiten ca. 220 Menschen. Die Auslastung der vermietbaren Flächen betrug im Jahr 2015 durchschnittlich 67% (2014: 70%), davon sind sechs Unternehmen Existenzgründer. An die Stadt Brandenburg an der Havel wurden an die Fachgruppe Wirtschaftsförderung 212 m², an den Fachbereich Schule, Sport und Kultur 565 m² sowie an die Kfz-Zulassungsstelle 402 m² vermietet. Die Vermietung an die Fachgruppe Wirtschaftsförderung ist als wirtschaftlicher Vorteil zu sehen, da dadurch umfangreiche Synergieeffekte in der wirtschaftlichen Entwicklung vor Ort erreicht werden.

Seit dem 01.03.2009 ist die TGZ GmbH Träger des Lotsendienstes der Stadt Brandenburg an der Havel. Im Jahr 2015 wurden fünf DevelopmentCenter (DC) mit unterschiedlichen Durchführungszeiten (2-4 Tage) durchgeführt, in denen die wirtschaftliche Tragfähigkeit des Gründungsvorhabens und die Gründerpersönlichkeit der Gründungswilligen einer eingehenden Prüfung unterzogen und für die Phase nach der Gründung Berater beiseite gestellt wurden.

Umgesetzte Gründungsideen waren u. a. ein Gabelstapler-Reparaturservice, ein Motorradfachgeschäft, eine Kfz-Werkstatt aber auch Gründungen im Bereich Dienstleistungen wie Wellness-Massagen, Veranstaltungsmanagement und Stadtführungen. Die Branchenstruktur der Gründungen im Jahr 2015 ist repräsentativ für den gesamten Förderzeitraum seit 2010.

Auch im siebenten Jahr der Übernahme der Trägerschaft des Lotsendienstes erfolgt vom Fördermittelgeber LASA (seit 2015 LandesinvestitionsBank BRANDENBURG) eine weitere zielgerichtete Förderung über den Lotsendienst im Rahmen der Richtlinie des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie zur Förderung von Qualifizierungs- und Coachingmaßnahmen bei Existenzgründungen. Die Durchführung des Projektes verhält sich kostenneutral. Mehrausgaben für Sachkosten werden durch die Vermietung von Konferenz- und Beratungsräume an die Berater gedeckt.

Weibliches Unternehmertum sichtbar machen, ist ein Anliegen des Unternehmerinnen-Zentrums im TGZ Brandenburg an der Havel. Nach einer ersten Formulierung der Idee ist der Umbau der Räume im TGZ fast vollendet. In 2016 können sechs Büroeinheiten von je ca. 20 qm an Gründerinnen bzw. Unternehmerinnen vermietet werden. Das Zentrum für Unternehmerinnen verfügt auch über einen Kommunikationsbereich einschließlich Küche. Hier sollen Frauen mit Gleichgesinnten unkompliziert netzwerken können. Der gemeinsame Austausch in einer Wohlfühlatmosphäre steht dabei genauso im Fokus wie die Möglichkeit einer gewinnbringenden Kooperation. Mit dieser Umsetzungsidee will das TGZ zukünftig beste-

hende berufliche und soziale Isolationen im Unternehmerinnenbereich überwinden, Kräfte bündeln und Potenziale nutzen. Mit der Nähe zu anderen Unternehmen im TGZ, zur Fachgruppe Wirtschaftsförderung und zum Lotsendienst sind günstige Voraussetzungen für eine erfolgreiche Selbständigkeit gegeben. Das Unternehmerinnen-Zentrum ist das erste im Land Brandenburg.

Ertragslage

Die TGZ GmbH weist für das Geschäftsjahr 2015 ein Jahresergebnis von 0 T€ aus, welches sich wie folgt errechnet:

	T€
Betriebsleistung	672
Betriebsaufwendungen	712
Betriebsergebnis	-40
Finanzergebnis	1
Periodenfremdes und Neutrales Ergebnis	39
Jahresergebnis	0

Die Betriebsleistung ergibt sich mit 452 T€ aus Umsatzerlösen und mit 220 T€ aus sonstigen betrieblichen Erträgen; im Vergleich zum Vorjahr haben sich die Betriebserträge aufgrund etwas geringerer Auslastung der vermieteten Flächen leicht reduziert.

Die Betriebsaufwendungen resultieren mit 505 T€ im Wesentlichen aus sonstigen betrieblichen Aufwendungen, die sich im Vergleich zum Vorjahr hauptsächlich aufgrund verminderter Honorare im Zusammenhang mit der Durchführung der Projekte um 67 T€ verringert haben.

Das neutrale Ergebnis resultiert im Wesentlichen aus periodenfremden Erträgen.

Vermögens- und Finanzlage

Die Bilanzsumme beträgt zum 31.12.2015 insgesamt 448 T€. Davon entfällt auf das Anlagevermögen 245 T€. Das Anlagevermögen wird zu 84% durch mittel- und langfristiges Kapital gedeckt. Das Umlaufvermögen von 198 T€ besteht mit 131 T€ im Wesentlichen aus liquiden Mitteln. Die Liquidität 1. Grades beträgt 55% (2014: 39%). Unter Hinzurechnung der kurzfristigen Forderungen verbessert sich die Deckung des kurzfristigen Fremdkapitals auf 82% (2014: 82%). Das Eigenkapital der Gesellschaft beträgt unter Hinzurechnung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse am 31.12.2015 194 T€. Die Eigenkapitalausstattung beträgt 43% (2014: 44%). Das Fremdkapital beträgt 254 T€ und betrifft überwiegend kurzfristig fällige Verbindlichkeiten.

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Die Chancen der TGZ GmbH werden darin gesehen, dass weitere Projekte zur Förderung von Existenzgründungen durchgeführt werden. Dadurch wird die Möglichkeit geschaffen, den Bekanntheitsgrad zu steigern und somit neue Mieter für das TGZ Brandenburg an der Havel zu akquirieren. Ein gleich gutes Potential wird auch im Zentrum für Unternehmerinnen gesehen, das Anfang 2016 an den Start gegangen ist.

Bestandsgefährdende oder die Entwicklung beeinträchtigende Risiken waren 2015 nicht zu verzeichnen. Zu beachten ist, dass die TGZ GmbH aus dem laufenden Geschäft heraus keine größeren Investitionen in die Instandhaltung des Gebäudes erwirtschaften kann. Hierzu sind regelmäßig Investitionszuschüsse zu beantragen. Das Ergebnis wird zukünftig in den nächsten Jahren dadurch beeinflusst, ob die Auslastung der vermieteten Flächen noch weiter gesteigert werden kann.

Die künftige Entwicklung der TGZ GmbH hängt unverändert von der Auslastung der vermieteten Flächen ab. Trotz der im Berichtsjahr annähernd konstanten Vermietung von Flächen reichen die verbleibenden Flächen aus, um die Vermietung von Büroräumen an Existenzgründer weiter auszuüben.

Die notwendigen wirtschaftsfördernden Maßnahmen sind in der kurz- und mittelfristigen Haushaltsplanung der Stadt Brandenburg an der Havel eingestellt; die Fortführung der Geschäftstätigkeit ist nachhaltig sichergestellt.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Keine
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	<p>Der Betreibervertrag mit der Stadt Brandenburg an der Havel ist bis zum 31. Dezember 2017 geschlossen. Der Betreibervertrag verlängert sich jeweils um weitere zwei Jahre, wenn er nicht ein halbes Jahr vor Vertragsablauf schriftlich gekündigt wird. Eine Kündigung des Betreibervertrages ist nicht vorgesehen. Die TGZ GmbH erhält von der Stadt Brandenburg an der Havel notwendige Zuschüsse im Sinne einer wirtschaftsfördernden Maßnahmen in Höhe von 115.000 € pro Jahr sowie einen investiven Zuschuss in Höhe von 20.000 € pro Jahr. Im Wirtschaftsjahr 2015 wurde von dem erhaltenen Zuschuss für wirtschaftsfördernde Maßnahmen 126.344,62 € zum Ausgleich der die Erträge übersteigenden Aufwendungen verwendet. Der nicht verbrauchte Zuschuss 2015 wurde in den Verbindlichkeiten gegenüber der Gesellschafterin ausgewiesen.</p> <p>Außerdem besteht zwischen der Stadt und dem TGZ ein Mietvertrag. Die TGZ GmbH zahlte Mieten für das Gebäude und die Stellflächen im Geschäftsjahr 2015 136.157,74 €, 2014 143.320,87 €, 2013 148.937,18 €, in 2012 154.905,02 € und in 2011 160.519,77 €</p> <p>Umgekehrt besteht ein Mietvertrag der TGZ GmbH mit dem Gebäude- und Liegenschaftsmanagement über Räume für das Schulamt, der Fachgruppe Wirtschaftsförderung und seit 2010 auch für die Kfz-Zulassungstelle.</p> <p>Zwischen der Technische Werke Brandenburg an der Havel GmbH und der TGZ GmbH besteht seit 18. September 2001 eine Dienstleistungsvereinbarung. Im Rahmen dieser Vereinbarung erstellt die TWB die Wirtschaftspläne und die Quartalsberichte für das TGZ.</p> <p>Seit 01.03.2009 ist die TGZ GmbH Träger des Lotsendienstes.</p>

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2013	2014	2015
<u>Aktivseite</u>			
A. Anlagevermögen	249	235	245
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0
II. Sachanlagen	249	235	245
B. Umlaufvermögen	247	176	198
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	73	93	66
II. Kassenbestand, Guthaben	174	83	131
C. Rechnungsabgrenzungsposten	4	5	5
<u>Passivseite</u>			
A. Eigenkapital	51	51	51
I. Gezeichnetes Kapital	51	51	51
II. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0
B. Sonderposten für Investitionszuschuss	155	133	143
C. Rückstellungen	53	55	85
D. Verbindlichkeiten	232	173	167
E. Rechnungsabgrenzungsposten	9	5	2
Bilanzsumme	500	416	448

Ertragslage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
GuV	2013	2014	2015
1. Umsatzerlöse	508	478	459
2. Sonstige betriebliche Erträge	359	305	262
3. Materialaufwand	0	0	0
4. Personalaufwand	-197	-164	-167
5. Abschreibungen	-40	-38	-40
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-637	-582	-515
7. Sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	8	2	1
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	0	0	0
10. Sonstige Steuern	0	0	0
11. Jahresergebnis	0	0	0

III.3.2 MEBRA Märkische Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH

Geschäftsbereich

Abfallentsorgung

Firmensitz

Pernitzer Str 19 a
14797 Kloster Lehnin/ OT Prützke
Tel.: 033835/ 47 00
Fax: 033835/ 47 025

E-Mail: info@mebra-mbh.de
Internet: www.mebra-mbh.de

Gründung

Nach der Übertragung der VEB Stadtwirtschaft in kommunales Eigentum wurde am 6.11.1990 die Brandenburgische Entsorgungsgesellschaft mbH (BEG) gegründet.

Mit der Abtretung von 50% der Geschäftsanteile an die Firma Rethmann Entsorgungswirtschaft am 05.03.1991 wurde die Firmierung in Rethmann-Brandenburger Entsorgungswirtschaft mbH geändert (notarielle Urkunde des Notars von Oppeln-Brunikowski, Berlin, UR-Nr. 107/1991).

Die Änderung des Firmennamens erfolgte durch Beschluss der Gesellschafterversammlung am 26.08.2004 in Märkische Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH (MEBRA).

Die Gesellschaft ist beim Amtsgericht Potsdam unter HRB 1267 eingetragen.

Gezeichnetes Kapital/ Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital 30.000 €

Gesellschafter sind die Stadt Brandenburg an der Havel, der Landkreis Potsdam-Mittelmark und die REMONDIS GmbH & Co.KG.

Beteiligungsverhältnisse		
zu	51%	die Stadt Brandenburg an der Havel
zu	48%	die REMONDIS GmbH & Co. KG
zu	1%	der Landkreis Potsdam-Mittelmark

Unterbeteiligungen

Die MEBRA ist zu 100% an der Recyclingpark Brandenburg GmbH beteiligt. Das Stammkapital der Recyclingpark GmbH beträgt 1.000.000 €

Gesellschaftsvertrag

Der ursprüngliche Gesellschaftsvertrag wurde mit Datum vom 5. März 1991 notariell beurkundet. Am 17.01.2003 erfolgte die notarielle Beurkundung des neuen Gesellschaftsvertrages und die Änderung der Gesellschafteranteile.

Danach hat die Stadt Brandenburg an der Havel 51%, die REMONDIS GmbH & Co. KG – Region Ost 48% und der Landkreis Potsdam Mittelmark 1%. Des Weiteren hat die Gesellschafterversammlung vom 26.08.2004 die Änderung des Gesellschaftsvertrages im § 1 Abs. 1 (Firmenname neu: Märkische Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH) beschlossen. Die Eintragung im Handelsregister erfolgte am 22. September 2004.

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführung*

René Liese (bis 31.12.2015)

Thomas Schiefelbein (ab 01.09.2015)

Holger Ulbricht

- *Gesellschafterversammlung*

Mitglieder der Gesellschafterversammlung in 2015:

<u>Name</u>	<u>für</u>
Herr Detlef Reckow	Stadt Brandenburg an der Havel
Herr Dr. Sven Heincke	REMONDIS GmbH & Co. KG, Region Ost
Herr Landrat Wolfgang Blasig	Landkreis Potsdam-Mittelmark

Im Berichtsjahr wurden sämtliche Gesellschafterbeschlüsse im Umlaufverfahren gefasst.

- *Beirat*

Beiratsmitglieder 2015

Beiratsvorsitz	Herr Detlef Reckow
Stellvertreter	Herr Dr. Sven Heincke
weitere Mitglieder	Herr Manfred Otto
	Herr Dr. Henning Gehm
	Herr Norbert Gericke
	Herr Carsten Eichmüller

Im Berichtsjahr haben drei Beiratssitzungen stattgefunden.

Gegenstand

Gegenstand des Unternehmens ist gemäß gültigem Gesellschaftsvertrag das Sammeln und Deponieren von Hausmüll und hausmüllähnlichem Gewerbemüll, Fäkalienabfuhr, Sperrmüllabfuhr und Containerdienste sowie Wertstoffeffassung im Sinne von § 1 Abs. 1 Abfallentsorgungsgesetz sowie die Übernahme artverwandter Dienstleistungen.

Die Märkische Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH ist ein zertifizierter Entsorgungsfachbetrieb. Das Einsatzgebiet erstreckt sich in der Stadt Brandenburg an der Havel sowie in Bereichen des Landkreises Potsdam-Mittelmark und anderen Landkreisen des Landes Brandenburg. Weiterhin wurde das Qualitätsmanagement nach DIN EN ISO 9001 eingeführt.

Die kommunale Entsorgung umfasst das Gebiet der Stadt Brandenburg an der Havel und des Landkreises Potsdam-Mittelmark.

Öffentlicher Zweck

Gemäß § 2 Abs.1 des Brandenburgischen Abfallgesetzes vom 06.06.1997 sind kreisfreie Städte öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger im Sinne des § 13 Abs.1 des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes. Sie erfüllen diese Aufgabe als pflichtige Selbstverwaltungsaufgabe. Im Rahmen der Erfüllung dieser Entsorgungsaufgabe bedient sich die Stadt Brandenburg an der Havel der Märkischen Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH. Die Bedingungen sind im Deponiebewirtschaftungsvertrag und dem Abfallentsorgungsvertrag festgehalten.

Mit der Tochter Recyclingpark Brandenburg an der Havel GmbH wird die MEBRA verstärkt in der Aufbereitung von Abfällen und der Vermarktung der wieder gewonnenen Stoffe tätig.

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2013	2014	2015
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	41%	42%	43%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	62%	66%	69%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	178%	189%	191%
Zinsaufwandquote	0,5%	0,5%	0,3%
Liquidität 3. Grades	173%	172%	180%
Cashflow	1.148 T€	0 T€	-10 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	-4%	-1%	0%
Umsatz	7.893 T€	6.799 T€	6.649 T€
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-333 T€	-107 T€	-48 T€
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	44%	35%	26%
Anzahl der Mitarbeiter	77	63	62

Lagebericht der Gesellschaft

Die Umsatzerlöse der MEBRA setzen sich im Wesentlichen aus Leistungen in den Bereichen Entsorgung im freien und gewerblichen Bereich, aus der Sammlung und Vermarktung von Wertstoffen, Straßenreinigung und Winterdienst, aus Entsorgungsleistungen im Rahmen der Dualen Systeme sowie dem Betrieb des Wertstoffhofes zusammen.

Die im Berichtsjahr erzielten Umsätze in Höhe von 6.648,9 T€ (2014: 6.799,1 T€) sind gegenüber dem Vorjahr um 150,2 T€ gesunken. Dies ist im Wesentlichen durch den Wegfall der Erlöse im Bereich Hausmüll und der Papiersammlung durch den Verlust des

Hausmüllvertrages mit der Stadt Brandenburg an der Havel begründet, die im Jahr 2014 noch für zwei Monate enthalten waren. Der Rückgang im Hausmüllbereich konnte durch gestiegene Erlöse im gewerblichen Bereich teilweise kompensiert werden.

Die sonstigen betrieblichen Erträge von 435,6 T€ verringerten sich gegenüber dem Vorjahr um 217,7 T€

Der Materialaufwand ist gegenüber dem Vorjahr um 321,4 T€ auf 2.772,3 T€ gestiegen. Dabei erhöhten sich die Aufwendungen für bezogene Leistungen um 278,4 T€ im Wesentlichen aufgrund in Anspruch genommener Subunternehmerleistungen. Die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe stiegen um 43,0 T€ aufgrund höherer Kosten für den Einkauf von Wertstoffen.

Der Rohertrag betrug 3.876,6 T€ (2014: 4.348,2 T€).

Die Personalaufwendungen sanken gegenüber dem Vorjahr um 633,5 T€ und betragen 1.757,8 T€ (2014: 2.391,3 T€). Dies ist im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass das Personalkonzept erfolgreich umgesetzt werden konnte. Unter anderem wirken sich die Regelungen des Haustarifvertrages positiv auf die Personalkosten aus.

Die Abschreibungen in Höhe von 520,7 T€ sind gegenüber dem Vorjahr (534,6 T€) planmäßig gesunken.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von 1.916,9 T€ (2014: 2.108,5 T€) sanken um 191,6 T€. Die wesentlichen Einsparungen konnten bei den Kosten für Kraftstoffe, Kfz-Reparaturen sowie Rechts- und Beratungskosten erzielt werden.

Durch den bestehenden Ergebnisabführungsvertrag mit der Tochtergesellschaft Recyclingpark Brandenburg an der Havel GmbH übernahm die Gesellschaft im Jahr 2015 Verluste aus der Ergebnisabführung in Höhe von 192,6 T€ (2014: 43,7 T€).

Somit weist die Märkische Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH einen Jahresfehlbetrag in Höhe von 48,0 T€ (2014: 106,8 T€) aus.

Cashflow aus operativer Tätigkeit:

Für die Finanzierung der laufenden Geschäftstätigkeit standen im Berichtsjahr ausreichend Mittel zur Verfügung. In Anlehnung an den Deutschen Rechnungslegungsstandard Nr. 21 ergibt sich ein positiver Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von 204,8 T€. Der Finanzmittelfonds am Ende der Berichtsperiode beträgt 118,0 T€.

Cashflow aus Investitionstätigkeit:

Der Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit nach Berücksichtigung der Erlöse aus Anlagenabgängen beträgt 341,6 T€. Im Berichtsjahr tätigte die Gesellschaft Investitionen in Höhe von 435,6 T€

Cashflow aus Finanzierungstätigkeit:

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten betragen 890,9 T€ (2014: 954,6 T€).

Der Cashflow aus Finanzierungstätigkeit beträgt - 84,5 T€. Er resultiert aus der planmäßigen Tilgung von Darlehen sowie aus der Erhöhung eines Terminkredites.

Ohne Berücksichtigung der Forderungen gegen die RPB aus Cash-Pooling in Höhe von 2.554 T€ (2014: 2.415 T€) sind die kurzfristigen Verpflichtungen durch kurzfristige Mittel nicht gedeckt, so dass die Gesellschaft zur Aufrechterhaltung der Zahlungsfähigkeit auf die Inanspruchnahme der Kreditlinien angewiesen ist.

Die Gesellschaft war im Berichtsjahr, aufgrund der Inanspruchnahme der Kreditlinien, jederzeit in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen.

Die Bilanzsumme der Gesellschaft hat sich im Jahr 2015 auf 6.689 T€ (2014: 7.008,2 T€) vermindert.

Auf der Aktivseite der Bilanz steht ein um planmäßige Abschreibungen verringertes Sachanlagevermögen in Höhe von 1.759,0 T€. Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände verringerten sich gegenüber dem Vorjahr stichtagsbedingt um 44,0 T€.

Auf der Passivseite der Bilanz verringerte sich das Eigenkapital um den Jahresfehlbetrag des Berichtsjahres in Höhe von -48,0 T€. Bezogen auf die Bilanzsumme ergibt sich eine Eigenkapitalquote von 69% (2014: 66%).

Die Rückstellungen verringerten sich um 483,0 T€ auf 372,2 T€.

Die Verbindlichkeiten erhöhten sich auf 1.686,0 T€ (2014: 1.480,9 T€), wobei die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen stichtagsbedingt anstiegen.

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Hauptgeschäftsfelder der Gesellschaft sind Leistungen der Kreislauf- und Abfallwirtschaft. Diese umfassen im Wesentlichen die Sammlung und Verwertung von Gewerbeabfällen sowie das Einsammeln von Wertstoffen, deren Aufbereitung und Vermarktung sowie die schadlose Entsorgung von Abfällen.

Weitere Leistungen werden im Rahmen der Straßenreinigung und des Winterdienstes sowie der Dualen Systeme erbracht. Darüber hinaus bewirtschaftet die Gesellschaft den kommunalen Wertstoffhof.

Die durch die Bietergemeinschaft der MEBRA und REMONDIS Brandenburg GmbH gewonnene europaweite Neuausschreibung des am 28. Februar 2014 ausgelaufenen Hausmüllentsorgungsvertrages der Stadt Brandenburg an der Havel hatte zu wesentlichen Änderungen in der Märkischen Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH geführt. Die Gesellschaft erzielt seitdem deutlich weniger Umsätze und Ergebnisse, da aus arbeits- und vergaberechtlichen Gründen in einer Bietergemeinschaft die REMONDIS Brandenburg GmbH für den umsatzstärksten Bereich Logistik verantwortlich ist. Die MEBRA ist für die Kommune nur noch für die Verwertung von kommunalem Altpapier, den Behälterdienst und die Einsammlung und Verwertung von Problemabfällen sowie für die Bewirtschaftung des Wertstoffhofes zuständig.

Daraus resultierten Strukturänderungen, die im Rahmen eines Personalkonzeptes umgesetzt werden mussten. So wurden einvernehmlich Aufhebungsvereinbarungen geschlossen und die Anzahl der Mitarbeiter an die neue Auftragslage angepasst. Die Anpassung der

Lohnstruktur an das Wettbewerbsniveau konnte durch den Abschluss eines Haustarifvertrages realisiert werden.

Die Gesellschaft hält Verträge zur Sammlung von Glas und LVP (Leichtverpackungen – gelber Sack) als direkter Vertragspartner des DSD in der Stadt Brandenburg an der Havel sowie für LVP im Landkreis Potsdam-Mittelmark. Zum Teil werden diese Verträge mit Hilfe von Subunternehmern abgewickelt.

Weiterhin sammelt die Gesellschaft im Rahmen eines DSD-Vertrags Altglas in Teilen des Landkreises Potsdam-Mittelmark.

Der seit dem 01.04.2009 bestehende Straßenreinigungs- und Winterdienstvertrag mit der Stadt Brandenburg an der Havel und der Verkehrsbetriebe Brandenburg an der Havel GmbH wurde seitens der Vertragspartner durch Ziehung einer vertraglich festgelegten Verlängerungsoption um weitere zwei Jahre verlängert. Durch die Vertragsverlängerung drohten der Gesellschaft Verluste, denen in 2013 durch eine entsprechende Rückstellungsbildung Rechnung getragen und die in 2014 sowie im Berichtsjahr anteilig ergebniswirksam in Anspruch genommen wurde.

In 2015 wurde im Rahmen einer europaweiten Ausschreibung der Straßenreinigungs- und Winterdienstvertrag für die Stadt Brandenburg an der Havel zu verbesserten Konditionen gewonnen, so dass hier eine Ergebnisverbesserung zu erwarten ist.

Zusätzlich erhielt die MEBRA verschiedene Winterdienstaufträge von kommunalen und privaten Auftraggebern in der Stadt Brandenburg an der Havel und im Umland sowie den Auftrag zur Schadstoffsammlung im Landkreis Havelland.

Am Standort der geschlossenen Deponie Fohrde betreibt die Gesellschaft im eigenen Namen weiterhin einen Kompostplatz und produziert dort güte zertifizierten Kompost.

Zusammenfassend zeigte sich aus der Sicht der Unternehmensleitung im Berichtsjahr eine zufriedenstellende Entwicklung der Gesellschaft, da sich das operative Ergebnis trotz des Verlustes des Hausmüllvertrages planmäßig entwickelt hat. Es konnte ein positives Betriebsergebnis erzielt werden, welches trotz geringerer Erlöse aufgrund von Kostensenkungen vor allem im Personalbereich und bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen erreicht wurde.

Die Gesellschaft verfügt über ein rechnungslegungsbezogenes internes Kontrollsystem (IKS), welches dem Geschäftszweck und -umfang angemessen ist.

Für die Berichtsgesellschaft wird ein monatliches Ergebnisreporting und eine jährliche Budgetierung inklusive Mittelfristplanung erstellt. Gegenüber dem Hauptgesellschafter erfolgt zusätzlich eine Quartalsberichterstattung. Im Rahmen dieser regelmäßigen Prozesse wird die Ergebnis- und Liquiditätssituation der Gesellschaft überwacht, einem Planabgleich unterzogen und eine Früherkennung von Fehlentwicklungen gesichert.

Unter Berücksichtigung der Forderungen aus Cash-Pooling an die Tochtergesellschaft ist der Finanzmittelfonds der MEBRA in 2015 um 220 T€ zurückgegangen.

Die Liquidität der Gesellschaft ist eng verbunden mit der wirtschaftlichen Lage der Tochtergesellschaft. Zur Aufrechterhaltung der Zahlungsfähigkeit ist die MEBRA auf die

Inanspruchnahme der bestehenden Kreditlinien angewiesen. Die Hausbank wird das laufende Geschäft der Gesellschaft sowie für 2016 geplante Investitionen weiterhin unterstützen.

Aufgrund des deutlichen Umsatzrückganges infolge des Verlustes des Hauptteils des Geschäftsbereiches Hausmüllentsorgung sind Strukturänderungen und Kosteneinsparungen erfolgt. Die Anpassung der Lohnstruktur an das Wettbewerbsniveau konnte durch den Abschluss eines Haustarifvertrages realisiert werden. Dieser bildet die Basis für die langfristige Wettbewerbsfähigkeit der MEBRA.

Im Februar 2015 hat die Tochtergesellschaft Recyclingpark Brandenburg an der Havel GmbH den Auftrag zum Umschlag von Hausmüll und Sperrmüll der Stadt Brandenburg an der Havel nach erfolgter europaweiter Ausschreibung zu vergleichbaren Konditionen wie in der Vergangenheit wieder gewinnen können, so dass die Beschäftigungsmöglichkeiten für die dort beschäftigten MEBRA Mitarbeiter erhalten bleiben.

Die Geschäftsführung geht von einer zukünftig ausgelasteten Halle des RPB durch die langfristige Vermietung an eine REMONDIS-Tochter aus. Eine stabile Ertragslage beim RPB wirkt sich positiv auf das Ergebnis der Märkischen Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH aus.

Nach der Neuvergabe des Hausmüllvertrages der Stadt Brandenburg an der Havel an die Bietergemeinschaft ergibt sich die Notwendigkeit, langfristig Einsparpotentiale zu nutzen. Daher wird auch in 2016 eine Erhöhung der Effizienz aller Arbeitsabläufe angestrebt.

Die Gesellschaft ist für die Sammlung der gelben Säcke im Landkreis Potsdam-Mittelmark verantwortlich, gewann den Auftrag für die Sammlung der gelben Säcke bzw. Tonnen in der Stadt Brandenburg an der Havel wieder, ist weiterhin im Landkreis Havelland in der Schadstoffsammlung tätig und setzt teils allein oder in Zusammenarbeit mit anderen Unternehmen verschiedene kommunale Aufträge in der Stadt Brandenburg an der Havel und im Umland im Bereich Winterdienst um.

Neben der weiteren Anpassung der Kostenstruktur ist die deutliche stärkere Nutzung der vorhandenen Ressourcen in der MEBRA bzw. der Tochtergesellschaft Recyclingpark Brandenburg an der Havel GmbH das wesentliche Ziel in 2016. Die Erhöhung der Auslastung der Halle des Recyclingparks durch weitere Umsätze im Bereich Umschlag, Lagerfläche bzw. Recycling, die Erweiterung der Angebotspalette der Dienstleistungen des Wertstoffhofes und neue Geschäftsfelder im Bereich Dienstleistung durch die MEBRA können das Ergebnis in den nächsten Jahren wieder verbessern.

Die Stadt Brandenburg an der Havel hatte den bis 31.03.2016 laufenden Vertrag zur Straßenreinigung und Winterdienst neu ausgeschrieben. Die MEBRA hatte sich an der Ausschreibung beteiligt. Im Rahmen des Vergabeverfahrens wurden alle drei Lose an die MEBRA vergeben. Derzeit erwirtschaftet der Vertrag unter den aktuellen Rahmenbedingungen einen negativen Deckungsbeitrag. Mit Beginn der Laufzeit des neuen Vertrages wird eine deutliche Verbesserung möglich sein.

Für 2016 sind Investitionen in Höhe von 795,0 T€ vorgesehen.

Durch die geplante Anpassung der Genehmigungen für den Betrieb des Recyclingparks soll in der Tochtergesellschaft die Voraussetzung für weiteres Umsatzwachstum durch externe Aufträge und neue Mieter geschaffen werden, so dass die RPB langfristig positive Ergebnisse realisieren kann, die durch den Ergebnisabführungsvertrag von der MEBRA übernommen werden.

Unter Zugrundelegung der zuvor beschriebenen Annahmen wird im Jahr 2016 mit einem Ergebnis leicht über dem durchschnittlichen Niveau der Geschäftsjahre 2014 und 2015 gerechnet.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Verlustausgleich in Höhe von 192,6 T€ durch Ergebnisabführungsvertrag mit der RPB GmbH.
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Keine

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2013	2014	2015
<u>Aktivseite</u>			
A. Anlagevermögen	3.134	2.971	2.880
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0
II. Sachanlagen	2.012	1.850	1.759
III. Finanzanlagen	1.121	1.121	1.121
B. Umlaufvermögen	4.491	3.976	3.748
I. Vorräte	317	199	237
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	3.975	3.437	3.393
III. Kassenbestand, Guthaben	199	339	118
C. Rechnungsabgrenzungsposten	10	9	9
D. Aktive latente Steuern	0	52	52
Bilanzsumme	7.634	7.008	6.690
<u>Passivseite</u>			
A. Eigenkapital	4.763	4.656	4.608
I. Gezeichnetes Kapital	30	30	30
II. Andere Gewinnrücklagen	1.725	1.725	1.725
III. Gewinn-, Verlustvortrag	3.341	3.008	2.901
IV. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-333	-107	-48
B. Rückstellungen	1.283	855	372
C. Verbindlichkeiten	1.427	1.481	1.686
D. Rechnungsabgrenzungsposten	93	16	23
E. Passive latente Steuern	68	0	0
Bilanzsumme	7.634	7.008	6.690

Ertragslage der Gesellschaft

GuV	(Angaben in T€)		
	2013	2014	2015
1. Umsatzerlöse	7.893	6.799	6.649
2. Bestandsänderung an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	30	-59	6
3. Sonstige betriebliche Erträge	208	653	436
4. Materialaufwand	-2.301	-2.451	-2.772
5. Personalaufwand	-3.479	-2.391	-1.758
6. Abschreibungen	-657	-535	-521
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-2.289	-2.108	-1.917
8. Erträge aus Beteiligungen	227	0	0
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	79	71	64
10. Aufwendungen aus Verlustübernahme	0	-44	-193
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-41	-37	-22
12. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-329	-102	-28
13. Steuern vom Einkommen und Ertrag (2013 u. 2014:Steuererstattung)	22	18	2
14. Sonstige Steuern	-26	-23	-22
15. Jahresergebnis	-333	-107	-48

III.3.2.1 Recyclingpark Brandenburg an der Havel GmbH

Geschäftsbereich

Abfallbehandlung

Firmensitz

August-Sonntag-Straße 3
14770 Brandenburg an der Havel
Tel.: 03381/32 37 00
Fax: 03381/32 37 11
E-mail: recyclingpark-brandenburg@remondis.de

Gründung

Die Recyclingpark Brandenburg an der Havel GmbH wurde am 25.02.1994 gegründet.
Die Gesellschaft ist beim Amtsgericht Potsdam unter HRB 7458 eingetragen.

Gezeichnetes Kapital/ Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital	1.000.000 €	
Märkische Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH		100 %

Unterbeteiligungen

Die Gesellschaft ist an keinen weiteren Unternehmen beteiligt.

Gesellschaftsvertrag

Der gültige Gesellschaftsvertrag datiert vom 25. Februar 1994 in der zuletzt geänderten Fassung vom 17.01.2003.

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführer*

René Liese (bis 31.12.2015)

Thomas Schiefelbein (ab 01.09.2015)

Holger Ulbricht

- *Gesellschafterversammlung*

Die Vertretung des Gesellschafters in der Gesellschafterversammlung erfolgt durch die Geschäftsführung der Märkischen Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH.

Im Berichtsjahr wurden sämtliche Gesellschafterbeschlüsse im Umlaufverfahren gefasst.

- *Beirat*

Die Beiratsfunktion wird durch den Beirat des Mutterunternehmens wahrgenommen.

Gegenstand

Gegenstand des Unternehmens sind gemäß gültigem Gesellschaftsvertrag:

- Aufgaben der Abfallentsorgung
- Vorbehandlung von Abfällen für eine ordnungsgemäße Verwertung bzw. Ablagerung

Öffentlicher Zweck

Kreisfreie Städte sind gemäß § 2 Abs.1 des Brandenburgischen Abfallgesetzes öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger im Sinne des § 13 Abs.1 des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes.

Neben dem Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz wurden neue Regelwerke für die Restabfallentsorgung geschaffen. Dazu gehört insbesondere die Technische Anleitung Siedlungsabfall (TASi). Grundlage des Geschäftsbetriebes ist die Zielhierarchie des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes, nach der in erster Linie Abfälle zu vermeiden, in zweiter Linie zu verwerten und erst als letzte Möglichkeit Abfälle zu beseitigen sind. Ziel ist die Einsparung von Primärenergie.

Ziel der TASi war der Ausstieg aus der Ablagerung von Restabfällen auf herkömmlichen Deponien. Die TASi enthält Vorschriften über die Beschaffenheit von abzulagernden Restabfällen und die Bewirtschaftung von Deponien auf der Basis des zum 01.06.2005 in Kraft getretenen Deponierungsverbotes für unbehandelte Abfälle.

Die RPB GmbH ist Entsorgungsfachbetrieb. Der Hauptzweck des Unternehmens ist die seit dem 01.06.2005 gesetzlich vorgeschriebene Aufbereitung und Vorbehandlung von Siedlungs- bzw. Gewerbeabfällen zur weiteren thermischen Verwertung.

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2013	2014	2015
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	94%	94%	97%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	22%	24%	25%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	24%	28%	28%
Zinsaufwandquote	3%	3%	3%
Liquidität 3. Grades	10%	9%	5%
Cashflow	251 T€	398 T€	326 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	0%	0%	2%
Umsatz	2.441 T€	2.487 T€	1.880 T€
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	0	0	0
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	0%	0%	0%
Anzahl der Mitarbeiter	0	0	0

Lagebericht der Gesellschaft

Im Berichtsjahr ergibt sich ein Jahresumsatz von 1.880,5 T€ (2014: 2.487,2 T€). Die Umsatzerlöse betreffen fast ausschließlich die Aufbereitung von Siedlungs- bzw. Gewerbeabfällen. Ausschlaggebend für den Umsatzrückgang ist die Auslagerung der Transportdienstleistungen von der Umschlagstation zur Verwertung im Rahmen des neuen Dienstleistungsvertrages mit der Stadt Brandenburg an der Havel über die Umladung von Abfällen. Korrespondierend zu dieser Verminderung der Umsatzerlöse sind auch die Materialaufwendungen auf 1.204,0 T€ (2014: 1.804,4 T€) gesunken.

Der Rohüberschuss beträgt im Berichtsjahr 676,8 T€ (2014: 682,8 T€).

Im Berichtsjahr fiel in der Gesellschaft kein Personalaufwand an, da die Bewirtschaftung der Anlage über die Muttergesellschaft erfolgt.

Die Abschreibungen betragen 317,3 T€ und liegen somit um 24,0 T€ unter dem Vorjahreswert.

Das Jahresergebnis 2015 in Höhe von -192,6 T€ liegt unter dem Ergebnis des Vorjahres (-43,7 T€). Der Verlust wurde im Rahmen des Ergebnisabführungsvertrages von der Märkischen Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH ausgeglichen.

Die Gesellschaft war im Berichtsjahr durch Gesellschafterleistungen im Rahmen des Cash-Pooling mit der MEBRA jederzeit in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen. Die Verbindlichkeiten aus dem Cash-Pool mit der MEBRA betragen zum 31. Dezember 2015 2.554 T€. Entsprechend des angewandten Deutschen Rechnungslegungsstandards Nr. 21 ergibt sich ein Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von 102,8 T€.

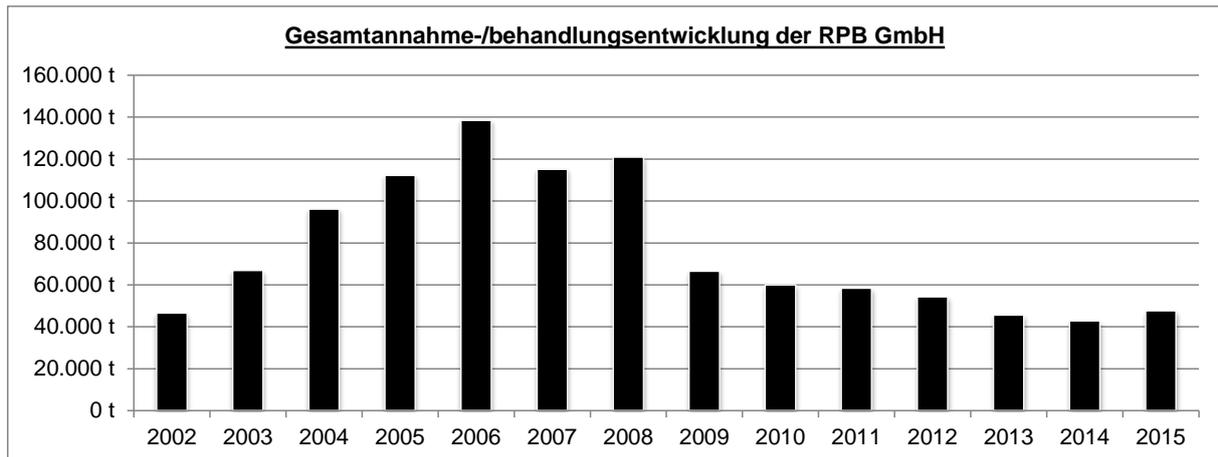
Im Berichtsjahr erfolgten im Wesentlichen Investitionen in Sachanlagen, z. B. in einen Bagger. Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit nach Berücksichtigung der Erträge aus Anlagenabgängen lag bei -182,4 T€.

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit betrug -60,0 T€. Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit konnte die Zahlungsflüsse aus der Investitionstätigkeit und aus der Finanzierungstätigkeit nicht vollständig decken. Aus dem Grund sind die Verbindlichkeiten gegenüber der MEBRA aus dem Cash Pool um 139 T€ gestiegen.

Die Bilanzsumme der Gesellschaft verringerte sich im abgelaufenen Geschäftsjahr auf 4.029 T€ (2014: 4.283 T€). Die Eigenkapitalquote beträgt 25,3% (2014: 23,7%).

Das Anlagevermögen auf der Aktivseite der Bilanz liegt mit 3.908 T€ auf dem Niveau des Vorjahres (4.042 T€), wobei die planmäßigen Abschreibungen über den Investitionen lagen. Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind gesunken und betragen 120 T€ (2014: 228 T€).

Auf der Passivseite der Bilanz verminderte sich der Sonderposten durch planmäßige Auflösung. Die sonstigen Rückstellungen betragen zum Bilanzstichtag 138 T€. Die Verbindlichkeiten in Höhe von 2.436 T€ sanken gegenüber dem Vorjahr (2.650 T€) im Wesentlichen aufgrund der um 114 T€ geringeren Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie aufgrund der planmäßigen Tilgung des Darlehens um 60 T€.



Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Durch den Gewinn der Ausschreibung für die Umladung von Abfällen aus der Stadt Brandenburg an der Havel bis 31.12.2020 ist eine stabile Grundauslastung der Recyclingpark Brandenburg an der Havel GmbH gesichert.

Im Rahmen eines Subunternehmervertrages behandelt die Gesellschaft weiterhin auch Sperrmüll aus dem Landkreis Potsdam-Mittelmark. Die Märkische Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH liefert gewerbliche Abfallmengen aus dem freien Bereich an.

Die Muttergesellschaft betreibt am Standort der Gesellschaft den in 2014 komplett neu gestalteten kommunalen Wertstoffhof im Auftrag der Stadt. Auf dem gewerblichen Teil des Wertstoffhofs des Recyclingparks werden Abfälle von Gewerbekunden angenommen und verwertet.

Des Weiteren werden auf dem Gelände und in der Halle der Recyclingpark Brandenburg an der Havel GmbH Glas, Papier und andere Wertstoffe für die MEBRA umgeschlagen. Ebenso befinden sich das Streumittelager und der Solebehälter für den Winterdienstvertrag der Muttergesellschaft in der Halle des RPB.

Wesentliches Ziel in 2015 war und ist auch zukünftig die stetige Erhöhung der Auslastung der Halle. Eine entscheidende Rolle spielt dabei die Umsetzung des Projektes REMINE und die damit einhergehende Vermietung eines großen Teils der Halle an die TSR-Tochter REMINE GmbH.

Insgesamt wird sichergestellt, dass die Recyclingpark Brandenburg an der Havel GmbH in vollem Umfang ihren vertraglichen Verpflichtungen gerecht wird. Die Gesellschaft konnte im Rahmen der Ausschreibung den Zuschlag für die aus ergebnistechnischer Sicht relevante Dienstleistung – Umschlag von Hausmüll und Sperrmüll – bis zum 31.12.2020 gewinnen.

Ziel ist es, neue Stoffströme zu generieren, die von der Gesellschaft behandelt bzw. umgeschlagen werden. Weiterhin bestehen gute Chancen, durch ein Projekt mit einer REMONDIS Tochtergesellschaft einen Mieter für einen Großteil der Hallenfläche zu gewinnen. Die notwendigen Anträge für die Genehmigungsbehörden sind erstellt und liegen zur Genehmigung bei den Behörden vor. Mit einer Genehmigung wird gegen Ende 1. Quartal 2016/Anfang 2. Quartal 2016 gerechnet. Ein weiterer wesentlicher Bestandteil ist der

Wertstoffhof, dessen Betrieb die Muttergesellschaft im Rahmen der europaweiten Ausschreibung mindestens bis zum 28.02.2019 gewonnen hat. Das Grundstück, auf dem der Wertstoffhof betrieben wird, wird von der RPB an die MEBRA vermietet.

Trotz Unterdeckung der Liquiditätsrechnung zum 31. Dezember 2015 war die Gesellschaft im Berichtsjahr durch Gesellschafterleistungen im Rahmen des Cash-Pooling mit der MEBRA jederzeit in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen. Auch im Folgejahr ist die Gesellschaft zur Aufrechterhaltung der Zahlungsfähigkeit auf die Inanspruchnahme des Cash-Pools mit der Gesellschafterin angewiesen. Die Liquidität der Gesellschaft ist damit eng verbunden mit der wirtschaftlichen Lage der MEBRA, so dass die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft von der Zahlungsfähigkeit der MEBRA abhängig ist. Die Zahlungsfähigkeit der MEBRA ist zurzeit und, entsprechend der Mittelfristplanung, bis 2019 aufgrund bestehender Kreditvereinbarungen gewährleistet. Eine mögliche zukünftige Beeinträchtigung der Zahlungsfähigkeit der MEBRA hätte für die RPB entwicklungsbeeinträchtigende bzw. im schlimmsten Fall bestandsgefährdende Folgen.

Die Gesellschaft verfügt über ein rechnungslegungsbezogenes internes Kontrollsystem (IKS), welches dem Geschäftszweck und -umfang angemessen ist.

Für die Berichtsgesellschaft wird ein monatliches Ergebnisreporting und eine jährliche Budgetierung inklusive Mittelfristplanung erstellt. Die Gesellschaft erstellt quartalsweise Berichte, die die jeweiligen Abweichungen zwischen Plan und Ist des Berichtszeitraumes darstellen und erläutert die aktuelle Geschäftsentwicklung. Im Rahmen dieser regelmäßigen Prozesse wird die Ergebnis- und Liquiditätssituation der Gesellschaft überwacht, einem Planabgleich unterzogen und eine Früherkennung von Fehlentwicklungen gesichert.

Durch die geplante Ausweitung und Flexibilisierung der Genehmigungen für den Betrieb des Recyclingparks sollen die Voraussetzung für weiteres Umsatzwachstum durch externe Aufträge und neue Mieter geschaffen werden, um langfristig nachhaltig positive Ergebnisse realisieren zu können.

Für das Jahr 2016 geht die Gesellschaft von einem leicht positiven Ergebnis vor Ergebnisübernahme aus. Für 2017 geht die konservative Mittelfristplanung dann von weiter steigenden positiven operativen Ergebnissen aus, die in den Folgejahren verstetigt werden.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Verlustausgleich durch die MEBRA GmbH in Höhe von 192,6 T€ durch Ergebnisabführungsvertrag mit der Muttergesellschaft.
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Keine

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2013	2014	2015
<u>Aktivseite</u>			
A. Anlagevermögen	4.249	4.042	3.908
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0
II. Sachanlagen	4.249	4.042	3.907
B. Umlaufvermögen	295	240	122
I. Vorräte	1	13	2
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	294	228	120
III. Kassenbestand, Guthaben	0	0	0
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	4.544	4.283	4.029
<u>Passivseite</u>			
A. Eigenkapital	1.017	1.017	1.017
I. Stammkapital (Festgesetztes Kapital)	1.000	1.000	1.000
II. Gewinn-/Verlustvortrag	17	17	17
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse	538	486	438
C. Rückstellungen	73	130	138
D. Verbindlichkeiten	2.917	2.650	2.436
E. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	4.544	4.283	4.029

Ertragslage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
GuV	2013	2014	2015
1. Umsatzerlöse	2.441	2.487	1.880
2. Verminderung/Erhöhung des Bestandes an unfertigen Erzeugnissen	0	11	-11
3. Sonstige betriebliche Erträge	438	290	208
4. Personalaufwand	0	0	0
5. Materialaufwand	-1.729	-1.804	-1.204
6. Abschreibungen	-301	-341	-317
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-483	-552	-618
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-76	-69	-65
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	289	21	-127
11. Sonstige Steuern	-62	-64	-65
12. Erträge aus Verlustübernahme	0	-44	-193
13. Aufwendungen aus Ergebnisabführung	-227	0	0
14. Jahresergebnis	0	0	0

III.3.3 VBB Verkehrsverbund Berlin – Brandenburg GmbH

Geschäftsbereich

Verkehr

Firmensitz

Hardenbergplatz 2
 10623 Berlin
 Tel.: 030/25 41 44 50
 Fax: 030/25 41 41 11
 E-mail: info@vbb.de
 Internet: www.vbb.de

Gründung

Die Gesellschaft wurde am 8. Dezember 1994 gegründet. Die Grundsatzentscheidung über den Beitritt der Stadt Brandenburg an der Havel zur VBB GmbH wurde von der SVV am 18.12.1997 getroffen. Die Gesellschaft ist eingetragen unter der Nr. HRB 54603 im Handelsregister des Amtsgerichtes Berlin-Charlottenburg.

Gezeichnetes Kapital / Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital 324.000 €

Die Gesellschafterstruktur der VBB GmbH ist einheitlich: Neben den beiden Ländern Berlin und Brandenburg, die je ein Drittel der Anteile des Stammkapitals, das insgesamt 324 T€ beträgt, halten und jeweils vier Vertreter in den Aufsichtsrat entsenden, sind alle achtzehn kommunalen Gebietskörperschaften im Land Brandenburg selbst Gesellschafter der VBB GmbH; sie halten jeweils einen Geschäftsanteil von 6 T€ (1,85%) und entsenden je einen Vertreter in den Aufsichtsrat.



Gesellschafter:	Anteil am Stammkapital	Stamm-einlage
Land Berlin	33,33%	108.000 €
Land Brandenburg	33,33%	108.000 €
Stadt Brandenburg an der Havel	1,85%	6.000 €
Stadt Frankfurt (Oder)	1,85%	6.000 €
Stadt Cottbus	1,85%	6.000 €
Landeshauptstadt Potsdam	1,85%	6.000 €
Landkreis Barnim	1,85%	6.000 €
Landkreis Dahme-Spreewald	1,85%	6.000 €
Landkreis Elbe-Elster	1,85%	6.000 €
Landkreis Havelland	1,85%	6.000 €
Landkreis Märkisch-Oderland	1,85%	6.000 €
Landkreis Oberhavel	1,85%	6.000 €
Landkreis Oberspreewald-Lausitz	1,85%	6.000 €
Landkreis Oder-Spree	1,85%	6.000 €
Landkreis Ostprignitz-Ruppin	1,85%	6.000 €
Landkreis Potsdam-Mittelmark	1,85%	6.000 €
Landkreis Prignitz	1,85%	6.000 €
Landkreis Spree-Neiße	1,85%	6.000 €
Landkreis Teltow-Fläming	1,85%	6.000 €
Landkreis Uckermark	1,85%	6.000 €
		<u>324.000 €</u>

Unterbeteiligungen

Die Gesellschaft hält keine Beteiligungen.

Gesellschaftsvertrag

Der Gesellschaftsvertrag datiert vom 01.12.2005.

Gesellschaftsanteile

Gemäß § 16 des Gesellschaftsvertrages wird die laufende Finanzierung der Gesellschaft in einem gesonderten Konsortialvertrag geregelt. Aus diesem ergibt sich die Verpflichtung aller Gesellschafter, den für die Geschäftstätigkeit der VBB GmbH anfallenden Finanzbedarf durch Gesellschafterbeiträge zu decken.

Entsprechend den Regelungen des Konsortialvertrages verteilen sich die Gesellschafterbeiträge wie folgt:

- 40% auf das Land Berlin
- 40% auf das Land Brandenburg
- in Summe 20% auf alle kommunalen Gesellschafter zu gleichen Teilen

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführung*

Susanne Henckel

- *Gesellschafterversammlung*

Vertreter des Gesellschafters in der Gesellschafterversammlung ist der Bürgermeister der Stadt Brandenburg an der Havel, Herr Steffen Scheller.

Im Geschäftsjahr 2015 fand eine ordentliche Gesellschafterversammlung statt.

- *Aufsichtsrat*

Die Mitglieder des Aufsichtsrates waren 2015:

Mitglieder des Aufsichtsrates 2015	
<u>Name</u>	<u>Funktion</u>
Herr Christian Gaebler	Staatssekretär in der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt (Aufsichtsratsvorsitzender)
Frau Katrin Lange	Staatssekretärin Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung Land Brandenburg (erste stellv. Aufsichtsratsvorsitzende)
Herr Carsten Bockhardt	Erster Beigeordneter im Landkreis Barnim
Herr Burkhard Exner	Bürgermeister der Landeshauptstadt Potsdam
Herr Holger Lademann	Erster Beigeordneter des Landkreises Teltow-Fläming
Frau Grit Klug	Erste Beigeordnete des Landkreises Oberspreewald-Lausitz
Frau Stephanie Landgraf	Referentin in der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin
Herr Rudolf Keseberg	Ministerialdirigent im Ministerium des Innern des Landes Brandenburg
Herr Ralf Reinhardt	Landrat im Landkreis Ostprignitz-Ruppin
Herr Markus Derling	Beigeordneter Stadt Frankfurt/Oder
Frau Dr. Heike Richter	Abteilungsleiterin im Ministerium der Justiz und für Europa und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg
Herr Joachim Künzel	Referatsleiter der Senatskanzlei Berlin
Herr Stephan Loge	Landrat im Landkreis Dahme-Spreewald
Frau Edelgard Schimko	Geschäftsbereichsleiterin im Landkreis Prignitz
Herr Hans-Werner Michael	Referatsleiter im Ministerium der Finanzen des Landes Brandenburg
Herr Christian Heinrich-Jaschinski	Landrat des Landkreises Elbe-Elster
Herr Steffen Scheller	Bürgermeister der Stadt Brandenburg an der Havel
Herr Gernot Schmidt	Landrat im Landkreis Märkisch-Oderland
Herr Bernd Brandenburg	Beigeordneter im Landkreis Uckermark
Herr Dr. Burkhard Schröder	Landrat im Landkreis Havelland
Herr Ludger Weskamp	Landrat im Landkreis Oberhavel
Herr Egmont Hamelow	Erster Beigeordneter Landkreis Oberhavel
Herr Günter Schulz	Referatsleiter in der Senatsverwaltung für Finanzen des Landes Berlin
Herr Christian Stein	Erster Beigeordneter im Landkreis Potsdam-Mittelmark
Frau Marietta Tzschoppe	Beigeordnete der Stadt Cottbus
Herr Carsten Billing	Dezernent im Landkreis Spree-Neiße
Herr Manfred Zalenga	Landrat im Landkreis Oder-Spree (zweiter stellv. Aufsichtsratsvorsitzender)

Im Geschäftsjahr 2015 fanden drei ordentliche Aufsichtsratssitzungen statt.

- *Beiräte*

Entsprechend den gesellschaftsrechtlichen Grundlagen bestehen gemäß § 7 in Verbindung mit § 14 des Gesellschaftsvertrages zwei Beiräte.

Der Beirat der Gesellschafter setzt sich aus je vier Vertretern der Länder Berlin und Brandenburg sowie je einem Vertreter der übrigen Gesellschafter zusammen.

Der Beirat der Verkehrsunternehmen setzt sich aus Vertretern der im Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg kooperierenden Verkehrsunternehmen zusammen. Beide Beiräte haben lediglich beratende Funktion.

Gegenstand

Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung der nachfrage- und bedarfsgerechten Sicherung und Entwicklung der Leistungsfähigkeit und Attraktivität des ÖPNV im Sinne der ÖPNV-Gesetze der Länder Berlin und Brandenburg sowie des Einigungsvertrages und der Grundsatzvereinbarungen der Länder Berlin und Brandenburg vom 30. Dezember 1993.

Hieraus ergeben sich u. a. für die Gesellschaft im Wesentlichen folgende Aufgaben:

- Erarbeitung eines den regionalen Bedingungen angepassten Bedienungskonzeptes und Erstellung eines daraufhin gerichteten Fahrplans
- Konzipierung, Einführung und Fortentwicklung eines einheitlichen Beförderungssystems, eines einheitlichen Beförderungstarifes für den Verbundverkehr, einheitliche Tarif- und Beförderungsbedingungen, Fahrgastinformationen, Marketingmaßnahmen und Abfertigungs- und Zahlungssysteme
- Erarbeitung und Anwendung eines Einnahmeaufteilungsverfahrens für das Verbundgebiet
- Mitwirkung bei der Aufstellung und Umsetzung der Investitions- und Finanzierungspläne der Aufgabenträger für den Verkehrsverbund und Ermittlung des Zuschussbedarfs für den Verbundverkehr
- Schaffung einer einheitlichen Bedien- und Nutzeroberfläche des ÖPNV im Verbundgebiet
- Erarbeitung einheitlicher qualitativer und quantitativer Standards für die Verkehrsbedienung des Verbundgebietes nach Maßgabe der Nahverkehrsplanungen, Finanzierungs- und sonstigen Vorgaben der Aufgabenträger

Ziel der VBB GmbH ist die Koordination, die Weiterentwicklung und die Gestaltung der regionalen Zusammenarbeit der Länder Berlin und Brandenburg sowie der Kommunen des Landes Brandenburg im Bereich des ÖPNV.

Der VBB ist eine Gesellschaft der Länder, Kreise und kreisfreien Städte. Dieser Aufbau führt zu einer klar umrissenen Verantwortungsstruktur und ermöglicht eine eindeutige Trennung zwischen politischer (Besteller) und unternehmerischer (Ersteller) Verantwortung. Die Gesellschafter sind in ihren Entscheidungen unabhängig von den Verkehrsunternehmen. Die Gesellschafter sind zuständig für die Bestellung von Verkehrsleistungen, die von den 43 Verkehrsunternehmen erbracht werden.

Öffentlicher Zweck

Gemäß § 2 Abs. 2 in Verbindung mit § 131 BbgKVerf gehört die Gewährleistung des öffentlichen Verkehrs zu den Selbstverwaltungsaufgaben der kreisfreien Städte und Landkreise.

Im § 2 des Gesellschaftsvertrages sind die Aufgaben der Gesellschaft zur Erfüllung des öffentlichen Zwecks festgelegt. Der Verkehrsverbund wirkt über seine Gremien auf den notwendigen Interessenausgleich zwischen Verkehrspolitik, ÖPNV-Kundenanforderungen, Erwartungen der Verkehrsunternehmen und der Interessen seiner Gesellschafter hin. Dazu plant, bestellt, koordiniert und kontrolliert er z.B. den SPNV (Schienenpersonennahverkehr) und den übrigen ÖPNV über die kommunalen und Ländergrenzen hinweg.

Technische Daten 2015	
Verkehrsunternehmen:	43
Einwohner:	
Berlin	3.520 Mio.
Brandenburg	2.485 Mio.
Berlin/Brandenburg (Dez. 2015)	6.005 Mio
Flächen:	
Berlin	892 km ²
Brandenburg	29.654 km ²
Berlin/Brandenburg (2012)	30.546 km ²
Einwohnerdichte:	
Berlin	3.948 je km ²
Brandenburg	84 je km ²
Berlin/Brandenburg (gesamt)	195 je km ²
Länge SPNV-Netz:	ca. 2.685 km
Anzahl der Fahrgäste (Stand 2015):	
Berlin/Brandenburg (täglich)	ca. 3,81 Mio.
Berlin/Brandenburg (gesamt)	ca. 1.391 Mio.
Zugkilometer im SPNV 2015 (S-Bahn und Regionalverkehr):	ca. 70,9 Mio. km
Wagenkilometer (U-Bahn, Straßenbahn, Bus):	
Berlin	232 Mio. km
Brandenburg	87 Mio. km
Berlin/Brandenburg (gesamt)	319 Mio. km

Mit seinen ca. 30.546 km² gehört der VBB flächenmäßig zu den größten Verkehrsverbänden in Europa. Fahrgäste, die mit Bus und Bahn in Berlin und Brandenburg unterwegs sind, erleben einen einheitlichen, kundenorientierten Nahverkehr mit aufeinander abgestimmten Fahrplänen, vielfältigen Verkehrsanbindungen, einem Tarif und einer umfassenden Fahrgastinformation.

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2013	2014	2015
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	12%	9%	13%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	8%	7%	6%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	195%	175%	143%
Zinsaufwandquote	0	0	0
Liquidität 3. Grades	113%	107%	106%
Cashflow	193 T€	-39 T€	714 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	VBB GmbH weist keinen Gewinn u. keine FK-Zinsen aus	VBB GmbH weist keinen Gewinn u. keine FK-Zinsen aus	VBB GmbH weist keinen Gewinn u. keine FK-Zinsen aus
Umsatz	806 T€	1.097 T€	1.124 T€
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	0 T€	0 T€	0 T€
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	44%	44%	39%
Anzahl der Mitarbeiter	101	99	100

Lagebericht der Gesellschaft

Im Kerngeschäft der VBB GmbH wurden im Geschäftsjahr 2015 gemeinsam mit den Aufgabenträgern und Verkehrsunternehmen wichtige Erfolge erzielt:

Tarif: Mit Blick auf das Schülerferienticket wurde die Fortschreibung der vertraglichen Regelungen erreicht. Erstmals umfasste das Ticket zusätzlich einen einmaligen Ausflug mit den Regionalexpress-Linien an die Ostsee; die Verkaufszahlen konnten im Vergleich zum Vorjahr gesteigert werden. Zudem wurde das indexbasierte Tarifentwicklungsverfahren für

die Tarifierung zum 1. Januar 2016 erfolgreich angewendet. In Bezug auf die zunehmende Zahl geflüchteter Menschen wurden für diese Gruppe Tarifangebote erarbeitet.

Einnahmenaufteilung: Die Verkehrserhebung für das Jahr 2013 wurde abgeschlossen; jene für das Jahr 2016 wurde vorbereitet. Darüber hinaus wurde die Einnahmenaufteilung für die Jahre 2011 und 2012 abgeschlossen. Der Zahlungsausgleich für das Jahr 2013 erfolgte zu Beginn des Jahres 2016. Darüber hinaus wurde die Verwaltung der Einnahmenmeldungen der Verkehrsunternehmen erfolgreich auf ein zeitgemäßes Datenbanksystem umgestellt.

Fahrgastinformation: Die Echtzeitdaten der Berliner Verkehrsbetriebe (BVG), der Woltersdorfer und Schöneicher-Rüdersdorfer Straßenbahn wurden in das VBB-Fahrinfo-System integriert. Im Fall von Verspätungen und Ausfällen können auf diese Weise alternative Fahrtrouten berechnet werden. Echtzeitinformationen standen den Fahrgästen auch während der Bundesgartenschau (BUGA) an den jeweiligen BUGA-Standorten zur Verfügung. Zu diesem Zweck wurden mobile dynamische Informationsanzeigen installiert. Die Zuverlässigkeit der VBB-Fahrinfo-Systeme konnte auch in Zeiten extremer Auslastung (u. a. streikbedingt) stets sichergestellt werden. Darüber hinaus ist die VBB-App Bus & Bahn seit dem Jahr 2015 ebenfalls für das Windows Phone erhältlich. Die Anwendung wird auch künftig kontinuierlich weiterentwickelt.

Besondere Aufmerksamkeit wurde den Informationsbedürfnissen der geflüchteten Menschen zuteil: Auf der VBB-Homepage wurde eine Informationsseite erarbeitet, die über die wichtigsten Sachverhalte rund um die Nutzung des Nahverkehrs im Verbundgebiet informiert (VBB.de/welcome). Die Informationen werden in verschiedenen Sprachen, u.a. auf Arabisch, zur Verfügung gestellt.

Die VBB GmbH hat sich ferner dafür eingesetzt, die Situation für die Fahrgäste am Bahnhof Flughafen Schönefeld durch eine Initiative zur Aufwertung der Tarif- und Fahrgastinformation und Verbesserung der Wegeleitung zu verbessern.

Weiterhin konnte der VBB Bus- & Bahn-Begleitservice wieder in vollem Umfang angeboten werden. Die erfolgreiche Fortführung des Projektes betont die wichtige Rolle der VBB GmbH im Hinblick auf die Information und Begleitung der Fahrgäste.

Angebotsplanung: Die PlusBus-Linien im Land Brandenburg gewährleisten in Orten ohne SPNV-Anschluss eine qualitativ hochwertige Mobilität und vernetzen die Region. Die bestehenden Linien wurden von den Fahrgästen gut angenommen; weitere Linien sind in Planung. Die durchgeführte Evaluation ermöglicht die direkten Vergleiche mit den vorherigen Nutzungen durch Fahrgäste. Für den gemeinsamen Austausch und die Weiterentwicklung des Projektes wurde die Arbeitsgruppe PlusBus gegründet.

Mit Blick auf die geplante Eröffnung des Flughafens BER im Jahr 2017 wurden die Prognosedaten für die Flughafenbindung sowie die Anbindungskonzeption überarbeitet. Notwendig wurde dies durch die zwischenzeitlich beschlossene Beibehaltung des Standortes Schönefeld-Alt sowie der weiterhin dynamischen Entwicklung des Flugverkehrs und der Zunahme des Quelle-Ziel-Verkehrs von bzw. nach Berlin. In Bezug auf die Stadt-Umland-Verkehre wurden Angebotsverbesserungen auf einigen Buslinien vorbereitet. Zudem wurden zusätzliche Angebote zur BUGA 2015 Havelregion organisiert.

Vertrieb: Die Arbeiten am INNOS-Projekt INNOS-Start-VBB-2 zum elektronischen Ticketing wurden im Jahr 2015 fortgesetzt. Es wurden unter anderem die Pflichtenhefte abgestimmt und Funktionstests durchgeführt. Umfangreiche Erfahrungen wurden in Pilotprojekten mit drei Verkehrsunternehmen gesammelt.

Neben den Arbeiten am Projekt INNOS-START-VBB-2 wurden die Arbeiten an einer einheitlichen Vertriebsstrategie weiter verfolgt.

Marketing: Im Jahr 2015 erschien die BBPanorama letztmalig. Künftig soll das Marketing der VBB GmbH u.a. im Ergebnis der Aufgabenevaluation 2014 neu ausgerichtet werden. Demgemäß werden klassische Verbundthemen stärker in den vorhandenen Magazinen der Verkehrsunternehmen platziert. Im Ergebnis sollen die verschiedenen Rollen der einzelnen Akteure klarer erkennbar und Doppelungen vermieden werden.

Geschäftsbetrieb der VBB GmbH

Im Rahmen des Projektes CNB II war die VBB GmbH auch im Jahr 2015 für das Land Berlin als Gesellschafterin der ARGE Center Nahverkehr Berlin (CNB) tätig. Das Projekt CNB II läuft seit Juni 2013 und endet im Mai 2018.

Der VBB-Aufsichtsrat hat in seiner Sitzung am 30. September 2015 den Beitritt der VBB GmbH zum Verein DELFI e.V. beschlossen, der im Lauf des Jahres 2016 gegründet werden soll. Die Abkürzung steht für „Durchgängige Elektronische FahrplanInformation“ und bietet eine unternehmensunabhängige Verbindungsauskunft im öffentlichen Verkehr. Sie ermöglicht dem VBB, seine Kunden auch über die Verbundgrenzen hinaus zu informieren. Weitere Partner werden u.a. die Rhein-Main-Verkehrsverbund Servicegesellschaft mbH, die Verkehrsverbund Oberelbe GmbH, die DB Vertrieb GmbH und das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur sein.

Ferner hat der VBB-Aufsichtsrat in seiner Sitzung vom 30. September 2015 beschlossen, den Mietvertrag für die VBB GmbH in den bestehenden Geschäftsräumen zu den aktuellen Konditionen bis zum 31. Januar 2021 zu verlängern.

Das nach DIN EN ISO 9001:2008 zertifizierte Qualitätsmanagementsystem der VBB GmbH wurde im Jahr 2015 durch einen externen, unabhängigen Auditor überprüft. Ergebnis des Überwachungsaudits war die Bestätigung der uneingeschränkten Gültigkeit im Sinne der Norm.

Mittelzuflüsse

Positionen	2013 T€	Anteile in %	2014 T€	Anteile in %	2015 T€	Anteile in %
Gesellschafterbeiträge	6.855	50	7.164	53	8.946	58
Gesellschafterbeiträge Center	3.305	24	3.455	26	3.421	22
Umsatzerlöse / sonstige betriebliche Erträge	1.478	11	1.371	10	1.750	11
Akquiseprojekte	1.496	11	1.088	8	1.137	7
Einnahmen aus Kooperationen	492	4	375	3	273	2
Gesamt	13.626		13.453		15.527	

Die Mittelzuflüsse umfassen alle Erträge im Rahmen des Wirtschaftsplanes und der zusätzlichen Forschungsprojekte.

Die nominale und anteilige Erhöhung der Gesellschafterbeiträge ist durch die geleisteten Gesellschafterbeiträge für das Projekt INNOS-START-VBB-2 begründet.

Finanzlage

Die Kapitalstruktur der VBB GmbH ist von einem stabilen hohen Anteil an Gesellschaftermitteln gekennzeichnet. Das Fremdkapital ist jeweils durch die ausgewiesenen liquiden Mittel finanziert. Die Bilanzpositionen auf der Passivseite entwickeln sich wie folgt:

Kapitalposition	2013 T€	Anteil in %	2014 T€	Anteil in %	2015 T€	Anteile in %
Eigenkapital	324	8	324	7	324	6
- Stammkapital	324	8	324	7	324	6
Fremdkapital	3.966	92	4.224	93	5.558	94
- Sonderposten *)	485	11	411	9	727	11
- Rückstellungen	1.135	26	1.286	28	1.317	23
- Erhaltene Anzahlungen	157	4	430	10	707	12
- Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	402	9	251	6	414	7
- Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern, davon aus noch nicht verwendeten Gesellschafterbeiträgen	1.445 (1.445)	34 (34)	1.422 (1.422)	31 (31)	1.266 (1.266)	22 (22)
- sonstige Verbindlichkeiten	312	7	419	9	1.095	18
- Rechnungsabgrenzungsposten	30	1	5	0	32	1

*) Die passiven Sonderposten nehmen eine Sonderstellung ein. Die hier ausgewiesenen Sonderposten aus Zuschüssen zur Finanzierung des Anlagevermögens stellen einen Korrekturposten zum Anlagevermögen und damit kein frei verfügbares Kapital für die Gesellschaft dar. Sie sind dementsprechend nicht dem Eigenkapital zuzurechnen.

Investitionsstruktur

Im Geschäftsjahr 2015 wurden Investitionen in Höhe von insgesamt 247 T€ getätigt, davon rd. 156 T€ in Lizenzen und ähnliche Rechte, rd. 31 T€ in die EDV-Hard- und Software sowie rd. 60 T€ in die Büro- und Geschäftsausstattung und Sonstiges.

Vermögenslage

Die wichtigsten Bilanzpositionen entwickelten sich wie folgt:

Vermögenspositionen	2013 T€	2014 T€	2015 T€
Bilanzsumme	4.289,6	4.547,5	5.882,4
Anlagevermögen	494,9	420,8	737,1
Kundenforderungen	111,9	348,3	271,4
Liquide Mittel	3.096,3	3.057,3	3.771,5

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

In seiner Sitzung vom 18. Juni 2015 hatte der Aufsichtsrat der VBB GmbH den Wirtschaftsplan für das Jahr 2016 beschlossen, so dass für dieses Geschäftsjahr Planungssicherheit geschaffen wurde.

Im Hinblick auf die Kommunikation mit externen Partnern wird zunehmend eine Sharepoint-Software, die sogenannte VBB-Datenbox genutzt, über die Daten in geschützter Weise über das Internet ausgetauscht werden können. Auch VBB-intern findet die Datenbox stetig stärkere Verwendung in der gemeinsamen Arbeit und gestaltet diese insgesamt effizienter. Die VBB GmbH plant, die Kommunikation nach außen insgesamt effizienter zu gestalten und vermehrt auf digitale Kanäle zu setzen. Im Zentrum steht dabei weiterhin die Netzpräsenz VBB.de, auf der alle öffentlich relevanten Informationen zusammenfließen sollen.

Im Jahr 2014 hatte sich die VBB GmbH einer aufgabenkritischen Evaluation unterzogen. Im Ergebnis der Analyse wurden Aufgaben für die Zukunft identifiziert, derer sich die VBB GmbH im Jahr 2015 angenommen hat (z.B. in Bezug auf das Tarifentwicklungsverfahren, das Verkehrskonzept 2030, die Einführung der internen und externen digitalen Kommunikation, die Optimierung der Verkehrsangebote nach Polen, die Weiterentwicklung des PlusBus-Netzes). Die intensive Arbeit wird auch im Jahr 2016 fortgesetzt werden. Daneben ist es in Anbetracht der demographischen Veränderungen sowohl in der Hauptstadtregion als auch in den peripheren Regionen des Verbundgebietes sowie der wachsenden Pendler- und Freizeitverkehre vor allem Aufgabe der VBB GmbH, Lösungen für die Zukunft zu entwickeln und die Abstimmungen zwischen allen Beteiligten zu koordinieren. Wesentlich dafür ist mehr denn je die Sicherstellung einer ausreichenden finanziellen Basis durch die Bundesregierung.

Im Jahr 2016 werden vor allem folgende Themen im Fokus stehen:

Die Debatte um die Höhe und die Verteilung der Regionalisierungsmittel wird weitergeführt werden. Die VBB GmbH wird den Ländern in beratender Funktion bereitstehen, um die bestmögliche Lösung für die Verbundregion zu erreichen.

Die Deutsche Bahn AG hat mit der sogenannten Fernverkehrsoffensive sowie dem Konzept Zukunft Bahn zwei Konzepte vorgelegt, die auch auf das Verbundgebiet wirken werden. Es ist Aufgabe der VBB GmbH, diese Konzepte in ihren Auswirkungen zu analysieren und Handlungsempfehlungen abzuleiten.

Mit der geplanten Eröffnung des Flughafens BER im Jahr 2017 müssen die vorhandenen Konzepte zur Anbindung des Flughafens den aktuellen Planungsständen angepasst werden.

Die Fortführung der INNOS-Projekte wird unvermindert weiter betrieben. Zudem werden die Konzepte der einheitlichen Vertriebsstrategie fortgeschrieben und Ideen und Varianten für zielgruppenspezifische Tarifangebote entwickelt und abgestimmt werden.

Grundlage der gemeinsamen Angebotsplanung werden zukünftig die Aussagen aus dem Verkehrskonzept 2020/2030 sowohl im SPNV als auch in den Korridoren darstellen. Die Untersuchung wird im Jahr 2016 abgeschlossen werden und intensiv hinsichtlich ihrer Auswirkungen für die infrastrukturellen, angebotsseitigen und fahrzeugspezifischen Konsequenzen bewertet werden. Der fachliche Austausch mit den Gesellschaftern und

beteiligten Verkehrsunternehmen wird dabei ebenfalls im Vordergrund stehen, um gemeinsame Entscheidungen auch zu Ausbau- und Erhaltungsstrategien im SPNV und der S-Bahn treffen zu können. Die besondere Bedeutung der Stadt-Umland-Verkehre wird dabei ebenso Berücksichtigung finden, wie die Weiterentwicklung eines starken Buskonzeptes, das z.B. durch die Marke PlusBus aufgewertet wird.

Unter Berücksichtigung der zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel wird die Optimierung im SPNV weiterverfolgt werden. Das Fernverkehrskonzept der DB wird dabei Berücksichtigung finden.

Nach Abschluss der wettbewerblichen Vergabe des Teilnetzes Ring der Berliner S-Bahn werden die Übergangsverträge und wettbewerblichen Vergaben der weiteren S-Bahn-Teilnetze im Fokus stehen. Die VBB GmbH wird den Prozess weiterhin engagiert im Vergabeteam der Länder begleiten.

In Bezug auf die Vergaben der Linien im Regionalverkehr wird die Überarbeitung der Vergabeunterlagen finalisiert werden; weitere Vergaben werden vorbereitet.

Die VBB GmbH wird im Ergebnis der Aufgabenevaluation aus dem Jahr 2014 ihre Marketingstrategie anpassen und neue Konzepte zur verbesserten Anwendung der Verbundmarke auch durch die Verkehrsunternehmen entwickeln und abstimmen.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Keine
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Keine

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2013	2014	2015
<u>Aktivseite</u>			
A. Anlagevermögen	495	421	737
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	55	47	387
II. Sachanlagen	439	374	350
B. Umlaufvermögen	3.732	4.054	5.069
I. Vorräte	165	411	634
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	471	586	664
III. Kassenbestand, Guthaben	3.096	3.057	3.771
C. Rechnungsabgrenzungsposten	63	73	76
<u>Passivseite</u>			
A. Eigenkapital	324	324	324
I. Gezeichnetes Kapital	324	324	324
B. SoPo für Investitionszuschüsse	26	19	15
C. Gesellschafterbeiträge zur Finanzierung des AV	458	392	712
D. Rückstellungen	1.135	1.286	1.317
E. Verbindlichkeiten	2.316	2.522	3.482
F. Rechnungsabgrenzungsposten	30	5	32
Bilanzsumme	4.290	4.548	5.882

Ertragslage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
GuV	2013	2014	2015
1. Umsatzerlöse	806	1.097	1.124
2. Erhöhung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-937	248	225
2. Erträge aus Gesellschafterbeiträgen	8.626	9.112	8.941
3. Sonstige betriebliche Erträge	4.100	2.282	4.130
4. Materialaufwand	-655	-1.010	-1.063
5. Personalaufwand	-5.506	-5.557	-5.644
6. Abschreibungen	-116	-122	-155
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-6.331	-6.058	-7.560
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	41	24	17
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-26	-16	-15
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1,1	0,8	0,2
11. Außerordentliche Erträge	0,0	0,0	0,0
11. Sonstige Steuern	-1,1	-0,8	-0,2
12. Jahresergebnis	0,0	0,0	0,0

III.3.4 HWG Havelländische Wasser GmbH

Geschäftsbereich

Dienstleistungen

Firmensitz

Schlaatzweg 1 A

14473 Potsdam

Tel.: 0331/27 75 0

Fax: 0331/27 75 106

E-mail: info@hwg-potsdam.de

Gründung

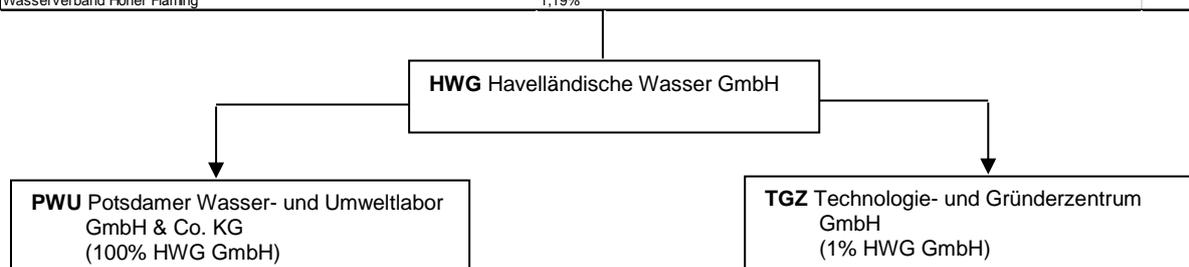
Die HWG Havelländische Wasser GmbH (HWG GmbH) wurde mit Gesellschaftsvertrag vom 10.11.1993 gegründet und nahm zum 01.07.1994 ihren Geschäftsbetrieb auf. Die HWG GmbH ist im Handelsregister unter HRB 6874 beim Amtsgericht Potsdam eingetragen.

Gezeichnetes Kapital/ Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital 260.000,00 €

Das Stammkapital wurde zum 31. Dezember 2014 unverändert von folgenden Gesellschaftern gehalten:

Landeshauptstadt Potsdam	17,80%	Trink- und Abwasserzweckverband Lindow-Gransee	1,11%
OWA Osthavelländische Trinkwasserversorgung und Abwasserbehandlung	15,32%	Zweckverband Fließtal	1,06%
Stadt Brandenburg an der Havel	13,34%	Wasser- und Abwasser Blankenfelde Mahlow	1,01%
MAWV Märkischer Wasser- und Abwasserzweckverband	6,93%	Stadt Beelitz	0,90%
Zweckverband Rathenow	4,46%	Stadt Belzig	0,67%
HWG Havelländische Wasser GmbH	3,72%	Wasser- und Abwasserzweckverband Erster	0,63%
Wasser- und Abwasserzweckverband "Der Teltow "	3,42%	Gemeinde Schwielowsee	0,62%
Stadt Luckenwalde	3,22%	Stadt Rheinsberg	0,61%
Stadtwerke Neuruppin GmbH	3,08%	Wasser- und Abwasser Nieplitztal	0,56%
Zweckverband Havelland	2,82%	Gemeinde Glienicke Nordbahn	0,48%
WARL Wasser- und Abwasserzweckverband Region Ludwigsfelde	2,50%	Stadt Fürstenberg an der Havel	0,41%
Wasser- und Abwasserzweckverband Jüterbog-Fläming	2,14%	Stadt Ziesar	0,28%
Zweckverband Werder- Havelland	2,08%	Stadt Mittenwalde	0,21%
Zweckverband Pritzwalk	2,06%	Wasser- und Abwasserzweckverband Ziesar	0,17%
Zweckverband Komplexsanierung Mittlerer Süden	1,53%	Stadt Baruth/Mark	0,13%
Wasser- und Abwasserverband "Dosse"	1,43%	Gemeinde Nuthe-Urstromtal	0,10%
Stadt Hohen Neuendorf	1,33%	Trink- und Abwasserzweckverband Freies Havelbruch	0,04%
Stadt Zehdenick	1,32%	Stadt Nauen	0,01%
Wasser- und Abwasserzweckverband Mittelgraben	1,31%	Gemeinde Gräben	0,01%
Wasserverband Hoher Fläming	1,19%		



Gesellschaftsvertrag

Der Gesellschaftsvertrag datiert vom 10. November 1993, zuletzt geändert am 01. Juli 2015.

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführung*

Michael Kalisch

- *Gesellschafterversammlung*

Vertreter des Gesellschafters in der Gesellschafterversammlung ist der Bürgermeister der Stadt Brandenburg an der Havel, Herr Steffen Scheller.

Im Berichtsjahr fanden zwei Gesellschafterversammlungen statt.

- *Aufsichtsrat*

Der Aufsichtsrat bestand im Geschäftsjahr 2015 aus folgenden Mitgliedern:

Aufsichtsrat 2015	
Als Mitglieder des Aufsichtsrates waren bestellt:	
Herr Dipl.-Ing. Günter Fredrich	Geschäftsführer der Osthavelländischen Trinkwasserversorgung und Abwasserbehandlung GmbH (Vorsitzender)
Frau Bärbel Gärtner	Geschäftsführerin WAZV Werder-Havelland (stellv. Vorsitzende)
Herr Dipl.-Ing. Peter Sczepanski	Verbandsvorsteher des Märkischer Abwasser- und Wasserzweckverband, Königs Wusterhausen
Herr Thomas Schenke	Bereichsleiter Bauen und Wohnen, Landeshauptstadt Potsdam
Herr Steffen Scheller □	Bürgermeister der Stadt Brandenburg an der Havel
Herr Felix von Streit □	Geschäftsführer Mittelmärkische Wasser- und Abwasser GmbH
Herr Ingo Reinelt	Amtsleiter der Stadt Luckenwalde

Der Aufsichtsrat traf im Geschäftsjahr 2015 zu drei Sitzungen zusammen.

Gegenstand

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb von Betrieben und Anlagen der Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und –behandlung für Dritte auf Grund von Betreiberverträgen oder Dienstleistungsverträgen. Die Gesellschaft ist berechtigt, alle den Gesellschaftszweck fördernden Geschäfte zu tätigen sowie alle Geschäfte, die damit mittelbar oder unmittelbar im Zusammenhang stehen, insbesondere Rechte und andere Gegenstände zu erwerben, zu nutzen, zu übertragen und zu veräußern sowie Grundeigentum und Rechte an Grundstücken zu erwerben, zu veräußern und daran Grundpfandrechte zu bestellen, Grundstücke, Räume oder andere Gegenstände zu bestellen, Grundstücke, Räume oder andere

Gegenstände oder Rechte zu pachten, zu verpachten, zu mieten bzw. Leasingverträge abzuschließen.

Öffentlicher Zweck

Gemäß § 2 Abs.1 Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) erfüllt die Gemeinde in ihrem Gebiet alle Aufgaben der örtlichen Gemeinschaft in eigener Verantwortung. Hierzu gehört gemäß § 2 Abs. 2 BbgKVerf auch die Versorgung mit Wasser sowie die Abwasserableitung und -behandlung. Diese wird konkretisiert durch § 59 bzw. § 66 des Brandenburgischen Wassergesetzes. In der Stadt Brandenburg an der Havel bedient sich die Stadt zur Erfüllung dieser Aufgaben der BRAWAG. Insoweit nimmt sie im Rahmen der HWG GmbH lediglich Aufgaben der Vermögensverwaltung wahr.

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2013	2014	2015
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	50%	46%	58%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	96%	98%	98%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	194%	214%	168%
Zinsaufwandquote	3,1%	2,4%	2,7%
Liquidität 3. Grades	1334%	3316%	2198%
Cashflow	201 T€	290 T€	75 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	-3,8%	2,2%	0,2%
Umsatz	416 T€	492 T€	408 T€
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-243 T€	152 T€	-27 T€
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	47%	50%	33%
Anzahl der Mitarbeiter	5	7	3

Lagebericht der Gesellschaft

Die Geschäftstätigkeit des Unternehmens beschränkt sich derzeit auf:

- das Halten und Verwalten der Finanzanlagen und Immobilien
- die Vermietung von Büro- und Gewerberäumen und Gewerbeflächen aus dem eigenen Grundbesitz in Potsdam, Nauen, Neuruppin, Premnitz, Staaken und Wusterwitz
- der Verpachtung des Ferien- und Schulungszentrums Süderhaus, Neuen-
dorf/Hiddensee
- Erbringung von Dienstleistungen im Personal- und administrativen Bereich

Der eigentliche Gesellschaftszweck der HWG Havelländische Wasser GmbH, das Erbringen von Dienstleistungen im wasserwirtschaftlichen Bereich, wird bereits seit Jahren nicht mehr verfolgt. Diese kommunale Aufgabe wird in näherer räumlicher Umgebung der Gesellschaft durchweg von Eigenbetrieben, Betriebsgesellschaften und Zweckverbänden durchgeführt.

Die Geschäftstätigkeit der HWG beschränkte sich wie im Vorjahr auf das Halten und Verwalten der Finanzanlagen (Holdingfunktion) einschließlich der entsprechenden Geschäftsführungstätigkeiten. Weiterhin werden die Objekte Potsdam, Premnitz, Staaken und Neuruppin vermietet sowie Geschäftsführungs- und weitere Dienstleistungen erbracht.

2015 hat die HWG Umsatzerlöse in Höhe von 368 T€ erzielt (2014: 542 T€). Diese Umsätze resultieren aus der Vermietung und Verpachtung der Immobilien Potsdam, Neuruppin und Hiddensee. Der Umsatzrückgang resultiert aus dem unterjährigen Verkauf der Immobilie Neuruppin.

Auch die Sonstigen betrieblichen Erträge sanken von 180 T€ im Vorjahreszeitraum auf nunmehr 50 T€. Die Reduzierung begründet sich durch den Wegfall von Weiterberechnungen von Personal- und Buchführungsdienstleistungen an die Tochtergesellschaft PWU GmbH & Co. KG. Weiterhin verringerten sich 2015 die Erträge aus dem Abgang von Gegenständen des Umlaufvermögens (4 T€, 2014: 27 T€).

Die Firmenimmobilie auf Hiddensee ist derzeit noch verpachtet, jedoch wurde der Mietvertrag durch den Pächter zum 31.08.2016 gekündigt. Das Objekt Nauen wird über einen Mietkaufvertrag zum 02.01.2016 verwertet.

An der Vermietungssituation des Objektes Potsdam haben sich signifikante Änderungen ergeben. Hauptmieter waren ganzjährig die PWU Potsdamer Wasser- und Umweltlabor GmbH & Co. KG sowie die pbv potsdam GmbH. Unterjährig konnte ein weiterer Mieter (Bauingenieurbüro Maul+Partner GmbH) gewonnen werden, welcher 300m² Fläche langfristig mietet.

Im Verlauf des Geschäftsjahres 2015 wurde die Immobilie Neuruppin verkauft. Damit wurde auf den dringenden Handlungsbedarf reagiert, da die Immobilie einen erheblichen Reparaturbedarf durch Setzungserscheinungen im Gebäudefundament aufwies.

Die Sanierung bzw. ein Umbau des Firmengebäudes am Standort Potsdam soll zukünftig die Ertragssituation weiter stärken. Das von der Gesellschaft erarbeitete Sanierungskonzept zur Betriebsoptimierung der Firmengruppe wurde soweit umgesetzt, dass Mitte des Jahres mit den Umbauarbeiten begonnen wurde. Das gesamte Investitionsvolumen beträgt circa 2,7 Mio. € Die Finanzierung erfolgt vollständig aus den Mitteln der Gesellschaft.

Im Geschäftsjahr 2015 wurden darüber hinaus nicht unerhebliche Aufwendungen zur Aufarbeitung der vorangegangenen Geschäftsjahre in Bezug auf Beräumung und Organisation des Archivs getätigt.

Zum 31. Dezember 2015 werden unter den Finanzanlagen ausschließlich Anteile an der PWU Potsdamer Wasser- und Umweltlabor GmbH & Co. KG sowie eine Beteiligung am TGZ Technologie- und Gründerzentrum Brandenburg an der Havel GmbH ausgewiesen. Die Beteiligung am TGZ Technologie- und Gründerzentrum Brandenburg an der Havel GmbH wurde zum 31.12.2015 gekündigt. Der Geschäftsanteil wurde noch nicht dinglich an den interessierten Bewerber abgegeben.

Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Ertragslage

Das Geschäftsjahr 2015 schließt mit einem Jahresverlust von -28 T€ (2014: +151 T€) ab. Das Betriebsergebnis beträgt -90 T€ nach -68 T€ im Vorjahr.

Es ist in den vergangenen Jahren zunehmend gelungen, die Verluste aus der Bewirtschaftung der Immobilien durch deren schrittweisen Verkauf zu kompensieren. Ursprünglich war es nicht geplant, auch die ertragreiche Immobilie Neuruppin zu veräußern. Die Bau- und Fundamentschäden an dieser Immobilie erhöhten das Risikoportfolio des Unternehmens jedoch derart stark, dass ein Verkauf unausweichlich wurde. Daher das leicht schlechtere Betriebsergebnis gegenüber 2014.

Der bereits seit Jahren drohende Verlust aus dem operativen Geschäft wird in diesem Geschäftsjahr durch die Erträge aus Beteiligungen (63 T€, 2014: 212 T€) zwar verringert, jedoch nicht aufgefangen.

Die Umsatzerlöse verringerten im Berichtszeitraum von 492 T€ im Jahr 2014 auf 368 T€. Dies ist auf rückläufigen Mieteinnahmen aus den verkauften Immobilien zurückzuführen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge verringerten sich ebenfalls auf 50 T€ (2014: 140 T€). Die Ursache dafür liegt im Wegfall der Weiterberechnung von Personal- und Buchführungsdienstleistungen an die PWU GmbH & Co. KG sowie durch die geringeren Erträge aus dem Abgang von Immobilien aus dem Umlaufvermögen als im Vorjahr.

Die betrieblichen Aufwendungen (521 T€, 2014: 698 T€) sanken ebenfalls in erheblichem Maße. Die Gründe liegen im geringeren Personal-, Abschreibungs- und Grundstücksaufwand.

Finanzlage

Die Gesellschaft weist unverändert eine sichere Finanzlage aus. Die Finanzlage ist solide und das Unternehmen nicht auf Kredite angewiesen. Aufgrund nicht getätigter Investitionen in den Vorjahren verfügt das Unternehmen über einen hohen Finanzmittelbestand, welcher zum Ende des Geschäftsjahres 2.410 T€ (2014: 2.865 T€) betrug. Der Rückgang der liquiden Mittel resultiert aus den getätigten Investitionen. Die Veräußerung der Immobilie Neuruppin beeinflusste die Finanzlage positiv (+330 T€).

Der Finanzmittelbestand reicht aus, um die Verbindlichkeiten und Rückstellungen jederzeit ausgleichen zu können. Die Geschäftsführung sieht derzeit die Zahlungsfähigkeit nicht gefährdet.

Die Kennzahlen der Vermögens- und Finanzlage im Vorjahresvergleich stellen sich wie folgt dar:

Die Eigenkapitalquote blieb mit 97,9% nahezu konstant (2014: 98,2%). Die Liquidität 1. Grades erhöhte von 145,7% auf 172,8% an. Ursächlich dafür ist der Rückgang stichtagsbezogener Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen gegenüber dem Vorjahr.

Die Anlagendeckung erreichte bedingt durch den Zugang von Anlagevermögen 2015 168,2% gegenüber 213,1% im Jahr 2014.

Vermögenslage

Die Vermögenslage der Gesellschaft ist ausgewogen. Das langfristige Vermögen ist durch das Eigenkapital vollständig gedeckt.

Das Eigenkapital blieb mit 6.606 T€ nahezu auf Vorjahresniveau (2014: 6.635 T€).

Investitionen

Im laufenden Geschäftsjahr wurden 1.026 T€ in das Anlagevermögen investiert: Die Investitionen fallen vollständig auf Anlagen im Bau bzgl. des Umbaus des Objektes "Haus des Wassers".

Anlagevermögen

Im Zuge der geplanten Veräußerung der Bestandsimmobilien Nauen und Hiddensee wurden deren Vermögenswerte zum 31.12.2015 in das Umlaufvermögen umgegliedert. Im Anlagevermögen werden zudem Aufwendungen für Planungs- und Bauleistungen im Zusammenhang mit der Sanierung des "Haus des Wassers" als geleistete Anzahlungen in Höhe von nunmehr 1.365 T€ (2014: 340 T€) ausgewiesen. Die Summe des Anlagevermögens hat sich bedingt durch diese Umstände gegenüber dem Vorjahr um 793 T€ auf 3.927 T€ erhöht.

Die langfristigen Vermögensgegenstände sind unverändert langfristig finanziert.

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Bereits im Juli 2015 beschlossen die Gesellschafter des Unternehmens die Zusammenlegung der HWG Havelländische Wasser GmbH mit dem Tochterunternehmen PWU Potsdamer Wasser- und Umweltlabor GmbH & Co. KG zum 01.01.2016 mittels der vereinfachten Anwachsung. Es wurde ferner beschlossen, dass die HWG Havelländische Wasser GmbH das Handelsgeschäft der PWU GmbH & Co KG mit allen Aktiven und Passiven ohne Liquidation im Zuge einer Anwachsung übernimmt.

In diesem Zusammenhang wurde die HWG Havelländische Wasser GmbH in PWU Potsdamer Wasser- und Umweltlabor GmbH umbenannt. Die Eintragung dieser Umfirmierung im Handelsregister wurde im April 2016 vollzogen.

Durch die grundlegenden Änderungen in Struktur und Ausrichtung des Unternehmens wird es zukünftig möglich sein, nachhaltig Erträge zu generieren.

Durch die zum 01.01.2016 erfolgte Zusammenführung von HWG GmbH und PWU Potsdamer Wasser- und Umweltlabor GmbH & Co. KG werden zum einen signifikante Umsatzzuwächse und zum anderen eine gesunde und zukunftsfähige Unternehmensgrundlage erwartet. Die strategische Neuausrichtung des Unternehmens mit Schwerpunktsetzung in Dienstleistungen für Probenahme und Analytik bildet in Zukunft den Kern des Unternehmens.

Auch die Sanierung bzw. der Umbau des Firmengebäudes in Potsdam soll zukünftig die Ertragssituation des Unternehmens weiter stärken. Die beschlossene Sanierungskonzeption für das "Haus des Wassers" wird umgesetzt. Ein bedeutender Abschnitt der Baumaßnahmen wurde bereits durchgeführt, Anfang April 2016 konnte ein Teil der Labormitarbeiter bereits in komplett neue Arbeitsbereiche ziehen. Hier stehen noch Restarbeiten und Inbetriebnahmen der technischen Gebäudeausstattung an. Nach derzeitigem Sachstand beträgt das Investitionsvolumen für die Jahre 2013 bis 2016 ca. 2,7 Mio. €. Die Finanzierung erfolgt vollständig mit eigenen Mitteln.

Für das Geschäftsjahr 2016 wurden Umsatzerlöse von 2.390 T€ geplant und ein Jahresüberschuss in Höhe von 25 T€ erwartet.

Den Risiken durch den entstandenen Instandhaltungs- und Investitionsstau an den verbleibenden Immobilien wird derzeit aktiv durch Baumaßnahmen bzw. Veräußerung entgegengewirkt.

Nur die Beteiligungserträge der PWU GmbH & Co. KG ermöglichten im Berichtszeitraum eine Verringerung der operativen Verluste der Gesellschaft. Somit bestand eine Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Entwicklung der PWU GmbH & Co. KG. Durch die Zusammenführung von HWG GmbH und PWU GmbH & Co. KG wandelt sich dieses Risiko in eine Chance.

Der Maschinen- und Gerätepark des Labors ist nach wie vor veraltet, aber funktionsfähig. Die Ersatzteilbeschaffung gerät immer mehr zur Herausforderung. Durch Ersatzinvestitionen in den folgenden Perioden wird diesen Risiken entgegengewirkt.

Die Untersuchung von Trinkwasser und Abwasser im Rahmen der Daseinsvorsorge ist eine konstante Aufgabenstellung in der Branche. Da sich nahezu das gesamte Geschäftsmodell des Unternehmens auf die gesetzlich notwendige Untersuchung von Matrices, wie Wasser, Boden, Bauschutt oder Klärschlamm stützt, kann von einem beständigen bis leicht wachsenden Markt ausgegangen werden. Als Unternehmen mit vielfachen Genehmigungen und Berechtigungen, auch behördliche Untersuchungsaufgaben durchzuführen hat das Unternehmen zwar eine gute Ausgangsposition, muss aber auf Veränderungen im Geschäftsumfeld jederzeit gefasst sein.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Keine
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Keine

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2013	2014	2015
Aktiva			
Anlagevermögen	3.335	3.114	3.927
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0
Sachanlagen	2.283	2.061	2.875
Finanzanlagen	1.052	1.052	1.052
Umlaufvermögen	3.334	3.583	2.769
Vorräte	286	351	111
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	450	366	248
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	2.598	2.865	2.410
Rechnungsabgrenzungsposten	5	5	5
Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	59	54	46
Passiva			
Eigenkapital	6.484	6.635	6.607
I. Gezeichnetes Kapital	251	251	250
II. Kapitalrücklage	11.459	11.459	11.459
III. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-4.983	-5.227	-5.075
IV. Jahresfehlbetrag / Jahresüberschuss	-243	151	-27
Rückstellungen	93	69	70
Verbindlichkeiten	125	32	30
Rechnungsabgrenzungsposten	32	20	41
Bilanzsumme	6.734	6.756	6.748

Ertragslage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
GuV	2013	2014	2015
1. Umsatzerlöse	416	492	408
2. Sonstige betriebliche Erträge	130	140	11
3. Materialaufwand	-184	-204	-157
4. Personalaufwand	-196	-249	-134
5. Abschreibungen	-456	-134	-101
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-162	-100	-108
7. Erträge aus Beteiligungen	213	217	63
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	22	14	11
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-13	-12	-11
10. Abschreibungen auf Finanzanlagen	0	0	0
11. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-231	164	-19
12. Außerordentliche Erträge	0	0	0
13. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0
14. Sonstige Steuern	-12	-12	-9
15. Jahresergebnis	-243	152	-27

III.4

Zweckverbände

III.4.1 Zweckverband Bundesgartenschau 2015 Havelregion

Geschäftsbereich

Ausrichtung des städtebaulichen und landschaftsplanerischen Projektes
„Bundesgartenschau 2015 Havelregion“

Sitz des Zweckverbandes

Fabrikenstr. 11
14727 Premnitz
Tel.: 03386/21 28 00
Fax: 03386/21 28 014

Gründung

Die Satzung des Zweckverbandes und ihre Genehmigung durch das Ministerium des Innern des Landes Brandenburg wurden im Amtsblatt für Brandenburg am 19. August 2009 veröffentlicht und somit entstand der Zweckverband Bundesgartenschau 2015 Havelregion satzungsgemäß am 20. August 2009.

Mitglieder des Zweckverbandes und Beteiligungsverhältnisse

Stadt Brandenburg an der Havel	40 %
Stadt Rathenow	15 %
Stadt Premnitz	5 %
Amt Rhinow	3 %
Hansestadt Havelberg	4 %
Deutsche Bundesgartenschau Gesellschaft mbH (DBG)	33 %

Organe des Zweckverbandes

- *Verbandsvorsteherin*

Dr. Dietlind Tiemann

- *Verbandsvorstand*

Verbandsvorstand 2015

Verbandsvorsteherin	Frau Dr. Dietlind Tiemann (Stadt Brandenburg an der Havel)
stellv. Verbandsvorsteher	Herr Ronald Seeger (Stadt Rathenow)
weitere Mitglieder	Herr Jochen Sander (Deutsche Bundesgartenschau Gesellschaft mbH)
	Frau Britta Kornmesser (Stadt Brandenburg an der Havel bis 28.09.2016)
	Herr Bernd Poloski (Hansestadt Havelberg)
	Herr Roy Wallenta (Stadt Premnitz)
	Herr Jens Aasmann (Amt Rhinow)

- *Verbandsversammlung*

Die Verbandsversammlung für den Zweckverband setzte sich 2015 wie folgt zusammen:

Verbandsversammlung 2015	
Vorsitzender	Herr Roy Wallenta (Stadt Premnitz)
stellv. Vorsitzender	Herr Bernd Poloski (Hansestadt Havelberg)
weitere Mitglieder	Herr Helmuth-Günter Schwarz (Deutsche Bundesgartenschau Gesellschaft mbH)
	Herr Hanns-Jürgen Redeker (Deutsche Bundesgartenschau Gesellschaft mbH)
	Herr Jochen Sander (Deutsche Bundesgartenschau Gesellschaft mbH)
	Herr Karl-Heinz Plum (Deutsche Bundesgartenschau Gesellschaft mbH)
	Frau Britta Kommesser (Stadt Brandenburg an der Havel bis 28.09.2016)
	Herr Renè Kretzschmar (Stadt Brandenburg an der Havel)
	Herr Thomas Fletling (Stadt Brandenburg an der Havel)
	Frau Dr. Dietlind Tiemann (Stadt Brandenburg an der Havel)
	Herr Gerhard Imig (Hansestadt Havelberg)
	Herr Ralf Tebling (Stadt Premnitz)
	Frau Karin Dietze (Stadt Rathenow)
	Herr Wilfried Verter (Stadt Rathenow)
	Herr Ronald Seeger (Stadt Rathenow)
	Herr Jens Aasmann (Amt Rhinow)
	Frau Iris Hoffmann (Amt Rhinow)

Seit dem 01.11.2010 ist Herr Erhard Skupch Geschäftsführer des Zweckverbandes.

Gegenstand

Die Aufgabe des Zweckverbandes ist die Ausrichtung des städtebaulichen und landschaftsplanerischen Projektes „Bundesgartenschau 2015 Havelregion“.

Öffentlicher Zweck

Nach § 2 Abs. 2 BbgKVerf ist die Entwicklung der Freizeit- und Erholungsbedingungen eine Aufgabe der örtlichen Gemeinschaft. Damit erfüllt die Stadt Brandenburg an der Havel durch die Ausrichtung der Bundesgartenschau im Jahr 2015 zusammen mit den anderen beteiligten Kommunen einen öffentlichen Zweck im Sinne des § 91 Abs. 2 Nr. 1 BbgKVerf.

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebes

Kennzahl	2013	2014	2015
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	8,3%	6,7%	0,9%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	0%	0%	0%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	730.211 €	3.884.079 €	11.037.740 €
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	0%	0%	0%
Zinsaufwandquote	0,2%	0,5%	0,2%
Liquidität 3. Grades	45%	26%	12%
Cashflow	-48 T€	-3.081 T€	-6.814 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	-5%	-55%	-56%
Umsatz*	0 T€	0 T€	15.165 T€
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	-81 T€	-3.154 T€	-7.154 T€
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	40%	49%	16%
Anzahl der Mitarbeiter	29	38	64

* Privatrechtliche Leistungsentgelte und sonstige ordentliche Erträge

Rechenschaftsbericht des Zweckverbandes

Die Stadt Brandenburg an der Havel, die Stadt Rathenow, die Stadt Premnitz, das Amt Rhinow und die Hansestadt Havelberg bildeten zusammen mit der Deutschen Bundesgartenschau Gesellschaft mbH (DBG) unter dem Namen „Zweckverband Bundesgartenschau 2015 Havelregion“ einen Zweckverband. Der Sitz des Zweckverbandes ist die Stadt Premnitz.

Im Durchführungsvertrag zwischen den Verbandsmitgliedern wurde u. a. die Absicht zur Umsetzung der Bundesgartenschau 2015 erklärt und die Finanzierung für die entstehenden Aufwendungen für die Durchführung der Bundesgartenschau geregelt.

Mit der Durchführung der Bundesgartenschau im Jahr 2015 wurde erstmals in einer zwei Bundesländer umfassenden und flussbegleitenden Bundesgartenschau zwischen den historischen Domstädten Brandenburg an der Havel im Bundesland Brandenburg und Hansestadt Havelberg im Bundesland Sachsen-Anhalt die einmalige Havellandschaft in eine einzigartige und für Europa unverwechselbare regionale Kultur- und Naturlandschaft weiterentwickelt.

Im Vorfeld zur Durchführung wurden die Kommunalstrukturen und die regionale Infrastruktur weiterentwickelt, die ökologisch bedeutenden Bereiche der Havelregion gesichert, die Leistungsfähigkeit des gärtnerischen Berufsstandes dargestellt und die regionale Identität gestärkt. Durch die BUGA-Städte wurden individuelle Konzepte für die Dauernutzung in der Zeit nach Beendigung der Bundesgartenschau 2015 Havelregion entwickelt und mit dem teilweisen Rückbau der BUGA Flächen in Einklang gebracht.

Der Zweckverband hat die Kommunen bei der Herrichtung der für die Veranstaltung Bundesgartenschau 2015 erforderlichen Landschaftsbaumaßnahmen und Infrastruktur in Hinblick auf die erforderlichen BUGA-Qualitäten und auch im Rahmen der Nachnutzung beraten. Zum Jahresende 2015 war ein Großteil temporären Infrastruktur in den BUGA Flächen zurückgebaut und an die Kommunen zurück übertragen worden.

Am 18. April 2015 wurde nach sechsjähriger Vorbereitung ab der Gründung im Jahr 2009 die erste Bundesgartenschau an fünf Standorten eröffnet und bis zum 11. Oktober 2015 erfolgreich durchgeführt.

Das Ausstellungskonzept des Zweckverbandes zur BUGA 2015 kam im BUGA Durchführungsjahr 2015 zum Tragen und bildete die Basis für eine qualitätsgerechte Ausstellung auf höchstem Niveau.

Im Haushaltsjahr 2015 fanden fünf Zweckverbandsversammlungen, fünf Zweckverbandsvorstandssitzungen, vier Finanzausschusssitzungen und eine Sitzung des Vergabeausschusses statt.

Die Verbandsmitglieder des Zweckverbandes Bundesgartenschau 2015 Havelregion trafen sich außerdem zu weiteren Abstimmungsrunden bzw. Arbeitsrundgängen. Dies hatte den Hintergrund, die finale Fertigstellung der Flächen zu begleiten und noch erforderliche Maßnahmen einzuleiten.

Der Zweckverband erweiterte seine Geschäftsstelle in Premnitz um weiteren Büros. Im Haushaltsjahr 2015 wurden die Organisation und die Struktur des Zweckverbandes planmäßig weiterentwickelt.

Für die Sicherung der Tätigkeit des Zweckverbandes wurden 2015 folgende wesentlichen Beschlüsse gefasst:

- 2. Nachtragshaushaltssatzung mit Haushaltsplan 2014/2015
- Kassenkredit 2015/2016
- BUGA Ticketing (Beschluss der BUGA Standortkarte und der BUGA Halbzeit-Dauerkarten)
- Vergabe Grünpflege

Der Zweckverband BUGA 2015 Havelregion hat zur Deckung des Aufwandes ab dem Jahr 2014 im Vorverkauf und im BUGA Durchführungsjahr Eintrittsgelder erhoben. Im Budgetplan des Zweckverbandes waren für die Jahre 2014 und 2015 Umsätze aus dem Verkauf von Eintrittskarten laut 1. Nachtragshaushaltssatzung in Höhe von 22.323 T€ (netto) vorgesehen. Diese Berechnung ergab sich aus zum Verkauf geplanten 1.270.000 Stück BUGA-Eintrittskarten und 27.000 Stück BUGA-Dauerkarten. Aufgrund der nicht eingetretenen Besuchererwartung von 1.500.000 Besuchern musste dieser Ansatz mit der 2. Nachtragshaushaltssatzung auf 12.470 T€ korrigiert werden und wurde dann nochmals unterschritten.

Auf Basis des Personalplanes wurden im Haushaltsjahr 2015 weitere Personaleinstellungen vorgenommen. Im Stellenplan waren laut 2. Nachtragshaushaltssatzung 60 Stellen vorgesehen. Im Ist waren zum 31.12.2015 insgesamt 43 Stellen besetzt. Die zum Stichtag nicht besetzten Stellen resultieren hauptsächlich aus bereits im Laufe des 4. Quartals vorzeitig beendeten Arbeitsverträgen von Mitarbeitern aufgrund beruflicher Neuorientierung.

Darüber hinaus waren 34 Arbeitskräfte temporär zur Besetzung der sieben Infopunkte und der Betreuung des Lilienthal-Centrums und des Flugzeuges „Lady Agnes“ im Zeitraum April-Oktober 2015 im Einsatz.

Nach Antragstellung durch den Zweckverband wurden zu Beginn des Jahres 2015 durch die Jobcenter der Stadt Brandenburg an der Havel, des Landkreises Stendal und des Havellandkreises insgesamt 165 Stellen für den Einsatz geförderter Hilfskräfte während der BUGA Durchführung genehmigt. Der Zweckverband hat dabei mit folgenden Förderträgern als Partner zusammengearbeitet: BAS Brandenburg an der Havel Arbeitsförderungs- und Strukturentwicklungsgesellschaft mbH, AFP Arbeitsförderungsgesellschaft Premnitz mbH, GFAUS Gesellschaft für Arbeitsförderung und Sanierung des Landkreises Stendal GmbH und Optikpark Rathenow GmbH.

Der Einsatz der Hilfskräfte erfolgte hauptsächlich als Gästebetreuung behinderter bzw. hilfebedürftiger Besucher, Evakuierungshelfer sowie Parkplatz- und Geländehelfer.

Die für das Haushaltsjahr 2015 gesetzten Meilensteine wurden erfolgreich umgesetzt, wozu im Folgenden berichtet wird. Strategische Zielstellung war die Vorbereitung der BUGA Durchführung und die Weiterentwicklung der Havelregion als attraktives Reiseziel.

Marketing

Der Kartenvorverkauf, mit welchem planmäßig ein Jahr vor BUGA-Durchführungsbeginn gestartet wurde, endete an den Vorverkaufsstellen im BUGA Gebiet nahezu zeitgleich mit der Eröffnung der Bundesgartenschau am 18.04.2015.

Ab diesem Zeitpunkt wurde an den zahlreichen BUGA-Kassen der Kartenverkauf durchgeführt und durch den aktiven Großkundenverkauf an Bus- und Reiseunternehmen sowie den Verkauf über eine Online-Plattform ergänzt.

Mit Abschluss der Gästeführerausbildung durch die STG Stadtmarketing- und Tourismusgesellschaft Brandenburg an der Havel mbH standen für qualifizierte Führungen an den fünf BUGA-Standorten knapp 100 ausgebildete und geprüfte Personen zur Verfügung.

Im Rahmen der BUGA Durchführung fanden mehr als 1.000 Geländeführungen statt, die von der Stadtmarketing- und Tourismusgesellschaft Brandenburg an der Havel mbH abgesichert worden sind. Außerdem wurde die Absicherung von gärtnerischen Fachführungen durch das BUGA-Personal ergänzt.

Durch den Bereich Öffentlichkeitsarbeit wurden knapp 1.000 Pressemitteilungen herausgegeben. Zu monatlichen Terminen wurden Vertreter der Presse zum Pressefrühstück eingeladen und über die Ereignisse im Rahmen der BUGA-Durchführung informiert.

Entsprechend des Marketingkonzeptes wurden Werbekampagnen, Mediapläne und Schaltpläne für Hörfunkspots und Anzeigenschaltungen vorbereitet und mit den Medien abgestimmt. Die wichtigsten Medienpartner waren hierbei der MDR, der rbb, die Märkische Allgemeine Zeitung und die Volksstimme. Die Realisierung erfolgt im Rahmen des Budgets im Zeitraum April bis September. Insgesamt wurden Printanzeigen im Quellgebiet im Wert von ca. 2 Mio. € geschaltet, ca. 1.700 Hörfunkwerbeschaltungen realisiert sowie ca. 500 Großflächenplakate geklebt.

Zehn Busse waren im Raum Berlin mit BUGA-Branding unterwegs, auf 26 Bahnhöfen wurden BUGA-Großbanner präsentiert und an zehn Brücken in Berlin wurde ebenfalls mit BUGA-Bannern für die Veranstaltung geworden.

Die wichtigsten Fachmessen, z.B. ITB, sowie Endverbraucher-messen, z.B. Grüne Woche, wurden 2015 ebenfalls noch aktiv für Werbemaßnahmen genutzt. Außerdem erfolgten vom Januar bis Mai zusätzlich Promotion - Aktivitäten im Einzugsgebiet zu regionalen Festen, in Supermärkten und bei besonderen touristischen Partnern. Auch im Bereich Online-Marketing wurden die Möglichkeiten der BUGA-App, der eigenen Homepage, Mitglied bei Facebook sehr intensiv genutzt.

Für Bus- und Gruppenreiseveranstalter wurde eine besondere Informationsbroschüre erstellt. Außerdem wurde die Reisebranche zu der speziellen Busunternehmerfachmesse RDA-Köln, mehrfach über die BUGA informiert.

Als besonderer Service wurde den Besuchern das BUGA-Infotelefon angeboten. Dies wurde ebenfalls im Rahmen eines Auftrages durch die Stadtmarketing – und Tourismusgesellschaft Brandenburg an der Havel mbH abgesichert

Insgesamt wurden 7,2 Millionen Printprodukte aufgelegt und bundesweit und auf der BUGA verteilt. Insbesondere waren dies Flyer, Pläne, BUGA Buch, Verkaufshandbuch, Grünes Klassenzimmer.

Die Stadteingänge der BUGA-Städte wurden mit BUGA – Empfangsschildern gebrandet.

Mit dem Abschluss der Aktion „Von der BUGA empfohlen“ waren 62 touristische Unternehmen als Partner gewonnen worden und zertifiziert. Zielstellung bleibt es, Impulse für die touristische Weiterentwicklung in der Region zu setzen und sich gegenseitig bei der Vermarktung zu unterstützen.

Veranstaltungen

Die Eröffnung der ersten und einmaligen BUGA an fünf Standorten startete bereits am Vorabend des 18.04.2015 mit der Veranstaltung „BUGAERWACHEN“ und präsentierte in einer spektakulären, multimedialen Licht-, Laser und Klangshow die Einzigartigkeit der Havelregion und lies erahnen, welche Erlebnisse und Eindrücke die Besucher erwarten.

Mit dem offiziellen Festakt am 18.04.2015 wurde unter Anwesenheit des Schirmherren und Bundespräsidenten Joachim Gauck, der Ministerpräsidenten der Bundesländer Brandenburg und Sachsen-Anhalt sowie weiterer Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und der Sponsorenpartner in Brandenburg an der Havel die „Bundesgartenschau 2015 Havelregion“ eröffnet. Zeitgleich öffneten damit die Ausstellungen der fünf Standorte Brandenburg an der Havel, Premnitz, Rathenow, Stöln und Havelberg für die Besucher ihre Tore.

Am 19.04.2015 fand gemeinsam mit Bürgermeistern und Amtsdirektor der fünf Mitgliedskommunen des Zweckverbandes die feierliche Eröffnung der vier weiteren BUGA Standorte statt. Die jeweiligen Programme zielten dabei auf die Besonderheiten und Schwerpunkte der Standorte ab und würdigten Investitionen, Geschaffenes und Einzigartigkeit dieser Bundesgartenschau.

In Anlehnung an das jeweilige Motto der Standorte: Brandenburg an der Havel – URSPRUNG, Premnitz – IMPULS, Rathenow – WEITSICHT, Stöln – MUT und Havelberg – ERKENNTNIS wurde bei der Veranstaltungsplanung und Durchführung darauf geachtet, dem Charakter des jeweiligen Standortes und den Besonderheiten der Region zu entsprechen.

Die Vielzahl der Veranstaltungen aus den verschiedenen Bereichen erstreckte sich von Konzerten über Lesungen und Vorführungen (gärtnerischer Bereich, Kochen etc.) bis hin zu sportlichen Veranstaltungen und bot für alle Altersklassen und für jeden Geschmack ein gutes, die Bundesgartenschau begleitendes Programm.

Unter dem Motto „Wissen und Wachsen“ wurde im Rahmen des Bildungsprogrammes „Grünen Klassenzimmers“ konzeptionell die Havelregion als Erlebnisraum, der die Vielfalt des Lebens in der Region und seiner Werte widerspiegelt, in den Mittelpunkt gestellt.

126 buchbare Bildungsangebote standen hierbei für alle Altersklassen zu insgesamt 864 Veranstaltungsterminen zur Verfügung. 78 Partner wurden hierzu gewonnen und als Besonderheit 24 religionspädagogische Themen in Kooperation mit dem Verein BUGA & Kirche in die Arbeit eingebunden. Nach der Verteilung von 7.500 Exemplaren des

Angebotskataloges an regionale und überregionale Bildungseinrichtungen, einem Online-Buchungskalender und der zielgerichteten Vermarktung durch Pressemittelungen etc. konnte insgesamt mit rund 14.000 Teilnehmern, Sonderaktionen wie Sommerferien-Familienprogramm und Lehrerfortbildungsveranstaltungen ein erfolgreicher Abschluss nach 25 BUGA-Wochen verzeichnet werden. Unter den Schwerpunkten Havel & Wasser, Natur & Umwelt, Energie & Technik, Gesundheit & Bewegung sowie Kunst & Tradition erfolgte die Wissensvermittlung nah an den Themen und Schwerpunkten der einzelnen BUGA Standorte.

Mit der Abschlussveranstaltung in Havelberg am 11.10.2015 wurde sowohl Rückschau auf Erlebtes und Geschaffenes gehalten, als auch Aussicht auf die künftigen, regionalen und touristischen Wirkungen der Bundesgartenschau 2015 Havelregion vorgenommen. Traditionell erfolgte dabei die Staffelstabübergabe an den nächsten Ausrichter, die iga 2017 Berlin.

Touristische Infrastruktur

Das Jahr 2015 war wesentlich geprägt von der Umsetzung der Maßnahmen des Verkehrskonzeptes und der Erarbeitung der Sicherheitskonzepte für alle BUGA-Standorte.

Nachdem im Jahr 2014 die Bedarfsanpassung im öffentlichen Verkehr mit Erbringung zusätzlicher Verkehrsleistungen einschließlich Neueinrichtung einer Buslinie zwischen Rathenow, Stölln und der Hansestadt Havelberg durch die Aufgabenträger (Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung, Nahverkehrsservice Sachsen-Anhalt GmbH, Landkreis Stendal, Landkreis Havelland, Stadt Brandenburg an der Havel) beschlossen werden konnte, galt es in 2015 das Verkehrskonzept weiter umzusetzen. Dazu gehörten neben der wechselseitigen Anerkennung des Sachsen-Anhalt-Tickets, des Berlin-Brandenburg-Tickets und des VBB-Abo 65+ ebenso Kooperationen mit der Deutschen Bahn zur Rabattierung des BUGA Tickets bei Anreise mit öffentlichen Verkehrsmitteln.

Nach sehr schwierigen Ausschreibungsrunden mangels Anbieter bei den Shuttleverkehren Bus (Rathenow) und BUGA Fähre (Brandenburg an der Havel) standen in 2015 zur Durchführung zwei kompetente und zuverlässige Partner zur Verfügung. Damit war der Transport der Besucher vom Parkplatz Wiesenweg bis zum Ausstellungsgelände Packhof mittels BUGA-Fähre über die Havel und der Transport der Besucher vom Parkplatz am Bahnhof Rathenow zum BUGA Eingang „Am Alten Hafen“ mittels Bus- Shuttleverkehr gesichert.

Zur Ergänzung der barrierefreien Erschließung des Ausstellungsgeländes Marienberg in Brandenburg an der Havel stand die BUGA-Wegebahn vorrangig für Besucher mit gesundheitlichen Einschränkungen beim Gehen als Transportmittel zur Verfügung.

Zum Gelingen einer zielsicheren, optimalen Anreise der Besucher mit eigenem Fahrzeug wurde das „Leitsystem Straße“ umgesetzt und die Beschilderung an Autobahnen, Bundes-, Landes- und Kreisstraßen sowie innerorts durchgeführt. Erforderliche Verkehrsmaßnahmen wurden mit den Kommunen und Verkehrsbehörden in kooperativer Abstimmung vorbereitet und realisiert. Darüber hinaus fand die abschließende Instandsetzung und Einrichtung der durch die jeweiligen Kommunen bereitgestellten Parkflächen statt.

Mit der Erarbeitung und Fertigstellung des Sicherheitskonzeptes wurden die in den Ausstellungsflächen erforderlichen Einsatzmittel beschafft bzw. installiert (Defibrillatoren, Sanitätsrucksäcke, Tragen, Megafone, Beschilderungen ...) sowie Ersthelfer und Evakuierungshelfer ausgebildet. Rund um die Uhr war durch den Einsatz des Chefs vom Dienst einschließlich Rufbereitschaft an jedem BUGA-Standort ein Mitarbeiter des Zweckverbandes im Einsatz und stand für alle anfallenden Themen zur Verfügung.

Weitere Schwerpunkte bildeten:

- Fertigstellung und Umsetzung Sicherheitskonzept
- Umsetzung der Mobilität mittels Fahrrad / BUGAbike,
- Umsetzung Fußgängerleit- und Informationssystem einschließlich Nachsteuerung
- Umsetzung Anreise und Parken Busse
- Umsetzung Sanitätsdienst an allen Standorten und mit unterschiedlichen Anforderungen
- die Umsetzung des Kunstprojektes „Künstlerisches Leitsystem/ Wegmarken“

Gärtnerische Durchführung

Schwerpunkte an allen fünf BUGA-Standorten für das Jahr 2015 bildeten bis zum Ausstellungsbeginn am 18.04.2015 die Fertigstellung der Ausstellungsflächen einschließlich Bepflanzung, die Vorbereitung der Hallenschauen, der temporären Ausstellungen (z.B. Mustergrabanlage), der Gärtnerischen Wettbewerbe und der Leistungsprämierungen.

Als besondere, dezentral bedingte Herausforderung der BUGA 2015 Havelregion an fünf Standorten galt es, die infrastrukturelle und logistische Erschließung, Einrichtung und Beschilderung der Ausstellungsgelände an allen fünf Standorten vorzunehmen.

Dazu gehörten insbesondere:

Kassenpavillons, Infopunkte, WC-Anlagen, Bühnen, Zaunanlagen, Gastronomie- und Gärtnermarkt-Standorte, Aufenthalts- und Lagercontainer, Beschilderung im und am Gelände, Fahnenkonzept etc.

Die rechtzeitige Beendigung der Medienschließung aller Standorte mit Strom, Wasser und Abwasser sowie der Telekommunikationserschließung (28 Stück Internet-Anschlüsse) für die Kassenstandorte stellte selbst an erfahrene Medienpartner eine neue und besondere Anforderung. Aufgrund der sehr lobenswerten Zusammenarbeit mit meist an jedem Standort unterschiedlichen Firmen und Ansprechpartnern war die Versorgung zum Start der BUGA an allen Standorten gesichert.

Die Planungen für die Blumenhallenschauen in Brandenburg an der Havel und der Hansestadt Havelberg wurden abgeschlossen und damit für jeden der Standorte 16 attraktive floristische Themen festgelegt, planerisch untersetzt und es wurde mit der Bindung der entsprechenden Vertragspartner begonnen.

Die Gärtnerischen Wettbewerbe (z. B. Themengärten Packhof Brandenburg an der Havel, Mustergrabanlagen und Grabdenkmalgestaltung Havelberg) wurden durchgeführt und die beteiligten Partner vertraglich gebunden.

Als besondere, in Anspruch genommene Dienstleistungen während der BUGA Durchführung sind zu nennen:

- Grün-Pflegeleistungen: höhere Inanspruchnahme als ursprünglich geplant aufgrund der sehr heißen Temperaturen und mehrmaliger dramatischer Unwetter
- Spedition/Pflanzentransport an alle fünf BUGA Standorte
- Reinigungsleistungen Gelände

Nach dem Abblühen der Frühjahrsblüher erfolgte an allen Standorten die Wechselflor-Bepflanzung mit Sommerblühern.

An den fünf Standorten wurden den Besuchern Fachausstellungen des deutschen Gartenbaus mit hervorragenden Ausstellungsbeiträgen präsentiert:

Brandenburg an der Havel

- Rosenrad, Rosengarten, Heidegarten, umfangreiche Staudenflächen
- 33 Themengärten, „Haus der Landschaft“
- Blumenhallenschau mit 16 wechselnden Ausstellungen in der Kirche St. Johannis

Premnitz

- Tagesgärten mit wechselnder Bepflanzung, Bunte Mitte, Naturpfad mit Steganlage durch den Auenwald
- „Grüne Küche“, Pilzpavillon/Pilzausstellung

Rathenow

- Staudenpflanzungen (z.B. Rhododendron-Ausstellung), Dahlienarena,
- Wechselflorbeete, Seerosenausstellung,
- Präsentation von Jungpflanzen, „i-punkt GRÜN“ als Informations- und Bildungszentrum

Amt Rhinow/ OT Stölln

- Wildrosen- und Staudenausstellung, Steppengleiter und Steganlage
- Airport-Gebäude als Ausstellungs- und Aufenthaltszentrum, rundum die Geschichte
- Otto Lilienthals einschließlich Landung der „Lady Agnes“

Hansestadt Havelberg

- Dechanei- und Päoniengarten, Friedhofsgarten mit Mustergrabanlage
- Kleingartenanlage „Am Nussberg“ /Flethebrücke als Verbindung der Ausstellungsflächen
- Blumenhallenschau mit 16 wechselnden Ausstellungen in der Laurentius Kirche

Besonderheiten

Wetter

Das Wetter im Zeitraum der BUGA-Durchführung war geprägt von vielen besonderen und zum Teil extremen Wettersituationen. Mehrfach mussten Ausstellungsflächen wegen Unwettergefahren aus Sicherheitsgründen (Gewitter, Sturm) geschlossen werden.

Besucherverhalten/ Einnahmeerwartung

Die Durchführung einer erstmaligen dezentralen Schau war aus der Praxis noch nicht bekannt.

Nach Beendigung der BUGA kann festgehalten werden:

Die dezentrale BUGA ist bei den Besuchern gut angekommen. Dies insbesondere vor dem Hintergrund, die gesamte Region kennenlernen zu wollen, aktiv unterwegs zu sein und länger in der Region zu verweilen.

Der klassische Tagesbesuch stand hierbei nicht im Vordergrund. Dies hatte sicherlich auch Auswirkungen auf die Besucherzahlen.

Übernachungskapazitäten

Die regionalen Übernachtungskapazitäten waren fast 100%ig ausgelastet. Hierbei ist die BUGA als wichtiger Faktor der regionalen Wirtschaftsförderung 2015 zu werten.

Gleichzeitig wird dabei aber auch deutlich, dass gerade bei dieser erstmaligen dezentralen BUGA keine Reserven für noch mehr Übernachtungsgäste verfügbar waren.

Finanzen

Zur Sicherung der Liquidität im Zweckverband, im Wesentlichen aufgrund der niedrigeren Besucherzahlen als erwartet und damit deutlich niedrigerer Einnahmen in der Position Umsatzerlöse unter den „Privatrechtlichen Leistungsentgelten“, war der Kassenkredit zum Jahresende 2015 von 9,5 Mio. € auf 11,5 Mio. € aufzustocken. Mit der 2. Nachtrags- haushaltsplanung wurde bereits für das Jahr 2016 eine durch die Kommunen zu tragende und zur Kreditablösung vorgesehene Umlage in Höhe von rd. 10,2 Mio. € geplant, welche mit der Haushaltsplanung 2016 anhand der tatsächlich vorliegenden, schlussabgerechneten Ergebnisse des Jahres 2015 und der Prognosen für 2016 auf 12,2 Mio. € geplante Umlage angepasst werden musste.

Das Haushaltsjahr 2015 schließt mit einem Jahresergebnis von rund -7.154 T€ ab (2014: -3.154 T€). Damit erhöht sich der nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag auf der Aktivseite der Bilanz um das Jahresergebnis 2015.

Das gegenüber dem Haushaltsplan / 2. Nachtragshaushalt schlechtere Ergebnis resultiert im Saldo aus:

- niedrigeren Erlösen aus Eintrittskartenverkauf nach erfolgter Schlussabrechnung
- niedrigeren Erlösen im Bereich Sponsoring und Pacht

- Verschiebungen bei der Abschreibung/den Buchverlusten wegen Ausbuchung der Dauerkulturen nach 2016
- höheren Rückbaukosten als geplant

Die gegenüber dem Planansatz des 2. Nachtragshaushaltes aus 2014 um 872 T€ niedrigeren Erträge aus der laufenden Verwaltungstätigkeit setzen sich wie folgt zusammen:

Position	Plan 2. NTHH (TEUR)	Ist (TEUR)	Abweichung (TEUR)
Privatrechtliche Leistungsentgelte	15.072	14.045	-1.027
Sonstige ordentliche Erträge	965	1.120	+155
Saldo Erträge aus der laufenden Verwaltungstätigkeit	16.037	15.165	-872

Die gegenüber dem Planansatz des 2. Nachtragshaushaltes einschließlich Mittelübertragung um 39 T€ niedrigeren Aufwendungen aus der laufenden Verwaltungstätigkeit setzen sich wie folgt zusammen:

Position	Plan 2. NTHH (TEUR)	Ist (TEUR)	Abweichung (TEUR)
Personalaufwendungen	2.439	2.372	-67
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	16.630	16.664	+34
Abschreibungen	387	317	-70
Sonstige ordentliche Aufwendungen	2.855	2.919	64
Saldo Aufwendungen aus der laufenden Verwaltungstätigkeit	22.311	22.272	-39

Die Plan-Ist-Abweichung des Ergebnisses aus der laufenden Verwaltungstätigkeit beträgt -832 T€

Satzungsgemäß werden Umlagen als Zuschuss von den Zweckverbandsmitgliedern des Zweckverbandes Bundesgartenschau 2015 Havelregion, soweit die finanziellen Mittel des Zweckverbandes nicht ausreichen um seine satzungsgemäßen Aufgaben zu erfüllen, erhoben. Aufgrund des Gesamtdefizites erfolgt die Erhebung einer Umlage im Jahr 2016.

Vergabe von Aufträgen:

Die gesamte Finanzplanung zur BUGA 2015 Havelregion über alle Jahre wurde abschließend 2011 erstellt. Zu diesem Zeitpunkt waren bestimmte Entwicklungen, z. B. Einführung Mindestlöhne, Preisentwicklung Energie/Treibstoffe, nicht konkret erkennbar. Weiterhin haben die erfolgten Ausschreibungen gezeigt, dass es beispielsweise in den Bereichen Kassendienstleistung und Einlassdienst zu erheblichem Mehrbedarf als ursprünglich geplant gekommen ist. Die Ergebnisse der meisten Ausschreibungen waren

bereits im 2. Nachtragshaushalt berücksichtigt. Darüber hinaus kam es bei den Ausschreibungen zum Rückbau zu Mehrbedarf, welcher zum einen im Ist 2015 enthalten und zum anderen in der Haushaltsplanung 2016 verarbeitet worden ist.

Ausbuchung von Forderungen/Wertberichtigungen:

Im Jahresabschluss 2015 sind Wertberichtigungen auf Forderungen aufgrund der Nichtzahlung vertragsmäßig vereinbarter bzw. abgerechneter Leistungen hauptsächlich der Bereiche Sponsoring und Pacht enthalten. Zur Kompensierung des evtl. Ausfalles wurden diese Forderungen nach dem Prinzip der kaufmännischen Vorsicht bewertet und vorsorglich wertberichtigt, so dass ein Forderungsausfall in 2016 ergebnisneutralisiert werden könnte.

Dem Zweckverband Bundesgartenschau 2015 Havelregion sind zum 31.12.2015 keine weiteren gefährdenden Risiken im Hinblick auf die geplante Rückabwicklung der Bundesgartenschau 2015 Havelregion sowie dem Abschluss aller Geschäfte in 2016 bekannt.

Voraussichtliche Entwicklung des Zweckverbandes

Verbandssatzung des Zweckverbandes BUGA 2015 Havelregion

- § 26 – Auflösung des Zweckverbandes:

Der Zweckverband wurde zum Ablauf des 31. Dezember 2016 aufgelöst.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Keine (nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag auf der Aktivseite der Bilanz)
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Zwischen der Stadt Brandenburg an der Havel, der Stadt Rathenow, der Stadt Premnitz, der Hansestadt Havelberg und dem Amt Rhinow und der Deutschen Bundesgartenschau Gesellschaft mbH (DBG) besteht ein Vergabe- und Durchführungsvertrag (DV).
		Die Personal-Dienstleistungen werden durch die Stadt Brandenburg an der Havel erbracht. Ein separater Vertrag zu den Personaldienstleistungen wurde im Februar 2013 mit der Stadt Brandenburg an der Havel abgeschlossen.
		Ein weiterer Dienstleistungsvertrag über die Prüfung des Zweckverbandes besteht zwischen dem Zweckverband und dem städtischen Rechnungsprüfungsamt.

Vermögens- und Finanzlage des Zweckverbandes

(Angaben in T€)			
Bilanz	2013	2014	2015
<u>Aktivseite</u>			
A. Anlagevermögen	131	386	108
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	28	24	0
II. Sachanlagen	103	362	108
B. Umlaufvermögen	716	1.242	1.530
I. Vorräte	0	0	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	299	611	986
III. Kassenbestand, Guthaben	417	631	543
C. Rechnungsabgrenzungsposten	2	17	3
D. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	730	3.884	11.038
<u>Passivseite</u>			
A. Eigenkapital	0	0	0
I. Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	0	0	0
II. Gewinnrücklagen	0	0	0
III. Jahresfehlbetrag	-81	0	0
B. Rückstellungen	93	147	104
C. Verbindlichkeiten	1.424	4.319	12.575
D. Rechnungsabgrenzungsposten	62	1.063	0
Bilanzsumme	1.579	5.529	12.679

Ertragslage des Zweckverbandes

(Angaben in T€)			
GuV	2013	2014	2015
1. Zuwendungen und allgemeine Umlage	2.100	2.460	0
2. Bestand an unfertigen Leistungen	0	0	0
3. Sonstige ordentliche Erträge	17	201	1.120
4. Privatrechtliche Leistungsentgelte	357	407	14.045
4. Personalaufwendungen	-991	-1.507	-2.372
5. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-565	-3.194	-16.663
6. Abschreibungen	-40	-72	-316
7. Sonstige ordentliche Aufwendungen	-951	-1.439	-2.919
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	4	4	0
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-5	-14	-25
10. ordentliches Jahresergebnis	-74	-3.154	-7.130
11. Außerordentliche Erträge	0	0	213
12. Außerordentliche Aufwendungen	-7	0	-237
13. Außerordentliches Ergebnis	-7	0	-24
14. Gesamtüberschuss / Gesamtfehlbetrag	-81	-3.154	-7.154

IV. Abkürzungsverzeichnis

ABM:	Arbeitsbeschaffungsmaßnahme
AfL:	Arbeit für Langzeitarbeitslose
AG:	Aktiengesellschaft
AHG:	Altschuldenhilfegesetz
APM	Abfallwirtschaft Potsdam-Mittelmark
ATZ:	Altersteilzeit
AV:	Anlagevermögen
BA:	Bauabschnitt
BEZ:	Beschäftigungszuschuss
BEGiN:	Brandenburger Existenzgründer im Netzwerk
BfA:	Bundesanstalt für Arbeit
BF:	Betriebsführer
BGA:	Betriebs- und Geschäftsausstattung
BHKW:	Blockheizkraftwerk
BilMoG:	Bilanzmodernisierungsgesetz
BK:	Betriebskosten
BSHG:	Bundessozialhilfegesetz
BT:	Brandenburger Theater
BRZ:	Berechnungszeitraum
CCC:	Cultur- und Congress Centrum Brandenburg an der Havel
CMI:	Case-Mix-Index – Medizinischer Schweregrad
DKB:	Deutsche Kreditbank AG
DMP:	Disease Management Programme
DRG:	Diagnostic-Related-Groups - Fallpauschalensystem
DSD:	Duales System Deutschland
EB:	Eigenbetrieb
EEG:	Erneuerbare-Energien-Gesetz
EK:	Eigenkapital
ESF:	Europäischer Sozialfonds
EStG:	Einkommensteuergesetz
EuGH:	Europäischer Gerichtshof
FA:	Finanzanlagen
FAG:	Finanzausgleichgesetz
FAQ's:	„frequently asked questions“ = immer wieder vorkommende Fragen
FBL:	Fachbereichsleiter
FBS:	Förderverein der Brandenburger Symphoniker
GB:	Geschäftsbereich
GE:	Gewerbeeinheiten

GF:	Geschäftsführer/-ung
GLM:	Zentrales Gebäude- und Liegenschaftsmanagement der Stadt Brandenburg an der Havel
GJ:	Geschäftsjahr
GmbH:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbH i.L.:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Liquidation
GmbHG:	GmbH-Gesetz
GMF:	Gesellschaft für Management und Entwicklung von Freizeitsystemen mbH & Co. KG, Neuried
GO:	Gemeindeordnung für das Land Brandenburg
GuV:	Gewinn- und Verlustrechnung
GVFG:	Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz
GzA:	Gemeinnützige zusätzliche Arbeit
HGrG:	Haushaltsgrundsätzegesetz
HH:	Haushalt
HKW:	Heizkraftwerk
HOT:	Hans-Otto-Theater
IAT:	Ingenieurbetrieb für Automatisierungstechnik GmbH
IHK:	Industrie- und Handelskammer
ILB:	Investitionsbank des Landes Brandenburg
InvZulG:	Investitionszulagengesetz
ITS:	Intensiv-Therapiestation
KA:	Konzessionsabgabe
KAV:	Kommunaler Arbeitgeberverband
KGST:	Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement
KHG:	Krankenhausfinanzierungsgesetz
KG:	Kommanditgesellschaft
KLR:	Kosten- und Leistungsrechnung
KonTraG:	Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich
KoKo:	Kommunalkombi
KStG:	Körperschaftsteuergesetz
KV:	Kassenärztliche Vereinigung
KWK:	Kraft-Wärme-Kopplung
LASA:	Landesagentur für Struktur und Arbeit
LSP:	Leitsätze für die Preisermittlung auf Grund von Selbstkosten
L.u.L.:	Lieferungen und Leistungen
LUGV:	Landesamt für Umwelt-, Gesundheits- und Verbraucherschutz
LVP:	Leichtstoffverpackungen
MA:	Mitarbeiter
MAE:	Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung

MASGF:	Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen
MDK:	Medizinischer Dienst der Krankenkassen
MUGV:	Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz
MWFK:	Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur
MVZ:	Medizinisches Versorgungszentrum
NV Solo:	Normalvertrag für Solokünstler
NWkm:	Nutzwagenkilometer
OTA:	Operationstechnische Assistenten
ÖPNV:	Öffentlicher Personennahverkehr
ÖPP:	Öffentlich-Private Partnerschaften (PPP – Public Private Partnership)
PPP:	engl.: Public Private Partnership (Öffentlich-Private Partnerschaften)
Pkm:	Personenkilometer
PM:	Landkreis Potsdam-Mittelmark
PV-Anlagen:	Photovoltaik-Anlagen
RAP:	Rechnungsabgrenzungsposten
SAM:	Strukturanpassungsmaßnahme
SGB:	Sozialgesetzbuch
SO:	Sonstige Objekte
SoPo:	Sonderposten
SPNV:	Schienenpersonennahverkehr
STG:	Stadtmarketing- und Tourismusgesellschaft
SVV:	Stadtverordnetenversammlung
TASi:	Technische Anleitung Siedlungsabfall
TIBS:	Technologie- und Innovationsberatungsstelle an der TH Brandenburg
T.IN.A:	Technologie- und Innovations-Agentur
TN:	Teilnehmer
TVK:	Tarifvertrag für Musiker in Kulturorchester
TV-N	Tarifvertrag Nahverkehr Brandenburg
UR:	Urkundenrolle
UmwG:	Umwandlungsgesetz
Ust.:	Umsatzsteuer
UV:	Umlaufvermögen
VbE:	Vollbeschäftigte Einheiten
VKA:	Vereinigung Kommunaler Arbeitgeberverbände
WBG:	Wohnungsbaugenossenschaft
WE:	Wohneinheiten

V. Erläuterungen

Abschreibungen	Abschreibungen erfassen Wertminderungen der Vermögensgegenstände ergebnismindernd, indem eine erwartete Wertminderung im Voraus auf die entsprechenden Rechnungsperioden verteilt wird (planmäßige Abschreibung), oder eine unerwartete Wertminderung zum Zeitpunkt ihres Eintritts verbucht wird (außerplanmäßige Abschreibung).
Aktiva	Auf der Aktivseite einer Bilanz werden die Gegenstände des Anlagevermögens, die bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen, vor den Gegenständen des nur vorübergehend genutzten Umlaufvermögens ausgewiesen. Die Summe aller Aktiva, die gleich der Summe aller Passiva ist, ergibt die Bilanzsumme.
Anhang	Pflichtbestandteil des Jahresabschlusses bei Kapitalgesellschaften gemäß § 264 Abs. 1 HGB. In ihm sind die einzelnen Positionen der Bilanz und GuV und ggf. ihre Ermittlung zu erläutern.
Anlagenabnutzungsgrad	Kumulierte Abschreiben auf Sachanlagen / Anschaffungs-/ Herstellungskosten der Sachanlagen
Anlagevermögen	Die Gesamtheit der Vermögenselemente, die dazu bestimmt ist, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen (gemäß § 247 Abs. 2 HGB) und dem wirtschaftlichen Eigentum des Unternehmens zuzurechnen sind. Sie stehen i.d.R. für mehrere Produktionszyklen zur Verfügung. Den Ausschlag für die Zuordnung eines Gegenstandes zum Anlagevermögen gibt somit seine Zweckbestimmung. Ausgewiesen auf der Aktivseite der Bilanz umfasst es immaterielle Vermögensgegenstände (Patente, Lizenzen), Sachanlagen (Immobilien, Maschinen, usw.) und Finanzanlagen (z.B. Beteiligungen).
Aufwendungen	Minderungen des betrieblichen Vermögens innerhalb einer Rechnungsperiode. Aufwendungen sind allerdings nicht zwangsläufig Mittelabflüsse (z.B. Abschreibungen).
Betriebsergebnis	Differenz zwischen Erträgen und Aufwendungen, die sich aus der eigentlichen Betriebstätigkeit ergeben. Das Betriebsergebnis ist neben dem Finanz- und Außerordentlichen Ergebnis Bestandteil der GuV.
Bilanz	Bestandteil des Jahresabschlusses gemäß § 242 Abs. 1 HGB. Ist die Gegenüberstellung aller Aktiva (Anlage- und Umlaufvermögen) und Passiva (Eigen- und Fremdkapital) eines Unternehmens zu einem bestimmten Stichtag (z.B. Ende eines Geschäftsjahres).
Bilanzgewinn/-verlust	Der Ausweis eines Bilanzgewinns oder -verlustes erfolgt unter dem Eigenkapital nach teilweiser Gewinnverwendung. Er errechnet sich aus dem Jahresüberschuss/-fehlbetrag zuzüglich des Gewinn-/Verlustvortrags und Einstellungen/Entnahmen in bzw. aus Rücklagen.
Eigenkapital (EK)	<p>Zum Eigenkapital rechnen alle von den Eigentümern durch Zuführung von außen oder durch Verzicht auf Gewinnansprüche unbefristet zur Verfügung gestellten Mittel.</p> <p>Das EK ist Bestandteil der Passivseite. Es setzt sich aus dem gezeichneten Kapital, (Grund-, Stamm-, Nenn- oder Haftungskapital), den Kapital- und Gewinnrücklagen und dem vorgetragenen Bilanzgewinn/-verlust zusammen. Das in der Bilanz ausgewiesene EK gibt den Buchwert des Unternehmens an.</p>

Eigenkapitalquote	Die Eigenkapitalquote errechnet sich aus dem prozentualen Verhältnis des Eigenkapitals zur Bilanzsumme eines Unternehmens. Sie beschreibt den Grad der wirtschaftlichen und finanziellen Stabilität der Unternehmung. Im vorliegenden Bericht gibt die Eigenkapitalquote den Anteil des Eigenkapital, einschließlich der Sonderposten, am Gesamtkapital wieder.
Ergebnis (allgemein)	Differenz zwischen Erträgen und Aufwendungen. In der GuV wird unterschieden zwischen dem Betriebs-, dem Finanz- und dem Außerordentlichen Ergebnis. Der Jahresüberschuss/-fehlbetrag ist die Summe aller drei Ergebnisse.
Erträge	Mehrungen des betrieblichen Vermögens in einer Rechnungsperiode. Erträge sind allerdings nicht zwangsläufig Mittelzuflüsse (betrifft z. B. Wertsteigerungen).
Fälle je Vollkraft (Klinikum)	Ist-Fälle des Jahres ohne Überlieger zu durchschnittlicher Vollkräftezahl
Fremdkapital (FK)	Das Fremdkapital wird umgangssprachlich als Schulden bezeichnet und ist auf der Passivseite ausgewiesen. Es setzt sich aus kurz- und langfristigen Verbindlichkeiten (Banken, Lieferer, sonstige Kapitalgeber ohne Beteiligungsrechte) sowie den Rückstellungen zusammen und steht dem Unternehmen i.d.R. nur befristet und zu einem festen Zinssatz zur Verfügung.
Gesellschafterversammlung	Ist das Entscheidungsgremium der Anteilseigner (Gesellschafter). Die Rechte der Gesellschafter insbesondere in Bezug auf die Führung der Geschäfte bestimmen sich nach dem Gesellschaftsvertrag (zzgl. §§ 46 - 51 GmbHG). Zum Aufgabenkreis zählen u.a. die Feststellung des Jahresabschlusses, die Ergebnisverwendung und die Bestellung des Aufsichtsrates.
Gewinn- und Verlustrechnung	Bestandteil des Jahresabschlusses gemäß § 242 Abs. 1 HGB. Die GuV gibt Auskunft über die Art, Höhe und Quellen der Erfolgskomponenten Aufwand und Ertrag. Als Erfolgsrechnung steht sie in engem Zusammenhang mit der Jahresbilanz. Übersteigen die Erträge die Aufwendungen, erwirtschaftet das Unternehmen einen Jahresüberschuss, der das Eigenkapital steigert. Übersteigen die Aufwendungen die Erträge, entsteht ein Jahresfehlbetrag, der das Eigenkapital verringert.
Gewinnrücklage	Die Gewinnrücklage gehört zu den sog. offenen Rücklagen. Die Gewinnrücklage setzt sich aus Mitteln zusammen, die im Unternehmen, d.h. durch Einbehalten von Teilen des Unternehmensergebnisses, gebildet wurden (§ 272 Abs. 3 HGB).
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	Teil des Jahresergebnisses, der in den Vorjahren weder zur Ausschüttung noch zur Rücklagenzuführung oder auf sonstige Weise verwendet wurde.
Gezeichnetes Kapital	<p>Das Gezeichnete Kapital bildet einen Unterposten zum Eigenkapital in der Bilanz von Kapitalgesellschaften (§ 266 Abs. 3 HGB). Es weist das im Handelsregister eingetragene Haftungskapital einer Kapitalgesellschaft aus. Bei der AG (Aktiengesellschaft) wird es als <i>Grundkapital</i> und bei der GmbH als <i>Stammkapital</i> bezeichnet.</p> <p>Das Gezeichnete Kapital ist bei Kapitalgesellschaften (AG, GmbH, ...) der Maximalbetrag, mit dem die Gesellschafter zum Ausgleich von Verbindlichkeiten und Verlusten herangezogen werden können (beschränkte Haftung), falls die anderen Eigenkapitalanteile (Kapital- und Gewinnrücklage, Gewinnvorträge) aufgebraucht sind. Nach dem Verhältnis der gehaltenen Anteile</p>

	am Gezeichneten Kapital bestimmt sich auch die Beteiligungsquote.
Handelsbilanz	Ist die nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und den Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung (GoB) zu erstellende Bilanz. Das Vermögen und der Gewinn sind nach kaufmännischer Vorsicht zu ermitteln. Die Adressaten sind die Gesellschafter, Gläubiger und im gewissen Maße die Öffentlichkeit. Sie ist die Grundlage für die Erstellung der Steuerbilanz (Maßgeblichkeit), wobei sich jedoch Regelungen der Steuerbilanz auch wiederum auf die Handelsbilanz auswirken (umgekehrte Maßgeblichkeit).
Holding	Eine Holding ist eine Gesellschaft, die Anteile an anderen Unternehmen erwirbt und verwaltet, wobei im Unterschied zu Kapitalanlage - bzw. Investmentgesellschaften nicht nur Vermögensanlage, sondern auch Kontrolle, Beeinflussung oder Beherrschung der Unternehmen angestrebt wird.
Inventur	Bestandsaufnahme aller Vermögensgegenstände und Schulden durch zählen, messen, wiegen und wertfeststellen. Gemäß §§ 240 und 241 HGB haben jahresabschlusspflichtige Unternehmen jährlich zum Bilanzstichtag eine Inventur durchzuführen.
Investitionen	Sind die Bindung von Kapital in Vermögensgegenständen, um daraus Erträge zu erzielen. Es wird unterschieden zwischen Sach- und Finanzinvestitionen.
Jahresabschluss (JA)	Besteht lt. § 242 Abs. 1 HGB aus der Bilanz, der Gewinn- und Verlustrechnung, dem Anhang und dem Lagebericht (Gliederung entsprechend §§ 266, 275 HGB). Große Gesellschaften und Kapitalgesellschaften (AG, GmbH, GmbH & Co. KG) haben die Pflicht zur jährlichen Erstellung. Grundlage sind überwiegend das HGB und die Steuergesetze.
Jahresüberschuss (JÜ)	Ergebnis eines Unternehmens unter Berücksichtigung aller Aufwendungen und Erträge. Steht am Ende der Gewinnermittlung nach § 275 Abs. 2 oder 3 HGB.
Kapitalrücklage	Die Kapitalrücklage umfasst die einer Kapitalgesellschaft von ihren Gesellschaftern neben dem Nominalkapital von außen zugeführten Eigenkapitalanteile (§ 272 Abs. 2 HGB). GmbH's unterliegen bezüglich der Auflösung ihrer Kapitalrücklage bis auf einige Ausnahmen keinen rechtlichen Bestimmungen.
Lagebericht	Ergänzendes Informationsinstrument des Jahresabschlusses. Inhalte des Lageberichts sind die Darstellung des Geschäftsverlaufs in der Rechnungsperiode und der aktuellen Lage, der zukünftigen Entwicklung sowie der Forschungs- und Entwicklungsbericht des Unternehmens. Lageberichterstattungspflichtig sind alle Kapitalgesellschaften.
Liquidität	Ist die Fähigkeit eines Unternehmens, jederzeit seinen Zahlungsverpflichtungen nachkommen zu können (positiver Zahlungsmittelbestand). Diese wird häufig an den Beständen des Vermögens gemessen, die sich innerhalb von unterschiedlichen Zeiträumen in flüssige Mittel umwandeln lassen (Fristigkeit). Dieser Fristigkeit muss immer die Fälligkeit der einzelnen Fremdkapitalpositionen (Verbindlichkeiten) gegenübergestellt werden.
Materialaufwandsquote	Materialaufwand zu Gesamtleistung
Materialaufwand je Fall	Klinikum; Materialaufwand des Jahres zu Ist-Fälle des Jahres ohne Überlieger

Materialintensität	Die Materialintensität (Materialaufwandsquote) gibt den Anteil des Materialaufwands am Umsatz an; Formel: Materialkosten / Umsatz * 100.
Notarielle Beurkundung	Wird bei wichtigen Verträgen vorgenommen, um eine erhöhte Rechtssicherheit für den Inhalt, eine bessere Beweisbarkeit und größere Glaubhaftigkeit zu erhalten. Bei Gesellschaftsverträgen (von Kapitalgesellschaften) und Verträgen, bei denen Immobilien einbezogen sind, ist der Vertrag lt. Gesetz notariell zu beurkunden.
Passiva	Auf der Passivseite der Bilanz wird grundsätzlich das dauernd verfügbare Eigenkapital vor den zu tilgenden Verbindlichkeiten aufgeführt.
Personalaufwandsquote	Personalaufwand / Gesamtleistung
Personalaufwand je Fall	Klinikum; Personalaufwand des Jahres zu Ist-Fälle des Jahres ohne Überlieger
Produktivität	Bezeichnet das Verhältnis zwischen den eingesetzten Produktionsfaktoren (z.B. Arbeit, Kapital: Input) und dem Produktionsergebnis (Output); als Messzahl gibt sie Auskunft über die Effizienz von Produktionsprozessen; Formel: Umsatz / Anzahl Beschäftigter
Prüfung (Jahresabschluss)	Gemäß § 316 HGB sind Jahresabschluss und Lagebericht von Kapitalgesellschaften (sofern sie nicht kleine sind) durch vereidigte Wirtschaftsprüfer zu überprüfen. Prüfungsgegenstand sind unter Einbeziehung der Buchführung die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften und die ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags oder der Satzung. Der Abschlussprüfer hat über die Ergebnisse schriftlich zu berichten (§ 321 HGB) und das Ergebnis in einem Bestätigungsvermerk zusammenzufassen (§ 322 HGB).
Rücklagen	Zu unterscheiden sind hier im Wesentlichen die offenen und stillen Rücklagen sowie die SoPo (Sonderposten) mit Rücklagenanteil. Zu den offenen Rücklagen zählen die <i>Kapital- und Gewinnrücklagen</i> .
Rückstellungen	Sind Schulden des Unternehmens, die am Bilanzstichtag dem Grunde und/oder der Höhe nach noch nicht konkretisiert sind (§ 249 HGB). Typische Gründe für die Bildung von Rückstellungen sind: ungewisse Verbindlichkeiten, drohende Verluste aus schwebenden Geschäften, Gewährleistungen.
Sachanlagenquote	Sachanlagen / Gesamtvermögen
Sonderposten mit Rücklagenanteil	Sonderposten mit Rücklagenanteil weisen einen Doppelcharakter auf. Einerseits enthält er Rücklagen aus noch nicht versteuertem Gewinn, die nach den Vorschriften der Steuergesetze auszulösen sind (§ 273 HGB). Andererseits können unter dieser Position als Wertberichtigung Beträge ausgewiesen sein, die über die rein handelsrechtlichen Abschreibungen hinausgehen (§ 281 HGB).
Stammeinlage	Ist die von jedem Gründungsgesellschafter einer GmbH zu leistende Einlage auf das Stammkapital (§ 5 GmbHG). Nach dem Verhältnis der übernommenen und später dazu erworbenen Stammeinlagen bestimmt sich der Anteil am Stammkapital und somit auch die Beteiligungsquote.
Stammkapital	Ist das Gezeichnete Kapital und somit das beschränkt haftende Eigenkapital der GmbH. Seine Höhe ist im Gesellschaftsvertrag und in der Satzung festgelegt. Es ist die Summe der von den

	<p>Gesellschaftern bei der Gründung übernommenen Stammeinlagen.</p>
Steuerbilanz	<p>Ist eine um die steuerrechtlichen Vorschriften (EStG, KStG, Richtlinien, ...) korrigierte bzw. ergänzte Handelsbilanz. Ziel ist die Ermittlung des „wahren“ Gewinns, der dem einzigsten Adressaten, dem Finanzamt, als steuerliche Bemessungsgrundlage dient. Aus Gründen der Einfachheit sind in der Praxis, vor allem bei nicht publizitätspflichtigen Unternehmen, Handels- und Steuerbilanz identisch (Einheitsbilanz).</p>
Stille Rücklagen	<p>Stille Rücklagen sind Teile des Eigenkapitals, deren Höhe aus der Bilanz nicht ersichtlich ist. Stille Reserven ergeben sich aus der Differenz zwischen den Buchwerten und den tatsächlich höheren Werten bei den Aktiva bzw. niedrigeren Werten bei den Passiva. Angemessene stille Reserven verleihen dem Unternehmen Widerstandskraft. Dagegen stehen stille Reserven auch im Dienst der Gewinnregulierung → Schwächung des Vertrauens von Gläubigern und Öffentlichkeit.</p>
Überlieger	<p>Klinikum; hierbei handelt es sich um Patienten, deren Behandlung als Fallpauschale in 2009 noch nicht abgeschlossen war.</p>
Umlaufvermögen	<p>Gegenstände des Umlaufvermögens verbleiben in ihrer ursprünglichen oder verarbeiteten Form nur kurze Zeit im Unternehmen. Ausgewiesen auf der Aktivseite der Bilanz werden Vorräte, Forderungen, Wertpapiere und liquide Mittel.</p>
Umsatz	<p>Ist der wertmäßige Ausdruck für die am Markt abgesetzten Produkte. Der Umsatz ist gleich der verkauften/abgesetzten Menge multipliziert mit dem pro Einheit erhaltenen Verkaufs-/Absatzpreis.</p>
Unbundling	<p>VBB; organisatorische Trennung von Netz und Vertrieb in der Strom- und Gasversorgung</p>
Verlustrück(-vor)trag	<p>Ist die Möglichkeit des steuerlich wirksamen Verlustausgleichs. Verluste des entsprechenden Abrechnungszeitraums können mit steuerpflichtigen Gewinnen aus Vorperioden (max. zwei) verrechnet bzw. auf unbegrenzte Zeit vorgetragen werden, damit die Verrechnung mit zukünftig möglichen Gewinnen erfolgen kann. Dies bietet die gesetzlich zulässige Möglichkeit, gezahlte Steuern zurückzuerhalten bzw. die zukünftig mögliche Steuer-schuld zu mindern.</p>
Wirtschaftsplan	<p>Er ist ein individuelles Instrument der Unternehmen. Der Wirtschaftsplan ist die gedankliche Vorwegnahme und aktive Gestaltung zukünftiger Ereignisse mit dem Ziel der Reduktion von Unsicherheit. Er stellt i.d.R. die zahlenmäßige Entwicklung des Unternehmens, unter Berücksichtigung des Ist-Zustandes, der individuellen Ziele, der Voraussetzungen und angenommenen Entwicklungen des Umfelds dar. Einbezogen werden die zu erwartenden Erträge und Aufwendungen sowie die geplanten Investitionen und deren Finanzierung.</p> <p>Der Wirtschaftsplan entspringt keiner gesetzlichen Regelung (kann jedoch Grundlage für den Lagebericht sein). Ausnahme bilden die Eigenbetriebe und Beteiligungen der Kommunen. Der Wirtschaftsplan ist Bestandteil des Haushalts und von den Gremien zu genehmigen</p>

Formeln und Definitionen der Kennzahlen

Kennzahl	Formel	Definition der einzelnen Kennziffern
Anlagenintensität	$\frac{AV \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$	<p><u>Anlagevermögen</u>: Zum Anlagevermögen gehören nach § 247 Abs. 2 HGB nur die Gegenstände, die bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen; für Kapitalgesellschaften besteht gemäß § 266 Abs. 2 HGB eine detaillierte Aufgliederungspflicht</p> <p><u>Bilanzsumme</u>: Die Bilanzsumme ist der Betrag, der sich ergibt, wenn in einer Bilanz sämtliche Aktiva (Gesamtvermögen) oder sämtliche Passiva (Gesamtkapital) addiert werden.</p>
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	$\frac{\text{Eigenkapital} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$	<p><u>Eigenkapital</u>: § 272 Abs.1-4 HGB (ohne anteilige SOPO) i.V.m. § 266 Abs. 3 HGB, Zum Eigenkapital zählen jene Mittel, die von den Eigentümern einer Unternehmung zu deren Finanzierung aufgebracht oder als erwirtschafteter Gewinn im Unternehmen belassen wurden.</p> <p><u>Bilanzsumme</u>: siehe oben</p>
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	aus Bilanz	<p>Ist das bilanzielle Eigenkapital der Gesellschaft durch im abgelaufenen Geschäftsjahr oder in vorangegangenen Jahren angesammelte Verluste aufgebraucht und ergibt sich ein Überschuss der Passiva über die Aktiva der Bilanz, so ist gem. § 268 Abs. 3 HGB als letzte Position auf der Aktivseite der Fehlbetrag unter der Bezeichnung "Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag" auszuweisen. In diesem Fall liegt eine bilanzielle Überschuldung vor, was die Pflicht zur Prüfung einer tatsächlichen Überschuldung (Überschuldungsbilanz) nach sich zieht (eventuell Eröffnung eines Insolvenzverfahrens).</p>
Anlagendeckungsgrad II	$\frac{(\text{Eigenkapital} + \text{langfr. Fremdkapital}) \times 100}{\text{Anlagevermögen}}$	<p><u>Eigenkapital</u>: siehe oben</p> <p><u>Fremdkapital</u>: Zum Fremdkapital zählen die in der Bilanz ausgewiesenen Schulden der Unternehmung, d.h. Verbindlichkeiten und Rückstellungen mit Verbindlichkeitscharakter gegenüber Dritten, welche der Finanzierung des Unternehmensvermögens dienen und rechtlich entstanden oder wirtschaftlich verursacht sind; für Kapitalgesellschaften besteht gemäß § 266 Abs. 3 HGB eine detaillierte Aufgliederungspflicht.</p>

		<p><u>Langfristiges Fremdkapital</u> steht dem Unternehmen länger als 5 Jahre zur Verfügung.</p> <p><u>Anlagevermögen</u>: siehe oben</p>
Zinsaufwandsquote	$\frac{\text{Zinsaufwand} \times 100}{\text{Umsatz}}$	<p><u>Zinsaufwand</u>: Position „Zinsen und ähnliche Aufwendungen“, § 275 Abs. 2 Nr. 13 HGB</p> <p><u>Umsatz</u>: siehe oben</p>
Liquidität 3. Grades	$\frac{\text{Umlaufverm.} \times 100}{\text{kurzfr. Fremdkapital}}$	<p><u>Umlaufvermögen</u>: Kurz- und mittelfristige Vermögensgegenstände eines Unternehmens; Kassenbestand, Bankguthaben, Forderungen und Vorräte werden im Umlaufvermögen (§ 266 Abs. 2 HGB) erfasst.</p> <p><u>Fremdkapital</u>: siehe oben</p> <p><u>Kurzfristiges Fremdkapital</u>: Zum kurzfristigen Fremdkapital im Sinne dieses Rundschreibens zählen vereinfacht alle Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr gemäß § 266 Abs. 3 HGB i.V.m. § 268 Abs. 5 HGB, die Steuerrückstellungen (§ 266 Abs. 3 HGB), die sonstigen Rückstellungen (§ 266 Abs. 3 HGB) sowie die passiven Rechnungsabgrenzungsposten (§ 266 Abs. 3 HGB).</p> <p>Als Formel ergibt sich somit:</p> <p>Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr + Steuerrückstellungen + sonstige Rückstellungen + passive Rechnungsabgrenzungsposten = kurzfristiges Fremdkapital</p> <p><u>Verbindlichkeiten</u>: Verbindlichkeiten zählen zu den Schulden und sind im Gegensatz zu den Rückstellungen prinzipiell dem Grunde und der Höhe nach gewiss. Für Verbindlichkeiten besteht gemäß §§ 242 und 246 HGB Passivierungspflicht, sie sind in der Bilanzgliederung von Kapitalgesellschaften im § 266 Abs. 3 HGB unter C der Passivseite aufgeführt.</p>
Cashflow	<p>Jahresergebnis + Abschreibungen + /- Zun./ Abn. der langfristigen Rückstellungen + außerordentliche Aufwendungen - außerordentliche Erträge = Cashflow</p>	<p>Der Cashflow zeigt den Zahlungsmittelüberschuss der Periode und stellt den um nicht zahlungswirksame Erträge und Aufwendungen – welche nicht in derselben Periode zu Einnahmen bzw. Ausgaben führen - bereinigten Geschäftserfolg dar.</p> <p>Der Cashflow soll hier lediglich mit Hilfe der sog. „Praktikerformel“ ermittelt werden. Da bei außerordentlichen Aufwendungen/ Erträgen nicht erkennbar ist, in welchem Umfang sie zahlungswirksam sind, werden sie aus Vorsichtsgründen eliminiert.</p>

Gesamtkapitalrentabilität	$\frac{(\text{Jahresüberschuss} + \text{Fremdkapitalzinsen})}{\text{Bilanzsumme}} \times 100$	<p><u>Jahresüberschuss</u>: § 275 Abs. 2 Nr. 20 HGB bzw. § 275 Abs. 3 Nr. 19 HGB</p> <p><u>Fremdkapitalzinsen</u>: unter § 275 Abs. 2 Nr.13 HGB bzw. § 275 Abs. 3 Nr. 12 HGB</p> <p><u>Bilanzsumme</u>: siehe oben</p>
Umsatz	aus GuV	§ 275 Abs. 2 Nr. 1 HGB bzw. § 275 Abs. 3 Nr. 1 HGB, § 277 Abs. 1 HGB (Vorschriften zu einzelnen Posten der GuV, Umsatzerlöse)
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	aus GuV	<u>Jahresüberschuss/-fehlbetrag</u> : siehe oben
Personalaufwandsquote	$\frac{\text{Personalaufw.}}{\text{Umsatz}} \times 100$	<p><u>Personalaufwand</u>: § 275 Abs. 2 Nr. 6 HGB</p> <p>Neben den Löhnen und Gehältern sind in den Personalaufwand die sozialen Abgaben sowie der Aufwand für Altersversorgung einzubeziehen. Bei der Anwendung des Umsatzkostenverfahrens (§ 275 Abs. 3 HGB) ist im Anhang des Jahresabschlusses gemäß § 285 Nr. 8 b HGB der Personalaufwand gegliedert nach § 275 Abs. 2 Nr. 6 HGB anzugeben.</p> <p>Im Konzernanhang ist ebenfalls der Personalaufwand auszuweisen (§ 314 Abs. 1 Nr. 4 HGB).</p> <p><u>Umsatz</u>: siehe oben</p>
Anzahl der Mitarbeiter	im Berichtsjahr durchschnittlich beschäftigtes Personal	